

# EUROPA-ARCHIV

Zeitgeschichte · Zeitkritik · Verwaltung · Wirtschaftsaufbau

Herausgegeben von Wilhelm Cornides

1. Jahr

SEPTEMBER 1946

3. Folge

## INHALT

### POLITISCHES ARCHIV

Probleme der europäischen Friedensordnung:

<i>Der Weg zur europäischen Friedenskonferenz (Archivbericht)</i>	
<i>Von der zweiten Außenminister-Konferenz bis zur Pariser</i>	
<i>Konferenz 1946</i>	98
<i>Das europäische Judentum und die Palästinafrage</i>	
<i>Fortsetzung (Archivbericht)</i>	109

Die Weltmächte und ihre Einflußgebiete:

<i>Die Stellung Indiens in der britischen Völkergemeinschaft</i>	
<i>(Archivbericht)</i>	119

### ARCHIV FÜR VERWALTUNG UND WIRTSCHAFTSAUFBAU

Soziale Probleme:

<i>Die internationale Arbeiterbewegung (Archivbericht)</i>	127
--	-----

Verkehr:

<i>Das russische Transportwesen (Archivbericht)</i>	133
<i>Le Havre—Prag—Odessa</i>	135

Wiederaufbau:

<i>UNRRA, das Amt für Hilfsmaßnahmen und Wiederaufbau</i>	
<i>der Vereinten Nationen (Archivbericht)</i>	135

Rohstofflage:

<i>Weltölförderung und Ölreserven (Archivbericht)</i>	141
---	-----

### KULTURARCHIV

Internationales Hochschulwesen:

<i>Gespräche junger Europäer (Archivbericht)</i>	145
--	-----

Literatur:

<i>Der amerikanische Roman seit 1933 (Archivbericht)</i>	147
--	-----

Musik:

<i>Musik in Rußland (Archivbericht)</i>	153
---	-----

Naturwissenschaft:

<i>Atomenergie, zur Geschichte ihrer Erforschung (Archiv-</i>	
<i>bericht)</i>	158

Nachdruck nur bei Quellenangabe „Europa-Archiv“ gestattet. Mit „Archivbericht“ gekennzeichnete Beiträge dürfen nur mit Genehmigung des Herausgebers wiedergegeben werden.

\*

Verlag: Europa-Archiv (Lizenz US-W 2007), Oberursel/Taunus, bei Frankfurt am Main.

Adresse des Verlags und der Redaktion: Oberursel/Taunus, Gartenstraße 12.

Redaktion des Kulturarchivs: Frankfurt am Main, Kettenhofweg 113, Telefon 73907.

Das Europa-Archiv erscheint monatlich zum Preise von RM 4.-. Einseitig bedruckte Archivdrucke der gleichen Auflage RM 5.-. Preise ausschließlich Zustellgebühren. Die Auslieferung des Europa-Archivs erfolgt durch die Firma R. Oldenbourg, München, Lotzbeckstraße 2b. Bestellungen und Abbestellungen sind nur nach München zu richten. Die Berechnung erfolgt vierteljährlich. Die Abnahme des ersten Heftes verpflichtet zur jeweiligen Abnahme aller in einem Vierteljahr erscheinenden Hefte. Lieferung ist nur über den Buchhandel möglich. Sie erfolgt auf Kosten und Gefahr des Empfängers. Zahlungen sind auf Postscheckkonto R. Oldenbourg, München Nr. 5155 oder Bayrische Hypotheken- und Wechselbank (R. Oldenbourg) zu leisten.

Redaktionsschluß: 20. September 1946.

Auflage: 10 000.

Druck: Heinrich Berlebach, Oberursel.



## Der Weg zur europäischen Friedenskonferenz

### Von der zweiten Außenminister-Konferenz bis zur Pariser Konferenz 1946

#### Die Tagung der Stellvertretenden Außenminister

Nach der Vertagung der ersten Außenminister-Konferenz in Paris am 18. Mai setzten die Stellvertretenden Außenminister die Arbeiten fort, um bis zum erneuten Zusammentritt der Außenminister der vier Großmächte am 15. Juni in den noch ausstehenden Fragen eine Einigung zu erzielen. Die Stellvertretenden Außenminister versuchten im Verlauf von vier Wochen, die Probleme, die den Fortgang der Verhandlungen stocken ließen, zu lösen. Es gelang ihnen auch, in einigen Punkten zu einer Übereinkunft zu kommen. Festgelegt wurden unter anderem die Größe der rumänischen Streitkräfte und die Beschränkungen für die bulgarische Armee und Luftwaffe. Es wurde entschieden, daß alle italienischen Grenzen bis zu einer Tiefe von 20 km zu entmilitarisieren sind. Hinsichtlich der italienischen Grenzprobleme mit Frankreich, Jugoslawien und Österreich wurden Informationen gesammelt.

So wertvoll diese Ergebnisse auch waren, so handelte es sich doch nur um Angelegenheiten zweiter Ordnung. In Bezug auf die grundlegenden Einstellungen waren aber auch die Stellvertretenden Außenminister durch die gleiche Verschiedenartigkeit der Gesichtspunkte behindert, die bei den Außenministern bestand. Über die Größe der bulgarischen Seestreitkräfte konnte keine Einigung erzielt werden. Die Sowjet-Union wünschte, daß Bulgarien eine große Schwarzmeerflotte erhalten solle, während Großbritannien und die Vereinigten Staaten diesem Plan widersprachen. Auch die sowjetische Ablehnung des britisch-amerikanischen Vorschlages zur Garantie

des freien Handels und der freien Schifffahrt auf der Donau verringerte sich nicht.

Über die Grundeinstellung zu dem italienischen Vertrag konnten sich die Stellvertretenden Außenminister ebenfalls nicht einigen. Über die Frage eines Vertrages mit Österreich und darüber, ob neue alliierte Übereinkommen für Deutschland zu beschließen seien, vermieden die Stellvertreter jede Debatte.

Die Voraussetzungen für die zweite Außenministerkonferenz waren nicht gerade günstig. Die amerikanische Andeutung, die Generalversammlung der Vereinten Nationen nach Artikel 14 der Charta aufzufordern, Vorschläge in bezug auf die Erledigung der Friedensangelegenheiten zu machen, hatten in Moskau starke Beachtung gefunden. Der Haupteinwand, der gegen Byrnes' Vorschlag zur Debatte stand war: die Organisation der Vereinten Nationen sei gegründet worden, um den Frieden zu erhalten, nachdem er einmal geschlossen war, und nicht, um Verträge zu schaffen, die den zweiten Weltkrieg beenden sollten. Sowjetische Sprecher erklärten, daß sich die Sowjet-Union jeder Diskussion der Friedensverträge durch die UNO widersetzen werde. Die Vereinigten Staaten standen also der Alternative eines möglichen Austrittes der Sowjet-Union aus der UNO oder einer weiteren Zurückstellung der europäischen Friedensverträge für den Fall, daß die Außenminister zu keiner Übereinkunft kämen, gegenüber.

#### Die Situation vor der zweiten Pariser Außenminister-Konferenz

##### Punkte, über die Einigung erzielt wurde:

##### Punkte, über die keine Einigung erzielt wurde:

A

#### VERFAHRENSREGELUNG

1. Verträge, die durch die Großmächte auf Grund der Kapitulationsurkunde (oder auf Grund von Übereinkommen, die als solche angesehen werden) entworfen werden sollen (Potsdam, Juli 1945).
2. Verträge mit Italien, Finnland, Bulgarien, Ungarn und Rumänien sollen der Vorbereitung für den Vertrag mit Deutschland vorausgehen (Potsdam).
3. Interessierte Staaten können eingeladen werden, um ihre Meinung gegenüber dem Ausschuß über die Bedingungen der Verträge zu äußern (Potsdam).
4. Eine Friedenskonferenz der Vereinten Nationen, die sich im Krieg mit den besiegten Staaten befanden, um über Vertragsentwürfe zu beraten, bevor sie den besiegten Staaten überreicht werden (Moskau, Dezember 1945).
5. Festlegung des endgültigen Vertragsentwurfs, Überreichung an die besiegten Nationen und Gewährleistung der Durchführung der Verträge durch den Rat der Außenminister (Moskauer Kommuniqué).

1. Über die Frage, ob Frankreich und China an den Beratungen des Ausschusses über den Vertrag mit Deutschland teilnehmen dürfen. (Rußland nur für die Großen Drei.)
2. Wann der Rat der Außenminister mit den Besprechungen über den Vertrag mit Deutschland beginnen soll. (Vereinigte Staaten von Amerika schlugen vor, am 12. November 1946 zu beginnen, Rußland dafür, bei der nächsten Sitzung der Außenminister darüber zu bestimmen.)
3. Wann die Friedenskonferenz, die sich mit den Verträgen befaßt, abgehalten werden soll. (Vereinigte Staaten von Amerika waren für ein bestimmtes Datum, Rußland nur nach Einigung über die Texte der Verträge.)
4. Ob der Rat oder die Friedenskonferenz Verfahrensregeln für die Konferenz aufstellen soll. (Rußland war für die Entscheidung durch den Rat, Vereinigte Staaten von Amerika und England für die Entscheidung der Konferenz.)
5. —



## B DER VERTRAG MIT ITALIEN

### 1. Präambel

#### a) Inhalt der Präambel

Die Sowjet-Union, Großbritannien, die Vereinigten Staaten von Amerika, China, Frankreich, Australien, Belgien, Bjelo-Rußland, Brasilien, Kanada, die Tschechoslowakei, Äthiopien, Griechenland, Indien, die Niederlande, Neuseeland, Polen, die Ukraine, die Südafrikanische Union und Jugoslawien, die nachstehend als Alliierte und Vereinte Nationen bezeichnet werden, auf der einen Seite und Italien auf der anderen Seite kommen überein, daß Italien unter dem faschistischen Regime ein Angehöriger des Drei-Mächte-Paktes mit Deutschland und Japan wurde, daß es einen Angriffskrieg erklärte und Krieg gegen alle Alliierten und mit anderen Vereinten Nationen führte, daß es einen Teil der Verantwortung für den Krieg trägt und daß — unter dem Druck der militärischen Ereignisse — das faschistische Regime in Italien am 25. Juli 1943 gestürzt wurde, daß Italien sich bedingungslos ergab und die Waffenstillstandsbedingungen annahm, die am 8. und 29. September desselben Jahres unterzeichnet wurden und daß italienische Streitkräfte nach dem erwähnten Waffenstillstand aktiv am Krieg gegen Deutschland teilnahmen und Italien am Deutschland am 13. Oktober 1943 den Krieg erklärte und daß es dadurch ein mitkriegführendes Land gegen Deutschland wurde und daß die Alliierten und Vereinten Nationen und Italien einen Friedensvertrag abzuschließen wünschen, der die Grundlage zu freundschaftlichen Beziehungen zueinander bilden und ungelöste Probleme klären wird, die infolge der hier zuvor erwähnten Ereignisse aufgetreten sind. Auf diese Weise werden die Alliierten und Vereinten Nationen in die Lage versetzt, Italiens Wunsch zu unterstützen, ein Mitglied der Vereinten Nationen zu werden und somit jedem Vertrag unterworfen zu sein, der von den Vereinten Nationen abgeschlossen wird.

Die Alliierten und Vereinten Nationen kamen aus diesem Grunde überein, die Beendigung des Kriegszustandes zu erklären und zu diesem Zweck diesen Friedensvertrag abzuschließen. Demgemäß wurden zu ihren Bevollmächtigten ernannt, die nach Anerkennung ihrer vollen Rechte, die als gut und gebührend befunden wurden, über folgende Vorschläge übereingekommen sind . . . . .

### 2. Grenzen und Besitzungen

- a) Italien soll *Südtirol* behalten, ebenso *Pantelleria* und die *Isola Pelagie*
- b) *Zara* und die *dalmatinischen Inseln* kommen an Jugoslawien.
- c) Die Insel *Pelagosa*, 65 Kilometer von der Küste Italiens entfernt, kommt an Jugoslawien. Italien bleibt das Fischereirecht erhalten.
- d) Die *Dodekanes-Inseln* werden an Griechenland zurückerstattet.

- e) Albanien erhält die Insel *Saseno*.
- f) —

g) —

h) —

- i) Aufgabe aller Ansprüche Italiens auf Albanien.

- a) Einzelheiten über die italienisch-französischen Grenzberichtigungen im *Roya-Tal*.

- b) Italienisch-jugoslawische Grenze.

c) —

- d) Entmilitarisierung der *Dodekanes-Inseln*. (Vereinigte Staaten von Amerika und England dafür, Rußland nicht bereit beizustimmen.)

e) —

- f) Status von *Libyen*. (England wünscht die Treuhänderschaft über die Cyrenaika, Frankreich und Rußland sind für die italienische Treuhänderschaft über ganz Libyen. Keine Übereinstimmung bezüglich der Unabhängigkeit.)

- g) Status von *Italienisch-Ostafrika*. (England wünscht wirtschaftliche Einheit ganz Ostafrikas, ebenfalls Treuhänderschaft, Vereinigte Staaten von Amerika sind für separate Behandlung der Angelegenheiten *Eritreas* und *Italienisch-Somalilands*.)

- h) Status von *Triest* und *Venezia Giulia*. (Vereinigte Staaten von Amerika, England und Frankreich sprechen sich für Triest an Italien aus, Rußland für die Abtretung Triests an Jugoslawien.)

i) —

### 3. Rüstung

- a) Die Streitkräfte werden auf die Zahl beschränkt, die notwendig ist, Ordnung und örtliche Verteidigung aufrecht zu erhalten oder den Ansprüchen der Vereinten Nationen entsprechen zu können.

- b) Abschaffung der Kriegsindustrie.

- c) Zugeständnis geringfügiger Zivilluftfahrt unter Kontrolle.

- d) Begrenzung der zukünftigen Größe der italienischen Flotte.

- e) Keine Flugbasen auf *Pantelleria*, *Sizilien* und *Sardinien*.

- f) Schärfste Beschränkung der italienischen Rüstung durch die Alliierten, bis Italien sich als ein vertrauenswürdiges Mitglied der Vereinten Nationen erwiesen hat.

a) —

b) —

c) —

- d) Die Verteilung der italienischen Schiffe. (Vereinigte Staaten von Amerika sind bereit, einige Schiffe Rußland an Stelle der Reparationen zuzusprechen, Rußland verlangt sowohl Schiffe als auch Reparationen.)

e) —

f) —



## 4. Reparationen

- a) Reparationen müssen gezahlt werden.
  - a) Gesamte Aufstellung der Reparationskosten. (Rußland schlägt 100 Millionen Dollar für sich vor und 200 Millionen Dollar für Jugoslawien, Albanien und Griechenland, Vereinigte Staaten von Amerika sind nicht mit der Summe einverstanden, da dies ausländische Anleihen bedingen würde.)
- b) Kriegsindustrie, die nicht zu Friedenszwecken verwendbar ist, soll in die Reparationszahlungen einbezogen werden.
  - b) Industrien und Waren, die als Reparationszahlungen angesehen werden können.
- c) —
  - c) Zeit der Zahlung.

## 5. Kriegsverbrecher

- a) —
  - a) Die Art der Behandlung von Kriegsverbrechern. (Vereinigte Staaten von Amerika für spezielle Kommission oder Erfassung durch den Nürnberg-Kriegsverbrecher-Ausschuß, Rußland widersetzt sich, da es im Widerspruch zu der italienischen Souveränität stehe.)

## 6. Faschistische Organisationen

- a) Von Italien wird die Ausmerzung der faschistischen Organisationen und Einrichtungen verlangt (italienische Waffenstillstandsbedingungen).
  - a) —

## 7. Menschenrechte und Freiheiten

- a) Italien soll die grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten garantieren (Moskau-Erklärung 1943).
  - a) —
- b) Gleichheit vor dem Gesetz für jedermann (Waffenstillstandsbedingungen).
  - b) —

## 8. Gültigkeit der Vorkriegsverträge

- a) —
  - a) Ob einige oder alle zweiseitigen Vorkriegsverträge als ungültig erklärt werden sollen. (Rußland ist dafür, Vereinigte Staaten von Amerika, England und Frankreich lehnen es ab, da sie die Schaffung eines Präzedenzfalles fürchten.)

## 9. Alliierte Streitkräfte in Italien

- a) —
  - a) Wann und in welchem Ausmaß die alliierten Streitkräfte zurückgezogen werden sollen (Rußland ist für eine festgesetzte Zeit, Großbritannien gegen eine Zeitbestimmung.)

## 10. Freigabe der Angehörigen der Länder der Vereinten Nationen

- a) Freigabe aller Personen, die aus Gründen der Sympathie für die Vereinten Nationen in Haft gehalten wurden (Waffenstillstandsbedingungen).
  - a) —

## 11. Wirtschaftliche Klauseln

- a) —
  - a) Inhalt der Artikel, die sich mit Wirtschafts-, Finanz- und Handels-Angelegenheiten befassen. (Rußland dagegen.)

## 12. Vertrags-Kommission

- a) —
  - a) Vorschlag für eine Vier-Mächte-Kommission, die die Einhaltung des Vertrages kontrollieren soll. (Vereinigte Staaten von Amerika widersetzt sich, da dies im Widerspruch zu der italienischen Souveränität verletze.)

## C

## VERTRÄGE MIT BULGARIEN, UNGARN, RUMANIEN UND FINNLAND

## 1. Allgemeiner Umriß

- a) Verträge sollen auf der Kapitulationsurkunde aufgebaut werden.
  - a) —

## 2. Grenzen

- a) Ungarn muß sich mit der Inbesitznahme Transylvaniens durch Rumänien gemäß der Grenzfestsetzung des Vertrags von Trianon einverstanden erklären.
  - a) Die tschechoslowakischen Gebietsansprüche an der ungarischen Grenze.
- b) Rumänien muß die Abtretung Bessarabiens an die Sowjet-Union bestätigen (Kapitulationsbedingungen).
  - b) Behandlung des rumänisch-bulgarischen Vertrages, der die Abtretung der Süd-Dobrudscha an Bulgarien vorsieht. (Vereinigte Staaten von Amerika für die erneute Festlegung aller Grenzen, Rußland dagegen.)

Der Text des Entwurfs für die rumänische Vertragspräambel lautet folgendermaßen:

Die Sowjet-Union, Großbritannien, die Vereinigten Staaten von Amerika, Australien, Bjelo-Rußland, Kanada, die Tschechoslowakei, Indien, Neuseeland, die Ukraine, die Südafrikanische Union und die Staaten, die sich im Krieg mit Rumänien befanden und mit beträchtlichen Streitkräften aktiv Krieg gegen die europäischen Feindstaaten führten, die nachstehend als Alliierte und Vereinte Nationen bezeichnet werden, einerseits und Rumänien andererseits kommen überein, daß Rumänien, das als Allierter Hitler-Deutschlands an seiner Seite im Krieg gegen die Sowjet-Union, Großbritannien und



die Vereinigten Staaten stand, seinen Teil an der Verantwortung für diesen Krieg trägt und daß Rumänien jedoch am 24. August 1944 die Kampfhandlungen gegen die Sowjet-Union eingestellt hat, sich aus dem Krieg gegen die Vereinten Nationen zurückzog, die Beziehungen zu Deutschland und seinen Anhängerstaaten abbrach, daß es am 12. September 1944 einen Vertrag mit den Regierungen der Sowjet-Union, Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika abschloß und daß es somit aktiv am Krieg gegen Deutschland teilnahm und daß sowohl die Alliierten und die Vereinten Nationen als auch Rumänien den Wunsch haben, einen Friedensvertrag abzuschließen, der die Grundlage zu freundschaftlichen Beziehungen zueinander bilden und ungelöste Probleme klären wird, die infolge der hier zuvor erwähnten Ereignisse aufgetreten sind. Auf diese Weise werden die Alliierten und Vereinten Nationen in die Lage versetzt, Rumäniens Wunsch zu unterstützen, ein Mitglied der Vereinten Nationen zu werden und somit jedem Vertrag unterworfen zu sein, der von den Vereinten Nationen abgeschlossen wird.

Die Alliierten und Vereinten Nationen kamen aus diesen Gründen überein, die Beendigung des Kriegszustandes zu erklären und zu diesem Zweck diesen Friedensvertrag abzuschließen. Demgemäß wurden zu ihren Bevollmächtigten . . . . . ernannt, die nach Anerkennung ihrer vollen Rechte, die als gut und gebührend befunden wurden, über folgende Vorschläge übereingekommen sind . . . . .

Die Präambel zu dem rumänischen Vertrag ist identisch mit den Präambeln zu den Verträgen mit Bulgarien, Ungarn und Finnland, mit Ausnahme folgender Unterschiede:

Rumänien und Bulgarien werden die Worte „haben einen aktiven Anteil am Krieg gegen Deutschland“ zugestanden, wogegen Finnland nur mit der Klausel, es habe „die Bedingungen des Waffenstillstandes gesetzmäßig erfüllt“, gerechtfertigt wird. Ungarn findet noch weniger Anerkennung, als es die Klausel erhält, es habe „einen Waffenstillstand abgeschlossen“.

c) Finnland muß die Abtretung von Petsamo und der Ladogasee-Gebiete an Rußland bestätigen. c) —

### 3. Rüstung

a) Die rumänischen Streitkräfte sollen das Maß der für die innere Sicherheit und der für die Verteidigung der Grenzen notwendigen Truppen nicht übersteigen. a) Begrenzung der Rüstung Bulgariens. (Vereinigte Staaten und England dafür, Rußland dagegen.)

### 4. Reparationen

a) Reparationen müssen von Finnland, Rumänien und Ungarn gezahlt werden (Kapitulationsbedingungen). a) Ob irgendwelche Reparationen von Bulgarien gezahlt werden sollen. Falls ja, in welchem Ausmaß, auf welche Art und in welcher Zeit die Leistung gezahlt werden soll. (Rußland gemäß Kapitulationsbedingungen dagegen.)

### 5. Kriegsverbrecher

a) Besiegte Staaten müssen den Alliierten in der Erfassung und Aburteilung von Kriegsverbrechern Hilfe leisten (Kapitulationsbedingungen). a) Art der Behandlung von Kriegsverbrechern. (Rußland gegen den Plan, der für Italien von den Vereinigten Staaten von Amerika vorgeschlagen worden war.)

### 6. Faschistische Organisationen

a) Die besiegten Staaten sind verpflichtet, alle faschistischen und nazistischen Organisationen aufzulösen (Kapitulationsbedingungen). a) —

### 7. Menschenrechte und Freiheiten

a) Die besiegten Nationen müssen die fundamentalen Menschenrechte und Freiheiten garantieren (Kapitulationsbedingungen). a) —  
b) Gleichheit vor dem Gesetz für jedermann. b) —

### 8. Gültigkeit der Vorkriegsverträge

a) — a) Ob einige oder alle zweiseitigen Vorkriegsverträge als ungültig erklärt werden sollen. (Vereinigte Staaten von Amerika, England und Frankreich dagegen aus Furcht vor dem Verlust der Rechte und Privilegien auf dem Balkan.)

### 9. Abzug der alliierten Streitkräfte

a) — a) Einbeziehung des Artikels, der den Abzug der Besatzungstruppen zu einer genau festgesetzten Zeit vorsieht. (Rußland dagegen mit Hinblick auf Ungarn und Rumänien.)

### 10. Freigabe der Staatsangehörigen der Vereinten Nationen.

a) Die besiegten Mächte haben die Rückkehr von Staatsangehörigen der Vereinten Nationen (Gefangene, Flüchtlinge, verschleppte Personen) in ihre Heimat zu gestatten, ebenfalls die Rückkehr von Angehörigen der besiegten Nationen in ihre Heimat. a) —  
b) Die besiegten Nationen haben das während des Krieges von b) —



- den Vereinten Nationen beschlagnahmte Eigentum zurückzuerstatten (Kapitulationsbedingungen).
- c) Die Besiegten haben die Verantwortung für das auf dem Gebiet des Besiegten beschädigte Eigentum der Vereinten Nationen anzuerkennen (Kapitulationsbedingungen).

#### 11. Wirtschaftliche Klauseln

- a) —
- a) Artikel, die die Handelsfreiheit und die wirtschaftlichen Möglichkeiten garantieren. (Vereinigte Staaten von Amerika, England und Frankreich dafür, Rußland dagegen.)

#### 12. Deutsche Guthaben und Kriegsmaterial

- a) Die besiegten Staaten haben den Vereinten Nationen die deutschen Guthaben und Kriegsmaterialien, die sich in ihrem Lande befinden, auszuhändigen (Kapitulationsbedingungen).
- a) —

#### 13. Internationale Herrschaft über die Donau

- a) —
- a) Vorschlag für eine internationale Kommission, die Angelegenheit der Donauschifffahrt zu regeln. (Vereinigte Staaten von Amerika, England und Frankreich dafür, Rußland dagegen.)

#### 14. Unterstützung der Zulassung der besiegten Staaten zur Organisation der Vereinten Nationen

- a) —
- a) Die Versicherung, die Aufnahme der besiegten Staaten in die Organisation der Vereinten Nationen nach der Ratifizierung der Friedensverträge zu unterstützen. (Rußland dafür, England wünscht eine Klausel, die zur gegebenen Zeit eine Entscheidung eines jeden Falles zuläßt [Potsdam].)

### D

#### ANDERE PROBLEME

##### 1. Österreich

- a) —
- b) —
- a) Festsetzung einer Zeit zur Behandlung der österreichischen Angelegenheiten.
- b) Herabsetzung der alliierten Truppen in Österreich. (Vereinigte Staaten von Amerika für Reduzierung auf jeweils 15 000 Mann, Rußland dagegen.)

##### 2. Internationale Binnenschifffahrt

- a) —
- a) Errichtung einer internationalen Oberhoheit. (Vereinigte Staaten dafür, Rußland dagegen.)

##### 3. Deutschland

- a) Abmontierung und Ablieferung der deutschen Industrieanlagen als Vorauszahlungen auf Reparationen (Potsdam).
- b) —
- c) —
- a) Französische Forderung auf Abtrennung des Ruhr-, Rhein- und Saargebietes. (Frankreich wünscht sofortige Erörterung, Rußland und die Vereinigten Staaten sind für eine Diskussion zur Zeit der Behandlung des deutschen Vertrages.)
- b) Zentralverwaltung für Deutschland. (Vereinigte Staaten von Amerika dafür, Frankreich dagegen [Potsdam].)
- c) 25jähriger Vier-Mächte-Entmilitarisierungspakt. (Vereinigte Staaten von Amerika wünschen sofortige Erörterung, Rußland — in Befürchtung einer Abschwächung der Teheran-Jalta-Potsdam-Beschlüsse — wünscht Zeit, um die deutsche Frage genauer studieren zu können.)

### Die zweite Außenminister-Konferenz in Paris

Die Konferenz der Außenminister der Vereinigten Staaten, vertreten durch James Byrnes, Großbritanniens, vertreten durch Ernest Bevin, der Sowjet-Union, vertreten durch Wyacheslaw Molotow, und Frankreichs, vertreten durch George Bidault, begann am 15. Juni ihre erste Sitzung im Palais Luxembourg in Paris. Nach Festlegung der Tagesordnung der zu behandelnden Fragen wurde mit der Erörterung des italienischen Problems begonnen. Zur Debatte standen Wirtschaftsfragen und das Problem der Reparationen. Das italienische Problem war auf Antrag Molotows einschließlich der innerpolitischen Entwicklung des Landes an die erste Stelle der Tagesordnung gesetzt worden. Die Tagesordnung sah weiterhin die Behandlung der Friedensverträge mit Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland und die Diskussion der deutschen und österreichischen Frage vor. Außenminister Byrnes forderte am 17. Juni, auch den Abschluß eines Vertrages mit Österreich auf die Tagesordnung zu setzen.

#### Der Friedensvertrag mit Italien

Bei der Debatte der Schadensersatzansprüche gegenüber Italien erklärte Bidault, daß sich die französischen Forderungen

auf etwa 10 Milliarden Lire belaufen. Byrnes bezifferte die vorläufige Höhe der amerikanischen Forderungen mit 110 Millionen Dollar. Bevin konnte die Gesamthöhe der britischen Ansprüche noch nicht bekanntgeben. Molotow erklärte, daß die Reparationsforderungen der Sowjet-Union an Italien mit 100 Millionen Dollar nur ein Zwanzigstel des tatsächlichen Schadens darstellten. Der amerikanische Vorschlag, die Reparationen niederschlagen, um Italien zu unterstützen, fand keine Zustimmung. Über die von Molotow angemeldeten Reparationsforderungen Jugoslawiens und Griechenlands in Höhe von je 100 Millionen Dollar kam es zu keiner Einigung. Der britische Vorschlag, die großen Länder möchten auf ihre sämtlichen Reparationsansprüche zu Gunsten der kleineren Nationen verzichten, scheiterte an der Ablehnung Molotows.

Die griechische Regierung überreichte der Außenminister-Konferenz ein Memorandum, in dem sie 2 Milliarden Dollar Reparationsgelder von Italien forderte.

Am 20. Juni erzielten die Außenminister einen bedeutsamen Schritt vorwärts mit der Einigung darüber, alle alliierten Truppen aus Italien und alle russischen Truppen aus Bulga-



rien gleichzeitig innerhalb von 90 Tagen nach dem Inkrafttreten des italienischen Friedensvertrages zurückzuziehen. Großbritannien und die Vereinigten Staaten erklärten, die Räumung Bulgariens würde die erste Vorbedingung zur Anerkennung dieser Nation erfüllen.

Ebenfalls am 20. Juni wurde eine Abmachung getroffen, derzufolge eine Botschafterkonferenz der Großen Vier die Durchführung der Bestimmungen des Friedensvertrages mit Italien zwölf Monate lang überwachen soll.

Über das französisch-italienische Grenzproblem konnte am 20. Juni keine Einigung erzielt werden. In der Frage der italienischen Kolonien kamen die Außenminister überein, die Entscheidung hierüber auf ein Jahr zurückzustellen. Auf einen Vorschlag von *Byrnes* wurde ein Sonderausschuß ernannt, der das italienische Kolonialproblem sorgfältig prüfen und nach Beendigung seiner Arbeit den Außenministern sofort Bericht erstatten soll.

Am 22. Juni überreichte eine italienische Delegation den Außenministern einen Protest gegen den Beschluß, die Frage der italienischen Kolonien um ein Jahr zu verschieben.

Am 24. Juni beschloß die Außenminister-Konferenz auf Vorschlag *Molotows*, die österreichischen Forderungen auf das Pustertal zurückzuweisen und das umstrittene Gebiet bei Italien zu belassen. Begründet wurde diese Entscheidung damit, daß es sich bei dem österreichischen Anspruch nicht um „kleinere Grenzberichtigungen“ handle. *Byrnes* und *Bidault* stimmten dieser Auffassung zu. Auf Anregung *Bevins* wurde jedoch beschlossen, eine Klausel in den Friedensvertrag mit Italien aufzunehmen, nach der Italien die Frage der Verkehrswege in direkten Besprechungen mit Österreich in einer für beide Länder möglichst günstigen Weise regeln soll.

Der österreichische Bundeskanzler *Leopold Figl* erklärte, Österreich werde seinen Anspruch auf Südtirol nicht aufgeben und werde auf der späteren Friedenskonferenz weiter danach trachten, daß Südtirol Gerechtigkeit widerfahre.

Die von den Westmächten bei der Erörterung der Friedensverträge mit den Balkanstaaten erneut angeschnittene Frage der Freiheit der Donauschiffahrt konnte zu keiner Lösung gebracht werden, da Außenminister *Molotow* an seinem Standpunkt festhielt, daß hierüber die Donauländer selbst gehört werden müßten. Auch der amerikanische Vorschlag, die Frage der Donauschiffahrt auf der allgemeinen Friedenskonferenz zu erörtern, wurde von *Molotow* verworfen.

Der Rat der Außenminister beauftragte die Stellvertretenen Außenminister, im Verlauf der Konferenz eine Liste derjenigen Punkte aufzustellen, in denen die Außenminister keine Einigung erzielen konnten.

Am 27. Juni nahmen die Außenminister die Forderungen Frankreichs auf *Tenda*, *Briga* und das Plateau des *Mont Cenis* im italienischen Grenzgebiet der Westalpen an. Auf Verlangen *Molotows* solle Italien weiterhin das Recht auf Kraftstromversorgung aus den abzutretenden Gebieten behalten.

Der italienische Ministerpräsident *de Gasperi* protestierte gegen die Zuteilung von zwei italienischen Grenzbezirken an Frankreich.

*Arturo Toscanini* sagte aus Protest gegen die Beschlüsse der Außenminister-Konferenz sein geplantes Konzert in Paris ab.

#### Das Problem Triest

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen stellte sich das Problem Triest immer mehr als Kernfrage und Prüfstein der Verhandlungen heraus. Die erste Pariser Außenminister-Konferenz hatte keine Einigung erzielt, und auch den Stellvertretern war keine Lösung gelungen.

Am 26. Juni machte *Molotow* einen Vorschlag über den zukünftigen Status von Triest: er könne nicht vorschlagen, daß Triest jugoslawisches Gebiet werde, glaube jedoch, daß die Zeit für einen Kompromißvorschlag reif sei. Er schlug vor, daß Triest ein autonomes Gebiet Jugoslawiens mit einem durch die vier Mächte garantierten Statut werden solle. Die Exekutive solle in den Händen eines jugoslawischen Gouverneurs liegen, aber außerdem solle ein örtlich gewähltes Parlament zur Seite stehen. Als das größte Zugeständnis, das er machen könne, schlug *Molotow* eine gemischte jugoslawisch-italienische Souveränität über Triest vor, wobei zwei Gouverneure eingesetzt werden sollen — je ein italienischer und ein jugoslawischer — von denen man erwarten könne, daß sie die öffentlichen Angelegenheiten im Geiste der Freundschaft führen würden.

*Bevin* und auch *Byrnes* äußerten sich kritisch zu diesem Vorschlag. *Bevin* argumentierte, daß nach dem Bericht der französischen Sachverständigen das Recht mehr auf der Seite Italiens stünde. *Byrnes* schlug angesichts zwei scharf widersprechender Ansichten vor, die Entscheidung der Friedenskonferenz zu überlassen.

Über den weiteren Verlauf der Pariser Außenminister-Konferenz hinsichtlich Triests berichtet die französische Zeitung „*Le Figaro*“ am 2. Juli: „Die Vier, die fast schon mit einem Bruch auseinander gegangen wären, haben die dritte Woche ihrer Konferenz dank der Interventionen *George Bidaults* in einer bedeutend besseren Atmosphäre begonnen. Der französische Kompromiß sieht auf die Dauer von 10 Jahren die Konstitution von Triest mit einem gewissen Hinterland in ein autonomes Territorium vor, welches gemeinsam von den „Vier“, Italien und Jugoslawien verwaltet werden soll.“ *Molotow* warf dem Projekt *Bidaults* vor, provisorisch zu sein. Im allgemeinen zeichnete sich aber durch den französischen Vorschlag die Hoffnung auf eine baldige Entscheidung in der Triester Frage ab.

Mit den Verhandlungen vom 2. Juli wurde insoweit eine Einigung in der Triester Frage erzielt, daß die Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjet-Union grundsätzlich dem französischen Vermittlungsvorschlag zustimmten, wonach Triest ein internationaler Staat werden soll, wenngleich über die Art der Regierung dieses Staates noch keine Einigung erzielt werden konnte.

Am 3. Juli 1946 wurde in der Triester Frage von den vier Außenministern in Paris eine endgültige Einigung erzielt. Die von Frankreichs Außenminister *George Bidault* vorgeschlagene Formel wurde von Außenminister *Byrnes* noch etwas modifiziert und gelangte nach zwei Ergänzungen durch den Außenminister *Molotow* und einem französischen Zusatz zur Annahme.

Die Internationalisierung Triests, auf die man sich schon am 2. Juli grundsätzlich geeinigt hatte, soll in einem Rahmen durchgeführt werden, den folgende 6 Punkte umschreiben:

1. Die Außenminister kommen überein, ein unabhängiges Gebiet von Triest zu schaffen, das das Territorium östlich der vorgeschlagenen französischen Linie um Duino bis südlich Cittanova umfaßt.
2. Die Unantastbarkeit und Unabhängigkeit dieses Gebietes garantiert der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.
3. Es wird eine Sonderkommission ernannt, die die Vertreter der vier Großmächte im Sicherheitsrat einschließt. Diese Sonderkommission wird der Friedenskonferenz nach Beratung mit Vertretern Jugoslawiens und Italiens präzise Vorschläge für die Verwaltung des internationalisierten Gebietes unterbreiten.
4. Der Status des Gebietes wird durch den Sicherheitsrat ge-



billigt und der Vollversammlung der Vereinten Nationen zur Kenntnis gebracht.

5. Über Vorschläge für eine vorläufige Regierung der internationalisierten Zone und die Schaffung eines dauernden Statuts für das unabhängige Gebiet wird die allgemeine Friedenskonferenz beschließen.
6. Den Gouverneur des Gebietes ernennt der Sicherheitsrat der UNO nach Beratung mit Vertretern Jugoslawiens und Italiens. Gesetzgebung und Verwaltung der provisorischen Regierung sollen auf demokratischen Grundsätzen aufgebaut sein. Insbesondere sollen die Rechte der Bürger in bezug auf Religionsfreiheit, Sprache, Presse, Schule und Zugang zu öffentlichen Ämtern respektiert werden. Der vom Sicherheitsrat ernannte Gouverneur ist diesem Gremium gegenüber alljährlich zur Berichterstattung verpflichtet.

Die durch diese 6 Punkte beschlossene Formel weicht von dem Vorschlag des französischen Außenministers *Bidault* noch dadurch ab, daß sie den internationalen Status von Triest nicht auf eine Frist von 10 Jahren sondern für die Dauer vorsieht.

Diese Kompromißlösung eines der schwierigsten Probleme der Konferenz bewirkte für den Gesamtverlauf einen günstigen Stimmungsumschwung.

Der italienische Ministerpräsident *de Gasperi* erklärte sich jedoch gegen eine Internationalisierung von Triest und eine Abtretung von Pola.

#### Die italienischen Kolonien

Nach der Lösung des Triester Problems konnte auch eine Verständigung über die Zukunft der italienischen Kolonien und über die italienische Reparationsfrage herbeigeführt werden. Die Außenminister nahmen einen Plan *Bevins* an, demzufolge Italien seine souveränen Rechte in den Kolonien aufgeben soll. Die gegenwärtige Verwaltung der Kolonien soll beibehalten werden, und der endgültige Status soll in den nächsten zwölf Monaten entschieden werden. Die Kolonien werden in dieser Zeit hauptsächlich unter britischer Militärverwaltung stehen, abgesehen von einigen Kolonien, die sich unter französischer Verwaltung befinden. Außenminister *Molotow* ließ seinen Vorschlag, einen Vier-Mächte-Ausschuß zu schaffen, der die Frage der italienischen Kolonien überwachen sollte, fallen. Die vier Außenminister einigten sich dann über eine gemeinsame Erklärung, derzufolge die vier Großmächte innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Friedensvertrages mit Italien gemeinsam eine Verfügung über die territorialen Besitzungen Italiens in Afrika treffen werden. Für diese endgültige Verfügung bestehen folgende Möglichkeiten: Die Unabhängigkeit der Kolonien, ihre Eingliederung in ein Nachbargebiet oder eine Treuhänderschaft, die entweder durch die Vereinten Nationen als Ganzes oder durch Italien oder irgendeinen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen ausgeübt werden soll. Sollten die vier Großmächte zu keiner Einigung über eine entsprechende Lösung gelangen, soll die Angelegenheit der Vollversammlung der Vereinten Nationen vorgelegt werden.

#### Die italienischen Reparationen

Bei der Beratung über die Einzelheiten der Friedensvertragsentwürfe über Italien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Finnland wurde in der Sitzung vom 4. Juli auch die Frage der italienischen Wiedergutmachungsleistungen geklärt. Die Diskussion ging vor allem darum, ob Italien seine laufende Produktion zur Abdeckung der russischen Forderungen von 100 Millionen Dollar verwenden solle. Die Außenminister setzten schließlich fest, daß Italien Wiedergutmachungen in Höhe von 100 Millionen Dollar an Rußland zu leisten habe. Die Forderung soll binnen sieben Jahren zu tilgen sein. Ein

Teil dieser Leistungen soll aus der laufenden italienischen Produktion gedeckt werden, doch soll erst nach Ablauf von zwei Jahren damit begonnen werden. Die italienischen Reparationsleistungen sollen den Wiederaufbau Italiens nicht behindern oder zu einer weiteren Belastung einer der Vereinten Nationen führen. Die Leistungen sollen vor allem der überschüssigen Produktion der italienischen Kriegsindustrie, die für Friedenszwecke nicht benötigt wird, entnommen werden. Ferner sollen italienische Guthaben in Ungarn, Rumänien und Bulgarien zu diesem Zwecke herangezogen werden.

Die Übereinkunft in der Frage der italienischen Reparationsleistungen zeigte ein bedeutendes Zugeständnis von *Byrnes* und *Bevin*, die sich vorher energisch geweigert hatten, die laufende italienische Produktion zur Wiedergutmachung zu verwenden. Der getroffenen Vereinbarung zufolge, will die Sowjet-Union Italien das Rohmaterial zur Verfügung stellen, das für die Fabrikation der nach der Sowjet-Union zu liefernden Waren benötigt wird.

Die Reparationsforderungen Griechenlands, Jugoslawiens, Albaniens, Äthiopiens und anderer Staaten an Italien sollen auf der allgemeinen Friedenskonferenz erörtert werden.

Laut Beschluß der Außenminister sollen italienische Kriegsschiffe als Beute und nicht als Reparationen betrachtet werden.

#### Die griechisch-bulgarische Grenze

Anfang Juli meldete die griechische Regierung bei der Pariser Außenminister-Konferenz einen Anspruch auf bulgarisches Gebiet an. Es handelt sich hierbei um einen Gebietsstreifen in der Nähe des Rhodope-Gebirges nahe der Ägäis mit einer Ausdehnung von 6 640 Quadratkilometern, der eine Viertel Million Einwohner umfaßt. Zwei Drittel der Einwohner sind Pomaken, die laut der griechischen Erklärung eine Vereinigung mit Griechenland wünschen. Gleichzeitig verlangte die griechische Regierung von Albanien die Abtretung eines Gebietsstreifens mit einem Umfang von etwa 1500 Quadratkilometern.

#### Einberufung der Friedenskonferenz

Am 4. Juli machte Außenminister *Byrnes* erneute Vorstellungen, die Friedens-Konferenz so bald wie möglich einzuberufen. Es wurde beschlossen, den 29. Juli als Datum für den Beginn der allgemeinen Friedenskonferenz festzusetzen. Der Rat beschloß, die Stellvertretenden Außenminister mit der Ausarbeitung der Einladungen zu beauftragen. Der amerikanische und britische Vorschlag, China als einladende Macht zu betrachten, wurde von Außenminister *Molotow* unter Berufung auf das Potsdamer Abkommen abgelehnt.

Der Aussendung der Einladungen zum Friedenskongreß stellten sich am 5. Juli Schwierigkeiten in den Weg, da *Molotow* wünschte, daß gleichzeitig mit der Einladung für den Friedenskongreß den einzuladenden Nationen auch feste Regeln für die Geschäfts- und Verhandlungsordnung übersandt werden sollten. Als hierüber keine Einigung erzielt werden konnte, forderte *Molotow*, die Versendung der Einladungen zurückzustellen, und beantragte eine Debatte der deutschen Frage. Diesem überraschenden sowjetischen Antrag widersetzte sich der amerikanische Außenminister, der erklärte, daß im Augenblick der Friedenskongreß vordringlicher und wichtiger sei.

Nachdem *Molotow* sich am 6. Juli erneut geweigert hatte, die Einladungen zur Friedenskonferenz versenden zu lassen, wurde am 8. Juli von den Außenministern eine Einigung über die Einladungen zur allgemeinen Friedenskonferenz in der Form eines französischen Kompromißvorschlages über die Verfahrensordnung erzielt und Frankreich die Ermächtigung erteilt, die Einladungen an die Teilnehmerstaaten abzusenden.



Der Text der Einladungen zur Friedenskonferenz, die von Frankreich den zwanzig alliierten Regierungen am Dienstag, den 9. Juli, telegraphisch zugestellt wurden, lautete:

*„Im Namen des Rates der Außenminister und in Übereinstimmung mit dem Beschluß dieses Rates vom 4. Juli hat die französische Regierung die Ehre, die Regierung von . . . einzuladen, an dem Entwerfen der Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland teilzunehmen und eine repräsentative Kommission zu der Konferenz zu entsenden, die am 29. Juli im Luxembourg-Palast eröffnet wird.“*

Es wurde beschlossen, der Konferenz die amtliche Bezeichnung „Pariser Konferenz 1946“ zu geben.

Als einladende Mächte zeichneten die Vereinigten Staaten, Großbritannien, die Sowjet-Union und Frankreich. Die eingeladenen Nationen waren Australien, Belgien, Brasilien, Kanada, China, die Tschechoslowakei, Äthiopien, Griechenland, Indien, Holland, Norwegen, Polen, Südafrika, Ukraine, Bjelorusland, Jugoslawien und Neuseeland.

### *Die Verfahrensordnung der Pariser Konferenz*

Der Kompromißvorschlag über die Verfahrensordnung der Friedenskonferenz hatte im wesentlichen folgenden Inhalt:

1.) Die vier zur Konferenz einladenden Mächte schlagen dem Kongreß eine bestimmte Geschäftsordnung vor.

2.) Die genannten Mächte unterstützen diese Vorschläge. Es steht jedoch jeder der vier Nationen frei, ihre Unterstützung zurückzuziehen und sich für einen eingebrachten Zusatzantrag zu entscheiden.

3.) Die endgültige Geschäftsordnung soll durch den Kongreß mit einfacher Majorität angenommen werden.

Die Vorschläge der vier Außenminister sind daher weder für den Kongreß noch für die vier Großmächte bindend.

Die von den vier Außenministern für die Pariser Konferenz entworfene Verfahrensregelung umfaßt im einzelnen folgende Punkte:

#### I.

1. Die Vertragsentwürfe, die von den vier Großmächten ausgearbeitet wurden, werden der Plenarversammlung der 21 Nationen vorgelegt. Die Konferenz der 21 Nationen überweist diese Vertragsentwürfe zum Studium an die einzelnen Ausschüsse, die ihrerseits die Vertragsentwürfe mit Vorschlägen und Zusatzanträgen erneut der Plenarversammlung der 21 Nationen zur Annahme vorlegen.

2. Von der Konferenz wird ein Hauptausschuß zur Unterstützung der Plenarversammlung gebildet. In diesem Ausschuß sind alle 21 Nationen durch je eine Delegation vertreten.

3. Folgende Unterausschüsse werden gebildet:

a) Politischer Ausschuß für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland zur Regelung politischer Fragen und von Grenzklauseln. Angehörige dieses Ausschusses sind jeweilig nur die Mächte, die sich mit den ehemaligen Feindstaaten tatsächlich im Krieg befanden. Frankreich und die Vereinigten Staaten werden jedoch, unabhängig von dieser Bestimmung, dem Ausschuß angehören. Andere Staaten können vor dem Ausschuß gehört werden.

b) Zwei Wirtschaftsausschüsse:

1. Ausschuß für Wirtschafts- und Finanzfragen für Italien,
2. Ausschuß für Wirtschafts- und Finanzfragen für Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland.

Diesen Ausschüssen gehören, neben Vertretern der vier Großmächte, die mit den ehemaligen Feindstaaten im Krieg befindlichen Staaten an.

c) Militärischer Ausschuß für Luftwaffen-, Heeres- und Marineklauseln für alle fünf ehemaligen Feindstaaten.

d) Rechtsausschuß.

Den beiden letztgenannten Ausschüssen (c und d) gehören Vertreter von allen 21 Nationen an.

#### II.

Die Präsidentschaft der Konferenz soll zuerst durch den Vertreter des Gastlandes (Frankreich) und dann abwechselnd von den Vertretern der übrigen Großmächte übernommen werden.

#### III.

Die fünf ehemaligen Feindstaaten werden zur Konferenz eingeladen. Andere Nationen, die nicht zu den 21 Nationen der Konferenz gehören, können zur Konferenz nicht hinzugezogen werden.

#### IV.

Als Amtssprache auf der Konferenz und in den Ausschüssen gilt Englisch, Französisch und Russisch.

#### V.

Für die Konferenz werden verschiedene Sekretariate eingerichtet werden.

#### VI.

Für Abstimmungen in der Plenarversammlung soll bei Verfahrensfragen die einfache Mehrheit entscheiden und in allen anderen Fragen eine Zweidrittelmehrheit. Wenn in den Ausschüssen eine Zweidrittelmehrheit erzielt worden ist, soll die Plenarversammlung einen solchen Vorschlag als Empfehlung behandeln, während bei einer geringeren Mehrheit der Vorschlag der Plenarversammlung zur Kenntnis gebracht wird.

#### VII.

Die Konferenz kann auch nach Annahme dieser Satzungen Erweiterungen oder Streichungen der Verfahrensregelung beschließen.

### *Die deutsche Frage*

Am 9. Juli begann auf der Außenminister-Konferenz in Paris erstmalig die Behandlung der deutschen Frage. Der sowjetische Außenminister *Molotow* nahm in einer großen Erklärung zur Behandlung des deutschen Problems Stellung. In dieser Rede wurde zum ersten Mal die Haltung der Sowjet-Union in dieser Frage klargelegt. *Molotow* erklärte u. a.: „Die Regierung der Sowjet-Union hat stets die Ansicht vertreten, daß der Geist der Rache ein schlechter Ratgeber ist . . .“

Es ist nicht unsere Absicht, Deutschland zu zerstören, sondern Deutschland in einen demokratischen und friedliebenden Staat zu verwandeln, der neben seiner Landwirtschaft auch seine eigene Industrie und seinen eigenen Außenhandel haben wird, dem aber jene wirtschaftliche und militärische Potentiale versagt bleiben, die es ihm ermöglichen könnten, sich jemals wieder als Angreiferstaat zu erheben.

Es ist in der letzten Zeit Mode geworden, über die Aufteilung Deutschlands in verschiedene autonome Staaten zu sprechen, über eine Föderalisierung Deutschlands und über eine Abtrennung des Ruhrgebietes von Deutschland . . .

Ohne das Ruhrgebiet kann Deutschland als unabhängiger und lebensfähiger Staat nicht existieren . . .

Sollte jedoch als das Ergebnis einer Volksabstimmung das deutsche Volk dem Wunsch Ausdruck verleihen, Deutschland in einen föderalistischen Staat zu verwandeln, oder falls auf Grund einer Volksabstimmung in verschiedenen früheren deutschen Staaten der Wunsch, sich von Deutschland zu lösen, manifestiert wird, dann kann unsererseits hiergegen keine Einwendung erhoben werden.

Deutschland sollte vollständig entwaffnet werden, sowohl militärisch als auch wirtschaftlich, und das Ruhrgebiet sollte einer interalliierten Kontrolle von vier Ländern unterstellt werden, mit dem Ziel, ein Wiedererstehen der deutschen Kriegsindustrie zu verhindern. Die vollständige militärische und wirtschaftliche Entwaffnung Deutschlands muß ferner durch einen Reparationsleistungsplan gefördert werden.

Deutschland sollte das Recht haben, zu exportieren und zu importieren . . . und wir sollten einer Steigerung der Stahlproduktion, der Kohlenförderung und der Herstellung von Fertigfabrikaten, die einen friedlichen Charakter tragen, keine Hindernisse in den Weg legen . . .

All dies verlangt die Errichtung einer entsprechenden interalliierten Kontrolle über die deutschen Industrien und ganz besonders über das Industriegebiet der Ruhr.

Wir erheben keine Einwände gegen die Einsetzung einer deutschen Zentralverwaltung als Übergang zur Errichtung



einer zukünftigen deutschen Regierung. Aber selbst, wenn eine deutsche Regierung errichtet worden ist, wird noch eine Anzahl von Jahren benötigt werden, um zu prüfen, welche Ziele die neue deutsche Regierung vertritt und ob man ihr trauen darf.

Es muß sich dabei um eine demokratische Regierung handeln, die in der Lage sein wird, die Überreste des Faschismus in Deutschland auszulöschen, und gleichzeitig in der Lage ist, Deutschlands Verpflichtungen gegenüber den Alliierten, vor allem die Erfüllung der Reparationslieferungen, durchzuführen. Nur dann wird es möglich sein, ernsthaft über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu sprechen.“

Hinsichtlich des amerikanischen Vorschlages eines Viermächte-Paktes über die 25jährige Kontrolle der Entmilitarisierung Deutschlands erklärte *Molotow*, die von Außenminister *Byrnes* gemachten Vorschläge seien verfrüht und unzulänglich. Der vorgeschlagene Viermächte-Pakt gebe keine ausreichende Sicherheit gegen eine deutsche Wiederaufrüstung und sollte zumindest auf 40 Jahre ausgedehnt werden. Zweitens gehe der Vertrag nicht soweit wie die in Jalta und Potsdam getroffenen Abmachungen über die wirtschaftliche Abrüstung Deutschlands und enthalte keine Bestimmungen über die Ausschaltung der deutschen Kriegsindustrie, und drittens enthalte der Vertrag keine Sicherungen politischer Art, die notwendig seien, um ein Wiederaufleben des Nationalsozialismus zu verhindern. Viertens enthalte der Vertrag keine Bestimmungen über deutsche Reparationsleistungen an die Sowjet-Union, und fünftens fasse der Vertrag eine Verkürzung der Besatzungsdauer ins Auge. *Molotow* protestierte ferner gegen die Einstellung der Reparationslieferungen aus der amerikanischen Zone Deutschlands und erklärte diese Maßnahme für ungesetzlich. *Molotow* verlangte für die Sowjet-Union eine Reparationsleistung von Deutschland in Höhe von 10 Milliarden Dollar und daß alliierte Truppen so lange in Deutschland verbleiben sollen, bis dieser Betrag bezahlt ist.

*Molotow* schlug abschließend eine Sonderkonferenz der Außenminister noch vor Ende dieses Jahres vor, um sich ausschließlich der deutschen Frage zu widmen.

Der amerikanische Außenminister *Byrnes* antwortete auf die Ausführungen *Molotows* und erklärte unter anderem:

„Die amerikanische Regierung hat niemals die Absicht gehegt, Deutschland einen Rachefrieden aufzuerlegen. Die amerikanische Regierung betrachtet die wirtschaftliche Wiederbelebung Deutschlands als eine grundlegende Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands auf friedlicher Grundlage. Die amerikanische Regierung bevorzugt jedoch nicht den Wiederaufbau Deutschlands vor dem wirtschaftlichen Wiederaufbau der Länder, die von Deutschland verwüstet wurden.

Die amerikanische Regierung hat die notwendigen Maßnahmen zur Denazifizierung Deutschlands unterstützt und wird dies auch weiterhin tun, um den demokratischen Kräften in Deutschland eine Möglichkeit zu geben, sich zu entfalten.

Es ist Pflicht der Alliierten, dem deutschen Volk die grundlegenden Bedingungen einer Friedensregelung klarzumachen, von der die Alliierten erwarten, daß das deutsche Volk sie annimmt und einhält. Die Alliierten sollten es klarmachen, was die Abrüstung bedeutet, die von dem deutschen Volk durchgeführt werden soll, welches die Reparationslieferungen sein sollen, die das deutsche Volk durchführen soll, welches die zukünftigen Grenzen Deutschlands sein sollen, in denen sich die Deutschen selbst verwalten können.

Die Alliierten sollten es den Deutschen klarmachen, daß, solange sie die von den Alliierten klar und deutlich festge-

legten Bedingungen einhalten, keine Einmischung in die Bemühungen des deutschen Volkes für den Wiederaufbau seines wirtschaftlichen und politischen Lebens zu seinen eigenen Gunsten und zu Gunsten ganz Europas erfolgen wird.

Ich hoffe immer noch, daß meine Kollegen auf dieser Konferenz der Einrichtung einer deutschen Zentralverwaltung als notwendige Maßnahme zur Sicherung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands beipflichten werden.

Das Debattieren über eine langfristige oder kurzfristige Besatzung Deutschlands ist irreführend. Truppenteile für Kontroll- und Sicherheitszwecke werden auf lange Sicht unterhalten werden müssen . . . aber Massenbesatzung und Besatzungsregierung Deutschlands werden, falls sie sich über eine lange Periode erstrecken, unsere Ziele zunichte machen.

Dem deutschen Volk muß eine Möglichkeit gegeben werden, den Schwierigkeiten und Härten, denen es sich gegenüberübersieht, aus eigenen Anstrengungen zu begegnen . . . Es ist daher die Pflicht der Alliierten, einen Apparat einzusetzen, der die festen Richtlinien für eine Friedensregelung ausarbeitet. Ich schlage vor, daß wir zu diesem Zwecke besondere Vertreter ernennen und ihnen entsprechende Anweisungen geben . . . Es ist nicht notwendig, daß eine deutsche Regierung bereits besteht, um eine Regelung der deutschen Frage anzunehmen.“

Zu *Molotows* Kritik an der Einstellung der Reparationslieferung aus der amerikanischen Zone erklärte *Byrnes*, die Vereinigten Staaten müßten für das Haushaltsjahr 1947 eine Summe von 200 Millionen Dollar für Ausgaben in Deutschland veranschlagen, und zwar deshalb, weil Deutschland nicht, wie dies in den Potsdamer Abmachungen vorgesehen war, als wirtschaftliche Einheit behandelt wurde.

Auf die Kritik *Molotows* an dem vorgeschlagenen 25-Jahres-Plan erklärte *Byrnes*, der Vertrag begrenze in keiner Weise die Besatzungsdauer. Der Vertrag stelle lediglich einen Versuch dar, zu garantieren, daß Deutschland nicht wieder den Weltfrieden bedrohen könne.

Der britische Außenminister *Bevin* legte zur Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit der Pariser Außenminister-Konferenz folgenden 3-Punkte-Plan vor:

1. Um die wirtschaftliche Einheit Deutschlands zu verwirklichen und die Erhebung der deutschen Reparationen ordnungsgemäß zu regulieren, sollen die einheimischen Produktionsmittel gleichmäßig über alle vier Zonen verteilt werden.
2. Alle Überschüsse von einheimischen Quellen in irgendeiner der Zonen sollen zur Deckung des Bedarfs in den anderen Zonen verfügbar gemacht werden. Der alliierte Kontrollrat in Berlin soll Richtlinien festlegen, die es den vier Besatzungsmächten ermöglichen, sich von der wirklichen Durchführung dieses Grundsatzes zu überzeugen.
3. Wenn aus dem Überschuss aus der laufenden Produktion in einer Zone nichts von der einen oder anderen Zone benötigt wird, so ist die Ausfuhr dieses Überschusses als Reparationsleistung nur möglich, wenn kein Zahlungsfizit vorhanden, so muß der Überschuss als Handelsexport betrachtet und in annehmbarer ausländischer Währung bezahlt werden, um dieses Defizit auszugleichen. Einkünfte aus Exporten von noch vorhandenen Vorräten sollen in gleicher Weise behandelt werden.

*Bevin* erklärte im Verlauf seiner Ausführungen:

„Wenn die einzelnen Zonen voneinander abgeschnitten bleiben, so bedeutet dies in Wirklichkeit die Aufteilung Europas.“

*Bevin* wies darauf hin, daß sich Großbritannien gezwungen sehen würde, die britische Zone in Deutschland umzuorga-



nisieren, um die augenblicklichen Lasten des britischen Steuerzahlers zu verringern, falls keine Zusammenarbeit aller vier Zonen auf der Grundlage völliger Gegenseitigkeit zu erreichen sei. Der Zustand, daß im laufenden Verwaltungsjahr die britischen Steuerzahler 80 Millionen Pfund Sterling für die britische Zone Deutschlands aufbringen müssen, dürfe nicht länger andauern.

Der britische Außenminister sprach sich im weiteren Verlauf seiner Rede für den von *Byrnes* vorgeschlagenen 25-Jahresplan zur Entmilitarisierung Deutschlands aus. Er unterstützte auch den amerikanischen Vorschlag zur Einsetzung einer Viermächte-Untersuchungskommission, die in allen vier Zonen Deutschlands Erhebungen über den jeweiligen Stand der Entwaffnung und Entmilitarisierung anstellen solle.

Der französische Außenminister *Bidault* legte den Standpunkt Frankreichs gegenüber der Saar-, der Rheinland- und der Ruhrfrage dar. *Bidault* vertrat die Auffassung, daß die Politik der vier Großmächte gegenüber Deutschland die Gewähr für eine Entwaffnung, die Gewähr für die Durchführung des Reparationsprogrammes und die Ausrottung des Nazismus und Förderung des demokratischen Geistes bieten müsse.

*Bidault* wandte sich gegen jeden Versuch, schon in naher Zukunft eine deutsche Regierung zu schaffen. Als Staatsform für das zukünftige Deutschland schlug *Bidault* einen Staatenbund an Stelle eines Bundesstaates vor. Der französische Außenminister erklärte, die Besatzungsmacht sei eine wesentliche Voraussetzung für die Erfüllung der Reparationsforderung. „Weil es für jedes Reparationsprogramm“, so erklärte *Bidault*, „notwendig ist, das Industrieniveau festzulegen, zeigt sich hier zugleich ein fundamentales Element der Abrüstung Deutschlands überhaupt. Deswegen ist Frankreich gewillt, hieran mitzuarbeiten, und zwar ohne Einschränkungen. Ich möchte daran erinnern, daß Frankreich, um die Durchführung dieses Planes nicht zu erschweren, bereit ist, vorläufig den Gedanken einer deutschen Wirtschaftseinheit anzunehmen, obschon eine solche Einheit zur Zeit noch Provinzen umfaßt, deren territoriale Abtretung wir fordern.“

Dieses Angebot Frankreichs, das eine gemeinsame Linie der drei Westmächte ermöglichte, wurde von *Molotow* abgelehnt, da, wie *Molotow* erklärte, die von Frankreich gewünschte und von den Vereinigten Staaten und Großbritannien akzeptierte Sonderregelung für das Saargebiet nach dem Potsdamer Protokoll nicht mit der Frage der Zentralverwaltung verknüpft werden dürfe. *Molotow* bezog sich hier auf den Vorschlag *Bidaults*, wonach sich die vier Großen bezüglich einer Regelung de jure aber bis zur allgemeinen Regelung der deutschen Frage vertagen. (Bei der April/Mai-Tagung der Außenminister-Konferenz hatten *Bevin* und *Byrnes* sich im Prinzip mit dem Anschluß der Saar an Frankreich einverstanden erklärt).

Gegen Ende der Konferenz legte der amerikanische Außenminister noch einen Plan vor, falls die Errichtung deutscher zentraler Verwaltungsstellen nicht zustande kommen sollte. Dem amerikanischen Vorschlag zufolge, kann sich jede Besatzungsmacht wirtschaftlich an die amerikanische Zone anschließen. Dieser Vorschlag, den *Byrnes* allen vier Mächten anempfahl, soll einen Austausch von Gütern und von Nachrichten und Ideen gewährleisten. Außenminister *Bevin* erklärte zu dem Vorschlag, daß die britische Regierung den amerikanischen Vorschlag zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zone unverzüglich beraten werde. *Molotow* sagte, daß auch seine Regierung die von *Byrnes* und *Bevin* unterbreiteten Vorschläge eingehender zu studieren wünsche, bevor sie ihre Stellungnahme bekanntgeben würde.

### Die österreichische Frage

Nachdem die Großmächte bei der Erörterung des deutschen Themas zu keinem wesentlichen Beschluß gelangen konnten, wandten sie sich dem nächsten Punkt der Tagesordnung, dem Vertrag mit Österreich, zu. Außenminister *Byrnes* schlug vor, die Stellvertreter der Minister sofort damit zu beauftragen, die von den vier Großmächten vorgeschlagenen Vertragsentwürfe für Österreich zu studieren. Außenminister *Molotow* verlangte jedoch vor der Erörterung eines Vertrages mit Österreich die sofortige Evakuierung von 437 000 verschleppten Personen aus Österreich. Das Studium der österreichischen Frage solle, so schlug *Molotow* vor, erst nach beendeter Ausarbeitung der Friedensverträge mit den sogenannten Vasallenstaaten begonnen werden. Die russische Einstellung zu dem Problem Österreich bedingte eine Vertagung der Diskussion, und man einigte sich, die Debatte zu verschieben, bis die Außenminister einen Bericht des alliierten Rates für Österreich erhalten. *Byrnes* bestand aber darauf, die Stellvertreter sofort mit der Ausarbeitung eines Vertragsentwurfes für Österreich zu beauftragen. Über diesen Punkt konnte jedoch keine Einigung erzielt werden.

*Bevin* schnitt dann die Frage des deutschen Eigentums in Österreich an und erklärte, seine Regierung habe ihn angewiesen, den Rat um eine genaue Definition des deutschen Eigentums in Österreich zu ersuchen. Er schlug die Bildung einer Sonderkommission vor, die sich mit dieser Frage beschäftigen soll. *Molotow* lehnte die Erörterung dieses Punktes als nicht zur Tagesordnung gehörend ab.

### Der Abschluß der Außenministerkonferenz

Die Außenminister kamen dann nochmals auf die deutsche Frage zurück. Die Minister nahmen den französischen Vorschlag auf Ernennung einer Sonderkommission zur Überprüfung der deutschen Kohlenproduktion an, und zwar mit dem britischen Zusatz, wonach die Kommission dem alliierten Kontrollrat und nicht den Außenministern unterstellt wird.

Bei einer erneuten Erörterung der Frage der italienischen Kolonien kam es zu einer endgültigen Einigung durch Annahme einer Klausel, derzufolge jeder Nation, die direkt an der Frage der italienischen Kolonien interessiert ist, das Recht zugebilligt wird, ihren Standpunkt dem Außenministerrat vorzulegen.

In der italienischen und jugoslawischen Grenz- und Minoritätsfrage kam trotz längerer Debatte keine Einigung zustande. Die Minister beschlossen daraufhin, die noch ausstehenden Fragen in die Friedensvertragsentwürfe aufzunehmen und der Friedenskonferenz zu unterbreiten.

Der französische Außenminister *Bidault* brachte dem Außenministerrat noch zur Kenntnis, daß er bei der nächsten Außenministerkonferenz die Beteiligung anderer an der deutschen Frage interessierten Nationen bei der Diskussion über die Zukunft Deutschlands fordern werde. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien stimmten diesem Vorschlag zu, während sich die Sowjetunion einer Stellungnahme enthielt.

Mit den Worten „Wir werden uns auf der Friedenskonferenz wiedersehen“ brachte der britische Außenminister die letzte Sitzung des Rates zum Abschluß.

Die Außenminister einigten sich, nach Beendigung der vom 3. auf den 23. September verschobenen Vollversammlung der UNO wieder zusammenzukommen, um sich ausschließlich der deutschen und österreichischen Frage zu widmen.



## Das Weltecho der zweiten Pariser Konferenz

Während sich die 21 Nationen und die fünf ehemaligen Feindstaaten auf den Pariser Kongreß vorbereiteten, rekapitulierte die Welpresse die auf der zweiten Außenminister-Konferenz erzielten Ergebnisse.

Die Übereinkunft zur Einberufung der allgemeinen Friedenskonferenz für den 29. Juli und die Einigung über die italienischen Reparationsleistungen wurden von der gesamten Welpresse als große Erfolge kommentiert.

Die konservative englische Zeitung *Yorkshire Post* schrieb: „Die Kernfrage, die den Pariser Verhandlungen zugrunde lag, lautete: Wird Rußland darauf bestehen, seine Theorie, die letzten Endes auf Furcht oder Argwohn beruht, in die Wirklichkeit umzusetzen, oder wird die Sowjet-Union den Westmächten genügend Vertrauen entgegenbringen, um im gemeinsamen Zusammenwirken mit ihnen die europäische Zukunft zu gestalten? Die nun erzielte Verständigung beantwortete diese Frage. Der Weg zur Zusammenarbeit liegt eindeutig offen. Noch ist es zu früh zu sagen, daß das Ziel auch erreicht werden wird. Aber ein Zusammenbruch, der den Weg endgültig verschüttet hätte, ist jedenfalls vermieden worden.“

Die kommunistische englische Zeitung *Daily Worker* schrieb, das Hauptverdienst an dem Zustandekommen einer Einigung in Paris komme Außenminister Molotow zu. Die *Times* erklärte: „Die Pariser Konferenz hat sich für das, was sie bisher geleistet hat, die Dankbarkeit der Welt verdient.“ Und der liberale *News Chronicle* schrieb in einem Leitartikel: „Zum ersten Mal seit Kriegsende hat die Sowjet-Union derartige Konzessionen in einer wichtigen Frage gemacht.“ Die *New York Herald Tribune* erklärte: „Alles, was noch zu tun bleibt, nachdem die Außenminister ihre Besprechungen über die Klauseln der Vertragsentwürfe, die der Friedenskonferenz vorgelegt werden sollen, beendet haben, ist die Erledigung der deutschen und österreichischen Frage.“ Der bekannte amerikanische Publizist *Walter Lippmann* schrieb in der *Washington Post* vom 3. 7. 1946: „Das nächste Kapitel bei der Schaffung des Friedens wird interessanter sein als das Problem Italien und jenes der östlichen Vasallenstaaten. Das nächste Kapitel wird ‚Deutschland‘ heißen, und es ist unendlich viel wichtiger. Die Verhandlungen werden Deutschland betreffen, aber sie werden den Frieden unter den Alliierten und unter den Vereinten Nationen entscheiden. Alle kleineren Verträge stehen oder fallen mit dem Erfolg oder Fehlschlag der Lösung des großen Problems im Herzen Europas.“

In der französischen Zeitung *La Tribune des Nations* hieß es: „Die Besprechungen der Vier sind sicher nicht leicht gewesen. So geschickt die Diplomatie Bidauls auch immer gewesen ist, die Gegensätze auszugleichen, so konnte man doch zwanzig- oder hundertmal sogar befürchten, daß alles brechen würde. Überall stoßen die russischen und angelsächsischen Interessen aufeinander. Hier interveniert Frankreich. Frankreich hat eine sehr schwierige Rolle bei den Debatten zwischen den Vier übernommen. Auf der Konferenz der 21 wird diese Rolle aber leichter sein. Es zeichnen sich bereits zwei gegensätzliche Gruppen ab, einerseits die Sowjet-Union mit Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Bjelorusland und der Ukraine, auf der anderen Seite die Vereinigten Staaten von Amerika mit Großbritannien und den britischen Dominien. Außerdem stehen noch neun Mächte zwischen den beiden Gruppen, unter ihnen Frankreich. Das genügt, um bequem eine Mehrheit erzielen zu können. Es wäre übrigens außerdem wünschenswert, daß die Lösung der Fragen nicht durch „Sieger und Besiegte“ stattfindet. Die Probleme, die durch den Krieg entstanden, können nicht die Beziehungen zueinander trüben. Diejenigen Probleme, die nach Unterzeichnung des Friedens entstanden, könnten Trübungen hervorrufen. Ein endgültiges Resultat wird niemals erzielt werden, und man wird immer wieder Veränderungen zugestehen müssen. Aber man wird einen Weltkonflikt zu verhindern wissen, in den die Überlebenden der Rassen-theorie und des Faschismus ihre Hoffnung setzen.“

Die *Iswestija* erklärte in einem Leitartikel: „Die Sowjet-Union schlägt vor, die Generalkommission aus den Vertretern der Chiefs der Abordnungen zu bilden, die an der Friedenskonferenz teilnehmen. Die Generalkommission wird im Verhältnis zum Hauptorgan der Konferenz eine untergeordnete Stellung einnehmen, was den Beschlüssen der Zusammenkunft der Außenminister in Moskau entspricht.“

Die sowjetische Kommission verteidigt die Beschlüsse der Moskauer Konferenz und wendet sich gegen die zutage tretende Neigung, die Friedenskonferenz zu einem automatischen Mechanismus zu machen, der den Beschlüssen der Generalkommission nur seinen Stempel aufzudrücken hätte. Sie unterstreicht, daß diese Neigung mit den Moskauer Beschlüssen unvereinbar ist. Diese Sachlage

würde ihrer Autorität einen großen Stoß versetzen und könnte das Ziel der Konferenz der „21“ in Frage stellen. Der Ministerrat, dessen Aufgabe es ist, die Friedenskonferenz vorzubereiten und einzuberufen, trägt die ganze Verantwortung für diese Konferenz. Der Rat der vier Minister kann sich keine gleichgültige Haltung erlauben, wenn die Autorität der Friedenskonferenz bedroht ist. Man kann nicht zulassen, daß eine Situation geschaffen werde, die es einer Kommission, und sei es sogar eine „Generalkommission“, ermöglicht, die Friedenskonferenz der 21 Staaten zu ersetzen. Es ist notwendig zu versichern, daß die Friedenskonferenz die hauptsächliche und wesentliche Rolle spielt — in Übereinstimmung mit den Moskauer Beschlüssen. Man kann nicht zulassen, daß diese Rolle durch den Mißbrauch der Vorbereitungen zur Friedenskonferenz durch ein untergeordnetes Organ, dessen Arbeit der Kontrolle der öffentlichen Meinung entzogen ist, verkleinert werde.“

Die *New York Times* schrieb: „Man muß sich dazu beglückwünschen, daß die erste Friedenskonferenz, die dem größten Krieg aller Zeiten folgt, den geladenen Nationen die Freiheit läßt, die gemeinsame Arbeit der Außenminister der vier Großen zu überprüfen und, wenn schon keine Abänderungen, so mindestens Verbesserungsvorschläge einzubringen.“

Die vier Großen behalten sich das Recht vor, die Abfassung der ersten Friedensverträge in ihrer endgültigen Form nach einem bestimmten Verfahren, das für alle weiteren Verträge als Muster dienen wird, selbst zu bestimmen. Die Friedenskonferenz wird die Möglichkeit haben, nach dem Gesichtspunkt demokratischer Prinzipien und Regeln in Aktion zu treten.“

Die französische Zeitung *Liberté* erklärte: „Die Konferenz wird sich mit den Fragen, die die Großen untersucht haben, befassen, das heißt, ausschließlich mit europäischen Problemen. Werden die 21 sich leichter einigen als die „Vier“? Das Los des Friedens hängt jedoch weniger von einer Übereinkunft ab, als von den Grundlagen, auf welchen er aufgebaut sein wird. Die „Vier“ im Luxembourg-Palais haben sich für Grundlagen entschieden, die durch die Prinzipien des Versailler Diktates angeregt sind. Die ganze Politik unserer Diplomaten dreht sich um die Bestimmung der Grenzen. Und bei diesen Grenzbestimmungen haben sie überhaupt nicht daran gedacht, die daran Interessierten um ihre Meinung zu fragen. Wenn die Friedenskonferenz in derselben Weise arbeitet, kann sie vielleicht einen Kompromiß erreichen. Es wird ihr niemals gelingen, den Frieden aufzubauen. Im Atomzeitalter handelt es sich nicht darum, Grenzen zu ziehen, sondern sie aufzuheben. Solange das Mosaik Europa, das sich aus souveränen Staaten zusammensetzt, bestehen bleibt, bleibt die alte Welt ein Brandherd des Krieges. Der Frieden hängt nicht von Grenzbestimmungen ab, so gerecht sie auch sein mögen. Der Friede kann nur durch die Vereinigung der Völker gesichert werden.“

Das amerikanische Wochenmagazin *Time* schrieb: „Vierzehn Monate nach dem Zusammenbruch Deutschlands beschäftigen sich die Nationen noch immer mit den verhältnismäßig leichten Problemen an der Peripherie. In der Mitte aller Probleme ist ein großes Loch, an das der Pariser Kongreß nicht rühren soll. Die Sieger wissen, daß eine Regelung des italienischen oder des Balkanproblems nur wenig Sinn hat, ehe nicht entschieden wird, ob es ein Deutschland oder zwei und demzufolge ein Europa oder zwei, eine Welt oder zwei geben wird. Bisher wird eine weitere Annäherung an den Frieden durch die russische Politik einer Verlängerung der unregelmäßigen Bedingungen blockiert. Der einzige Weg, der den Vereinigten Staaten und Großbritannien offen blieb, war, darauf zu bestehen, daß die 17 kleineren Nationen nach Paris einberufen wurden, wo sie am 29. Juli beginnen werden, am Rande der großen Probleme die Fragen Finnland, Italien, Bulgarien, Rumänien und Ungarn zu bearbeiten.“

Über die einzelnen Punkte der Vertragsentwürfe schreibt *Time*: „Rußland hat die runde Summe von 300 Millionen Dollar von jedem der Vasallenstaaten gefordert, unabhängig davon, ob das Land in der Lage ist, diese Summe zu bezahlen, während die Vereinigten Staaten darauf bestanden, daß es nicht gestattet sein solle, Reparationszahlungen zu verlangen, die die Wirtschaft einer Nation zerstören. Von Finnland, Rumänien, Ungarn wurden Rußland von den Großen Vier 800 Millionen Dollar zugeteilt. In Italien wurde auf amerikanisches und britisches Bestehen die russische Forderung auf 100 Millionen Dollar beschnitten. Diese Summe wird zum Teil aus der laufenden Produktion von 7 Jahren, beginnend mit dem Jahre 1948, entnommen.“

Bewaffnung. Die Großen Vier kamen überein, daß die ehemaligen Vasallenstaaten Deutschlands kleine Armeen haben sollen, daß ihnen jedoch alle potentiellen Angriffswaffen versagt bleiben. Italien wird eine Flotte erhalten, die gegenüber einer



Vorkriegstonnage von 480 000 Tonnen (einschließlich 4 Schlachtschiffe) auf 67 500 Tonnen sowie 2 Schlachtschiffe herabgesetzt wird. Jeder Nation wird eine Handvoll militärischer Flugzeuge gestattet, jedoch keine Bombenflugzeuge.

**Grenzen.** Von Finnland wird Rußland den Warmwasserhafen Petsamo und ein Pachtrecht des Ostseeflottenstützpunktes in Porkkala erhalten, von Rumänien erhält es 126 880 Quadratkilometer von Bessarabien. Andere Grenzveränderungen auf dem Balkan bringen Transylvanien an Rumänien zurück und die Süd-Dobrußscha an Bulgarien. Engländer und Franzosen erzielen auf Kosten Italiens Vorteile: Das britisch kontrollierte Griechenland erhält die Dodekanes-Inseln. Die Gemeinden Briga und Tenda und andere kleine Stücke der italienischen Alpen fallen an Frankreich. Italien darf jedoch trotz des österreichischen Protestes Südtirol behalten. Triest wird, anstatt entweder Italien oder Jugoslawien zugesprochen zu werden, unter der Kontrolle der Vereinten Nationen internationalisiert werden.

**Besatzung.** Alliierte Truppen (die Rote Armee in Finnland und den Balkanländern, amerikanische und britische Truppen in Italien) werden 90 Tage nach Inkrafttreten der Verträge die Länder der ehemaligen Feindstaaten verlassen. Rußland steckt in die ungarischen und rumänischen Verträge jedoch einen Joker. Es kann solche Streitkräfte in den Ländern unterhalten, die es zur Aufrechterhaltung der Verbindungslinien mit der Roten Armee in der sowjetischen Besatzungszone Österreichs benötigt. Wenn auch der einfachste Zutritt nach Österreich für die Vereinigten Staaten und Großbritannien durch die Adria führt, blieb den Westmächten nicht das Recht vorbehalten, Truppen zur Aufrechterhaltung der Verbindungslinien in Italien zu halten. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien werden ihre österreichischen Besatzungstruppen über die langen, mühsamen Wege durch Deutschland versorgen.

Die Zukunft der Donauvölker hängt weniger davon ab, ob sie unter rumänischer oder ungarischer oder einer anderen nationalen Flagge leben, als ob ihnen gestattet ist, mit der ganzen Welt und nicht nur mit Rußland Handel zu treiben. Die Vereinigten Staaten haben eine Klausel für alle Balkanverträge vorgeschlagen, wonach die Schifffahrt auf der Donau frei und auf der Basis der Gleichheit der Nationalität erfolgen soll. Rußland hat diese Klausel nicht gebilligt. Die freie Donau wird somit zum bedeutendsten Diskussionspunkt, dem sich die Pariser Konferenz gegenüberstellt.

Senator Vandenberg hat mit hoffnungsvollem Mut die zweite Pariser Außenminister-Konferenz „einen großen Schritt vorwärts auf der dornigen Straße des Friedens“ genannt. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

Die *Londoner Times* schrieb in einem Leitartikel unter der Überschrift „Gewinn und Verlust in Paris“:

„In 14 Tagen wird die dritte der Pariser Friedenskonferenzen zusammentreten, und an Stelle von vier Ländern werden 21 Länder vertreten sein. Die 17 neu hinzukommenden Staaten — China, Australien, Belgien, Brasilien, Kanada, die Tschechoslowakei, Äthiopien, Griechenland, Holland, Indien, Neuseeland, Norwegen, Polen, Südafrika, die Ukraine, Bjelo-Rußland und Jugo-

slawien werden einer Konferenz beiwohnen, die so gründlich im voraus vorbereitet wurde, daß ein Fehlschlag unwahrscheinlich ist. Es wird viele Schwierigkeiten und Debatten sowohl über den Gegenstand der Konferenz als über die Verfahrensordnung geben. Unter der resoluten Führung durch die Großen Vier auf der Basis der in der soeben zu Ende gegangenen Konferenz erzielten Einigungen sollte das nächste Treffen seinen Zweck erfüllen. Einige Punkte sind unter den vier Mächten noch nicht geregelt, so zum Beispiel die Zukunft des Donauhandels, und einige der neu hinzukommenden Nationen werden in Paris eigene Ansprüche vorzubringen haben. Zu dem Zeitpunkt, da jedoch die Pariser Konferenz auseinandergeht, wird ein entscheidender Schritt vorwärts zur Wiederherstellung des wirklichen Friedens in Europa erreicht sein und alles sollte bereit sein, daß die Siegel der siegreichen Alliierten auf die Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland gesetzt werden können.

Unter der Überschrift „Ein steiniger Weg der Abfassung des Friedens liegt vor Europa“ schrieb die amerikanische Zeitung *Baltimore Sun*: „Als die vier Außenminister am 15. 6. 1946 in Paris zusammentraten, war Außenminister Molotow gegenwärtig, daß die westliche Welt bereit war, ihren eigenen Weg bei der Schaffung des Friedens zu gehen, notfalls ohne Rußland. Solch eine Entwicklung würde Rußland von der westlichen Welt genau so wirksam ausschließen, wie das Vordringen westlichen Einflusses nach Osteuropa abgesperrt wurde. Rußland wünschte nicht, daß dies eintrat. Das Ergebnis war, daß mit Beendigung der Arbeit der Außenminister in Paris Rußland den Entwürfen zu fünf Friedensverträgen zugestimmt hatte und Einladungen für eine allgemeine Friedenskonferenz ausgesandt worden waren. Die großen Probleme Deutschland und Österreich sind verblieben, aber sie sind nun endlich in die Öffentlichkeit gerückt worden.“

Die *New York Times* schrieb: „Rußland hat seine Taktik geändert, der Kompromiß wurde zum Grundton der zweiten Pariser Konferenz. Bei dieser soeben zu Ende gegangenen Konferenz haben sich die Großen Drei und Frankreich über Vertragsentwürfe für Italien und die Vasallenstaaten der Achse, die dem Kongreß der 21 Nationen vorgelegt werden sollen, geeinigt. Rußlands Delegierter hat, nachdem diese Verträge in Fluß gekommen sind, die russische Haltung gegenüber Deutschland klargelegt. Der lange Stillstand ist überwunden.“

Vor den Friedensschöpfen liegen weit wichtigere Probleme als die Verträge für Italien und die Vasallenstaaten. Die Zukunft Deutschlands und Österreichs wird lange Debatten erfordern. Der Vertrag für Japan steht noch aus. Es besteht jedoch eine ausgezeichnete Chance, daß die Gestalten des Friedens mit größerer Zuversicht ihrem gemeinsamen Ziel entgegengehen. Sie sind sich nun darüber klar geworden, daß die Völker der Welt eine gerechte und baldige Regelung wünschen. Dieser Faktor wiegt schwer und beeinflusst die Taktik, die von den Großen Drei angewandt wird. Die Großen Drei erkennen, daß die überwiegende Mehrheit der Völker der Welt darauf wartet, daß die Arbeit der Regelung des Krieges beendet wird, damit sie mit der Arbeit, die Völker gegen weitere Kriege zusammenzuschließen, fortfahren können.“

## Das europäische Judentum und die Palästinafrage

(Fortsetzung)

### Der Woodhead-Ausschuß

Am 4. Januar 1938 wurde der *Woodhead-Ausschuß* eingesetzt zum Zweck der Festlegung der Grenzen des geplanten arabischen und jüdischen Gebietes. Diese Grenzen sollten die späteren unabhängigen Staaten trennen und möglichst wenige Araber im jüdischen sowie möglichst wenige Juden im arabischen Bereich belassen. Das Ergebnis des im November 1938 veröffentlichten *Woodhead-Berichts* war, daß die Teilungspläne unter den gegebenen Voraussetzungen undurchführbar waren und daß die Mitglieder des *Woodhead-Ausschusses* sich auf keinen neuen Plan zu einigen vermochten.

### Das Weißbuch von 1939

Die britische Regierung bezeichnete daraufhin die Teilung als undurchführbar und regte direkte Verhandlungen zwischen

Arabern und Juden an, zu denen auch die arabischen Nachbarstaaten eingeladen wurden, die Araber jedoch weigerten sich, sich mit Vertretern der Juden zusammenzusetzen.

Am 17. Mai 1939 gab die britische Regierung ein Weißbuch heraus, in welchem sie erklärte, daß es ihrer Auffassung nach den Grundsätzen der britischen Regierung widerspricht, die Araber gegen ihren eigenen Willen in ein jüdisches Staatssystem einzuordnen. Man wolle die Errichtung eines unabhängigen Staates im Zeitraum von zehn Jahren fördern. In diesem Staate sollten Juden und Araber sich in die Macht teilen. Nach fünf Jahren sollte dann eine legislative Körperschaft gewählt werden, die Vorschläge für die Verfassung des neuen Staates auszuarbeiten hat. Sollte nach zehn Jahren die Aufschiebung der Unabhängigkeit dieses Staates notwendig werden, so wollte sich die britische Regierung mit der Bevölkerung Palästinas, den arabischen Nachbarstaaten und



dem Völkerbundsrat in Verbindung setzen. Weiterhin wurde festgestellt, daß man der jüdischen Einwanderung Einhalt gebieten müsse, damit sich der arabische Widerstand nicht noch mehr verstärke. Für den Fall, daß die 75 000 Juden in den Wirtschaftsprozeß Palästinas aufgenommen werden könnten, erklärt sich die britische Regierung bereit, diese in den kommenden 5 Jahren einwandern zu lassen. Das Weißbuch ermächtigte die Regierung schließlich, die Landverkäufe einzuschränken.

Dieses Weißbuch von 1939 wurde von den Juden einstimmig als Bruch des Mandates abgelehnt. Jüdische Aufstände brachen im ganzen Lande aus. Mit der Zeit freundeten sich die Araber mit den Bedingungen des Weißbuches an, da sie bei richtiger Durchführung ihre Hauptansprüche gesichert sahen.

Durch den Ausbruch des zweiten Weltkrieges konnten die Vorschläge des Weißbuches nicht endgültig entschieden und durchgeführt werden. Auch in Palästina verhinderte der zweite Weltkrieg die Politik der gesetzgebenden Körperschaften. Palästina wurde weiterhin wie eine Kronkolonie behandelt, die verantwortlichen Beamten waren ausschließlich Briten.

Dagegen wurden die Bestimmungen über Landverkäufe schnell durchgeführt. Die Landverkaufsbestimmungen vom 28. Februar 1940 teilen Palästina in drei Zonen: In der Zone A (63 Prozent des Landes) waren Landverkäufe nur an palästinensische Araber erlaubt, in der Zone B (32 Prozent des Landes) konnte nur der Hochkommissar Verkäufe an andere als an palästinensische Araber zulassen, im Rest des Landes (5 Prozent) wurden Landverkäufe nicht beschränkt. Dagegen nahmen die Juden heftig Stellung, die Araber waren einverstanden.

Unverzüglich traten die Einwanderungsbestimmungen in Kraft. Diese setzten fest, daß 75 000 Juden bis zum Jahre 1944 zugelassen sind und daß nach 1944 jede weitere Einwanderung der Zustimmung der Araber bedarf.

### Die jüdische Haltung

Der Umschwung in der jüdischen Haltung von der aktiven Zusammenarbeit zur erbitterten Gegnerschaft gegenüber der britischen Mandatsmacht kann nur aus dem Hintergrund der weltpolitischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte verstanden werden.

Seit ihrer Gründung durch Th. Herzl im Jahre 1897 war die zionistische Bewegung ihrem Wesen nach eine Gegenströmung gegen die fortschreitende religiöse und kulturelle Emanzipation der jüdischen Bevölkerungsgruppen in Europa und ein Versuch, in Palästina für die jüdische Volkssubstanz einen neuen Kristallisationspunkt zu schaffen. Der Zionismus wurde zu einer der jüngsten nationalistischen Bewegungen Europas. In der Epoche der Zusammenarbeit zwischen dem Exekutiv-Organ der zionistischen Bewegung in Palästina, der Jewish-Agency, und der britischen Mandatsmacht bildete sich tatsächlich ein territorial noch nicht fest umrissener, jüdischer Staat mit eigenen legislativen und exekutiven Organen. Die Jewish-Agency wurde vom Völkerbund offiziell als beratende Körperschaft der Mandatsmacht anerkannt. Sie führte im wesentlichen die Millionen-Investierungen der jüdischen Gemeinschaft zur wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung der jüdischen Heimstätte durch und konnte ihren Einfluß gegenüber der britischen Mandatsmacht in allen wesentlichen Fragen geltend machen.

Der Vernichtungskampf des Nationalsozialismus, der mit der Ausbreitung der Hitlerschen „Neuen Ordnung“ Zug um Zug alle jüdischen Gemeinschaften in Europa erreichte, berührte die zionistische Bewegung und damit die Politik der Jewish-Agency nicht nur dadurch, daß er den Willen zur

sofortigen Hilfeleistung gegenüber den bedrängten Glaubensgenossen aufs äußerste anspannte. Durch die Liquidierung des Ostjudentums wurde die wesentlichste Kraftquelle zum Versiegen gebracht, aus welcher das nationale Judentum bisher den Ausgleich für seine ständig sinkenden Geburtenziffern bezogen hatte. Mit dem Versiegen des Blutzustroms aus dem europäischen Osten wurde die eigentliche Existenzgrundlage des jüdischen Nationalismus auch in Palästina in Frage gestellt. Die vom amerikanisch-britischen Untersuchungsausschuß veröffentlichten Statistiken und Schätzungen zur Bevölkerungsentwicklung in Palästina erweisen, daß die jüdische Bevölkerung ohne Einwanderung einen stets kleiner werdenden Teil der Gesamtbevölkerung darstellen würde. Nach amtlichen Schätzungen wuchs die Bevölkerung Palästinas von 750 000 im Jahre 1922 auf 1 765 000 im Jahre 1944 an. In der gleichen Zeit stieg der jüdische Anteil von 84 000 auf 554 000, d. h. von 13 auf 31 Prozent. Dreiviertel dieses Zuwachses sind der Einwanderung zuzuschreiben. Die Araber nahmen unterdessen, obwohl der Prozentsatz ihrer Beteiligung an der Gesamtbevölkerung fiel, noch mehr zu: die Moslems allein von 589 000 auf 1 041 000. Von diesem Gesamtzuwachs um 472 000 Menschen sind jedoch nur 19 000 der Einwanderung zuzuschreiben. Unter der Voraussetzung, daß keine weiteren Juden mehr einwandern, nimmt das statistische Amt der Regierung für 1960 eine jüdische Bevölkerung von etwa 665 000 an. Die teilweise sehr abweichenden Schätzungen über den arabischen Bevölkerungsstand nehmen dagegen für das Jahr 1960 eine Moslembevölkerung (ohne christliche Araber) von etwa 1,5 Millionen an. Die Einzelheiten der durchschnittlichen Bevölkerungszunahme (d. h. ohne Einwanderung) per 1 000 Einwohner ergeben sich aus folgender Statistik:

Durchschnittliche Jahreszunahme aus natürlichem Zuwachs per Tausend:

Jahr	Moslem	Juden	Christen
1922/25	23,27	20,24	20,16
1926/30	25,19	22,70	30,60
1931/35	24,97	20,91	20,85
1936/40	27,68	17,75	20,55
1941/44	30,71	17,83	18,69

Die Sammlung der versprengten Reste der jüdischen Bevölkerungsgruppen in Europa ist daher für das nationale Judentum eine Frage auf Leben und Tod. Eine einmalige Gelegenheit zur Verstärkung des jüdischen Bevölkerungsstandes ist nun dadurch gegeben, daß im Zusammenhang mit den Kriegereignissen und der neuen polnisch-russischen Grenzziehung auch diejenigen Teile des Ostjudentums, die von der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik verschont blieben, in Bewegung geraten sind. Rußland hat im Zuge der zur Zeit stattfindenden Umsiedlungsaktionen an der polnischen Grenze, den im russischen Gebiet verbliebenen Juden die Möglichkeit gegeben, nach Polen auszuwandern. Man nimmt an, daß etwa 120—160 000 Juden diese Gelegenheit zur Auswanderung ergreifen werden. Die weiterglimmenden antisemitischen Strömungen machen es unwahrscheinlich, daß sich nennenswerte Gruppen dieser Einwanderer in Europa festsetzen werden.

In Verbindung mit der Gesamtlage des Judentums in Europa, welche am Anfang unseres Berichtes erwähnt wurde, führten diese Tatsachen zu einem ständigen Anwachsen der illegalen jüdischen Einwanderung in Palästina. Die Times vom 8. August 1946 macht darüber folgende Angaben:

### Illegale Einwanderung 1945/1946

Dezember 1945	252	April 1946	90
Januar 1946	911	Mai 1946	1 662
Februar 1946	15	Juni 1946	1 743
März 1946	973	Juli 1946	3 800



In einer Pressekonferenz in Frankfurt a. M. hat der damalige Leiter der UNRRA in Deutschland, General Sir Frederick Morgan am 7. Januar 1946 auf diesen ständig anwachsenden Strom der jüdischen Zuwanderung aus dem Osten hingewiesen. Während die Form seiner Äußerungen die heftigste Kritik der Weltpresse hervorrief, ist ihr Inhalt nicht bestritten worden. Die Frage, ob es sich bei dieser Zuwanderung um eine organisierte Aktion oder um eine spontane Massenbewegung handelte, wurde damals nicht geklärt. Auf jeden Fall mußte diese Bewegung des europäischen Judentums einen wesentlichen Einfluß auf die führenden Kreise des Judentums in Palästina ausüben, welche sich zu diesem Zeitpunkt selbst in einem kritischen Stadium ihrer inneren Entwicklung befanden.

Das Weißbuch von 1939 hatte bereits vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges in weiten Kreisen der jüdischen Bevölkerung das Vertrauen zur Mandatsmacht untergraben. In steigendem Maße waren von jüdischen Widerstandsgruppen Sabotageakte unternommen worden. Trotzdem war mit dem Ausbruch des Krieges gegen Deutschland eine Art Waffenstillstand eingetreten. Während des Krieges waren die Anstrengungen der Alliierten von den Juden — von kleineren Terroristengruppen abgesehen — stärker als von den Arabern unterstützt worden. Während sich von 1939 bis 1946 etwa 27 000 Juden zum Kriegsdienst in der jüdischen Brigade gestellt hatten, kämpften nur etwa 12 500 Araber aus Palästina auf der Seite der Alliierten. Gemäßigte Kreise des Judentums in Palästina hatten sich dabei von einem Regierungsantritt der *Labour-Party* in Großbritannien einen Wechsel in der britischen Palästinapolitik erhofft.

Im Jahre 1942 war die Politik der *Jewish-Agency* in dem sogenannten *Biltmore-Programm* festgelegt worden. Die Forderungen dieses Programms lassen sich in vier Punkten zusammenfassen:

1. Die Mandatsmacht soll die Kontrolle der Einwanderung der *Jewish-Agency* übertragen.
2. Sie soll die Einschränkungen bei Landverkäufen abschaffen.
3. Sie soll als Endziel die Errichtung eines jüdischen Staates proklamieren, sobald eine jüdische Mehrheit erreicht worden ist.
4. Sie soll 100 000 Juden unverzüglich Einwanderungsgenehmigung erteilen, damit die Not der Juden in Europa gelindert wird.

Das *Biltmore-Programm* hatte die Billigung der überwiegenden Mehrheit des Judentums Palästinas und war zur offiziellen Linie der jüdischen Arbeiterpartei (*Mappai*) geworden. Nur etwa ein Viertel der jüdischen Bevölkerung hatte sich, nach Aussagen der britisch-amerikanischen Untersuchungskommission, gegen das Programm gestellt. Auf der einen Seite die konservative Partei *Aliyah Hadashah* („die Neusiedler“), die sich hauptsächlich aus Siedlern aus Deutschland und Westeuropa zusammensetzt, auf der anderen Seite die sozialistische Partei *Hashomer Hatzain*. Beide forderten zwar ebenfalls das Recht auf unbeschränkte Einwanderung und auf Landkäufe der Juden, betonten jedoch gleichzeitig die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Arabern und sprachen sich für einen Zwei-Nationalitäten-Staat aus (*Binationalism*). Eine ähnliche Richtung wie die *Hashomer Hatzain*, jedoch ohne deren sozialistische Ideologie verfolgte die kleine aber einflußreiche *Ihud-Gruppe* unter Dr. Magnes. Während diese Gruppen die Forderungen des *Biltmore-Programms* als zu weitgehend ablehnten, stand ein radikaler Flügel des Judentums, welcher nach Angaben der Untersuchungskommission etwa ein Prozent der jüdischen Bevölkerung um-

faßte, mit noch extremeren Forderungen in Opposition dazu. Diese, auch als *Revisionspartei* bezeichnete Gruppe, die sich zum großen Teil aus jungen von den revolutionären Traditionen und den praktischen Erfahrungen der Widerstandsbewegung in Osteuropa geschulten und zu jedem Opfer bereiten Kräften zusammensetzten, wurde die treibende Kraft des aktiven jüdischen Widerstandes gegen die Mandatsmacht.

Es ist aus der oben geschilderten Entwicklung verständlich, daß die extremen Gruppen der *Revisionspartei* ihren Einfluß auf die Politik der *Jewish-Agency* wie auf die verschiedenen illegalen jüdischen Organisationen im Verlauf des letzten Jahres mehr und mehr verstärkten. Die größte dieser illegalen Organisationen, die *Hagana*, geht in ihren Anfängen auf die Zeit der Türkenherrschaft zurück und war damals ein Verband bewaffneter Wachleute zum Schutze der jüdischen Siedlungen. Heute ist sie durch zentrale Leitung und entsprechende untere Kommandostellen vollständig durchorganisiert und gliedert sich in drei Abteilungen, die auch Frauen aufnehmen: Eine stationäre Streitmacht, die aus Siedlern und Stadtbewohnern besteht, in der Stärke von etwa 40 000 Mann, eine mobile Landwehr, die sich auf die jüdische Siedlungspolizei stützt, in der Stärke von etwa 16 000 Mann und einen Verband von Berufssoldaten, welcher voll motorisiert ist und eine geschätzte Friedensstärke von 2000 und eine Kriegsstärke von 6000 Mann hat (*Palmach*).

Von der *Hagana* haben sich zwei weitere illegale Organisationen gelöst: Die *Irgun Zvai Leumi*, die 1935 gegründet wurde, und die *Sterngruppe*, die sich bei Kriegsbeginn von der *Irgun Zvai Leumi* löste, als diese in einen „Waffenstillstand“ mit der Mandatsmacht eintrat. Die Stärke der *Irgun* wird mit 3—5000 angegeben, die der *Sterngruppe* mit 2—300.

### Die arabische Haltung

Die Grundlage der arabischen Haltung in Palästina bildet die Tatsache, daß Palästina sich seit mehr als 1 000 Jahren im Besitz der Araber befindet. Sie lehnen die historischen Ansprüche des Judentums auf Palästina ab und erklären, die britische Regierung habe in der *Balfour-Erklärung* etwas versprochen, das ihr nicht gehört und das Mandat stehe daher im Widerspruch zum Völkerbund, von dem es seine Autorität herleite. Die Araber bestreiten außerdem, daß die Hilfe der Engländer bei der Befreiung Palästinas von der türkischen Herrschaft ihnen ein Recht gegeben habe, über das Land zu verfügen. Sie betrachten das Mandat als Verletzung ihres Selbstbestimmungsrechtes, da es ihnen eine Einwanderung aufziefert, die sie nicht wünschen und nicht ertragen wollen. Die tieferen Gründe der arabischen Haltung können jedoch nicht allein in Palästina gesucht werden. Sie sind nur zu verstehen aus dem Hintergrund der Selbständigkeits- und Einigungsbestrebungen in der arabischen Welt, die in den letzten Jahrzehnten das politische Gesicht des ganzen mittleren Ostens mehr und mehr verändern.

Für den vorliegenden Bericht, der die Palästinafrage vorwiegend aus dem Gesichtspunkt des europäischen Judentums betrachtet, sind die Einzelheiten der arabischen Haltung nicht von so vordringlicher Bedeutung. Sie müssen daher einer späteren Übersicht über die Verhältnisse des mittleren Ostens vorbehalten bleiben.

### Arabischer und jüdischer Terrorismus

Das Weißbuch von 1939 kennzeichnet den entscheidenden Wendepunkt in den Beziehungen der jüdischen Bevölkerung Palästinas zur britischen Mandatsmacht. Während bis dahin der arabische Bevölkerungsteil den Protest gegen die Politik der Mandatsmacht bis zu bewaffneten Aktionen und Sabotageakten vortrieb, gingen von diesem Zeitraum ab — nach



einem durch die Kriegereignisse bedingten „Waffenstillstand“ — die vorher bezeichneten jüdischen Extremistengruppen mit steigender Erbitterung zum Angriff vor.

Dies geht deutlich aus einer Zusammenstellung der größeren Zwischenfälle und Sabotageakte in Palästina hervor, welche von der britisch-amerikanischen Untersuchungskommission veröffentlicht wurde:

**Mai 1921:** Angriffe auf Juden in Jaffa, 13 Tote; auf die jüdische Kolonie in Kafre Saba und Ain Hai, Petah, Tiqvah, Haderah und Rehovoth, 47 Juden getötet, 146 verwundet von Arabern, 48 Araber getötet, 73 verwundet durch Polizei und Militär.

**1921—1928** herrschte im allgemeinen Ruhe in Palästina.

**August 1929:** Zwischenfälle in Jerusalem. In Hebron wurden am 24. August 1929 60 Juden getötet, in den folgenden Tagen weitere jüdische Kolonien angegriffen. Zwischenfälle in Nablus und Jaffa. Im ganzen wurden 133 Juden getötet und 339 verwundet, 116 Araber getötet.

**August 1929:** Kleinere arabische Aufstände in Nablus.

**Oktober 1931:** Arabische Demonstrationen in Jerusalem, Jaffa, Haifa und Nablus, 24 Zivilisten getötet, 204 verwundet.

**April 1936:** Arabischer Überfall auf zehn Kraftwagen. Anti-arabische Demonstration in Tel Aviv. Arabische Überfälle auf Juden in Jaffa. Am 21. April 1936 von den Arabern der Generalstreik ausgerufen zum Protest gegen jüdische Einwanderung und Landverkäufe. Weigerung der Araber, Steuern zu zahlen.

**Juni 1936:** Verschiedene Unterbrechungen der Öllinien nach Haifa, Minen auf Landstraßen, Beschädigung von Eisenbahnzügen.

**August 1936:** Einige jüdische Vergeltungstaten entgegen dem Rat verantwortlicher jüdischer Persönlichkeiten.

**11. Oktober 1936:** Das arabische Hochkomitee bricht den Generalstreik ab.

**13. Juni 1937:** Arabischer Überfall auf den Generalinspekteur der Polizei.

**26. September 1937:** Arabischer Anschlag auf den Distriktsleiter von Galilea und seinen polizeilichen Schutz in Nazareth.

**Juli 1938:** Vergeltungsmaßnahmen durch Juden: Bombenanschlag auf den arabischen Obstmarkt in Haifa, 74 Araber getötet, 129 verwundet, weitere Bombenanschläge in Jerusalem und Jaffa.

**24. August 1938:** Der Distriktskommissar von Jenin durch Araber ermordet.

**September 1938:** Höhepunkt der Unruhen. Die Garnison in Palästina erneut verstärkt, nachdem sie bereits im Juli Verstärkungen erhalten hatte.

**Januar bis August 1939:** Weitere arabische Aufstände, die aber allmählich nachlassen. Der Ausbruch des zweiten Weltkrieges ließ die Terrormaßnahmen abebben.

Während der arabischen Aufstände von Mitte 1936 bis Ende 1939 kamen 1791 Personen ums Leben und 3288 wurden verletzt. Außerdem wurden nach vorsichtigen Schätzungen etwa 2000 arabische Aufständische durch Polizei und Militär getötet.

Seit 1939 jedoch sind die Bedrohungen der öffentlichen Ordnung von den Juden ausgegangen, die gegen die Politik protestierten, welche die Mandatsmacht im Weißbuch von 1939 niedergelegt hatte.

**Erste Hälfte 1939:** Unterbrechung der Nachrichtenverbindungen das Einwanderungsgebäude wurde angezündet und Regierungsgebäude in Tel Aviv überfallen. Polizei in Jerusalem von Juden mit Steinen beworfen. Jüdischer Überfall auf den Rundfunksender. Diese Tätigkeit brach jedoch mit dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges ab.

**Februar 1940:** Die Veröffentlichung der Landverkaufsbestimmungen löst einen jüdischen Generalstreik aus.

**Dezember 1940:** Jüdischer Bombenanschlag auf die Einwanderungsstellen der Regierung in Haifa.

**Juli 1942:** Die jüdische Sterngruppe, die sich seit 1940 terroristisch betätigte, führte eine Reihe von Überfällen und Morden im Gebiet von Tel Aviv aus.

**20. März 1943:** Ben Gurion, Vorsitzender des Exekutiv-Ausschusses der Jewish-Agency, erklärte in einer Rede in Tel Hai, daß das Ende des Krieges nicht das Ende des Kampfes für die Juden bedeute, sondern vielleicht erst den Beginn.

**März 1943:** Die Waffen- und Munitionsdiebstähle steigen stark an.

**September 1943:** Der Präsident eines britischen Gerichtes stellt fest, daß „in Palästina eine gefährliche und weitverbreitete Ver-

schwörung besteht zur Beschaffung von Waffen und Munition von den englischen Streitkräften“ und daß „die Organisation beträchtliche Mittel zu ihrer Verfügung zu haben und genaue Kenntnis militärischer Angelegenheiten zu besitzen scheint“.

**3. Februar 1944:** Juden werden beim Anbringen einer Höllmaschine an der St. Georgs-Kathedrale in Jerusalem überrascht.

**12. Februar 1944:** Explosionen in Einwanderungsbüros in Jerusalem, Tel Aviv und Haifa.

**14. Februar 1944:** Ein britischer Polizeioffizier und ein britischer Posten in den Straßen von Haifa erschossen.

**24. Februar 1944:** Explosionen in Polizeigebäuden in Haifa.

**26. Februar 1944:** Bombenanschläge in den Finanzämtern von Jerusalem, Haifa und Tel Aviv.

**März 1944:** Ermordung von Polizeibeamten, Bombenanschläge auf Polizeigebäude in den vier Hauptstädten.

**17. Mai 1944:** Ramallah-Rundfunksender angegriffen.

**14. Juli 1944:** Polizeistation in Jerusalem angegriffen. Schäden durch Bomben und Feuer, Verluste an Menschenleben.

**8. August 1944:** Versuch jüdischer Terroristen, den Hochkommissar Mac Michael und Frau in Jaffa zu ermorden.

**August 1944:** Bestrafung der jüdischen Gemeinde in Givat Shaul, da sie sich weigerte, die Polizeiuntersuchung über das Verbrechen zu unterstützen.

**22. August 1944:** Drei Polizeigebäude in Jaffa und Tel Aviv angegriffen. Verluste an Menschenleben.

**29. September 1944:** Höherer Polizeioffizier ermordet.

**5. Oktober 1944:** Dienstgebäude in Tel Aviv überfallen. Textilien im Werte von 100 000 Palästinafund weggenommen.

**10. Oktober 1944:** Der britische Leiter der Palästinaregierung und der Oberbefehlshaber für den Mittleren Osten geben eine gemeinsame Erklärung heraus, daß die Terrorakte die britischen Kriegsanstrengungen in Frage stellen und dem Feind helfen. Mit Worten von den Verbrechen abzurücken genüge nicht, tatsächliche Zusammenarbeit zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung wird gefordert, vor allem Unterstützung bei der Ergreifung der Mörder und ihrer Helfershelfer. Daraufhin griff die Jewish Agency zu Maßnahmen, um mit der Regierung zur Unterdrückung des Terrorismus zusammenzuarbeiten.

**6. November 1944:** Ermordung des britischen Ministers für den Mittleren Osten, Lord Moyne, in Kairo durch zwei Mitglieder der Sterngruppe.

**Mai 1945:** Neuer Ausbruch des Terrors durch Irgun Zvai Leumi.

**13. Mai 1945:** Versuch, das Polizeilager in Saron zu überfallen.

**22. Mai 1945:** Öllinie an zwei Stellen unterbrochen.

**25. Mai 1945:** Polizeistreife angeschossen.

**12. Juni 1945:** Vorbereitungen zu einem Bombenanschlag bei der Königs-Geburtstagsparade in Jerusalem entdeckt.

**13. Juni 1945:** Bomben entdeckt an der Stelle, wo Hochkommissar Lord Gort die Parade abnehmen sollte.

**17. Juni 1945:** Großer Sprengstoff-Diebstahl.

**13. Juli 1945:** Lastkraftwagen mit Sprengstoff überfallen, polizeiliche Bewachung getötet. Ein Büro der Eisenbahnlinie von Haifa nach Kantara in die Luft gesprengt.

**7. August 1945:** Überfall einer bewaffneten Bande auf eine Bank in Tel Aviv. 3500 Palästinafund geraubt.

**13. August 1945:** Eine große Menge Sprengstoff in Petah Tiqvah gestohlen.

**20. August 1945:** Ein jüdischer Siedler, der der Polizei geholfen hat, ermordet.

**2. September 1945:** Juden, als britische Polizei verkleidet, versuchen die Stahlkammern einer Bank in Tel Aviv auszurauben. Kurz danach wurden Textilien im Werte von 5000 Palästinafund in Tel Aviv gestohlen.

**28. September 1945:** Ein britischer Polizist in Tel Aviv tödlich verwundet, der einen Geldtransport begleitete.

**11. Oktober 1945:** 218 Gewehre, 15 Maschinengewehre und eine Menge Munition aus dem Ausbildungslager für Polizeisoldaten in Rehovoth gestohlen.

**16. Oktober 1945:** Ein Lastwagen mit 14 000 Palästinafund von einer bewaffneten Bande überfallen.

**31. Oktober 1945:** Sabotage an Eisenbahnlinien.

**15./16. November 1945:** Protestdemonstration in Tel Aviv gegen die britische Politik, vor allem die Einsetzung des anglo-amerikanischen Untersuchungsausschusses.

**24. November 1945:** Bombenanschläge auf die Küstenstationen.

**27. Dezember 1945:** Polizeistationen in Jerusalem, Jaffa und Tel Aviv und ein Lager in Tel Aviv von starken bewaffneten



Banden überfallen: zwei Briten und ein Araber getötet, ein Brite und vier Basuto-Soldaten getötet und mehrere verwundet.

12. Januar 1946: Ein Zug bei Haderah zum Entgleisen gebracht und 35 000 Palästinapfund gestohlen von 70 bewaffneten Juden.

19. Januar 1946: Überfall auf das Zentralgefängnis und ein Kraftwerk in Jerusalem. Verluste an Menschenleben und Sachschaden.

20. Januar 1946: Überfall auf eine Küstenstation, Verluste an Menschenleben und Sachschaden.

3. Februar 1946: Überfall auf ein militärisches Lager in Tel Aviv.

6. Februar 1946: Überfall und Raub von Waffen aus einem militärischen Ausbildungslager bei Jaffa.

20. Februar 1946: Beschädigung einer Radar-Station in Haifa.

22. Februar 1946: Polizeiunterkünfte überfallen.

26. Februar 1946: Militärflugplatz angegriffen.

6. März 1946: Ein militärisches Ausbildungslager angegriffen.

Seit Ende des Krieges in Europa bis zum März 1946 wurden durch die obengenannten Anschläge 45 Menschen in Palästina getötet und 278 verwundet.

Am 29. Juni 1946 führten britische Truppen und Polizeikräfte eine überraschende Razzia im jüdischen Stadtviertel Jerusalems, ferner in Tel-Aviv sowie in zahlreichen anderen Ortschaften durch. Dabei wurden das Hauptquartier der *Jewish-Agency* und verschiedene andere Gebäude besetzt. Zahlreiche Personen, darunter der Vorsitzende des Exekutiv-ausschusses der *Jewish-Agency* für Palästina Rabbi Fishmann und Moshe Shertok, der Leiter der politischen Abteilung der *Jewish-Agency*, wurden verhaftet.

Zur Rechtfertigung ihrer Aktion veröffentlichte die britische Regierung am 24. Juli 1946 ein Weißbuch, welches aufschlußreiche Einzelheiten über einige der, im Bericht des britisch-amerikanischen Untersuchungsausschusses erwähnten, Sabotageakte enthält.

### Weißbuch der britischen Regierung über Palästina

Die Regierung zieht über dieses Tatsachenmaterial folgende hauptsächlichen Schlußfolgerungen:

1. Die *Hagana* und der ihr angeschlossene Verband der *Palmach*, die unter der politischen Aufsicht von prominenten Mitgliedern der *Jewish Agency* arbeiteten, führten unter dem Deckmantel einer „jüdischen Widerstandsbewegung“ sorgfältig geplante Sabotage- und Gewaltakte durch.

2. Die *Irgun Zvai Leumi* und die *Stern-Bande* arbeiteten seit dem vergangenen Herbst bei gewissen dieser Operationen mit dem Oberkommando der *Hagana* zusammen.

3. Die Radiostation *Kol Israel*, welche behauptet, die „Stimme der Widerstandsbewegung“ zu sein, und die unter der Oberleitung der *Jewish Agency* arbeitete, hat diese Organisationen unterstützt.

Die Regierung stellt fest, daß das Material, auf das sich diese Schlußfolgerungen gründen, von abgefangenen Telegrammen stammt, die zwischen London und Jerusalem ausgetauscht wurden, sowie von Radiosendungen der *Kol Israel* seit dem November des letzten Jahres über bestimmte Gewalthandlungen und Sabotageakte und von Informationen, die aus Publikationen der *Stern-Gruppe*, der *Irgun Zvai Leumi* und der *Jüdischen Widerstandsbewegung* herrührten.

Das Material bezieht sich auf drei ausgedehnte Sabotageoperationen, an denen alle drei halb-militärischen Organisationen teilnahmen. Es wurden schwere Verwüstungen verursacht, und es gab Menschenopfer. Die erste dieser Operationen war der Angriff auf Eisenbahnen, Polizeiboote und die Raffinerie von Haifa, Ende Oktober 1945. Die Regierung stellt fest, daß die *Palmach* ausgedehnte Anschläge auf das palästinensische Eisenbahnnetz durchführte. Eine Linie wurde an 153 Stellen gesprengt. Drei Polizeiboote wurden durch Sprengstoffe zerstört. In der gleichen Nacht griff die *Irgun Zvai Leumi* den Bahnhof und die Rangieranlagen von Lydda an. Es gab mehrere Opfer; ein britischer Soldat wurde getötet. Ebenfalls in derselben Nacht unternahm die *Stern-Gruppe* einen weiteren Versuch, die Erdölraffinerie von Haifa in die Luft zu sprengen. Diese Aktion wurde im voraus sorgfältig geplant und bildete einen Teil einer wohlverwogenen Politik.

Im Bericht der britischen Regierung heißt es weiter: „daß die Exekutive der *Jewish Agency* mit der obenerwähnten Aktion einverstanden war, geht aus folgendem Telegramm hervor, das am

10. Oktober 1945 von Bernard Joseph (Jerusalem) nach London gerichtet wurde: „Eliezer Kaplan, der sich auf eine Erklärung von Hayyim via NWBW stützt, erklärt, daß er nichts unternehmen werde, bevor Ihr uns Instruktionen erteilt. Er widersetzt sich jeder wirklichen Aktion unsererseits, bis wir Eure Beschlüsse vernehmen. Die andern Mitglieder sind jedoch der Ansicht, daß es notwendig ist, Eure politischen Anstrengungen mit Aktionen zu unterstützen, die nicht den Charakter eines allgemeinen Konflikts tragen. Es ist vor allem notwendig, daß wir sofort erfahren, ob solche Aktionen für Euren Kampf von Nutzen oder von Schaden wären. Gebt telegraphischen Bescheid.“ Bei Bernard Joseph handelt es sich um den Rechtsberater der *Jewish Agency* und Mitglied deren Exekutive. In Abwesenheit Moshe Shertoks leitet Joseph das politische Departement der *Jewish Agency*. Eliezer Kaplan leitet das Finanzdepartement der *Jewish Agency* und ist ebenfalls Mitglied der Exekutive.“

Die Ereignisse in Palästina hätten bewiesen, so wird weiter ausgeführt, daß die Juden fest entschlossen seien, für ihr Ziel in Palästina zu kämpfen. Die jüdischen Angriffe seien sehr gut organisiert und durchgeführt worden. Zum erstenmal hätten alle Widerstandskräfte der jüdischen Untergrundbewegung unter einer einheitlichen Leitung gehandelt. Der Geheimsender *Die Stimme Israels* habe am 2. November 1945 erklärt: „Die Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs im ganzen Lande soll der Palästina-Regierung als eine Warnung dienen. Die Regierung soll wissen, daß wir stark und entschlossen sind zu kämpfen. Wir bedauern die arabischen und jüdischen Opfer bei den Überfällen auf Eisenbahnen und Häfen, aber sie sind alle Opfer des britischen Weißbuches.“ Der Geheimsender *Die Stimme Israels* sei mit der Billigung der *Jewish Agency* betrieben worden, was mit einem Telegramm belegt wird, das aus Jerusalem nach London gesandt worden sei. Das Telegramm führe aus: „Am 4. Oktober hat *Die Stimme Israels* die Tätigkeit wieder aufgenommen als ein Sender der jüdischen Widerstandsbewegung. Es geschah drei Tage, bevor wir Ihren Brief und Ihr Telegramm erhalten haben. Wir hatten die gleichen Zweifel wie Sie, doch haben Fachleute versichert, daß von der technischen Seite her kein Grund zur Beunruhigung vorliege.“ Dadurch soll betont worden sein, daß die geheime Radiostation beweglich und deshalb schwer zu entdecken sei.

In einem Telegramm vom 2. November 1945, das aus Jerusalem nach London gesandt worden sei, wird ausgeführt: „Die Exekutive weigert sich, das politische Departement zu bevollmächtigen, nach den Instruktionen *Ben Gurions* zu handeln (*Ben Gurion* ist der Vorsitzende der Exekutive der *Jewish Agency*). Ich habe erklärt, daß ich nach den gültigen Instruktionen *Ben Gurions* handeln werde, solange ich keinen Bericht erhalte, daß die Instruktionen *Ben Gurions* hinfällig seien. Daraufhin wurde mir erklärt, die Instruktionen *Ben Gurions* würden nicht annulliert, doch verlange die Exekutive, daß wir sie im voraus über jede Aktion informieren und daß die Exekutive das Vetorecht besitze. Wir erhielten Zustimmung für die Aktionen gegen die Polizei und die Eisenbahnen. Die Tätigkeit könnte durch den Druck Bernard Josephs vereitelt werden.“

Die britische Regierung erklärt, für die Angriffe auf die Eisenbahnen, Polizeiboote und die Ölraffinerien in Haifa hätte die *Jewish Agency* die Zusammenarbeit mit den Untergrundorganisationen gesucht und gefunden.

Das Weißbuch erwähnt dann den Angriff der *Palmach*-Gruppe vom 20. Februar d. J. auf die Radar-Station der RAF in Haifa, die in die Luft gesprengt wurde. Zwei Tage später hätten die Organisationen *Palmach*, *Irgun Zvai Leumi* und *Stern* Angriffe gegen Militärlager in Schaffa Amr, Kfar Witkin und Sarona und gegen die Ölfelder in Lydda und Petah Tikvah durchgeführt. Diese Angriffe hätten die Terroristen als eine weitere Warnung an die Palästina-Regierung betrachtet. Der Geheimsender *Die Stimme Israels* hat diese Angriffe als einen Beweis für die Stärke der jüdischen Streitkräfte angeführt. Der Sprecher des Geheimsenders führte wörtlich aus: „Diese Angriffe sind bezeichnend für unseren Kampf gegen das Weißbuch. Wir beabsichtigen nicht, den Tod der Engländer in diesem Lande herbeizuführen. Wir haben nichts gegen diese Engländer; denn wir wissen, daß sie nur ein Werkzeug der Politik ihrer Regierung sind.“

Das Weißbuch erwähnt ferner die Angriffe auf Straßenverbindungen und Eisenbahnbrücken sowie die Entführung von sechs britischer Offizieren in der Zeit zwischen dem 16. und 18. Juni. Der Geheimsender *Die Stimme Israels* hat einen Monat im voraus erklärt, Zwischenfälle stünden unmittelbar bevor, falls die britische Regierung die Warnungen nicht ernst nehmen sollte. „Die gegenwärtige britische Politik ist gefährlich und stützt sich auf eine irrige Annahme. Großbritannien zieht seine Streitkräfte aus Syrien, Libanon und Ägypten zurück und beabsichtigt, seine militärischen Stützpunkte in Palästina zu errichten. Deshalb bemüht es sich, das Mandat zu behalten und nützt zu diesem



Zwecke seine Verantwortung dem jüdischen Volke gegenüber aus. Dieses Doppelspiel wird aber der britischen Regierung nicht gelingen. Wir warnen die britische Regierung, daß, falls sie ihre Verpflichtungen, die sie mit dem Mandat auf sich genommen hat, nicht erfüllen sollte und besonders keine weitere jüdische Einwanderung zulassen würde, wir gezwungen sein werden, zu verlangen, daß Großbritannien Palästina verläßt. Die jüdische Widerstandsbewegung wird alles mögliche unternehmen, um die Überführung und Neuerrichtung britischer Stützpunkte in Palästina zu verhindern.“ Das Weißbuch bezeichnet diese Radioerklärung als besonders bedeutungsvoll, weil sie auf besonderes Verlangen des Führers des Politischen Departements der *Jewish Agency*, Moshe Shertok, hin verlesen worden sei.

Das Weißbuch schließt: „Es war für die britische Regierung nicht mehr möglich gewesen, eine abwartende Haltung einzunehmen. Die Regierung sah sich gezwungen, aktive Maßnahmen gegen alle Personen und Organisationen, die für die Planung und Durchführung von Terrorakten verantwortlich sind, zu ergreifen. Sie mußte diese Schritte unternehmen, wenn sie nicht der Gewaltandrohung weichen und die Hoffnung für die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im Lande aufgeben wollte.“

#### Anmerkung zu den Ausführungen des Palästina-Weißbuchs

Der politische Korrespondent der „Exchange“ wies darauf hin, daß fast alle Personen, deren Namen im Weißbuch genannt sind, in Palästina verhaftet wurden. Es gibt auch einige Ausnahmen, deren wichtigste David Ben Gurion ist, der Vorsitzende des Exekutivausschusses der *Jewish Agency*; er ist außerhalb der Reichweite der Regierung, denn er befindet sich zur Zeit in Paris. Obwohl die Telegramme, in denen die Zwischenfälle diskutiert werden, von Jerusalem nach London gerichtet sind, hat die britische Regierung keinen Beweis dafür, daß London tatsächlich das Zentrum der Terroristenführung war. Die Telegramme waren an Einzelpersonen gerichtet und nicht an ständige Organisationen, und die Adressaten waren damals zufällig in London, weil sie zwischen Palästina, England, Frankreich und Amerika hin und her reisten, und zwar unter Benützung palästinensischer Pässe. Einige der Telegramme kamen bereits vor den Attentaten in den Besitz der Regierung, aber damals, im Herbst und Winter 1945, waren gerade internationale Verhandlungen über die Zukunft Palästinas im Gange, und die anglo-amerikanische Kommission sammelte ihr Material für ihren späteren Bericht; die britische Regierung stand daher auf dem Standpunkt, daß nicht eingegriffen werden dürfe, da dadurch die ganze Frage einer endgültigen Lösung des Problems aufs Spiel gesetzt worden wäre. Außerdem hätte es leicht zum Bürgerkrieg in Palästina führen können; erst als die Behörden in Palästina sicher waren, für jeden Ernstfall genügend Truppen zur Verfügung zu haben, wurde ein Eingreifen für notwendig erachtet und auch dann nur in schonendster Form, wobei unter allen Umständen der Bürgerkrieg vermieden werden sollte.

Wenige Tage ehe das britische Weißbuch die *Jewish Agency* offiziell der Zusammenarbeit mit der jüdischen Widerstandsbewegung bezichtigte, fand der bisher furchtbarste Sabotageakt in Palästina statt: Ein Flügel des *King David Hotels* in Jerusalem, in dem das britische militärische Hauptquartier und die Kanzlei der Regierung von Palästina untergebracht waren, wurde am 22. Juli 1946 von jüdischen Extremisten in die Luft gesprengt. Während der Präsident der *Jewish Agency*, Dr. Weizmann, seinem Entsetzen über den Anschlag Ausdruck gab und auch die *Hagana* das Verbrechen verurteilte, bekannte sich die *Irgun Zvai Leumi* offen dazu, „einen Angriff auf ein Zentrum der britischen Okkupationsregierung“ ausgeführt zu haben.

Die britischen Behörden stellten in dem oben erwähnten Weißbuch vom 24. Juli 1946 fest, die immer weiter um sich greifenden jüdischen Operationen der verflossenen sechs Monate hätten einen Gesamtschaden im Werte von annähernd vier Millionen Pfund angerichtet. Vor allem aber beträchtliche Verluste an Menschenleben gefordert. Sir John Shaw, der oberste britische Verwaltungsbeamte in Palästina, begab sich unmittelbar nach dem Anschlag auf das *King David Hotel* nach London und legte im Namen des *Civil Service* in Palästina mit allem Nachdruck dar, daß es unmöglich sein werde, die Verwaltungstätigkeit aufrecht zu erhalten, wenn die Regierung nicht in Kürze eine klare und durchführbare Politik für Palästina festlege. So war das unmittelbare Ziel der jüdi-

schen Aktivität, die Unhaltbarkeit der Zustände in Palästina zu demonstrieren, ohne Zweifel erreicht worden, jedoch begleitet von einem beträchtlichen Sympathieverlust in der Weltöffentlichkeit.

#### Die britische Haltung

Die britische Haltung ist in der Palästinafrage wie in fast allen anderen Punkten, an denen britische Reichsinteressen auf dem Spiele stehen, das Resultat verschiedener gegensätzlicher Bindungen und Verpflichtungen.

Der Mittlere Osten ist ein lebenswichtiges Verbindungsglied im britischen Reichsgefüge. Nach der Zurückziehung der britischen Truppen aus Ägypten ist nach Ansicht des britischen Generalstabes Südpalästina der geeignete Ort für militärische Stützpunkte zum Schutze der Suezkanalzone. Palästina ist somit für Großbritannien der Schlüssel zum Mittleren Osten geworden. Über diese rein strategischen Erwägungen hinaus ist der Mittlere Osten ein Zentralproblem der britischen Weltpolitik, welches vor allem die Stellung Großbritanniens zu Rußland maßgeblich beeinflusst. Es liegt auf der Hand, daß eine Entfremdung der arabischen Welt für die britische Politik eine kaum tragbare Belastung bedeuten würde.

Auf der anderen Seite finden die Forderungen des Judentums in Palästina die tatkräftige wirtschaftliche und politische Unterstützung der viereinhalb Millionen Juden in den Vereinigten Staaten. Es steht außer Zweifel, daß ihre Stimme für die Politik des Weißen Hauses von großer Bedeutung ist. Dazu kommt, daß das Schicksal des Judentums im ganzen in den Vereinigten Staaten eine starke und hilfsbereite Sympathie in breiten Bevölkerungsschichten gefunden hat. Am 18. Dezember 1945 sprach sich der Senat in einer Resolution zu Gunsten der uneingeschränkten Einwanderung der Juden nach Palästina aus und befürwortete die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina. Dieses geschah, trotzdem Präsident Truman darauf gedrungen hatte, den Bericht der britisch-amerikanischen Untersuchungskommission abzuwarten. Das Gewicht der amerikanischen öffentlichen Meinung spielt daher bei allen Erwägungen der britischen Palästinapolitik eine wesentliche Rolle. Befürchtungen der britischen Presse, daß Großbritanniens Haltung im Palästina Konflikt die damals schwebenden britisch-amerikanischen Anleiheverhandlungen, insbesondere die Stellung des Senates zur britischen Anleihe beeinflussen würden, erwiesen sich jedoch als unbegründet. Es liegt in der Natur der Verhältnisse, daß die britische Politik in der Palästinafrage, wie es der *Economist* am 3. August 1946 ausdrückte, „Druckmitteln und Puffen vonseiten des Islam, der Juden und des Weißen Hauses“ ausgesetzt ist. Bisher war sie jedoch auch in dieser schwierigen Lage wendig genug, um ihre Handlungsfreiheit im großen und ganzen zu bewahren. Die Lösungsvorschläge der Vereinigten Staaten zur Palästinafrage, über die weiter unten noch im Näheren zu sprechen sein wird, fanden in Großbritannien ein offensichtlich bereitwilliges Entgegenkommen. Dabei blieb allerdings nicht unausgesprochen, daß die britische Regierung nur soweit auf die amerikanischen Forderungen eingehen wird, als sie der aktiven militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung der Vereinigten Staaten bei den zu erwartenden Schwierigkeiten gewiß ist. Die Vereinigten Staaten haben sich bisher noch nicht auf bestimmte Zusagen festgelegt.

Die britische Regierung hat nun zunächst ihrerseits diejenigen Maßnahmen ergriffen, die ihr zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Palästina notwendig erscheinen. Ihre vordringlichsten Bemühungen gelten der Unterbindung der illegalen Einwanderung und der Entwaffnung und Auflösung der illegalen Organisationen in Palästina. Nach vorbereiteten Verhandlungen, in welchen die Regierungen Frankreichs, der Niederlande, der Tschechoslowakei, Italiens, Rumäniens



und der Sowjet-Union ersucht wurden, von sich aus den Strom der jüdischen Wanderungen zu unterbinden, erließ die britische Regierung am 12. August 1946 folgende Erklärung:

„Kein Land der Welt ist ein besserer oder beständigerer Freund des jüdischen Volkes gewesen als Großbritannien. Überall, wo die Juden verfolgt wurden, erhob sich Großbritanniens Stimme zum Protest, und wo es möglich war, wurde etwas unternommen, um ihr Los zu erleichtern.

Als die Juden von Hitler verfolgt wurden, protestierte das britische Volk nicht nur nachdrücklich, sondern eine große Zahl von Flüchtlingen vor der Nazibarbarei wurde in England aufgenommen. Sogar während des Krieges, als Unterkunft und Verpflegung in England sehr knapp waren, wurden noch mehr Juden hereingelassen. Im ganzen kamen etwa 200 000 Flüchtlinge, größtenteils Juden, nach Großbritannien.

Unter dem britischen Mandat ließen sich fast 500 000 Juden rechtmäßig in Palästina nieder, wo jetzt eine große jüdische Gemeinde existiert. Als die Juden von der Naziinvasion bedroht waren, verhinderten die britischen Waffen diese schreckliche Möglichkeit. Die Juden erhielten Waffen, so daß sie zu ihrer eigenen Verteidigung gegen die Liquidatoren aus Nazideutschland ausgerüstet waren und an dem gemeinsamen Kampf teilnehmen konnten. In Großbritannien gibt es keine Pogrome, die Juden haben alle bürgerlichen Rechte. Das ist die Lage in England, einem Land, das jetzt leider von vielen, wenn auch keineswegs von allen Juden angegriffen wird wegen der unglücklichen Ereignisse in Palästina, in deren Verlauf britische Soldaten bei der Ausübung ihrer Pflicht getötet, verwundet und entführt wurden, nicht im offenen und gerechten Kampf, sondern aus dem Hinterhalt. Außerdem sind Beamte, die Palästina nicht weniger dienen als Großbritannien, und ordentliche, ruhige Bürger, die ihren friedlichen Geschäften nachgingen, Opfer von Schandtaten geworden, die eher der Nazis als der jüdischen Opfer der Nazis würdig waren.

Diese Tatsachen bewegten die englische Regierung zu ihrem Entschluß über die illegale Einwanderung, welche die Gefahr eines Bürgerkrieges heraufbeschwört und den Zusammenbruch der Verwaltung in diesem historischen Lande herbeiführt.

Im Dezember 1945 war die Quote von 75 000 Einwanderern, die nach dem Weißbuch von 1939 Palästina betreten durften, erschöpft. Trotzdem erlaubte die englische Regierung bis zu einer endgültigen Entscheidung über die Palästinapolitik der Zukunft weitere jüdische Einwanderung in Höhe von 15 000 Juden pro Monat. Anstatt daß diese Regelung bis zur endgültigen Klärung einer Politik auf lange Sicht angenommen worden wäre, wuchs der Strom illegaler Einwanderer nach Palästina weiter an.

Die Zahl dieser illegalen Einwanderer mußte von der Monatsquote abgezogen werden und diejenigen, welche bereits in Palästina im Lager oder auf Schiffen im Hafen von Haifa sind, machen bereits mehr als die gesamte Quote für viele Monate aus. Es ist jedoch bekannt, daß illegale Einwanderer in beträchtlicher Zahl bereits auf dem Wege nach Palästina sind.

Bewegt von der Sympathie für das jüdische Volk hat die britische Regierung bisher, trotz der großen Schwierigkeiten, illegalen Einwanderern zu landen erlaubt. Die Hauptschwierigkeiten bestehen in der Notwendigkeit, diejenigen in Lagern unterzubringen, die nicht sofort nach Palästina hereingelassen werden können und in der Aufteilung der Quote durch die amtlichen Stellen in Palästina für diejenigen, die zugelassen werden.

Es ist nunmehr klar geworden, daß es sich bei der gegenwärtigen illegalen Einwanderung nicht, wie man behauptet hat, um eine Bewegung handelt, die spontan unter den europäischen Juden entstand, welche ihre einzige Hoffnung in Palästina sahen.

Die jüngsten Ereignisse haben gezeigt, daß der illegale Einwanderungsstrom eine organisierte Bewegung ist, die durch große finanzielle Zuwendungen aus zionistischen Quellen und von skrupellosen Personen unterstützt wird. Diese Personen versuchen, der britischen Regierung die Entschlußfreiheit über die zukünftige Politik in Palästina zu nehmen.

Die Organisatoren unterhalten ein enges Netz von Agenten in Ost- und Südeuropa, durch die eine große Zahl von Juden von Ausgangspunkten, die so weit entfernt liegen wie Polen, an die Küste des Mittelländischen Meeres gebracht werden.

Von dort werden sie in überfüllte und nicht seetüchtige Schiffe gepreßt und mit unzureichenden Lebensmitteln und unter unwürdigen Bedingungen über das Mittelmeer befördert. Getrieben werden sie von der Überzeugung, daß dieses ihr einziger Weg zur Sicherheit sei.

In diesem ganzen Verfahren werden die Gesetze und Vorschriften des betreffenden Landes mißachtet, Pässe und Lebensmittellkarten, Reisegenehmigungen und so weiter werden in großem

Maße gefälscht. Lebensmittel, Medikamente, Kleidung und Transportgelegenheiten, die durch die UNRRA und andere Hilfsorganisationen für Europa zur Verfügung gestellt worden sind, werden zur Unterhaltung dessen eingesetzt, was man offen die „Untergrundbahn nach Palästina“ nennt.

Die britische Regierung hat mit Schrecken Berichte von den Verfolgungen und Pogromen der Juden in Ost- und Südeuropa gehört. Es ist eine tragische Situation, daß in Ländern, die von alliierten — einschließlich britischen — Waffen und Opfern befreit worden sind, nun gerade der Antisemitismus, gegen den wir kämpften, sein häßliches Haupt wieder erhebt. Es steht zu hoffen, daß die Regierungen der betreffenden Länder diese Schande zu einem schnellen und entscheidenden Ende bringen.

Abgesehen von der Ungesetzmäßigkeit bedeutet jedoch die Einwanderung nach Palästina eine schwere Gefahr für Ruhe und Ordnung daselbst. Die Aufnahme und Unterbringungen großer Zahlen illegaler Einwanderer stellt die Verwaltung vor äußerst schwierige Aufgaben. Ihre Ankunft hat die Spannung zwischen Arabern und Juden in Palästina beträchtlich verschärft.

Das jüngste Ansteigen der illegalen Einwanderung, das Erwägungen der Dringlichkeit und der Gerechtigkeit ausschließt, ist jenen Juden gegenüber äußerst ungerecht, welche sonst rechtmäßig nach Palästina kommen könnten.

Die britische Regierung sieht mit großer Sorge, daß eine große Anzahl von illegalen Einwanderern aus den Ländern Osteuropas kommt und nicht aus den Verschlepptenlagern Deutschlands, Österreichs und Italiens, deren Leerung das englisch-amerikanische Untersuchungskomitee so sehr empfahl. Die Fortführung dieses Einwanderungsstromes muß eine schlechte Rückwirkung auf eine allgemeine Regelung in Palästina haben.

Aus allen diesen Gründen kann die britische Regierung nicht länger den Versuch dulden, mit Gewalt eine neue Politik für Palästina festzulegen. Sie hat bei den Regierungen der Länder, aus denen die Einwanderer kommen, dringende Vorstellungen erhoben, um den Strom an der Quelle zu stoppen.

Außerdem sind den Stellen in Palästina Anweisungen gegeben worden, daß die Aufnahme weiterer illegaler Einwanderer sofort aufhören muß. Illegale Einwanderer werden künftig nach Cypern oder anderen Internierungsorten gebracht und dort in Lagern untergebracht, bis eine Entscheidung über ihre Zukunft getroffen werden kann.

Durch die Verkündung dieser Erklärung will die britische Regierung klarstellen, daß sie zwar den Versuch einer Minderzahl von zionistischen Extremisten nicht dulden kann, die Leiden eines unglücklichen Volkes auszunutzen, um eine Lage zu schaffen, die einer gerechten Regelung vorgreift, daß diese Regierung jedoch die Leiden der jüdischen Gemeinschaft tief mitfühlt und sie so bald wie möglich beenden will. Es ist klar, daß eine dauernde Lösung dieser verwinkelten Frage nur erreicht werden kann, wenn Juden und Araber willens sind, in einem realistischen und konservativen Geiste in Verhandlungen einzutreten, um einen praktischen Plan auszuarbeiten, der die Ansprüche dieser beiden historischen Völker in Einklang bringt.“

### Lösungsvorschläge zum Palästinaproblem

Der Widerstand des Judentums gegen die Bestimmungen des Weißbuches von 1939 machte eine Gesamtrevision der bisherigen Mandatspolitik in Palästina notwendig. Nachdem sich der Teilungsvorschlag der *Peel-Kommission* als undurchführbar erwiesen hatte, die Mandatspolitik auf Grund des Weißbuches von 1939 jedoch ebenfalls den erbitterten Widerstand der Juden hervorrief, ohne die arabischen Wünsche wirklich zu befriedigen, blieben zur Lösung des Problems nur zwei Auswege offen: eine neue Kompromißformel, auf der sich Araber und Juden einigen konnten, oder aber die Übertragung des Streitfalles an die Organisation der Vereinten Nationen. In den vielfältigen im einzelnen oft undurchsichtigen Besprechungen, welche seit dem Sommer des Jahres 1945 um die Palästinafrage kreisten, fand vor allem die Forderung des amerikanischen Präsidenten vom 31. August 1945, die Einwanderung von 100 000 Juden nach Palästina im Jahre 1946 zu verwirklichen, die stärkste Beachtung der Weltöffentlichkeit.

Im Herbst 1945 kamen die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens überein, einen gemeinsamen Untersuchungsausschuß mit folgenden Aufgaben zu bilden:



1. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Palästina zu studieren, soweit sie Bedeutung für das Problem der jüdischen Einwanderung und Ansiedlung und für die Wohlfahrt der zur Zeit dort lebenden Bewohner haben.
2. Die Lage der Juden in den Ländern Europas zu studieren, wo sie die Opfer der Nazi- und faschistischen Verfolgungen geworden sind, ebenso die praktischen Maßnahmen, die in diesen Ländern bereits ergriffen oder in Aussicht genommen sind, um ihnen ein Leben, frei von Diskriminierung und Unterdrückung zu garantieren, ferner zu schätzen, wieviel Juden nach Palästina oder anderen außereuropäischen Ländern auswandern wollen oder unter dem Zwange der Verhältnisse müssen.
3. Die Meinung erfahrener Persönlichkeiten zu hören und mit repräsentativen Arabern und Juden über die Probleme Palästinas zu verhandeln und den Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens Vorschläge zu machen für eine vorläufige Regelung dieser Fragen und für ihre endgültige Lösung.

Die Ausarbeitung des Berichtes sollte in möglichst kurzer Zeit erfolgen und nicht mehr als 120 Tage in Anspruch nehmen. Der Ausschuß setzte sich wie folgt zusammen:

*J. C. Hutcheson* als amerikanischer Vorsitzender,

*J. E. Singleton* als britischer Vorsitzender

und den englischen Mitgliedern:

*R. H. S. Crossman, W. F. Crick, F. Leggett, R. E. Manningsham-Bulle, Lord Morrison,*

den amerikanischen Mitgliedern:

*F. Aydelotte, F. W. Buxton, B. C. Crum, I. G. MacDonald, W. Phillips.*

Schriftführer waren für die Amerikaner:

*Leslie L. Rood und E. M. Wilson,*

für die Engländer:

*H. G. Vincent und H. Beeley.*

Der Ausschuß trat in Washington am 4. Januar 1946 zusammen und begann die öffentlichen Sitzungen am 7. Januar. Er verließ die Vereinigten Staaten am 18. Januar und nahm die Besprechungen in London am 25. Januar auf. Er besuchte Europa ab 4. Februar und suchte dann in Unterausschüssen Deutschland, Polen, die Tschechoslowakei, Österreich, Italien und Griechenland auf. Am 28. Februar begab sich der Ausschuß nach Kairo, am 6. März traf er in Jerusalem ein. Unterausschüsse besuchten die Hauptstädte von Syrien, Libanon, Irak, Saudi-Arabien und Transjordanien, um die arabischen Gesichtspunkte kennen zu lernen. Am 28. März verließen sie Palästina und schlossen die Beratungen in der Schweiz ab.

Der Bericht des Ausschusses gliedert sich in zehn Kapitel, in welchen die Empfehlungen und Lösungsvorschläge zu den einzelnen Problemen mit den entsprechenden Erläuterungen behandelt werden und einen reich dokumentierten Anhang, welcher in sechs Abschnitten vielfältiges Studienmaterial zur Palästinafrage bringt, das in seinen wesentlichen Punkten als Unterlage für den vorliegenden Bericht herangezogen werden konnte. Die Empfehlungen der Untersuchungskommission lauten folgendermaßen:

#### Empfehlung Nr. 1:

„Wir haben zu berichten, daß die Informationen, die wir über andere Länder als Palästina erhielten uns keine Hoffnung lassen, daß sie nennenswert dazu beitragen könnten, Heimstätten für Juden zu finden, die Europa verlassen wollen oder müssen.

Aber Palästina allein kann den Auswanderungsbedürfnissen nicht genügen. Die ganze Welt hat die Verantwortung für die Wiedererschaffung der verschleppten Personen.

Wir schlagen deshalb vor, daß unsere Regierungen zusammen und in Verbindung mit anderen Ländern unverzüglich versuchen,

neue Heimstätten für alle verschleppten Personen zu finden, ohne Rücksicht auf ihren Glauben oder ihre Nationalität, wenn die Bande mit ihren früheren Gemeinschaften zerrissen sind und nicht wieder hergestellt werden können.

Zwar wird die Auswanderung einiger Opfer diese Probleme lösen, die überwältigende Mehrheit jedoch, einschließlich einer beträchtlichen Zahl von Juden, wird weiter in Europa zu leben haben. Wir empfehlen deshalb, daß unsere Regierungen alle Maßnahmen treffen, um sicherzustellen, daß die Bestimmung aus der Charta der Vereinten Nationen unverzüglich in Kraft tritt, die allgemeine Achtung und Innehaltung der Menschenrechte und die Grundfreiheiten für alle, ohne Rücksicht auf Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion fordert.

#### Empfehlung Nr. 2:

Wir empfehlen:

- a) daß hunderttausend Zulassungsscheine nach Palästina für Juden, die die Opfer von Nazi- und faschistischer Verfolgung sind, unverzüglich ausgestellt werden;
- b) daß diese Zulassungsscheine, soweit möglich, noch 1946 ausgestellt werden und daß die tatsächliche Abwanderung so schnell vorwärts getrieben wird, wie es die Umstände irgend erlauben.

#### Empfehlung Nr. 3:

Um ein für allemal mit den ausschließlichen Ansprüchen der Juden und Araber auf Palästina ins Reine zu kommen, halten wir es für berechtigt, daß die folgenden Grundsätze klar festgelegt werden:

1. Daß die Juden nicht die Araber und die Araber nicht die Juden in Palästina beherrschen sollen.
2. Daß Palästina weder ein jüdischer noch ein arabischer Staat sein soll.
3. Daß die Regierung, die endgültig errichtet wird, unter internationaler Garantie die Interessen der Christenheit, der Moslem-Religion und des jüdischen Glaubens voll schützen und aufrechterhalten soll.

So muß Palästina schließlich ein Staat werden, der die Rechte und Interessen der Moslems, der Juden und der Christen in gleicher Weise schützt und den Bewohnern im Ganzen ein möglichst volles Maß an Selbstregierung zugesteht in Übereinstimmung mit den drei oben festgelegten Grundprinzipien.

#### Empfehlung Nr. 4:

Wir sind zum Schluß gekommen, daß die Feindseligkeiten zwischen Juden und Arabern und vor allem der Entschluß beider Parteien, die Oberherrschaft, wenn nötig mit Gewalt, zu erringen, es fast sicher machen, daß gegenwärtig und auch eine gewisse Zeit in der Zukunft der Versuch, einen unabhängigen palästinensischen Staat oder auch unabhängige palästinensische Staaten zu errichten, einen Bürgerkrieg mit sich bringen wird, der den Weltfrieden bedrohen kann. Wir empfehlen deshalb, daß bis zur Beendigung dieser Feindseligkeiten die Verwaltung Palästinas wie bisher weiterhin unter Mandat stehen soll, bis ein Treuhänderabkommen durch die Vereinten Nationen abgeschlossen wird.

#### Empfehlung Nr. 5:

Mit Hinblick auf eine Form der endgültigen Selbstregierung, die mit den in Empfehlung Nr. 3 niedergelegten Grundsätzen in Einklang steht, empfehlen wir, daß die Mandatsmacht oder die Treuhänder den Grundsatz beachten sollen, daß die wirtschaftliche, erzieherische und politische Forderung der Araber in Palästina dieselbe Bedeutung hat wie die der Juden, und daß diese Macht sofort Schritte vorbereiten soll um die Kluft zu überbrücken, die jetzt besteht und die den arabischen Lebensstandard bis zu dem der Juden heben soll, so daß die beiden Völker ihr gemeinsames Interesse und ihr gemeinsames Schicksal in einem Land, in das beide gehören, voll verstehen.

#### Empfehlung Nr. 6:

Wir empfehlen, daß bis zu dem möglichst baldigen Abschluß eines Treuhänderabkommens durch die Vereinten Nationen die Mandatsmacht Palästina nach dem Mandat verwalten soll, welches bezüglich der Einwanderung erklärt, die Verwaltung werde zwar die Rechte und die Stellung anderer Gruppen der Bevölkerung wahren, die jüdische Einwanderung unter angemessenen Bedingungen jedoch erleichtern.

#### Empfehlung Nr. 7:

- a) Wir empfehlen, daß die Landübertragungs-Bestimmungen von 1940 aufgehoben und ersetzt werden durch Bestimmungen, die auf Freiheit beim Verkauf, Verpachtung oder Benutzung des Landes beruhen, ohne Rücksicht auf Rasse, Religion oder Gemeinschaft und mit angemessenem Schutz der Interessen der kleinen Besitzer und landwirtschaftlichen Pächter.

- b) Wir empfehlen ferner, Schritte zu unternehmen, damit in Verträgen und Abkommen über Landbesitz die Bestimmungen aufgehoben oder verboten werden, die die Beschäftigung auf dem



Besitz oder in Verbindung mit ihm von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse, Religion oder Gemeinschaft abhängig machen.

- c) Wir empfehlen der Regierung, eine genaue Überwachung der heiligen Stätten, wie zum Beispiel des Sees von Galilea und seiner Nachbarschaft durchzuführen, um sie vor Entweihung oder einer Benutzung, die die religiösen Gefühle verletzt, zu schützen. Die Gesetze, die zu diesem Zweck erforderlich sind, sollen sofort erlassen werden.

#### Empfehlung Nr. 8:

Verschiedene Pläne einer weitreichenden landwirtschaftlichen und industriellen Entwicklung Palästinas sind uns vorgelegt worden. Wenn diese Pläne in die Tat umgesetzt würden, könnten sie nicht nur die Fähigkeit des Landes, eine wachsende Bevölkerung zu ernähren, weitgehend steigern, sie könnten auch den Lebensstandard der Juden und Araber in gleicher Weise erhöhen.

Wir können die Durchführbarkeit dieser Pläne nicht beurteilen, aber wir können nicht nachdrücklich genug darauf hinweisen, daß die Pläne, wenn sie auch technisch noch so gut durchführbar sind, fehlschlagen werden, wenn es keinen Frieden in Palästina gibt. Ihr voller Erfolg setzt außerdem die freiwillige Mitarbeit der angrenzenden Araberstaaten voraus, da es sich nicht ausschließlich um palästinensische Projekte handelt. Wir empfehlen daher die Prüfung, Besprechung und Durchführung dieser Pläne von Anfang an und auch später nicht nur in Übereinstimmung und Zusammenarbeit mit der *Jewish Agency*, sondern auch den Regierungen der unmittelbar betroffenen arabischen Nachbarstaaten durchzuführen.

#### Empfehlung Nr. 9:

Wir empfehlen im Interesse der Versöhnung der beiden Völker und der allgemeinen Hebung des arabischen Lebensstandards eine Reform des Erziehungssystems der Juden und der Araber und der Einführung einer Erziehungspflicht in absehbarer Zeit.

#### Empfehlung Nr. 10:

Wir empfehlen, daß im Falle der Annahme dieses Berichtes Arabern und Juden eindeutig klar gemacht wird, daß jeder Versuch, seine Durchführung mit Gewalt, mit Terror oder Organisation und Einsatz illegaler Armeen zu verhindern, rücksichtslos unterdrückt wird.

Außerdem sind wir der Ansicht, daß die *Jewish Agency* sofort die aktive Zusammenarbeit mit der Mandatsmacht bei der Unterdrückung von Terror und illegaler Einwanderung wieder aufnehmen soll und daß sie bei der Aufrechterhaltung des Maßes von Recht und Ordnung in Palästina, das zum Wohle aller notwendig ist, einschließlich der neuen Einwanderung mithelfen soll.

Diese Empfehlungen wurden noch durch Anmerkungen näher erläutert, von denen die wichtigsten sind:

#### Zu Empfehlung Nr. 6:

Die *Peel-Kommission* empfahl Einwanderung von 12 000 Juden im Jahr. Der vorliegende Bericht empfiehlt, weder ein Minimum noch ein Maximum für die jährliche Einwanderung festzulegen, da die Verhältnisse zu wenig übersehbar sind.

Der Bericht lehnt ausdrücklich die Haltung einiger jüdischer Kreise ab, die behaupten, Palästina sei den Juden der Welt als ihr Staat gegeben, und daß daher jeder Jude der Welt, nur weil er ein Jude ist, palästinensischer Bürger sei und daher Palästina rechtmäßig betreten könne ohne Rücksicht auf die Einwanderungsbestimmungen der Regierung, und daß es daher in Palästina überhaupt keine illegale Einwanderung geben könne. Er erklärt und bestätigt dagegen, daß jeder Jude, der entgegen den Gesetzen Palästina betritt, illegaler Einwanderer ist.

#### Zu Empfehlung Nr. 7:

Die Landübertragungsbestimmungen von 1940 wollten den arabischen Pächter und Kleinbesitzer schützen, indem sie den Verkauf von Land in einer Zone nur an palästinensische Araber erlaubten, ihn in einer anderen Zone einschränkten und unbeschränkten Verkauf von Land nur in einer dritten Zone genehmigten. Das brachte eine Diskriminierung der Juden, es sollen damit Araber und Juden getrennt werden. Damit soll eine landfremde arabische Bevölkerung vermieden werden, aber der Araber in der freien Zone wird nicht geschützt. Er kann sein Land zu phantastischen Preisen verkaufen und dann in die überfüllten anderen Zonen ziehen.

Der *Peel-Bericht* sprach aus, daß Palästina eine anwachsende Bevölkerung mit den gegenwärtigen landwirtschaftlichen Methoden nicht selbst ernähren kann, und daß das Land in dem Hügelland bereits überfüllt ist. Das trifft heute noch mehr zu. Die Vorschläge des *Peel-Berichts* sind verständlich aus dessen Zielsetzung der Teilung. Sie werden jedoch von der Kommission abgelehnt. Verpachtungen durch den jüdischen Nationalfonds ent-

halten die Bestimmung, daß nur Juden beschäftigt werden dürfen und daß für Unter-Verpachtungen dieselben Bedingungen zutreffen. Gegen diese Diskriminierung spricht sich der Bericht ebenfalls aus.

#### Zu Empfehlung Nr. 8:

Der Aufbau der jüdischen Wirtschaft hatte den Vorteil eines reichlichen Kapitals zu so günstigen Bedingungen, daß die Wirtschaftlichkeit erst in zweiter Linie berücksichtigt werden mußte. Solche Vorteile haben die Araber nicht. Der Bericht hält es für ungesund, daß große Projekte, wie der Plan für das Jordan-Tal, von Privatorganisationen unternommen werden und möchte, daß sie, wenn sie durchführbar sind, als öffentliche Projekte durchgeführt werden.

#### Zu Empfehlung Nr. 9:

Der *Peel-Bericht* wies darauf hin, daß die jüdische und die arabische Erziehung in Palästina nationalistisch sind. In den arabischen Schulen wurde nationalistische Propaganda betrieben. Beide Richtungen müssen kontrolliert werden, um das überspitzte Rassegefühl und den Mißbrauch der Erziehung für Propagandazwecke zu beseitigen.

Der Bericht fordert bessere Möglichkeiten höherer Bildung für die Araber. Der Unterschied im Lebensstandard beruht weitgehend darauf, daß die Juden sehr viel mehr Leute in gehobenen Berufen haben. Dieser Unterschied kann nur beseitigt werden, indem den Arabern höhere Bildung leichter zugänglich gemacht wird.

Die Empfehlungen des britisch-amerikanischen Untersuchungsausschusses wurden unmittelbar nach ihrer Veröffentlichung am 31. März 1946 zum Gegenstand einer weltweiten Kontroverse. Der britische Premierminister *Attlee* erklärte am 1. Mai 1946 in einer Rede im Unterhaus: „Großbritannien werde keine Aktionen auf Grund der Empfehlungen der Untersuchungskommission unternehmen, ehe es nicht in der Lage sei, festzustellen, in welchem Maße die Vereinigten Staaten die daraus erwachsende militärische und finanzielle Bürde mitzutragen bereit seien.“ Außerdem erklärte er: „Es könnten größere Gruppen von Juden nur dann nach Palästina zugelassen werden, wenn die illegalen jüdischen Organisationen aufgelöst seien. Großbritannien werde sich nicht mit den einzelnen Empfehlungen des Berichts befassen, sondern den Bericht als eine Einheit betrachten.“ Gegen diese Äußerungen des britischen Premierministers wandten sich zwei amerikanische Mitglieder der Untersuchungskommission, B. C. *Crum* und F. W. *Buxton*, in einer Erklärung am 2. Mai 1946, in welcher sie sich schärfstens dagegen wandten, daß die Einwanderung der 100 000 Juden bis zur Entwaffnung und Auflösung der illegalen Organisationen aufgeschoben werden sollte. Aus britischen und amerikanischen Pressestimmen zum Bericht der Untersuchungskommission war ersichtlich, daß in den Vereinigten Staaten das Gefühl vorherrschte, die amerikanischen Mitglieder der Kommission hätten den praktischen Bedenken der Briten zu stark nachgegeben und die Forderung nach sofortiger Zulassung der hunderttausend jüdischen Flüchtlinge durch zu viele einschränkende Bestimmungen abgeschwächt.

Sowohl Juden wie Araber wandten sich, wenn auch mit verschiedenem Nachdruck, gegen die Empfehlungen der Untersuchungskommission. Die jüdische Reaktion war weniger ungünstig als die arabische, da die Empfehlungen ja die Aufhebung der Bestimmungen des Weißbuches vom Jahr 1939 über die jüdischen Einwanderungen und die Landkäufe vorsahen. Der Vorschlag der Kommission, daß Palästina weder ein jüdischer noch ein arabischer Staat sein solle (vgl. Empfehlung Nr. 3), stieß jedoch in zionistischen Kreisen auf schärfsten Widerspruch. Der Präsident der amerikanischen Zionisten-Organisation, Emanuel *Newman*, erklärte, er halte den Bericht der anglo-amerikanischen Palästinakommission für „derart unbestimmt, daß man unmöglich mit seiner vorbehaltlosen Annahme durch die amerikanischen Zionisten rechnen“ könne. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen räumte *Newman* zwar ein, daß die im Bericht vorgesehene Zulassung von hunderttausend Juden nach Palästina wünschenswert sei, betonte jedoch mit Nachdruck, dieses bedeute nur einen Schritt in



Richtung auf die Lösung des Problems. *Newman* schloß mit der Feststellung, daß vom jüdischen Standpunkt aus die Welt in zwei Teile gespalten sei — nämlich „in jene Staaten, aus denen die Juden auswandern müssen, und in diejenigen, die sich weigern, sie aufzunehmen.“

Nur kleinere jüdische Organisationen wie das *American Council for Judaism*, welches die Bestrebungen, einen jüdischen Staat zu gründen ablehnt, unterstützten die Empfehlungen des Berichtes.

Die arabische Reaktion war dagegen außerordentlich heftig. Am 3. Mai 1946 fand ein zwölfstündiger Proteststreik von etwa einer Million Arabern statt, durch den Verkehr und Wirtschaftsleben in Palästina, Syrien und Libanon völlig lahmgelegt wurden. In Jerusalem wurden britische Soldaten mit Steinen beworfen. Das arabische Hochkomitee, das im November 1945 als Vertretung aller arabischen Parteien in Palästina gebildet worden war, sandte eine Protestnote an das britische Kabinett. Der Sprecher des Hochkomitees, *Jamal Husseini*, drohte, die Araber würden ihre Kampfmethoden der Jahre 1936 bis 1939 wieder aufnehmen, wenn die Empfehlungen der Untersuchungskommission angenommen würden. Gleichzeitig teilte *Husseini* mit, das arabische Hochkomitee würde *Stalin* eine Kopie der Protestnote an die britische Regierung zukommen lassen, in welcher festgestellt worden sei, die Araber würden mit allen Mitteln die Durchführung der Empfehlungen des Berichtes zu verhindern trachten und an *Stalin* um Hilfe appellieren. Dieses Schreiben, das durch die russische Gesandtschaft in Kairo nach Moskau weitergeleitet wurde, soll auch — so fügte der Sprecher hinzu — den diplomatischen Vertretern anderer Mächte zugesandt werden. Ferner hätte sich das Komitee entschlossen, arabische Delegationen nach dem Vatikan, Indien und Afghanistan zu senden. Die fünfköpfige Abordnung an den Vatikan traf Ende Juli 1946 in Rom ein und ersuchte den Papst um Intervention bei den arabisch-jüdischen Streitigkeiten. *Pius XII.* erklärte dazu — nach dem Bericht des „*Osservatore Romano*“ — der Frieden könne sich nur auf Wahrheit und Gerechtigkeit aufbauen unter Berücksichtigung der Rechte anderer und unter Wahrung ihrer Traditionen. Der Papst erklärte, daß er jede Anwendung von Gewalt verabscheue, gleich, von welcher Seite sie ausgehe. Er habe sich mehrmals öffentlich gegen die Judenverfolgungen gewandt. Sein unparteiisches Verhalten bedeute aber keineswegs Gleichgültigkeit, und man dürfe erwarten, daß er sich im Rahmen des Möglichen dafür einsetzen werde, daß in Palästina Gerechtigkeit und Frieden wieder hergestellt würden.

Am 5. Mai 1946 beschlossen die Vertreter der *Arabischen Liga*, die Ägypten, Saudi-Arabien, den Irak, Transjordanien, Syrien, den Libanon und Yemen umfaßt, eine außerordentliche Sitzung einzuberufen, um Maßnahmen gegen die Empfehlungen der Untersuchungskommission zu beraten. Der Generalsekretär der Liga, *Abdul Rahman Azzam Pascha*, erklärte in einer Pressekonferenz, die arabischen Staaten würden in Erwägung ziehen, ob sie die Palästina-Frage nicht vor die Organisation der Vereinten Nationen bringen sollten.

Die auf Anregung König *Faruks* einberufene Konferenz wurde am 29. Mai 1946 beendet. Nach Beendigung der Konferenz begab sich der Vorsitzende, der Regent des Irak, *Emir Abdul Illah*, nach London, um bei der britischen Regierung den Standpunkt der arabischen Herrscher zur Palästinafrage und anderen Problemen des Mittleren Ostens darzulegen.

Die Unsicherheit in Palästina wuchs im Anschluß an die Empfehlungen des Berichtes von Tag zu Tag und äußerte sich einerseits in immer größeren Sabotageakten wie der Sprengung des *King David Hotels*, andererseits in immer schärferen britischen Gegenmaßnahmen.

Präsident *Truman* gab am 12. Juni 1946 die Bildung eines britisch-amerikanischen Kabinettsausschusses zur Prüfung der Palästina-Frage bekannt und betonte dabei nochmals, er begrüße die baldige Einwanderung von hunderttausend Juden aus Europa nach Palästina. Am 23. Juli 1946 schloß der Kabinettsausschuß, nachdem er eine Woche in London getagt hatte, seine Beratungen ab. Auf Grund dieser Verhandlungen legte Lordpräsident *Morrison* dem britischen Unterhaus am 31. Juli 1946 einen neuen Plan zur Palästinafrage vor. Dieser Plan, über den widersprechende Meldungen in der Weltpresse veröffentlicht wurden, sieht nach Aussagen der Londoner Presse die Bildung einer Föderation in Palästina vor, welche sich aus einer jüdischen und einer arabischen Provinz, die beide weitgehende Autonomien genießen sollen, und den Distrikten von Jerusalem und Bethlehem sowie dem Wüstengebiet Südpalästina, Negev genannt, unter direkter Kontrolle der Zentralverwaltung zusammensetzt.

Jede Provinz soll eine gesetzgebende Kammer erhalten, aus deren Mitgliedern die Zentralregierung, die Exekutive ernennen soll. In der Hand der Zentralregierung sollen Verteidigung, Außenpolitik, Zoll- und Finanzpolitik liegen. Die jüdische Provinz soll aus der Verbindung von Bezirken in den Ebenen von Sharon und Edraelon und in Galilea gebildet werden. Sie würde 1500 der etwa 45 000 Quadratmeilen Palästinas umfassen. Der Zentralverwaltung würden die heiligen Stätten in Bethlehem und Jerusalem sowie die unfruchtbaren Bezirke von Negev unterstellt werden. Der Rest des Landes soll arabische Zone werden. Die Einwanderung soll von den Provinzialregierungen beschränkt werden können, das letzte Wort soll jedoch dabei bei der Zentralregierung bleiben, welche die Vorschläge der Provinzen unter dem Gesichtspunkt ihrer wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit beurteilen soll. Dieser Föderationsvorschlag liegt etwa in der Mitte zwischen den Vorschlägen der *Peel-Kommission* von 1937, welche die Bildung zweier völlig souveräner und unabhängiger Staaten vorsah, und denen der *Woodhead-Kommission* von 1938, die sich gegen die Teilung Palästinas gewandt hatte und nur einen wirtschaftlichen Föderalismus befürwortete.

#### Anmerkung

Der neue Plan wurde von der britischen Regierung als Verhandlungsgrundlage vorgeschlagen, jedoch verneinte ein Sprecher des Außenministeriums, daß Großbritannien sich mit den Vorschlägen des britisch-amerikanischen Kabinettsausschusses einverstanden erklärt habe. Beim Abschluß dieses Berichtes war noch nicht ersichtlich, ob es möglich sein wird, die Parteien des Palästinakonfliktes zur Annahme dieser „Arbeitshypothese“ zu bewegen. Sowohl die Araber wie die Juden Palästinas weigerten sich zunächst, in Verhandlungen einzutreten. Auch die *Arabische Liga* lehnte zunächst die britischen Vorschläge ab, war aber dann bereit, an einer Konferenz in London teilzunehmen. Manches spricht dafür, daß der auf geheimnisvolle Weise aus Frankreich verschwundene Großmufti von Jerusalem einen wesentlichen Einfluß auf die schwebenden Verhandlungen ausübt.

Die Londoner Konferenz zur Palästinafrage trat am 10. September 1946 im *Lancaster House* unter Beteiligung von Vertretern der britischen Regierung und der arabischen Liga-Staaten zusammen. Der britische Premierminister *Attlee* hielt die Eröffnungsrede. Es wurde bekanntgegeben, daß die britische Regierung außer dem, nun gelegentlich als *Morrisonplan* bezeichneten, Föderationsplan keinen weiteren Verhandlungsvorschlag machen werde. Nach den vorliegenden Berichten scheint Großbritannien aus dem Stadium des Abwartens und Abtastens herausgetreten zu sein und eine feste Linie für seine Politik in der Palästinafrage gefunden zu haben, vielleicht wird man sie als Politik der eisernen Hand im Samthandschuh bezeichnen können. Der Bombenanschlag auf das *King David Hotel* hat allem Anschein nach wesentlich zur Festigung der britischen Haltung beigetragen, ihre letzten Motive werden allerdings wahrscheinlich in der internationalen Lage,



nicht zuletzt in der Stellung Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zu Rußland zu suchen sein.

Während der ersten Verhandlungen im *Lancaster House* hielten sich Vertreter der Araber wie der Juden Palästinas als scharfe Beobachter in London auf und kommentierten jede Phase der Konferenz von ihrem Standpunkt und im Hinblick auf die Möglichkeiten ihrer Beteiligung. Mitte September sprach man in Lon-

don davon, die jüdischen Vertreter würden sich unter Umständen in einem gesonderten Raum neben dem Konferenzsaal aufhalten, um jederzeit anwesend zu sein, wenn ihnen die Gelegenheit günstig erschiene, um ihren Standpunkt darzulegen. Es bleibt abzuwarten, ob sie sich in einer Lage finden werden, die es ihnen möglich macht, die Schwelle zum Verhandlungsraum zu überschreiten.

## Die Stellung Indiens in der britischen Völkergemeinschaft

Man hat Indien das Kleinod in Englands Krone genannt. Seit Jahrhunderten ringt England darum, dies Kleinod sich zu erhalten und seinen Besitz zu sichern; viele Entscheidungen der englischen Politik, der vergangenen wie der gegenwärtigen, sind aus dem Bestreben zu erklären, Indien selbst und den Weg dorthin gegen jeden möglichen Angreifer zu sichern. In unserem Jahrhundert aber ist dies Ringen in sein entscheidendes Stadium getreten: es geht nicht mehr nur um Angriffe von außen, die Hauptgefahr liegt jetzt in der zukünftigen Haltung Indiens selbst. England weiß, daß Indien nicht mit Gewalt gehalten werden kann, es versucht, vor allem seit dem ersten Weltkriege, durch schrittweise Einführung demokratischer Regierungsformen unter Einschaltung von Garantien, Indien zu freiwilligem Verbleiben im Reichsverband zu bewegen.

Nach verschiedenen Ablehnungen von seiten der Inder in den vergangenen Jahren hat Großbritannien mit der Entsendung einer

Kabinettsmission am 15. März 1946 einen großangelegten Versuch unternommen, das den Indern gegebene Versprechen auf Selbstregierung einzulösen. Wieder gab es neben Erfolgen im Frühsommer 1946 Enttäuschungen, Mißtrauen und Ablehnung von vielen Seiten während der Sommermonate. Man kann die gegenwärtige Lage, die Erfolgsaussichten ebenso wie die Hindernisse, nur richtig einschätzen, wenn man außer den grundlegenden Tatsachen über Indien auch die politische Entwicklung kennt, die zu der gegenwärtigen Situation geführt hat. Die folgenden Zeilen wollen deshalb nach einer ganz kurzen Übersicht über die Gegebenheiten des Landes und seiner Bevölkerung die Stufen in der staatspolitischen Entwicklung darstellen, welche zur gegenwärtigen Stellung Indiens in der britischen Völkergemeinschaft führten. Vor diesem Hintergrund werden dann die Vorschläge der britischen Kabinettsmission dargestellt, die uns bis in das gegenwärtige politische Geschehen in Indien führen.

### I. Die Grundlagen

*Indien* umfaßt 4 048 400 qkm mit 388 997 955 Einwohnern, wovon 2 215 541 qkm mit 295 808 722 Einwohnern auf Britisch-Indien und 1 832 867 qkm mit 93 189 233 Einwohnern auf die indischen Fürstenstaaten entfallen (Zahlen nach der Volkszählung von 1941). Die Bevölkerung nimmt noch ständig zu: 1891 hatte Indien 279 446 248 Einwohner, bis 1931 war diese Zahl schon auf 338 119 149 und in den zehn Jahren von 1931 bis 1941 um weitere 50 Millionen gestiegen. Damit leben in Indien drei Viertel der Gesamtbevölkerung des britischen Weltreiches. Im Jahre 1939 kamen auf 22 Todesfälle 34 Geburten. Indien ist eines der wenigen Länder, in denen die Zahl der Männer die der Frauen übertrifft, und dieses zahlenmäßige Übergewicht der männlichen Bevölkerung verstärkt sich noch weiter.

*Burma*, das bis zum 1. April 1937 verwaltungsmäßig zu Britisch-Indien gehörte, nunmehr aber eine selbständige Verwaltungseinheit bildet, umfaßte 588 800 qkm mit rund 15 Millionen Einwohnern, meist Buddhisten.

Ein einheitliches indisches Nationalbewußtsein ist nicht vorhanden oder doch erst ganz langsam im Wachsen. Nicht einmal eine in ganz Indien verstandene Sprache gibt es, man zählt über ein Dutzend größere Sprachgruppen und über 200 Einzeldialekte. Diese Sprachen sind voneinander so verschieden, wie etwa deutsch und französisch. Eine Verständigung aller Inder untereinander ist erst durch die Einführung der englischen Sprache als Verhandlungssprache möglich geworden.

Auch klimatisch und im physikalischen Aufbau ist Indien ein Land der Gegensätze, die nicht geringer sind als die zwischen nord- und südeuropäischen Ländern. Es ist daher nicht zu verwundern, daß die geistigen Gegensätze ebenso groß sind. Man hat trotz aller

Streitigkeiten im Hinduismus das einzige einende Band für ganz Indien zu erblicken, wenn auch in den eigenen Reihen des Hinduismus durch das Kastensystem keine Einigkeit aufkommen kann.

Die Religionsgemeinschaften der indischen Bevölkerung halten sich sehr streng voneinander getrennt. 65,5 Prozent der Inder gehören dem Hinduismus an, 23,6 Prozent sind Moslems, 1,6 Prozent Christen, 1,4 Prozent Sikhs, 0,03 Prozent Parsen und 0,06 Prozent Buddhisten (Zahlen von 1941). Außerdem leben in Indien 155 555 Briten (davon 60 000 in britischen Truppeneinheiten), 12 579 sonstige Europäer und 138 395 Anglo-Inder. Eine gegenseitige Annäherung der indischen Gemeinschaften aneinander ist nicht zu erwarten, jede Heirat zwischen Hindus und Moslems ist verboten.

90 Prozent der Bevölkerung leben in Dorfgemeinschaften, nur 10 Prozent in städtischen Siedlungen. Dem entspricht auch die Beschäftigung: rund 70 Prozent der berufstätigen Inder verdienen ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft, und nur rund 10 Prozent sind in der Industrie beschäftigt. Von den in der Industrie Tätigen aber sind wieder drei Viertel in kleinen Unternehmen beschäftigt, die Indern gehören, und nur 1,5 Millionen in größeren Fabriken.

Indien ist ein an Rohstoffen außerordentlich reiches Land: es besitzt ein Weltmonopol an Jute, vor dem Kriege hatte es (nach den Vereinigten Staaten) die zweitgrößte Baumwollernte der Welt, es lieferte über die Hälfte des Tees der Welt (rund 210 Millionen Kilogramm jährlich), über drei Millionen Tonnen Reis jährlich und erzeugte jährlich 500 000 Tonnen Rohkautschuk. Ebenso reich ist das Land an Bodenschätzen: es liefert die Hälfte des Zinns der Welt und steht in der Manganerzeugung hinter Rußland an zweiter Stelle.



Die Verflechtung in die Weltwirtschaft zeigen folgende Zahlen: vor dem Krieg gingen von der indischen Ausfuhr 45 Prozent nach Großbritannien, 16 Prozent nach Japan, 12 Prozent in die Vereinigten Staaten und 9 Prozent nach Deutschland. Die eingeführten Waren kamen zu 40 Prozent aus Großbritannien, 17 Prozent aus Japan, 6 Prozent aus den Vereinigten Staaten und 11 Prozent aus Deutschland.

Großbritannien hat die landwirtschaftliche Erzeugung in Indien durch Förderung besserer Wirtschaftsweisen zweifellos gehoben, vor allem wurde durch künstliche Bewässerung viel neues Ackerland gewonnen, besonders am oberen Ganges, im Pandschab und durch das Induswehr bei Sukkur. Britisch-Indien, in dem rund 250 000 qkm künstlich bewässert werden, steht damit in der Bewässerungswirtschaft an erster Stelle der Welt. Andererseits stand England einem Ausbau der indischen Industrie stets feindlich gegenüber. Indien sollte eine genau festgelegte Rolle im Wirtschaftssystem des Weltreiches spielen: es sollte England Rohstoffe liefern und Fertigwaren von England beziehen. Schon der Wert der Vorkriegsausfuhr beweist das gewaltige Überwiegen der Rohstoffausfuhr. Es wurden ausgeführt: Jute im Werte von 39 Millionen Pfund, Rohbaumwolle für 30 Millionen Pfund, Tee für 20,8 Millionen Pfund und Ölsamen für 7,5 Millionen Pfund. Die Ausfuhr von Fertigwaren fiel demgegenüber kaum ins Gewicht (Gesamtwert der Ausfuhr 1938/39: 177,9 Millionen Pfund, der Einfuhr: 129,9 Millionen Pfund). 1930 wurde noch die Aufnahme Indiens in das Vorzugszollsystem des britischen Reiches abgelehnt, 1932 auf der Reichskonferenz von Ottawa wurde es jedoch in das System einbezogen. Die wirtschaftlichen Bemühungen Japans um Indien veranlaßten England zu größerer Nachgiebigkeit gegenüber Indiens wirtschaftlichen Forderungen. Als 1936 Indien das Abkommen von Ottawa kündigte, hatte England durch die *Safeguards* — die in die *Government of India Act* von 1935 eingebauten Garantien — die Möglichkeit, jede Änderung der indischen Schutz-zollpolitik zuungunsten Englands zu verhindern.

Freilich darf man die Möglichkeiten der industriellen Entwicklung Indiens nicht überschätzen. Gewiß hätte Indien schon lange eine Zusatzindustrie aufbauen können, die die heimischen Rohstoffe landwirtschaftlicher und industrieller Art auswertete. Eine moderne Industrie im westlichen Sinne widerstrebt jedoch dem Wesen des indischen Menschen. Das Kastenwesen macht jede großzügige Industrialisierung nahezu unmöglich.

Die Einrichtung der Kasten entspringt zwar einer religiösen Vorstellung, sie wirkt aber heute mehr als soziale denn als religiöse Erscheinung. Es ist den Kastenangehörigen zwar freigestellt, ob sie an einen Gott, an mehrere Götter oder an überhaupt keinen Gott glauben wollen, aber die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kaste ist dem einzelnen gegeben, und sie bedingt das soziale Leben jedes Hindus. Alle Angehörigen einer Kaste nehmen denselben Ahnherrn für sich in Anspruch, alle tragen deshalb denselben Namen, und allen steht nur eine eng begrenzte Auswahl von Berufen offen.

Der Zwang der Kastenzugehörigkeit und die Bindung bestimmter Berufe an bestimmte Kasten hat religiöse Gründe: in einem früheren Leben wurde das Dasein des einzelnen Hindus genau und endgültig festgelegt. Diesem Schicksal kann er nicht entinnen. Und diese Festlegung geht so ins einzelne, daß auch der Beruf dem einzelnen als Glied der Kaste vorbestimmt ist. Es ist einem Hindu im allgemeinen unmöglich, einen Beruf auszuüben, der einer anderen Kaste zugehört, oder von einem zu einem anderen Beruf hinüberzuwechseln. Die einzelnen Kasten — über 3000 — haben verschieden hohe, unveränderliche Stellungen in der sozialen Stufenleiter, ein Emporsteigen ist unmöglich. Jahrtausende hindurch, in denen das technische Wissen und Können in Indien im wesentlichen sich nicht veränderte, war der Kastenzwang absolut. Überhaupt konnte nicht der einzelne, sondern nur die Kaste handeln. In der Gegenwart hat sich durch die Not der Zusammenhang zwischen Kaste und Beruf in manchen Fällen ein wenig gelockert, so z. B. wenn ein Hindu vom Land in die Stadt abwandern muß zur Arbeit in der Industrie. Aber streng genommen darf der Hindu ebenso wenig seinen Beruf wechseln, wie er in eine andere Kaste aufgenommen werden kann. Wenn er aus seiner bisherigen Kaste ausscheidet oder aus ihr ausgeschlossen wird, dann wird er einer der Kastenlosen, der *Outcasts*, der *depressed classes*. Diese *Unberührbaren* (über 60 Millionen) gelten als unrein, jede Berührung mit Kastenangehörigen ist selbst auf Entfernung verboten. Sie stehen ganz am Ende der sozialen Stufung und dürfen nur die niedrigsten Arbeiten verrichten. Es liegt auf der Hand, welche Spannungen sich durch die Starrheit dieses Systems ergeben.

Das soziale Gefüge des indischen Volkes beruht auf der Dorfgemeinschaft. Die Städte stehen daneben fast als Welt für sich und spielen eine Rolle, die wir uns kaum vorstellen können: wenn der Inder in die Stadt abwandern muß, um dort als Arbeiter tätig zu sein, weil ihn das Land nicht mehr ernährt, so hat er damit seine Bindung zur Dorfgemeinschaft noch nicht gelöst. Selbstverständlich kehrt er im Alter in sein Dorf zurück, um dort seinen Lebensabend zu verbringen. Aber darüber hinaus kehrt er jedes Jahr für mehrere Monate in sein Dorf als Landarbeiter zurück. Er ist froh, die Städte für diese Zeit verlassen und sich wieder der gewohnten Landarbeit zuwenden zu können. Und auf dem Land wird er zu bestimmten Zeiten im Jahr, wenn die Arbeit drängt, notwendig gebraucht. Die Dauer der Regenzeit bringt es mit sich, daß in manchen Gegenden an 200 Tagen im Jahr Außenarbeit geleistet werden kann, in anderen sind es bedeutend weniger Tage. Der Verlust eines Regentages bedeutet für das Wachstum oft einen Ausfall von Wochen, deshalb müssen Arbeitskräfte schnell zur Verfügung stehen, wenn sie gebraucht werden. Ein rascher Transport aus der Stadt ist nicht möglich, sie kommen daher schon vorher aufs Land und warten auf den Beginn der Landarbeit. So gehen sie der Industriearbeit mehrere Monate lang verloren, bis sie nach Beendigung der Landarbeit wieder zur Stadt wandern. Das verhindert aber jede klare Scheidung zwischen Stadt und Land und läßt dadurch eine qualifizierte Arbeiterschaft, die sich auch mit ihrer Arbeit verbunden fühlt, überhaupt nicht entstehen.

## II. Indiens politische Entwicklung zwischen den beiden Weltkriegen

Während seit 1883/84 eine eng begrenzte lokale Selbstverwaltung in Indien besteht, wurde die Grundlage zur demokratischen Selbstregierung in Indien durch die nach ihren Schöpfern Lord Morley (Indienminister 1905—1910) und Lord Minto, dem gleichzeitigen Vizekönig, benannte *Morley-Minto-Reform* 1909 gelegt. Diese Reform führte als *Legis-*

*lative Council* einen Gesetzgebungsrat ein, der jedoch vom Vizekönig völlig abhängig war, nur beratende Funktion hatte und dem die Exekutive nicht verantwortlich war.

Die politische und militärische Lage in der Mitte des ersten Weltkrieges und die Leistungen der Inder für England in diesem Krieg legten eine Revision der damaligen Verwal-



tungsform nahe. Sie wurde durchgeführt in der *Government of India Act, 1919*. Die Neuregelung basierte auf dem sogenannten *Montagu-Chelmsford-Bericht* (abgekürzt auch *Montford-Bericht* genannt), den der damalige Indienminister *Montagu* bei seinem Aufenthalt in Indien im Winter 1917/18 zusammen mit dem damaligen Vizekönig Lord *Chelmsford* ausgearbeitet hatte. Die Reformen, die dieser Bericht vorschlug, wurden 1919 vom englischen Parlament angenommen und 1921 durchgeführt, sie bildeten die Grundlagen der Regierung Indiens von 1921 bis 1934. Das Ziel der Reform umriß *Montagu* bei der Ankündigung der Reform im Unterhaus am 20. August 1917 mit folgenden Worten:

„Fortschritte in der Einführung einer demokratisch verantwortlichen Regierung Indiens als integrierenden Teiles des britischen Reiches können nur schrittweise (by successive stages) erzielt werden. Die Britische Regierung und die Regierung Indiens, bei denen die Verantwortung liegt für die Wohlfahrt und den Fortschritt der Völker Indiens, müssen den Zeitpunkt und das Ausmaß eines jeden Schrittes bestimmen, und sie müssen sich leiten lassen von der Mitarbeit (co-operation) derer, auf die der Dienst nun übergeht, und von dem Ausmaß des Vertrauens, das ihr Verantwortungsbewußtsein ermöglicht.“

Die Ziele — und gleichzeitig die Grenzen — der Neuregelung werden also klar und ohne weitere Diskussion herausgestellt:

1. Indien soll schrittweise eine demokratisch verantwortliche Regierung erhalten.
2. Indien wird selbstverständlich als integrierender Teil des Reiches betrachtet.
3. Gestaltung und Ausmaß der Reform liegen ausschließlich in britischen Händen.
4. Nur wenn die Inder mitarbeiten und Verantwortungsbewußtsein zeigen, wird die Reform durchgeführt.

Im einzelnen erhielt die Verwaltung Indiens durch die *Government of India Act 1919* folgende Gestalt: Vertreter der Krone in Indien ist der Vizekönig. Er ernennt die Gouverneure der Provinzen und ist über den *Secretary of State for India* in London mit dem *India Office* dem englischen Parlament verantwortlich. Indien wird als Einheit behandelt, eine zentrale Exekutive und eine zentrale gesetzgebende Körperschaft stehen über den Provinzen.

Britisch-Indien umfaßt acht Provinzen, die ein gewisses Maß von Selbstregierung haben. die sogenannten *Governors' Provinces*. An der Spitze einer jeden steht ein Gouverneur, ihm zur Seite je ein Provinzparlament, das zu 70 Prozent aus Wahlen hervorgeht, zu höchstens 20 Prozent aus vom Gouverneur ernannten britischen Verwaltungsbeamten besteht, der Rest, Vertreter der Minderheiten, wird ebenfalls vom Gouverneur ernannt. Das Wahlrecht ist sehr beschränkt, es ist von der Zahlung einer Mindeststeuersumme oder dem Dienst in den Streitkräften abhängig. So sind von den rund 27 Millionen Einwohnern Britisch-Indiens nur 7,4 Millionen wahlberechtigt. Die Provinzen werden nach dem Prinzip der „Doppelherrschaft“ (*Dyarchy*) regiert, das heißt die Provinzparlamente haben sich nur um die sogenannten „übertragenen Angelegenheiten“ (*transferred matters*): Ackerbau, kulturelle Fragen, Gesundheitswesen und so weiter, zu kümmern, nur in ihnen können die von den Provinzparlamenten gewählten Minister entscheiden, und nur in ihnen sind sie dem Provinzparlament verantwortlich. Die restlichen sogenannten „vorbehaltenen Angelegenheiten“ (*reserved matters*): öffentliche Ordnung, Ernennung von Beamten, Finanzen, Bewässerungswesen, Grundsteuern, Pressekontrolle und arbeitsrechtliche Fragen, werden von Mitgliedern des Exekutivausschusses der Gouverneure bearbeitet. Die Gouverneure sind für die Entscheidungen dem

Vizekönig verantwortlich. Auch gegen die Entscheidungen der Minister und der Provinzparlamente hat der Gouverneur ein Vetorecht.

Die Provinzen sind jedoch nur für Fragen von lokaler Bedeutung zuständig, alle Entscheidungen von Wichtigkeit für ganz Indien erfolgen durch eine zentrale Stelle. Sie besteht neben der zentralen Exekutive des Vizekönigs mit acht Mitgliedern, davon drei Indern, aus einer gesetzgebenden Körperschaft mit zwei Kammern, dem Staatsrat (*Council of State*) und der Gesetzgebenden Versammlung (*Legislative Assembly*). Die beiden Kammern sind in ihrer Zusammensetzung den Provinzparlamenten sehr ähnlich, auch das Wahlrecht ist ähnlich, wenn auch noch enger begrenzt. Der entscheidende Punkt ist, daß die zentrale Exekutive den Kammern nicht verantwortlich ist. Damit bleiben alle Fragen von Bedeutung für ganz Indien letztlich der britischen Regierung und dem Parlament von Westminster vorbehalten. Das indische Volk hat zwar eine Vertretung bei der Regierung (*representative government*), aber es regiert sich noch nicht selbst (*responsible government*).

Die Reform von 1919 versucht ebenso wenig wie die folgenden Reformen, einheitliche Verhältnisse in den Beziehungen der Fürstenstaaten zu Großbritannien zu schaffen. Die - fast 700 - Fürsten sind nach außen autokratische Herrscher. Die Beschränkungen ihrer Herrschaft durch britische Kontrollorgane sind in jedem der kleinen Staaten verschieden. In den größeren — so zum Beispiel in Hyderabad, Mysore, Kaschmir, Gwalior und Baroda — ernennt die britische Regierung Berater (*Advisers*), die in der Praxis die Regierung dieser Staaten kontrollieren. Nur in drei Punkten werden alle Fürstenstaaten einheitlich behandelt:

1. In allen hat die britische Regierung das Recht, bei Mißständen unmittelbar einzugreifen,
2. die Fürsten dürfen keine außenpolitischen Verträge abschließen und keine Vertretungen bei fremden Staaten unterhalten,
3. die britische Regierung schützt alle Angehörigen dieser Staaten im Ausland; in internationaler Beziehung wird das Gebiet der Fürstenstaaten wie britisches Gebiet behandelt, die Einwohner wie britische Untertanen.

Um den Fürsten aber eine Möglichkeit zu geben, ihre Meinungen gemeinsam zum Ausdruck zu bringen, schuf die Reform von 1919 die Fürstenkammer (*Chamber of Princes*) in Delhi, die 1921 zum ersten Male zusammentrat als ständige beratende Körperschaft in den Angelegenheiten der Fürstenstaaten, die von allgemeinem Interesse für ganz Indien oder das Weltreich sind.

In dem Indiensgesetz von 1919 war vorgesehen, daß nach Ablauf von zehn Jahren durch eine Kommission überprüft werden solle, ob Reformen in der Verwaltung möglich seien.

Diese Kommission, nach ihrem Vorsitzenden, dem führenden Liberalen Sir John Simon meist *Simon Commission* genannt, trat im Jahre 1927 zusammen, hielt sich lange in Indien auf und legte ihren Bericht, den sogenannten *Simon-Bericht*, Mai 1930 vor. Er bestand im wesentlichen aus folgenden Empfehlungen:

1. Um das Verantwortungsgefühl zwischen den Ministern und den Provinzparlamenten einerseits und zwischen den Provinzparlamenten und der Wählerschaft andererseits zu stärken, soll die „Doppelherrschaft“ in den Provinzen verschwinden. Die Minister und die Provinzparlamente sollen alle Angelegenheiten entscheiden, die der Gewalt der Provinzen unterstehen. Die Gouverneure der Provinzen sollen



nur ein Notverordnungsrecht in einer tatsächlichen Notlage behalten.

2. Das Zentralkabinet soll noch nicht völlig dem Zentralparlament verantwortlich gemacht werden, in der Zentralregierung soll Indien also noch keine volle Selbstregierung haben. Gewisse Gebiete, wie öffentliche Sicherheit, Verteidigung, Außenpolitik und Schutz der Minderheiten sollen dem Vizekönig als Garantien (*Safeguards*) allein vorbehalten bleiben.

3. Das Wahlrecht in den Provinzen soll erweitert werden.

4. Die Provinzparlamente sollen allein aus Wahlen hervorgehen; nur einige Fachminister, die englische Beamte sind, werden ernannt.

5. Die Mitglieder der beiden zentralen Kammern sollen durch die Mitglieder der Provinzparlamente, nicht in direkter Wahl gewählt werden.

Nach diesem Bericht riß die Diskussion über die indische Verfassung in England und Indien nicht ab. In London fanden drei Konferenzen „am runden Tisch“ statt (*Round Table Conferences*): November 1930 bis Januar 1931, Herbst 1931, November 1932. Vertreter Britisch-Indiens und der Fürstenstaaten mit britischen Abgeordneten der verschiedenen Parteien besprachen die Reformpläne und ihre Durchführungsmöglichkeiten. Da die Kongreßpartei jedoch die Entsendung von Vertretern ablehnte, konnten die Konferenzen nicht den Anspruch erheben, für ganz Indien zu sprechen. Übereinstimmung wurde in folgenden Fragen erzielt:

1. Die Einheit Indiens soll ebenso erhalten werden wie die Zentralregierung. *Responsible government* soll überall eingeführt werden, jedoch sollen die *Safeguards* beibehalten werden.

2. Landesverteidigung, Außenpolitik und kirchliche Angelegenheiten bleiben dem Vizekönig vorbehalten; er erhält außerdem besondere Aufgaben (*special responsibilities*) zur Aufrechterhaltung der Ordnung, zum Schutz der Minderheiten und der Rechte der Fürstenstaaten, zur Sicherung der finanziellen Lage und zur Verhinderung einer Benachteiligung Englands in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht. In den Provinzen sollen die Gouverneure ähnliche Rechte haben, jedoch soll die Doppelherrschaft aufgehoben werden.

3. Die Fürstenstaaten sollen gewisse in der Verfassung festgelegte Rechte der Bundesregierung übertragen, im übrigen sollen sie mit England besondere Verträge schließen.

Über diesen allgemeinen Rahmen kamen die Konferenzen jedoch nicht hinaus, viele Einzelheiten blieben ungeklärt, und auch in wichtigen grundsätzlichen Fragen, so zum Beispiel in der Verteilung der Sitze in den Parlamenten, konnte keine Übereinstimmung erreicht werden.

So griff die englische Regierung wieder ein und veröffentlichte im März 1933 ein Weißbuch: „Vorschläge für die indische Verfassungsreform“. Sie stimmen im großen und ganzen die Vorschläge des Simon-Berichtes auf die der *Round Table-Conferences* ab: Die Provinzen sollen *responsible government* bekommen unter Beibehaltung gewisser Garantien; das aus zwei Kammern bestehende Bundesparlament, dem die Provinzen Britisch-Indiens und die Fürstenstaaten, soweit sie es selbst wollen, angehören, wählt die Exekutive; dem Vizekönig bleiben die obengenannten Angelegenheiten vorbehalten; außerdem hat er ebenso wie die Provinzgouverneure im Notfall besonderes Notverordnungsrecht; die oben erwähnten besonderen Aufgaben stehen dem Vizekönig außerdem zu. So wurde zögernd und vorsichtig ein weiterer

Schritt zur vollen Selbstregierung geplant, und zwar zunächst nur für die unteren Instanzen.

Diese Vorschläge wurden einem Ausschuß aus dem Ober- und Unterhaus im April 1933 vorgelegt. Auf Grund der Stellungnahme dieses Ausschusses wurde 1935 ein Gesetzesvorschlag eingebracht, der am 2. August 1935 zu einem neuen Indiensgesetz, der *Government of India Act, 1935*, führte. Dieses Gesetz, auf dem die gegenwärtige Verwaltung Indiens beruht, besagt im wesentlichen:

Indien bleibt weiterhin ein einheitlich regiertes Land, es umfaßt Britisch-Indien und diejenigen Fürstenstaaten, die nach eigenem freien Willen einen Teil ihrer Rechte an die indische Zentralregierung, in der sie dann vertreten sind, abtreten. Burma dagegen wird mit Wirksamkeit vom 1. April 1937 von Indien gelöst.

In Britisch-Indien wurde die Zahl der *Gouverneursprovinzen* von acht auf elf erhöht, indem die nordwestliche Grenzprovinz zur Gouverneursprovinz erhoben wird und ab 1. April 1936 die neuen Provinzen Orissa von Bihar und Sindh von Bombay getrennt werden. Diese Gouverneursprovinzen haben seit 1. April 1937 volle Selbstregierung, das heißt die von den Provinzparlamenten gewählten Minister sind diesen grundsätzlich in allen Angelegenheiten verantwortlich, die *Doppelherrschaft* ist gefallen. Reste von *reserved matters* finden sich freilich in der Bestimmung, daß die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Schutz der Minderheiten dem Gouverneur vorbehalten sind. Außerdem hat der Gouverneur ein Notverordnungsrecht, das aber ausdrücklich auf schwere Notstände beschränkt ist. Sechs Provinzparlamente haben zwei Kammern, fünf nur eine; das Wahlrecht ist weiterhin nach denselben Grundsätzen wie vorher beschränkt, aber wesentlich erweitert. Die untere Verwaltungseinheit ist der Distrikt, an dessen Spitze ein *Collector-Magistrate* steht. Im ganzen gibt es in Britisch-Indien 320 solcher Distrikte.

Neben den elf Gouverneursprovinzen gibt es sechs Provinzen, die einem *Chief Commissioner* unterstehen. Sie haben kein Provinzparlament und keine Selbstregierung, sondern werden von *Chief Commissioners* verwaltet, die dem Vizekönig direkt unterstehen.

Die Zentralregierung besteht weiterhin aus den beiden Kammern, von denen der *Council of State* im wesentlichen in direkter Wahl, die *Legislative Assembly* in indirekter Wahl von den Mitgliedern der Provinzparlamente gewählt werden. Dazu kommen in beiden Kammern Vertreter der Fürstenstaaten, die von den Fürsten ernannt werden. Außerdem ernannt der Vizekönig sechs Mitglieder des Oberhauses, und sechs Sitze sind für Frauen reserviert.

Die Exekutive wurde einem Kabinet (*Executive Council*) übertragen, das zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes aus sieben Mitgliedern bestand, dann aber 1941 und noch einmal 1942 erweitert wurde, so daß es jetzt fünfzehn Mitglieder umfaßt.

Alle Angelegenheiten, die die Gesamtheit Indiens betreffen, gehören zur Zuständigkeit der Zentralregierung. Im Prinzip ist das Kabinet dem Parlament verantwortlich, dieser Grundsatz ist aber durch Einzelbestimmungen des Gesetzes stark eingeschränkt, so daß sich jetzt in der Zentralregierung ein Zustand entwickelt hat, der der „*Dyarchy*“ in den Provinzen nach 1919 sehr ähnlich ist. Landesverteidigung, Außenpolitik und religiöse Angelegenheiten sind dem Vizekönig von vornherein vorbehalten, entsprechen also den *reserved matters*. Daneben legt das Gesetz fest, daß der Vizekönig „besondere Verpflichtungen“ auf folgenden Ge-



bieten hat: Öffentliche Sicherheit, Finanzen. Schutz der Minderheiten und der indischen Fürsten und die Abwendung jeden Schadens gegen britische Untertanen und den britischen Handel. In allen diesen Angelegenheiten kann er sich über den Rat des Kabinetts ohne weiteres hinwegsetzen, wenn er es für geboten hält. Außerdem hat er in Notständen ein besonderes Notverordnungsrecht, das Recht, sogenannte *Governor General's Acts* zu erlassen. Überdies wird das Recht des englischen Parlaments, für Indien Gesetze zu erlassen, durch das Verfassungsgesetz in keiner Weise berührt.

Die Fürstenstaaten löst die *Government of India Act 1935* nach außen völlig von der Herrschaft des Vizekönigs. Die Verbindung der Krone zu den Fürstenstaaten wird hergestellt durch *His Majesty's Representative for the Exercise of the Functions of the Crown in its Relations with Indian States*, auch kurz *Crown Representative* genannt. Da jedoch dieses Amt eines Vertreters der Krone in Personalunion mit dem des Vizekönigs vereinigt ist, tritt de facto keine Änderung ein. Der Vertreter der Krone führt auch den Vorsitz im Fürstenparlament (*Chamber of Princes*), in Delhi. Die Beziehungen der einzelnen Staaten zur Krone bleiben so, wie sie in den alten Verträgen festgelegt waren, das heißt England führt die Außenpolitik des betreffenden Fürstenstaates und garantiert seine territoriale Unverletzlichkeit. Im Innern haben die Staaten durch den Beitritt zur indischen Bundesregierung die Verpflichtung übernommen, die Bundes-

gesetze in ihren Staaten durchzuführen und erhalten dafür 52 Sitze im Oberhaus, im übrigen erlassen sie ihre eigenen Gesetze und erheben ihre eigenen Steuern, freilich unter englischer Überwachung in irgendeiner Form. An die Zentralregierung leisten die Fürsten finanzielle Beiträge.

Das Indiensgesetz von 1935 rief in Indien allgemein Enttäuschung hervor. Die ersten unter diesem Gesetz abgehaltenen Wahlen 1937 brachten nur 50 Prozent der Wählerschaft zu den Wahlurnen, und die stärkste Partei, die Kongresspartei, lehnte die Mitarbeit in den Provinzregierungen ab. Erst als Minderheitenkabinette gebildet wurden, erklärte sich auch die Kongresspartei zur Übernahme der Verantwortung bereit und bildete in sieben von den elf Gouverneursprovinzen Ministerien. Vor allem griffen die Inder zwei Punkte der neuen Verfassung an:

1. die weitgehenden Rechte, besonders auch in der Zollpolitik, die dem Vizekönig vorbehalten blieben;

2. das Ausbleiben des in Aussicht gestellten *Dominion Status*. Das Gesetz schafft zwar den Titel des Vizekönigs ab und spricht nur noch von *Governor General* wie bei den Dominien, im übrigen aber ist keine der Freiheiten gewährt, die ein Dominion genießt. Dominion Status war aber die Mindestforderung, die *Gandhi* als Führer der Kongresspartei erhoben hatte und die die Inder damals noch zufriedengestellt hätte.

### III. Die Entwicklung seit dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges

Zu Beginn des zweiten Weltkrieges glaubten die Inder die Zeit gekommen, ihre Freiheit unter allen Umständen durchzusetzen, zumal sie sich in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg um die Erfüllung der im Kriege gemachten Versprechungen betrogen glaubten. Dem trug die englische Regierung Rechnung. Am 10. Oktober 1940 hielt der Vizekönig eine Rede, in der er als Ziele der englischen Regierung herausstellte:

1. Die Gewährung des *Dominion Status* für Indien nach den Bestimmungen des *Statuts von Westminster*.

2. Gerechtigkeit für alle Parteien und Minderheiten in Indien.

3. Beschleunigung der Gewährung des *Dominion Status*. *Gandhi* sah in der Rede eine Verhandlungsgrundlage und bat den Vizekönig um ein Treffen. In einer langen Unterhaltung konnte jedoch keine Übereinstimmung erzielt werden, und *Gandhi* veröffentlichte eine Verlautbarung, die englische Regierung wolle, daß die indische Frage durch die englische Regierung endgültig entschieden werde, die Inder aber könnten das nie zugestehen. Daraufhin bot der Vizekönig in einer weiteren Rede erneut den *Dominion Status* an und versprach, daß die indische Verfassung von Indern nach indischen Auffassungen gestaltet werden solle; freilich könne dies nicht mitten im Kriege durchgeführt werden. deshalb sollten einstweilen Führer der indischen Parteien in das Kabinett eintreten. Die Kongresspartei jedoch sowie die *Moslemliga* lehnten dieses Angebot ab, und *Gandhi* forderte am 15. Oktober 1940 aufs neue zu einem begrenzten Ungehorsamkeitsfeldzug auf.

Da mit fortschreitendem Krieg und vor allem nach dem Kriegseintritt der Japaner eine Lösung immer dringender wurde, schickte die englische Regierung am 11. März 1942 *Sir Stafford Cripps* in einer Sondermission nach Indien, um durch konkrete und ins einzelne gehende Vorschläge eine Verständigung herbeizuführen. Sofort nach Einstellung der

Feindseligkeiten sollte eine gewählte Körperschaft, in der British-Indien und die Fürstenstaaten vertreten sind, die neue indische Verfassung ausarbeiten. Die englische Regierung erklärte sich im voraus bereit, die so geschaffene Verfassung anzunehmen, behielt sich aber für die Dauer des Krieges die Verantwortung für die Verteidigung selbst vor; gleichzeitig wurde das Angebot wiederholt, indische Führer in das Kabinett aufzunehmen. *Sir Stafford Cripps'* Vorschläge wurden von beiden großen Parteien abgelehnt, es kam zu Unruhen, der Kongress-Ausschuß wurde für illegal erklärt und die Führer der Kongress-Partei verhaftet. Die Fürstenstaaten dagegen erklärten ihre Bereitschaft, auf der vorgeschlagenen Basis bei Schaffung einer Verfassung mitzuarbeiten, nachdem sie vorher, im Juni 1939, die Vorschläge als unzureichend abgelehnt hatten, die der Vizekönig in der Form eines Mustervertrages (*Instrument of Accession*) für den Beitritt zur indischen Union ihnen vorgelegt hatte.

England gab seine Bemühungen nicht auf, der Indienminister erklärte noch 1943, Großbritannien habe sich verpflichtet, Indien volle demokratische Selbstregierung zu gewähren, in dem Glauben, daß dies ein so hohes Maß an Unabhängigkeit und Sicherheit in sich schließe, wie nur irgendein Land beanspruchen könne. Das Angebot bleibe bestehen. Die Form der indischen Verfassung sei ebenso in indischen Händen wie der Zeitpunkt ihrer Verwirklichung.

Aber man kam bis zum Jahre 1946 über dieses Angebot nicht hinaus. Für einen Vorschlag, der das Endergebnis — den *Dominion-Status*, also das Verbleiben im Weltreich — schon so bestimmt vorzeichnete, war es zu spät. Indien verlangte völlige Freiheit zum mindesten der Entscheidung. Wie sich Indiens Stellung zu England im Verlauf des Krieges geändert hat, spiegelt sich eindrucksvoll in einer Rede des englischen Finanzministers vom 27. Februar 1943, der feststellte, eine Schuld von 300 Millionen Pfund Sterling sei während des Krieges von Indien zurückgezahlt worden. Indien habe den Übergang vom Schuldnerland zum Gläubigerland voll-



zogen und in dem kurzen Zeitraum von drei Jahren öffentliche Schulden an England zurückgezahlt, die sich in Jahrzehnten angesammelt hatten.

*Die Lage bei der Abreise der britischen Kabinettsmission,  
Mai 1946*

Viele Jahrhunderte schon besteht die Feindschaft zwischen Hindus und Moslems, und auch in Zeiten äußerer Ruhe vergiftete Mißtrauen die Beziehungen der beiden Gemeinschaften. Während der indische Nationalkongreß, auch Kongreßpartei genannt, sich die Sammlung aller Inder zum Ziel gesetzt hatte, warnte schon Sir Syed Ahmad Khan (1817 bis 1898), einer der bedeutendsten Moslemführer: Majoritätsregierung heißt Hinduregierung. Vor allem seit demokratische Regierungsformen verheißen wurden, verstärkte sich das Mißtrauen der Moslems. Um den Gefahren einer Überstimmung durch die Hindus entgegenzutreten, wurde 1906 die *All India Moslem Liga* gegründet. Ihre erste und unmittelbare Forderung war die nach gesonderten Wahlkreisen, damit die Moslems in den Gesetzgebenden Körperschaften auch wirklich ihrer Stärke gemäß vertreten wären. Diese Forderung wurde auch sowohl in der *Morley-Minto-Reform* wie in den Indiangesetzen von 1919 und 1935 erfüllt. Aber das kostete heftige Kämpfe mit den Hindus, die fast die ganze Zeit andauerten. Nur einmal, im Dezember 1916, kam es zu einer Versöhnung zwischen Hindus und Moslems, sie schlossen gegen England den sogenannten *Lucknow-Pakt*. Gegen die Garantie eigener Wahlkreise und die Zusicherung, daß die Moslems ein Drittel der gewählten indischen Vertreter in den Gesetzgebenden Körperschaften stellen könnten, verpflichtete sich die Moslem-Liga zu einer Unterstützung der Hindu-Kongreßpartei. Der Friede hielt jedoch nur bis 1922; als *Gandhi* 1922 wieder verhaftet wurde, brach die alte Spannung erneut auf, und die Jahre von 1922 bis 1927 sind voll von Zwischenfällen, aber auch die folgenden Jahre brachten keine Beruhigung, wie der weithin bekannt gewordene Zwischenfall von *Cawnpore* 1931 bewies.

Die endgültige Scheidung führte das Indiangesetz von 1935 herbei. Es sah zwar weiterhin die gesonderten Wahlkreise für Moslems vor, aber die Moslems befürchteten doch, in der Zentralregierung gegen die Übermacht der Hindus ohne Einfluß zu sein. Deshalb lehnten sie überhaupt jede Zentralregierung und jede Form des *responsible government* ab. Die Loslösungsbestrebungen wurden geistig unterbaut von einer in Oxford studierenden Gruppe von Moslems, die 1935 unter der Führung von *Chowdri Rahmat Ali* die Idee *Pakistan* propagierte. Das Wort *Pakistan*, angeblich gebildet aus den Anfangsbuchstaben der vorgesehenen Gliedprovinzen, bedeutet „Land der Reinen“, es umschließt die Sehnsucht der Moslems nach einem eigenen Staat, der vielleicht mit dem englischen Reich engere Bande aufrechterhalten könnte, aber sich von Hindu-Indien völlig lösen sollte. Nur im Notfall sollte *Pakistan* als selbständiger Staat mit einem Hindustaat Verträge über ein loses Zusammengehen abschließen. Jeder Staat sollte aber getrennt der britischen Regierung verantwortlich sein, so legte es der Unterausschuß der Moslem-Liga, der unter dem Vorsitz von *Sir Abdullah Haroon* tagte, 1940 fest. In Indien wurde die *Pakistan-Idee* zuerst von *Sir Mohammed Iqbal* und nach dessen Tod 1938 von *Mohammed Ali Jinnah* vertreten, der heute noch Führer der indischen Moslems ist. England gegenüber nahm *Jinnah* in einem Interview 1940 folgende Stellung ein: „Ich wäre mit dem *Dominion-Status* für ein Moslem-Indien innerhalb des britischen Reiches zufrieden.“ Eine Resolution der Moslem-Liga in Lahore 1940 sagt: „Kein Verfassungsplan kann in Indien angenommen werden, wenn in ihm nicht

die Bezirke, in denen die Moslems die Mehrheit haben, zu unabhängigen Staaten zusammengefaßt werden.“ Geographisch soll der geplante Staat Provinzen im Nordwesten (Pandschab, Nordwestliche Grenzprovinz, Beludschistan und Sindh) umfassen und dazu zwei räumlich weit davon getrennte Provinzen (Assam und Bengalen) im Osten, unter Umständen noch Teile von weiteren vier Provinzen. Je greifbarer im Verlauf des zweiten Weltkrieges die indische Freiheit wurde, um so betonter wurden die Trennungsbestrebungen, und weite Kreise der Moslems lehnen jede auch nur lose Verbindung zu dem Hindustaat ab: „Die Moslemgemeinschaft kann nur gerettet werden, wenn alle Bande mit Indien zerschnitten werden, das nie das Mutterland der Moslems war und es nie werden kann“ sagte der Moslemführer *Rahmat Ali* in einer Rede auf dem *Pakistantage* am 13. März 1941.

Diese Lage fand die britische *Kabinettsmission* 1946 im Innern Indiens vor, als sie am 15. März 1946 unter Führung des Indienministers *Lord Pethick-Lawrence* (Mitglied des Oberhauses) und des Ministers *Sir Stafford Cripps* (Mitglied des Unterhauses) nach Indien entsandt wurde. Die englische Regierung wußte wohl, daß nur ein ganz großzügiges Angebot Aussicht hatte, Indien im Reichsverband zu halten. Premierminister *Attlee* sprach das deutlich genug aus, als er die Minister verabschiedete:

„Ich hoffe, daß das indische Volk sich für das Verbleiben im britischen Reich entscheidet. Ich bin sicher, daß dies sehr zu seinem Vorteil ist. Aber wenn es sich so entscheidet, dann muß es sein freier Wille sein. Das britische Reich ist nicht mit Ketten äußeren Druckes aneinander gefesselt. Es ist ein freier Zusammenschluß freier Völker. Wenn es andererseits völlige Unabhängigkeit vorzieht, dann hat es in unseren Augen das Recht dazu. Dann ist es unsere Aufgabe zu helfen, daß sich der Übergang so leicht und so reibungslos wie möglich vollzieht.“

Und es besteht tatsächlich die Möglichkeit, daß Indien ein Verbleiben im Reichsverband auf der Grundlage der Gleichberechtigung einer völligen Loslösung vorzieht. Es ist einseitig, nur die Stimmen hören zu wollen, die Loslösung von Großbritannien fordern. Es gibt auch viele einflußreiche Inder, die sich darüber klar sind, daß Indien mit einer völligen Freiheit gegenwärtig nichts anzufangen wüßte und nur der Spielball anderer Interessen würde. So hat ein Führer der Kongreßpartei erklärt: „Wenn die Briten einmal die Macht in indische Hände legen, wird unser Haß gegen die Briten schnell schwinden. Als freies Land werden wir wünschen, militärische und wirtschaftliche Beziehungen zu unterhalten mit der Macht, mit der wir am längsten verbündet waren und von der wir den größten Teil unseres politischen Gedankengutes ausgeliehen haben.“

Im Mai 1946 legte die Mission ihren Bericht vor, der am 16. Mai 1946 von Premierminister *Attlee* im Unterhaus verlesen und am selben Tag von Indien aus durch den Rundfunk von *Lord Pethick-Lawrence* und *Sir Stafford Cripps* erläutert wurde. Der Bericht betont einleitend, daß in den Verhandlungen mit den indischen Parteien keine Einigkeit über die zu schaffende Verfassung erzielt werden konnte, daß deshalb die Kommission es als ihre dringende Pflicht ansieht, die Empfehlungen des Berichtes auszusprechen, da sonst wohl kaum eine Möglichkeit bestehe, daß die Parteien zu gemeinsamer Arbeit zusammenkämen. Der Bericht läßt sich in folgenden Hauptpunkten zusammenfassen:

1. Die Forderung der Moslems auf Schaffung eines völlig unabhängigen Moslemstaates *Pakistan* wird mit folgenden Gründen abgelehnt:

a) Wenn *Pakistan* in dem weiten von den Moslems vorgeschlagenen Umfang Wirklichkeit würde, dann bestünde seine Bevölkerung zu 51,7 Prozent aus Moslems und zu 48,3



Prozent aus Nichtmoslems. Das wäre keine Lösung der Minoritätenfrage. Eine Zusammenfassung der kleinen Teile aber, in denen die Moslems entschieden in der Mehrheit sind, ist aus geographischen Gründen unmöglich und würde unteilbar zusammengehörige Landschaften zerreißen.

b) Die gesamte Verwaltung Indiens — nicht nur das Verkehrs- und Nachrichtenwesen und die Landesverteidigung — ist mit Hinblick auf ein einheitliches Indien aufgebaut, das nicht zerrissen werden sollte.

c) Die Fürstenstaaten würden sich einem geteilten Indien nie anschließen, das würde zu einer weiteren Spaltung führen.

d) Die beiden Hälften *Pakistans* wären über 1000 km voneinander getrennt, wodurch eine gemeinsame Verwaltung unmöglich gemacht wäre.

e) Nicht weniger entscheidend — wenn auch in dem Bericht nicht ausdrücklich erwähnt — ist der militärische Gesichtspunkt: Als Grundbedingung für eine Neuordnung der Beziehungen zu Indien fordern englische Militärkreise, daß für eine Übergangszeit von zwei bis zu zehn Jahren die Verteidigung Indiens weiterhin eine englische Angelegenheit bleibt. Darüber hinaus nimmt Großbritannien aber an, daß auch ein freies Indien vertragliche Bindungen mit Großbritannien auf militärischem Gebiet eingehen wird. Eine politische Lösung aber, die Indien durch die Errichtung eines völlig unabhängigen Pakistanstaates in zwei souveräne Staaten mit getrennten Streitkräften teilen würde, schufte eine sehr schwierige strategische Situation, die der Schlüsselstellung Indiens im britischen Verteidigungssystem nicht gerecht würde. Sir Reginald Coupland hat das auch unverhüllt ausgesprochen: „Die größte Schwierigkeit für die Errichtung von Pakistan und die größte Gefahr einer solchen Lösung liegt auf dem Gebiet der Verteidigung.“

2. Ebenso wird die Forderung der Kongreß-Partei nach einer völligen Autonomie der Provinzen abgelehnt.

3. Es soll eine Indische Union gebildet werden, die sowohl Britisch Indien als auch die Fürstenstaaten umfaßt. Sie ist zuständig für die Außenpolitik, die Landesverteidigung und das Nachrichten- und Verkehrswesen. Für diese Zwecke soll die Union auch das Recht haben, Steuern zu erheben.

4. Die Vertreter von Britisch-Indien und den Fürstenstaaten bilden eine Legislative und eine Exekutive für die Union. Beschlüsse von allgemeiner Wichtigkeit bedürfen, um bindend zu werden, sowohl der Mehrheit der anwesenden Vertreter jeder der beiden obengenannten Gruppen, als auch der Mehrheit der Gesamtheit aller anwesenden Vertreter.

5. Für alle Fragen, die nicht in Ziffer 3 genannt sind, und für alle übrigen Gewalten sind die Provinzen zuständig.

6. Den Fürstenstaaten verbleiben alle Gewalten außer denen, die sie nach Ziffer 3 an die Union abgeben.

7. Die einzelnen Provinzen können sich nach ihrem eigenen Ermessen in Gruppen zusammenschließen mit eigener Exekutive und Legislative. Sie können deren Zuständigkeit und Vollmachten selbst festlegen.

8. In der Verfassung der Union und in den Verfassungen der Provinzengruppen sollen Bestimmungen enthalten sein, daß nach einer Anlaufzeit von zehn Jahren und danach in zehnjährigen Abständen ein Mehrheitsbeschluß eine der gesetzgebenden Versammlungen Revision der Verfassung beantragen kann.

Der Bericht betont wiederholt, daß die Ausarbeitung der Verfassung in der verfassungsgebenden Versammlung völlig

Sache der Inder ist, daß die Engländer nur den Rahmen schaffen wollen. Die Verfassungsgebende Versammlung soll so schnell wie möglich zusammentreten, auf eine Million Inder soll ein Abgeordneter kommen, die Abgeordneten sollen nach einem bestimmten Schlüssel von den Provinzparlamenten gewählt werden.

Neben diesem Programm auf lange Sicht läuft ein kurzfristiges, das die Zwischenzeit bis zum Inkrafttreten der neuen Verfassung überbrücken soll. Es soll sofort eine Zwischenregierung (*Interim Government* oder *Caretaker Government*) gebildet werden, in der Inder alle Portefeuilles innehaben, weil nur durch eine solche vom ganzen Volk getragene Regierung die schweren Probleme der Nachkriegszeit gemeistert werden können.

Lord Pethick-Lawrence und Sir Stafford Cripps gaben zu dem Bericht noch folgende Einzelerläuterungen: Durch die Möglichkeit des Zusammenschlusses von Provinzen zu Gruppen haben die Moslems die Möglichkeit, *Pakistan* praktisch zu verwirklichen, ohne die Einheit Indiens zu gefährden. Die Provinzengruppen, die auf völlig freiwilligem Zusammenschluß beruhen müßten, wären eine Zwischeninstanz zwischen den Einzelprovinzen und der Union. Die Verfassungsgebende Versammlung soll zuerst zu gemeinsamen Sitzungen zusammentreten, in denen der Rahmen der Arbeit festgelegt wird. Dann werden die Beratungen in drei Abteilungen je nach der geographischen Lage der Provinzen fortgesetzt, wobei die Provinzen und Provinzengruppen durchberaten werden. Zuletzt wird in gemeinsamen Sitzungen die Verfassung der Union geschaffen.

Die Veröffentlichung des Berichtes löste in Indien sofort eine heftige Diskussion aus. Vor allem die Kongreßpartei wollte Klärungen oder Abänderungen in folgenden Punkten:

1. Die vorgeschlagene Zentralregierung sollte weit umfassendere Vollmachten haben, als der Bericht sie vorsah. Gerade das lehnte die Moslem-Liga ab; sie wollte im äußersten Falle eine ganz lose Zusammenfassung über den Provinzengruppen zugestehen.

2. Der Vizekönig Viscount Wavell schlug vor, daß die Zwischenregierung aus fünf Vertretern der Kongreßpartei, fünf Vertretern der Moslemliga und vier Vertretern der übrigen politischen Gruppen bestehen solle. Die Kongreßpartei hielt die Zahl der ihr zugestandenen Sitze für zu gering.

3. Die Kongreßpartei forderte eine ausdrückliche Zusicherung, daß die Verfassungsgebende Versammlung völlig souverän sei.

4. Die Hindus hatten Bedenken gegen die Stellung und die verfassungsmäßigen Rechte der Provinzengruppen, da sie darin eine allzu weitgehende Autonomie aus dem Pakistangedanken witterten.

Am 6. Juni 1946 nahm die Moslem-Liga als erste — wohl verlockt durch die Aussicht, eine Form von *Pakistan* in den Provinzengruppen zu erhalten — die Empfehlungen der Mission für die Gesetzgebende Versammlung und für die Zwischenregierung an. Nach längerem Zaudern erklärte sich auch die Kongreß-Partei am 26. Juni 1946 zur Mitarbeit in der Gesetzgebenden Versammlung bereit, für die volle Mitarbeit in der Zwischenregierung hatte sie zuerst noch Bedenken, die ihre Zusammensetzung betrafen. Diese Bedenken — verschärft durch unerfreuliche Gehässigkeiten und unbedachte Äußerungen von beiden Seiten — führten schließlich dazu, daß die Moslem-Liga ihre im Juni ausgesprochene Bereitschaft zur Mitarbeit an dem langfristigen und in dem kurzfristigen Plan wieder zurückzog. *Jinnah*, der Führer der Moslem-Liga, hatte aus Äußerungen *Pandit Nehrus*, des



Führers der Kongreßpartei, die Absicht herausgelesen, sich an keine Versprechungen und Abmachungen zu halten und die Moslems zu überstimmen. Er sagte: „Wir wissen jetzt, welches die Ziele der Kongreßpartei sind. Sie glaubt, daß sie von der britischen Regierung die Zusicherung einer völligen Unabhängigkeit Indiens außerhalb des Commonwealth erhalten hat und daß die verfassungsgebende Maschine zu einer souveränen Körperschaft gemacht werden soll. Als das einzig Bleibende daran betrachtet sie den Auftrag an die Kongreßpartei, eine Verfassung auf der Grundlage einer starken Bundesregierung und eines geeinten Indiens mit allen Vollmachten, insbesondere der Vollmacht, einzugreifen, wenn irgendeine Provinzregierung nicht im Sinne der Kongreßpartei arbeitet, zu schaffen. So würden die Provinzen in eine Stellung gedrückt, die nicht besser ist als die eines Gemeinderates oder Kreistages.“

Sollten die Moslems auf ihrer Absage beharren, so fiel damit die Grundlage des gesamten Planes. Aber noch hofft der Vizekönig, Lord *Wavell*, daß es nur ein Schachzug ist, den die weitere Entwicklung berichtigen wird. Er hat am 24. August 1946 eine Zwischenregierung unter *Pandit Nehru* gebildet, der fünf Kongreß-Hindus, drei Moslems, die nicht der Liga angehören, ein indischer Christ, ein Sikh, ein Vertreter der unterdrückten Klassen und ein Parse angehören. Er rechnet damit, daß die Moslems doch noch in die Regierung eintreten, wenn sie sehen, daß sie arbeitet, und hat für diesen Fall in einer Rundfunkansprache am 24. August 1946 eine Erweiterung der Regierung auf sechs Kongreß-Hindus,

fünf Vertreter der Moslem-Liga und drei Vertreter der Minderheiten angeboten. Eine Teilnahme an der Regierung würde auch sonst die Moslems wahrscheinlich an den Konferenztisch zurückführen.

In England selbst hat der Bericht der Kabinettsmission nicht durchweg gute Aufnahme gefunden. *Churchill*, als Führer der Opposition, nannte ihn in der Unterhausdebatte am 18. Juni 1946 „ein fähiges, aber melancholisches Dokument“ und warf seinen Verfassern vor, sie zerschnitten, indem sie Unabhängigkeit anböten, alle Verfassungsbande zwischen Indien und Großbritannien, man solle Indien besser zuerst in den Sattel heben, damit es sehen lerne, wo seine wahren Interessen liegen. Aber die Zeit erlaubt solche Maßnahmen nicht mehr. Es ist schon viel gewonnen, wenn, wie Lord *Pethick-Lawrence* in seinem Bericht vor dem Oberhaus am 18. Juli 1946 ausführte, die Indier durch die Arbeit der Mission von der Aufrichtigkeit der englischen Absichten überzeugt wurden. Dann wäre doch noch eine Aussicht vorhanden, daß die Hoffnungen aller jener Engländer in Erfüllung gehen, die mit den Schlußworten des Berichtes wünschen: „Wir hoffen, daß das neue unabhängige Indien ein Glied des britischen Reiches bleiben will. Wir hoffen jedenfalls, daß Ihr in enger und freundschaftlicher Verbundenheit mit unserem Volke bleibt. Aber da müßt Ihr selbst frei wählen. Wie die Wahl auch ausfallen mag, wir erwarten für Euch von den kommenden Jahrzehnten einen ständig wachsenden Wohlstand unter den größten Völkern der Erde und eine Zukunft, die noch ruhmreicher ist als Eure Vergangenheit.“

## BIBLIOGRAPHIE

zu den Beiträgen: „Die britische Reichskonferenz“ und „Die Stellung Indiens in der britischen Völkergemeinschaft“.

Die beiden Beiträge beruhen in ihren aktuellen Teilen auf der Auswertung von Zeitungen und Zeitschriften aus den Jahren 1945/46. Von den grundlegenden Veröffentlichungen in Buchform sind in untenstehender Bibliographie die wichtigsten genannt. Diese Hinweise werden zu einem späteren Zeitpunkt durch eine ausführliche Bibliographie ergänzt werden. Die statistischen Angaben wurden gebräuchlichen Handbüchern wie „Whitacker's Almanach“, London 1946, und „The Statesman's Yearbook“, London 1945, entnommen.

### I. Zum Aufsatz: „Die britische Reichskonferenz“

#### A. Amtliche Veröffentlichungen:

- „The Imperial Conference of 1921. Summary of proceedings and documents“. London 1921. His Majesty's Stationary Office. Cmd. 1474.
- „The Imperial Conference of 1923. Summary of proceedings.“ London 1924. His Majesty's Stationary Office. Cmd. 1987/88.
- „The Imperial Conference of 1926. Summary of proceedings.“ London 1927. His Majesty's Stationary Office. Cmd. 2768/69.
- „The Imperial Conference of 1930. Summary of proceedings.“ London 1931. His Majesty's Stationary Office. Cmd. 3716-18.

#### B. Veröffentlichungen von wissenschaftlichen Gesellschaften usw.:

- „The British Empire. A Report on its Structure and Problems by a Study Group of Members of the Royal Institute of International Affairs.“ London, Oxford University Press 1939.
- „The British Commonwealth and the Future.“ Proceedings of the 1st unofficial conference on British Commonwealth Relations, hgg. von A. J. Toynbee. London 1933. Oxford University Press
- „The British Commonwealth and the Future.“ Proceedings of the 2nd unofficial conference on British Commonwealth Relations, hgg. von H. V. Hodson. London 1938. Oxford University Press.
- „Consultation and Co-operation in the British Commonwealth.“ A handbook compiled by G. E. H. Palmer. London 1934. Oxford University Press.

#### C. Textsammlungen:

- „Speeches and Documents on the British Dominions.“ Hgg. v. A. B. Keith. London 1931. The World's Classics. Bd. 403.
- „Speeches and Documents on British Colonial Policy.“ Hgg. von A. B. Keith. London. The World's Classics. Bd. 215/6.
- „Speeches on British Foreign Policy.“ Hgg. v. A. B. Keith. London. The World's Classics. Bd. 201.

#### D. Einzelschriften:

- Coupland, R.: „The Empire in these Days.“ London 1935.
- Dibelius, W.: „England.“ Berlin 1922 ff.
- Fawcett, C. B.: „A Political Geography of the British Empire.“ London 1933.
- Hancock, W. H.: „A Survey of British Commonwealth Affairs.“ London 1934. Oxford University Press.
- Keith, A. B.: „Dominion As a Policy in Practice.“ Oxford 1930.
- Keith, A. B.: „The Constitution, Administration, and Laws of the Empire.“ London 1924.
- Keith, A. B.: „The Governments of the British Empire.“ London 1935.
- Koellreutter, O.: „Der englische Staat der Gegenwart und das britische Weltreich.“ Breslau 1930.
- Toynbee, A. J.: „Conduct of British Empire Foreign Relations since the Peace Settlement.“ London 1928.
- Zimmermann, A.: „The British Commonwealth in the Post War World.“ London 1926.

### II. Zum Aufsatz: „Indiens Stellung in der britischen Völkergemeinschaft“

#### A. Amtliche Veröffentlichungen:

- „Report on Indian Constitutional Reforms. The Montagu-Chelmsford Report.“ London 1918. His Majesty's Stationary Office. Cmd. 9109.
- „Report of the Indian Statutory Commission. Volume 1: Survey, Volume 2: Recommendations.“ London 1930. His Majesty's Stationary Office. Cmd. 3568/9.
- „Round Table Conference.“ London 1931. His Majesty's Stationary Office. Cmd. 3772, 3972.
- „Proposals for Indian Constitutional Reform.“ London 1933. His Majesty's Stationary Office. Cmd. 4268.
- „Report of the Joint Committee of Indian Constitutional Reform, session 1933/34.“ 5 volumes. London 1934.
- „Report of the Committee Appointed in Connection with the delimitation of Constituencies and Connected Matters. The Government of India Act, 1935.“ London 1936. 2 volumes. His Majesty's Stationary Office. Cmd. 5099, 5100.
- „Speeches and Documents on Indian Policy.“ Hgg. v. A. B. Keith. London. The World's Classics, Nr. 231/2.

#### B. Wesentliche Schriften von Nicht-Indiern:

- Carthill, A. L.: „The Lost Dominion.“ London 1925.
- Halifax, Viscount: „The Political Future of India.“ In „Foreign Affairs“ XIII, 1935.
- Irwin, Lord: „Indian Problems.“ Speeches 1926-1931. London 1932. (Die Reden des damaligen Vizekönigs, der später unter dem Namen Viscount Halifax als englischer Außenminister und Botschafter in Washington eine wichtige Rolle spielte.)
- Rolland, Romain: „Mahatma Gandhi.“ Erlenbach-Zürich. Leipzig 1923.
- Simon, Sir John: „India and the Simon Report.“ New York 1930.
- Simon, Sir John: „Two Broadcast Talks of India.“ London 1930.

#### C. Wesentliche Schriften von Indiern:

- Das, Taraknath: „India in World Politics.“ New York 1923.
- Das, Taraknath: „The Rise of Indian Nationalism.“ In „Current History“, Juni 1924.
- Gandhi, M. K.: „Young India 1910-1922, 1924-1926.“ Extracts from speeches and writings. 2 volumes. New York 193, 1927.
- Gandhi's Letters on Indian Affairs.“ Madras 1923.
- Gandhi, M. K.: „Mein Leben.“ Leipzig 1930.
- Gandhi, M. K.: „The Future of India.“ In „International Affairs“, November 1931.
- Mavro, Catherine: „Mother India“ 2 volumes. New York 1927, 1931.
- Nehru, J. L.: „The psychology of Indian Nationalism.“ In „Review of Nations“, 1927, Nr. 1.
- Nehru, J. L.: „British Policy in India.“ In „Review of Nations“, 1928, Nr. 1.



## Die internationale Arbeiterbewegung

Durch den zweiten Weltkrieg haben die Bemühungen um eine Organisation des zwischenstaatlichen Lebens neuen Auftrieb erhalten. Daß von dem verstärkten Ausbau der internationalen Organisation das künftige Schicksal der Menschheit in hohem Maße abhängt, bedarf nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte keiner Begründung. In diesem Zusammenhang verdienen alle Versuche Beachtung, über die staatlichen Grenzen hinweg Bindungen zu schaffen oder zu erhalten, die ein Gegengewicht gegen den Machtgoismus des modernen Staates bilden können. Zu ihnen gehört die internationale Arbeiterbewegung. Der folgende Aufriß, der im wesentlichen auf der Studie von John Price, *The International Labour Movement* (Oxford 1945) beruht, erstreckt sich lediglich auf den sozialistischen Hauptzweig der internationalen Arbeiterbewegung. Die kommunistische Internationale, die grundsätzlich andere Ziele verfolgt, wurde nur im Hinblick auf ihre Beziehungen zur sozialistischen internationalen Bewegung einbezogen. Der internationale Verband der christlichen Gewerkschaften erfordert angesichts seiner weltanschaulichen und politischen Eigenart eine gesonderte Darstellung.

### Geschichtlicher Überblick

Der Gedanke der internationalen Zusammenarbeit geht bis in die Anfänge der neuzeitlichen Arbeiterbewegung zurück. Der erste Versuch einer praktischen Verwirklichung erfolgte mit der Gründung der Ersten Internationale 1864. Die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung erstreckte sich also bei Ausbruch des zweiten Weltkriegs über einen Zeitraum von dreiviertel Jahrhunderten. Er gliedert sich in drei etwa gleich lange, durch die Gründung der Zweiten Internationale 1889 und den Ausbruch des ersten Weltkriegs 1914 gegeneinander abgegrenzte Abschnitte.

Die Bewegung ist aus zwei Wurzeln erwachsen, die zur Ausbildung von zwei organisatorisch getrennten, allerdings durch zahlreiche Querverbindungen zusammenhängenden Flügeln führten: einen politischen, bestehend aus Parteien in der Art der sozialistischen Parteien bzw. der britischen Labour Party, und einem gewerkschaftlichen, in dem die sozialistischen gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der einzelnen Länder vertreten sind. Mit diesen beiden Hauptzweigen hängen einige weitere internationale Verbände bzw. Gewerkschaftssekretariate zusammen, die das Bild der internationalen Arbeiterbewegung vervollständigen.

#### *Die Erste Internationale*

Die „Internationale Vereinigung arbeitender Menschen“ wurde am 26. September 1864 in London gegründet. In der Hauptstadt des klassischen Landes der „industriellen Revolution“ hatten nach dem Scheitern der revolutionären Bewegung von 1848 zahlreiche Arbeiterführer aus anderen Industrieländern, darunter Karl Marx, Zuflucht gefunden. Die Einsicht in die Gleichartigkeit der Arbeiterprobleme in den verschiedenen Ländern weckte bei ihnen die Überzeugung von der Notwendigkeit einer organisierten internationalen Zusammenarbeit der Arbeiterschaft, die bereits vor 1864 in einigen kurzlebigen Zusammenschlüssen zum Ausdruck kam. Die „Erste Internationale“, die im Anschluß an einen Besuch französischer Arbeitervertreter anlässlich von Demonstrationen zugunsten des polnischen Aufstands 1863 zustande kam, war breiter angelegt. Der Gründungsauftrag betonte, daß bisher trotz allgemeiner Besserung der wirtschaft-

lichen Verhältnisse die Bemühungen um Behebung der Arbeiternotlage an der mangelnden internationalen Zusammenarbeit der Arbeiterorganisationen gescheitert seien. Nur Eroberung der politischen Macht, Einflußnahme auf die Außenpolitik im Sinne der Moral und Gerechtigkeit und Solidarität über die Staatsgrenzen hinweg könnten die Emanzipation der Arbeiterschaft herbeiführen.

Zur Erreichung dieses Ziels fehlten freilich auch der Ersten Internationale die unumgänglichen Voraussetzungen. Sie war die Gründung einer Handvoll Enthusiasten, hinter denen keine starken, festgefügtten Organisationen in den einzelnen Ländern standen. Noch bestanden keine großen sozialistischen Parteien, und die Gewerkschaftsbewegung — der erste britische Gewerkschaftskongreß fand 1868 statt — steckte wenigstens auf dem Kontinent noch in den Kinderschuhen. Zwar sah die Internationale die Mitgliedschaft von Einzelpersonen wie von Organisationen vor, aber letzteres war im wesentlichen ein Wechsel auf die Zukunft. Erst in den siebziger Jahren und später entstanden die Arbeiterparteien, die das Rückgrat der internationalen Arbeiterbewegung bilden sollten. Obwohl die Satzungen und das Programm der Ersten Internationale weitgehend mit dem ihrer Nachfolger übereinstimmten, war ihr keine lange Lebensdauer beschieden. Nach einigen Tagungen, auf denen scharfe methodische Gegensätze (parlamentarische, gewerkschaftliche, genossenschaftliche oder revolutionäre Aktion) zum Ausdruck kamen, brach sie auf der Haager Konferenz 1872 auseinander.

#### *Die Zweite Internationale*

Die sprunghafte industrielle Entwicklung in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts lieferte den Nährboden für das Entstehen sozialistischer Parteien, aus denen die Zweite Internationale erwuchs. In Deutschland bildete sich 1875 die Sozialdemokratische Partei durch den Zusammenschluß des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Lassalles (1863) mit der „Eisenacher“ (1869) Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Ähnliche Parteien entstanden in Dänemark (1871), unter den Tschechen der Donaumonarchie (1872 bzw. 1876), in Portugal (1875), Spanien (1879), Belgien (1885), Österreich und der Schweiz (1888) und Schweden (1889). Eine Welle von Neugründungen brachten die 90er Jahre, darunter die Independent Labour Party (1893) und die Labour Party (1900 bzw. 1906), denen 1905 der Zusammenschluß der französischen sozialistischen Gruppen zur Sozialistischen Partei folgte. Die auf dem Pariser Marxistenkongreß im Juli 1889 gegründete „Zweite Internationale“ wurde also von einer mächtigen Welle emporgetragen. Auf dem Londoner Kongreß 1896 wurde zur Fortführung der Arbeit zwischen den Tagungen die Schaffung eines „Internationalen Sekretariats“ angeregt, das 1900 mit dem Sitz in Brüssel errichtet wurde.

Einigung der Kräfte der Arbeiterklasse, die Frage der Zusammenarbeit mit anderen Parteien und der Beteiligung an der Regierung und das Verhalten im Kriegsfall waren die Hauptthemen der Internationalen Kongresse bis zum ersten Weltkrieg (Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900, Amsterdam 1904, Stuttgart 1907, Kopenhagen 1910). Doktrinäre Fragen standen im Vordergrund, im Gegensatz



zu den Jahren zwischen den Weltkriegen, die von Fragen der Praxis beherrscht waren. Die Frage der Beteiligung anarchistischer und antiparlamentarischer Elemente wurde ablehnend entschieden, während Gewerkschaftler zugelassen waren, soweit sie auf dem Boden des Klassenkampfes standen. Die Beteiligung sozialistischer Parteien an bürgerlichen Regierungen fand generell Ablehnung, wurde jedoch in Sonderfällen zugestanden. Auf dem Stuttgarter Kongreß 1907 wurde eine Resolution gefaßt, die bei Kriegsgefahr die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtete, mit Unterstützung der Internationale jede Anstrengung zur Verhütung des Krieges zu unternehmen. Im Kriegsfall sollten sie auf rasche Beendigung des Krieges hinarbeiten und „mit aller Macht bestrebt sein, die entstehende wirtschaftliche und politische Krise zur Volkserhebung zu benutzen, um so den Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“ Mit dem Anwachsen der Kriegsgefahr verstärkte die Internationale ihre Bemühungen, die Arbeiterbewegung als Instrument der Friedenssicherung zu verwenden, leider erfolglos. Bei Kriegsausbruch sahen sich die Arbeiter aller beteiligten Länder in den Dienst der Kriegsmaschine gezwungen, und das zweite Kapitel in der Geschichte der Internationale fand ein plötzliches Ende.

Die Erste wie die Zweite Internationale waren politische Gebilde. Bemühungen um den Ausbau des gewerkschaftlichen Flügels setzten erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts ein, nachdem der britische „New-Unionism“ Ende der 80er Jahre durch die Einbeziehung der ungelerten Arbeiter einen neuen Gewerkschaftstyp mit Massenmitgliedschaft, kleinen Beiträgen und militanter Politik heraufgeführt hatte. Einzelne Gewerkschaften gingen mit der Errichtung „Internationaler Gewerkschafts-Sekretariate“ für ihre Berufszweige voran (z. B. Leder-, Metall-, Textil- und Transportarbeiter, Bergleute), und der Gedanke eines internationalen Zusammenschlusses der einzelstaatlichen Gewerkschaftszentralen gewann um die Jahrhundertwende Boden. Führend waren die Gewerkschaftszentralen der nordischen Länder, die schon seit 1886 gemeinsame Tagungen abhielten und 1901 in Kopenhagen die erste Internationale Konferenz der Gewerkschaftszentralen einberiefen. Zunächst blieb der Zusammenschluß auf regelmäßige Tagungen der Sekretäre aus den verschiedenen Ländern beschränkt. 1902 wurde die deutsche Gewerkschaftszentrale mit den Aufgaben eines internationalen Büros betraut, und 1903 übernahm der Sekretär der deutschen Gewerkschaften *Legien* das Amt eines Internationalen Sekretärs. Ständige Fühlungnahme mit den Gewerkschaften der verschiedenen Länder, Austausch von Informationen, Gesetzestexten etc., Vorbereitung einheitlicher Gewerkschaftsstatistiken und Vorkehrungen zur gegenseitigen Unterstützung bei Arbeitskonflikten standen im Vordergrund. Französische auf die Behandlung allgemeiner Fragen wie Antimilitarismus, Generalstreik, Achtstundentag u. dergl. abzielende Vorstöße wurden auf der Amsterdamer Konferenz 1905 und noch wiederholt abgewiesen; solche Fragen sollten der Zweiten Internationale überlassen bleiben und führten allmählich zu einem immer enger werdenden Zusammengehen mit dem politischen Zweig der internationalen Arbeiterbewegung. 1913 erhielt die Gewerkschaftsinternationale als „Internationaler Gewerkschaftsbund“ (IGB) ihre endgültige Form. Die Züricher Konferenz 1913 bedeutete insofern noch einen weiteren Schritt zur Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung, als zum ersten Male Delegierte der Internationalen Gewerkschaftssekretariate teilnahmen.

### Von Weltkrieg zu Weltkrieg

Zweite Internationale, Internationaler Gewerkschaftsbund und Internationale Gewerkschaftssekretariate wurden durch

den Ausbruch des Weltkrieges lahmgelegt. Versuche, eine Verbindung zwischen den Arbeiterorganisationen in den kriegführenden Ländern über die Neutralen aufrecht zu erhalten, bleiben erfolglos. Nach dem Kriege mußte ein neuer Anfang gemacht werden, erschwert durch die aufgepeitschten politischen Leidenschaften und die durch den Kriegsausgang hervorgerufenen politischen Veränderungen.

Am frühesten gelang die Wiederaufnahme der abgerissenen Fäden im Gewerkschaftssektor. Der Internationale Transportarbeiter-Verband konnte sein Sekretariat Anfang Februar 1919 wieder eröffnen, und andere folgten rasch. Bereits Ende Juli 1919 fand der erste Internationale Gewerkschaftskongreß nach dem Kriege in Amsterdam statt, und die Organisation des IGB konnte ihre Tätigkeit aufnehmen. Schwierigkeiten lagen die Dinge im politischen Sektor. Die von den Sowjets im März 1919 gegründete Dritte Internationale (Komintern) versuchte, die Arbeiter aller Länder den alten sozialistischen bzw. Labour-Parteien abspenstig zu machen; weitere Schwierigkeiten erwuchsen aus der Haltung gewisser Parteien (zum Beispiel der Unabhängigen Sozialistischen Partei Deutschlands, der britischen Independent Labour Party u. a.), die zu keiner der beiden Internationalen gehören wollten und eine eigene internationale Organisation (Wiener Union oder Zweieinhalb-Internationale) ins Leben riefen. Der Versuch, auf einer Tagung der Leitungen in Berlin (1922) alle drei Organisationen unter einen Hut zu bringen, scheiterte an den unüberbrückbaren Gegensätzen. Weitere Verhandlungen zwischen Vertretern der Zweiten Internationale und der Wiener Union führten zu einem internationalen Kongreß von 620 Delegierten aus 30 Ländern in Hamburg (Mai 1923), der die Gründung einer neuen „Labour- und Sozialistischen Internationale“ (LSI) beschloß. In Wirklichkeit war sie die Fortsetzung der Zweiten Internationale und wurde im Sprachgebrauch auch gewöhnlich so bezeichnet.

Kennzeichnend für die neue Phase der sozialistischen Arbeiterbewegung zwischen den beiden Weltkriegen ist die engere Zusammenarbeit zwischen dem politischen und dem gewerkschaftlichen Flügel, und zwar auf internationalem Gebiete wie in den Einzelstaaten. Bei aller Verschiedenheit der Aufgaben standen beide Zweige vor ähnlichen Problemen: zunächst Beseitigung der Kriegsfolgen und Grundlegung eines dauerhaften Friedens, später Kampf gegen die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und schließlich gegen Faschismus und Nationalsozialismus. Gemeinsam war beiden auch der kommunistische Gegner, der in der Kommunistischen Gewerkschaftsinternationale (Profintern) ein Kampforgan gegen die internationale Gewerkschaftsbewegung, ähnlich der Komintern auf politischem Boden, besaß. Ein wesentlicher Wandel gegenüber der Vorkriegszeit bestand darin, daß nach 1918 vielfach sozialistische Parteien an den Regierungen beteiligt waren, oft in führender Stellung, während andererseits die Gewerkschaften in zunehmendem Maße als Bestandteil der industriellen Organisationen Anerkennung fanden und als solche in das neu geschaffene Internationale Arbeitsamt (IAA) eingebaut wurden. Auch zwischen den internationalen Spitzenorganisationen der Gewerkschaften einschließlich des Internationalen Gewerkschaftsbundes und dem Internationalen Arbeitsamt, beziehungsweise den von diesem veranstalteten Internationalen Arbeits-Konferenzen bestand enge Zusammenarbeit. Im politischen Sektor waren solche organisatorischen Bindeglieder zwischen der Labour- und Sozialistischen Internationalen und dem Völkerbund begreiflicherweise nicht vorhanden, dagegen wandten sich die LSI, die Sozialistische Jugend-Internationale und ähnliche Organisationen gelegentlich mit Petitionen an den Völkerbund, so während der Abrüstungskonferenz.



Die sozialistische Bewegung war aus der Ära der permanenten Opposition in die politische Verantwortung hineingewachsen, wenigstens in den einzelnen Ländern. Auf internationalem Boden bahnte sich die gleiche Entwicklung an. Sie wurde jedoch von der neuen, im zweiten Weltkrieg gipfelnden Weltkrise beeinträchtigt und schließlich ganz unterbrochen.

## Die Struktur der internationalen Arbeiterbewegung

### Politische Körperschaften

#### Die LSI (Zweite Internationale)

Die Labour- und Sozialistische Internationale (LSI) ist eine Organisation der Sozialistischen und Labour-Parteien. Sie umfaßt sozialdemokratische Parteien des deutschen und skandinavischen Typs, sozialistische wie in Frankreich und den romanischen Ländern und Labourparteien von der Art der britischen.

Voraussetzung der Zugehörigkeit zur LSI ist sozialistische Zielsetzung und Bejahung des Klassenkampfes als Mittel zur Herbeiführung des sozialistischen Aufbaues. Ihr Ziel ist „Vereinheitlichung des Vorgehens der angeschlossenen Parteien zwecks gemeinsamer Aktion und Herbeiführung der vollständigen Einigung der internationalen Labour- und sozialistischen Bewegung“. Negativ bedeutet dies die Verpflichtung, sich keiner anderen politischen Internationale anzuschließen und die Parteimitglieder von politischen Organisationen fernzuhalten, deren Tendenzen dem Programm und der Taktik der LSI nicht entsprechen. Positiv wird von den angeschlossenen Parteien aktive Betätigung im Sinne der Förderung der Einheit auf internationalem Gebiete und in den einzelnen Ländern verlangt. Demgemäß sollen Entschlüsse der LSI in internationalen Fragen für die angeschlossenen Organisationen bindend sein — eine Richtlinie, die nicht immer befolgt wurde. Bei internationalen Konflikten soll die LSI als höchste Autorität gelten; dieses angesichts der Erfahrungen des ersten Weltkrieges aufgestellte Prinzip erwies sich auch im letzten Kriege praktisch als gegenstandslos.

Grundsätzlich soll ein Land in der LSI nur durch eine Partei vertreten sein. In der Praxis mußten gelegentlich Ausnahmen gemacht werden, so für die tschechische und deutsche Sozialdemokratische Partei in der Tschechoslowakei, die Labour Party und die Independent Labour Party in Großbritannien u. a. Der Struktur nach sind unter den angeschlossenen Parteien drei Haupttypen vertreten: solche mit Einzelmitgliedschaft, Parteien mit kollektiv angeschlossenen Gewerkschaften und illegale bzw. exilierte Parteien und Gruppen.

Der erste Typ war bis 1933 bzw. 1934 am stärksten vertreten durch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands mit über 1 Million und die Österreichische Sozialdemokratische Partei mit annähernd 700 000 Mitgliedern. Zum gleichen Typ gehörten die Sozialdemokratischen bzw. Sozialistischen Parteien folgender Länder: Schweden, Tschechoslowakei, Frankreich, Polen, Dänemark, Norwegen, Schweiz, Holland und Spanien.

Die britische Labour-Partei bestand bis 1918 nur aus kollektiv angeschlossenen Körperschaften, vorwiegend Gewerkschaften. 1900 war von den britischen Gewerkschaften ein Komitee zur Schaffung einer Arbeitervertretung im Parlament gebildet worden, das sich nach den Wahlen 1906 (29 Abgeordnete) als Labour Party konstituierte. Die bereits 1893 gegründete Independent Labour Party bestand als ausgesprochen sozialistische Organisation nur aus Einzelmitgliedern. Nach dem ersten Weltkrieg schlug die Labour Party einen schärferen sozialistischen Kurs ein und ging gleichzeitig auch zur Aufnahme von Einzelmitgliedern über; 1931 zählte sie

2 501 000 Mitglieder, darunter etwa 300 000 Einzelmitglieder. Auch die Belgische Arbeiter Partei umfaßte beide Kategorien von Mitgliedern, unter den kollektiv angeschlossenen auch zahlreiche Mitglieder von Arbeitergenossenschaften und Versicherungen. Eine ähnliche Struktur wiesen unter den Mitgliedern der LSI noch die Ungarische Sozialdemokratische Partei und die Arbeitervereinigung Islands auf.

Die Untergrund- bzw. Exilparteien waren in der LSI von Anfang an durch die sozialistischen russischen Gruppen (RSDP, Sozial-Revolutionäre, Ukrainische, Georgische und Armenische Parteien) und 1920 emigrierte ungarische Sozialisten vertreten. In den ersten Jahren nach Gründung der LSI kamen Italien (1926), Litauen (1926) und Jugoslawien (1929) hinzu. Einen noch schwereren Schlag bedeutete für die LSI der Sieg des Nationalsozialismus, durch den die zahlenmäßig stärkste Partei des ersten Typs, die SPD, praktisch ausfiel (illegale Parteileitung bis 1939 in Prag). Die zweitstärkste Partei dieses Typs folgte nach dem Dollfuß-Putsch in Österreich 1934 (Auslandsbüro der österreichischen Sozialisten in Brünn). Schon vorher (1933) waren die Mitgliedsparteien der LSI in Estland und Lettland unterdrückt worden, und der Freistaat Danzig folgte 1936. Durch den Sieg Francos wurden auch die spanischen Sozialisten in die Emigration getrieben, und Hitlers Einmarsch in die Tschechoslowakei fügte der langen Verlustliste einen weiteren Posten hinzu. Die Sozialistische Partei Portugals, die 1925 der LSI beigetreten war, gehörte infolge ihrer geringen Stärke und ihrer in den innenpolitischen Verhältnissen des Landes begründeten Aktionsunfähigkeit von vornherein zu den Passiva der LSI.

Die fortgesetzten Siege des Faschismus und der Diktatur bedeuteten für die LSI nicht nur einen zunehmenden Schwund an Mitgliedern und Beiträgen sondern auch eine starke Beeinträchtigung ihres Aktionsradius. 1928 hatte sie mit 6 600 000 Mitgliedern ihren Höchststand erreicht. 1931 waren alle europäischen Länder (außer Irland und dem erst 1937 beigetretenen Norwegen) vertreten, aus Übersee die USA, Argentinien, Uruguay, China und Palästina. Praktisch war sie eine europäische Organisation mit dem Schwerpunkt in Mitteleuropa. Mitgliederzahlen wurden nach 1931 nicht mehr veröffentlicht, aber der Ausfall der mitteleuropäischen Länder konnte durch die wachsenden Mitgliederzahlen in einzelnen Ländern (wie Großbritannien, Frankreich, Skandinavien) nicht annähernd wettgemacht werden. Die Gesichtspunkte der unbehinderten und der unterdrückten Mitgliedspartners mußten notwendigerweise vielfach voneinander abweichen, und für ein ausgewogenes und einheitliches internationales Arbeitsprogramm fehlte die reale Basis.

#### Die SJI (Sozialistische Jugend-Internationale)

Die wie die LSI 1923 in Hamburg gegründete Sozialistische Jugend-Internationale besaß einige Vorläufer, die jedoch nicht zu größerer Bedeutung gelangten. Starke sozialistische Jugendorganisationen bestanden bei der Gründung in Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei und Polen, bald auch in Skandinavien, Holland, und Belgien, während sie in Frankreich und Großbritannien langsamere Fortschritte machten.

Die Mitgliedschaft steht allen auf dem Boden der LSI und des IGB stehenden sozialistischen Jugendorganisationen offen; Einzelmitgliedschaft gibt es nicht. Grundsätzlich ist eine Jugendorganisation je Land zugelassen; in Nationalitätenstaaten ist die Zulassung weiterer Organisationen von der Zustimmung des bereits vorhandenen Mitglieds abhängig. Hauptziel ist die Förderung des Sozialismus unter der Jugend in engem Einvernehmen mit der LSI. Vertreten sind fast ausschließlich europäische Länder, weitaus am stärksten Schweden (110 000). Die deutsche Organisation war die zweit-



stärkste (1933: 56 000); Norwegen und Österreich folgten mit je 30 000 und Frankreich und Dänemark mit je 20 000. Alle übrigen Mitglieder blieben unter der nur von dem jüdischen „Bund“ (Polen) erreichten 10 000-Grenze. In den Diktatorländern teilte die SJI das Schicksal der LSI. Der spanische sozialistische Jugendverband schloß sich während der Bürgerkriege mit den spanischen Jungkommunisten zusammen und wurde im August 1939 aus der SJI ausgeschlossen, da er ganz unter kommunistischen Einfluß geraten war.

## Der Gewerkschaftsflügel

### *Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB)*

Der Internationale Gewerkschaftsbund ist ein Zusammenschluß der nationalen Gewerkschaftszentralen, also der Gesamtvertretungen der sozialistischen („freien“) Gewerkschaften der Einzelländer (wie in Deutschland der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund). Weder Einzelgewerkschaften noch einzelne Gewerkschaftler können beitreten, auch nicht mehr als eine zentrale Körperschaft für ein einzelnes Land. Wenn mehrere, etwa nach Nationalitäten geschiedene Zentralen vorhanden sind, besteht seitens des IGB die Tendenz, die Aufnahme bis zur Bildung einer einheitlichen Repräsentation hinauszuschieben. Eine Ausnahme bildete lediglich der Fall der American Federation of Labor (AFL), die als Vertretung der USA aufgenommen wurde, obwohl sie in der Congress of Industrial Organisation (CIO) eine starke Rivalin besaß.

Die Politik des IGB wird von dem Internationalen Gewerkschaftskongreß festgelegt, der in der Regel alle drei Jahre zusammentritt. Allgemeines Ziel ist die Einigung der Arbeiterklasse durch engere Beziehungen zwischen den Gewerkschaften aller Länder. Weitere Ziele sind: Entwicklung der Internationalen Gewerkschaftssekretariate, die Förderung gemeinsamer Gewerkschaftsinteressen, insbesondere auf dem Gebiete der internationalen Sozialgesetzgebung und der Arbeiterbildung, sowie „Vermeidung des Krieges und Bekämpfung der Reaktion“.

Der Mitgliederzahl nach war der IGB weit stärker als die LSI, wobei freilich zu beachten ist, daß beide unter verschiedenen Bedingungen und auf verschiedenem Felde arbeiteten. 1931 zählte der IGB 13 700 000 Mitglieder, die jedoch infolge des Ausscheidens der deutschen und österreichischen Gewerkschaften 1934 auf 8 Millionen zurückgingen. Durch den Beitritt neuer Länderzentralen (USA, Mexiko u. a.) und weiterer Angliederungen in Frankreich (Volksfront) und Spanien schnellte die Zahl 1937 wieder auf 19 500 000 hinauf und war 1939, trotz des Ausscheidens Spaniens und der Tschechoslowakei, noch sehr viel höher als vor dem Siege des Nationalsozialismus. Unter den einzelnen Ländern führte Deutschland 1931 mit 4½ Millionen Mitgliedern vor Großbritannien, das 1937 4 250 000 Mitglieder vertrat. Frankreich war 1931 mit 676 000 und 1937 mit 5 400 000 vertreten. Spanien mit 958 000 bzw. 1 700 000. Die AFL brachte 1937 2¼ Millionen Mitglieder ein. Alle anderen Länder hielten sich unter der Millionengrenze. Obwohl der IGB in mehr überseeischen Ländern vertreten war als die LSI, war auch er in erster Linie eine europäische Organisation. Die überseeischen Gewerkschaften hatten auf die Tätigkeit des IGB und die Gestaltung seiner Politik wenig Einfluß. Das Sekretariat des IGB befand sich ursprünglich in Amsterdam, dann in Berlin und bei Kriegsausbruch in Paris, von wo es 1940 nach England verlegt wurde. Seine Tätigkeit konnte wenigstens teilweise während des Krieges weitergeführt werden, und im Juli 1942 fand in London sogar eine Internationale Gewerkschaftskonferenz statt, bei der auch österreichische und deutsche Gewerkschaftsgruppen sowie acht Internationale Gewerkschaftssekretariate vertreten waren.

### *Die Internationalen Gewerkschaftssekretariate*

Vor dem Kriege gab es 27 vom IGB anerkannte Internationale Gewerkschaftssekretariate. Sie stellen die internationalen Organisationen der Gewerkschaften in einzelnen Industrien und Handelszweigen dar und bestehen neben dem IGB, in dessen Satzungen periodische gemeinsame Konferenzen der Int. Gew. Sekr. sowie gemeinsame Tagungen der Sekretariate und des IGB vorgesehen sind.

Im Gegensatz zum IGB können die meisten Internationalen Gewerkschaftssekretariate mehrere angeschlossene Organisationen in ein und demselben Lande besitzen. Es besteht sogar die Möglichkeit, daß eine Gewerkschaft mehr als einem IGS angeschlossen ist, falls nämlich ihre Mitglieder in mehr als einer Industrie beschäftigt sind; in solchen Fällen werden die Mitglieder entsprechend auf die einzelnen Sekretariate aufgeteilt. Bei Aufnahme weiterer Gewerkschaften ist in der Regel die Zustimmung der bereits im Sekretariat vertretenen Gewerkschaft des betreffenden Landes vorgesehen. Manche Sekretariate fordern ferner, daß neu Eintretende Gewerkschaften bereits der Gewerkschaftszentrale ihres Landes angeschlossen sein müssen.

Zweck der Internationalen Gewerkschaftssekretariate ist die Förderung der Interessen der Arbeiter in den einschlägigen Industrien, die Organisierung dieser Arbeiter, die Koordinierung der gewerkschaftlichen Maßnahmen in den verschiedenen Ländern und die Vorsorge für gegenseitige Unterstützung in Krisenzeiten. Die Zielsetzung entspricht also der des IGB., jedoch beschränkt auf den einschlägigen industriellen Sektor. Die meisten Sekretariate sehen direkte Unterstützung angeschlossener Gewerkschaften bei Streiks und Aussperrungen vor. Fast alle angeschlossenen Gewerkschaften sind verpflichtet, Gewerkschaftsmitgliedern aus anderen Ländern auf der Basis der Gegenseitigkeit die gleichen Rechte und Vergünstigungen zu gewähren wie den eigenen Mitgliedern. Die Satzungen einiger Internationaler Gewerkschaftssekretariate enthalten sehr weitgehende grundsätzliche Festlegungen im Sinne der Sozialisierung (Kontrolle der Betriebe, Übernahme der Produktion und dergleichen).

Die 27 Internationalen Gewerkschaftssekretariate weisen hinsichtlich ihrer Mitgliederzahl und Bedeutung sowie der geographischen Verbreitung der angeschlossenen Organisationen beträchtliche Unterschiede auf. Der Internationale Transportarbeiter-Verband zum Beispiel hatte 1931 etwa 2 300 000 Mitglieder, und auch die Verbände der Bergarbeiter und Metallarbeiter überschritten die Millionengrenze erheblich. Bei allen Internationalen Gewerkschaftssekretariaten lag das Schwergewicht in Europa; nur zwei Drittel von ihnen hatten eine oder zwei angeschlossene Organisationen in Übersee. Dreizehn Sekretariate hatten 1932 ihren Sitz in Deutschland und Österreich, und in vielen Fällen stellten die deutschen Gewerkschaften die stärkste angeschlossene Organisation dar. Durch die Ereignisse der Jahre 1933 und 1934 verlor ein Drittel der Sekretariate die Hälfte ihrer Mitglieder, einzelne sogar zwei Drittel. Nur vier Sekretariate — Diamantarbeiter, Lehrer, Textilarbeiter und Transportarbeiter — konnten ihre Mitgliedsziffer einigermaßen halten, das Sekretariat des internationalen Bekleidungsarbeiterverbandes die seine sogar erhöhen. In den ersten Kriegsjahren waren die meisten Sekretariate völlig lahmgelegt; 1942 standen fünf Sekretariate in enger Verbindung mit dem IGB, und zehn weitere unterhielten mehr oder weniger lose Beziehungen.

### *Andere Organisationen*

Die übrigen Organisationen der internationalen Arbeiterbewegung sind von geringerer Bedeutung und beschränken sich auf ein begrenztes Tätigkeitsfeld. Dahin gehören die Sozialistische Arbeiter-Sport-Internationale, die Arbeiter-Funk-



Internationale und der Internationale Sozialistische Juristenbund. Keine besonderen Organisationen sondern Komitees der LSI bzw. des IGB stellen das Internationale Frauenkomitee der LSI, das Internationale Gewerkschafts-Frauen-Komitee und das Internationale Komitee des IGB für Jugend- und Erziehungsfragen dar.

## Die Tätigkeit der internationalen Arbeiterbewegung

Die internationalen Organisationen der Arbeiterbewegung sind keine übernationalen Befehlsstellen sondern koordinierende Körperschaften. Sie unterhalten keine unabhängigen Exekutivorgane in den einzelnen Ländern, sondern müssen den angeschlossenen Verbänden die Ausführung ihrer Weisungen und Entschlüsse überlassen. Ihre Hauptaufgabe besteht in der Formulierung der gemeinsamen Politik. Zugleich sind sie die Umschaltestellen, über die die angeschlossenen Organisationen in den einzelnen Ländern eine Gleichrichtung ihrer Haltung und Betätigung mit den entsprechenden Organisationen anderer Länder anstreben können.

### Die Arbeit der LSI

Die Politik der LSI ist in ihren Entschlüssen und Manifesten niedergelegt. Bis 1933 behandelten diese — gelegentlich im Zusammenwirken mit dem IGB — vorwiegend grundsätzliche Gegenwartsfragen aus dem Gebiete der internationalen Politik. In der Folgezeit traten unter dem Druck der Ereignisse aktuelle Ereignisse in den Vordergrund. Während in den 20er Jahren auch wirtschaftliche Fragen (Achtstundentag, Agrarpolitik, Weltwirtschaftskonferenz etc.) behandelt wurden, bildete sich später eine Arbeitsteilung heraus, die solche Fragen der Zuständigkeit des IGB überließ. Größere Bedeutung als die zahlreichen Manifeste und Resolutionen zur Tagespolitik erlangten einige prinzipielle, gründlich vorbereitete Ausarbeitungen auf lange Sicht, die eine nachhaltigere Wirkung auf die Politik der angeschlossenen Parteien ausübten. Dahin gehört die Entschlüsselung des Kongresses von 1928 zur Kolonialfrage (Übergang vom Kolonialsystem zum Commonwealth), der Bericht über den Völkerbund von 1931 (Revision des Völkerbundespaktes und Ausbau der Schiedsgerichtsbarkeit) und detaillierte Vorschläge an die Abrüstungskonferenz (1931). Gegenüber den Ereignissen seit 1933 sah sich die LSI in eine ähnliche Lage gedrängt wie die Regierungen, da für einen umfassenden Feldzugsplan zur Verteidigung der Demokratie bzw. des Sozialismus und des Friedens alle Voraussetzungen fehlten, die vertretenen Länder ihr Verhalten von Fall zu Fall nach taktischen Gesichtspunkten einrichteten und die sozialistischen Parteien nicht einmal im eigenen Lande genügend Unterstützung finden konnten. Zudem erschwerte die mangelnde Übereinstimmung der angeschlossenen Parteien in grundlegenden Fragen wie Demokratie und Diktatur, Revolution oder friedlicher Wandel, Regierungsbeteiligung usw. die Einhaltung einer klaren Linie.

In organisatorischer Hinsicht ergaben sich aus dem Anwachsen der Untergrundgruppen schwierige Probleme. Die Vertretung der angeschlossenen Parteien richtete sich nach ihrer Mitgliederzahl und nach dem Ausfall der allgemeinen Wahlen. Wurde eine Partei unterdrückt, so mußte über kurz oder lang ihre Vertretung reduziert, der Abstimmungsschlüssel zu Gunsten der intakten Parteien geändert werden, wobei sich das Schwergewicht nach 1933 mehr und mehr zu den Parteien der west- und nordeuropäischen Länder verlagerte. Die Zahl der Kongreßstimmen und der Sitze in der Exekutive nahm bis 1939 beträchtlich ab.

Die Beziehungen zur Kommunistischen Internationale waren von Anfang an durch klare Gegnerschaft gekennzeichnet. Bis 1933 bestand kein direkter Kontakt, und

auch nachher führten wiederholte Bemühungen um gemeinsames Vorgehen (1934, 1937) angesichts der unüberbrückbaren ideellen Gegensätze zu keinem Resultat. Die Kommunisten versuchten mit Vorliebe, auf dem Wege über „Hilfsorganisationen“, etwa für die politischen Gefangenen oder die spanischen Arbeiter im Bürgerkrieg die Anhänger der LSI und des IGB unter ihren Einfluß zu bringen. Wiederholt mußte die LSI vor solchen Manövern („Einheitsfront-Schwindel“) warnen.

Wachsenden Raum nahm im Laufe der Jahre die Sorge für die politischen Gefangenen und unterdrückten Organisationen ein. Für den 1926 errichteten, seit 1930 gemeinsam mit dem IGB verwalteten und 1934 in „Internationalen Solidaritäts-Fonds“ umbenannten *Matteotti-Fonds* zur Unterstützung der Arbeiterbewegung in nichtdemokratischen Ländern wurden wiederholt Sammlungen veranstaltet und laufende Beiträge angeregt. Ein großer Teil der Mittel, auch der Materiallieferungen für die spanischen Arbeiter im Bürgerkrieg, kam von den wirtschaftlich besser fundierten Gewerkschaften. Laufende Enquêtes und Publikationen über die Lage der politischen Gefangenen in den Diktatorländern suchten das öffentliche Gewissen aufzurütteln und wachzuhalten. Unter den Anhängern der LSI war im allgemeinen nicht nur Mitgefühl mit den Opfern sondern auch Verständnis für die Größe der Gefahr vorhanden, die sich in diesen Regungen einer wachsenden Brutalität und Rechtswidrigkeit ankündigte. Dagegen gelang es nicht, die breitere Öffentlichkeit zu beeinflussen oder gar die Regierungen rechtzeitig zu energischem Handeln zu veranlassen.

### Arbeit der Sozialistischen Jugend-Internationale

Zweck der SJI ist Unterstützung der LSI im Jugendsektor, Hinführung der Jugend zu den sozialistischen Parteien und Zusammenfassung der Jungsozialisten mit den Erwachsenen-Parteien in gemeinsamem internationalem Kampfe. Vertreter der SJI finden sich in den meisten Organen der LSI; die Zusammenarbeit ist ausgezeichnet, auch mit dem IGB, der keine eigene internationale Jugendorganisation besitzt. Verbreitet ist die SJI in fast allen europäischen Ländern, in Übersee jedoch noch weniger als die LSI (nur in den Vereinigten Staaten und durch den Internationalen Jüdischen Sozialistischen Jugendverband „Poale Zion“). Um den Kontakt mit den jungsozialistischen Untergrundbewegungen bemühte sich die SJI mit besonderem Erfolg. Ihr Sekretär Erich *Ollenhauer*, gleichzeitig Vorsitzender der sozialistischen deutschen Jugendorganisation und Mitglied der SPD-Exekutive, leitete die Arbeit bis 1938 von Prag, später von Paris aus.

Im Jugendsektor bestanden starke Sympathien für eine antifaschistische Zusammenarbeit mit den Kommunisten, besonders in der Zeit der französischen Volksfront und des spanischen Bürgerkrieges. Die Mehrheit hielt jedoch die Linie der LSI in dieser Frage ein; nur in einzelnen Ländern kam es zur Zusammenarbeit mit den Jungkommunisten, nicht jedoch zur organisatorischen Verschmelzung wie in Spanien.

Schutz der Jungarbeiter und sozialistische Jugenderziehung bilden Sonderaufgaben der SJI. 1935 unterbreitete sie der Internationalen Arbeitskonferenz Vorschläge zum Schutze der jugendlichen Arbeitslosen, die mit großer Mehrheit angenommen wurden. Internationale Ferienlager und -fahrten, Tagungen, sportliche und kulturelle Veranstaltungen fanden in großer Zahl statt, Briefwechsel zwischen Jungsozialisten verschiedener Länder wurde vermittelt. Aus den Kreisen der Jugendorganisationen gingen zahlreiche prominente Arbeiterführer und Politiker hervor, u. a. der schwedische Ministerpräsident *Hansson*.

### Gemeinsame Arbeit der LSI und des IGB

Die grundsätzliche Arbeitsteilung zwischen dem politischen und gewerkschaftlichen Flügel der Internationale schließt



enge Zusammenarbeit in vielen Fragen nicht aus. Besonders intensiviert wurde sie, wie schon die Häufigkeit gemeinsamer Tagungen zeigt, seit dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise, vor allem nach 1931. Für besonders wichtige Fragen wurden gemischte Kommissionen eingesetzt; z. B. die Abrüstungskommission 1931/33, die 1935 als „Antikriegskomitee“ der Internationale bekannt wurde, oder das gemischte Komitee für Fragen der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit 1930/33. Bei allen großen Fragen der internationalen Politik in dem Jahrzehnt vor Kriegsbeginn traten LSI und IGB mit gemeinsamen Entschlüssen hervor (Sanktionen im Abessinienkrieg, Nichtinterventionspolitik gegenüber Spanien, kollektive Sicherheit u. ä.). Bei gesondertem Vorgehen wurde mindestens für genaue gegenseitige Information gesorgt.

### Die Arbeit des IGB

Die Politik des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist ebenso wie die der LSI nicht in einem Grundgesetz oder in Statuten niedergelegt sondern in den Entscheidungen und Resolutionen, besonders der Internationalen Gewerkschaftskongresse, enthalten. Eine strenge Beschränkung des IGB auf Wirtschaftsfragen ist schon deshalb ausgeschlossen, weil viele industrielle Probleme nicht allein auf wirtschaftlichem Wege lösbar und bei zahlreichen Fragen der wirtschaftliche und der politische Aspekt eng miteinander verquickt sind. Auch wirken sich viele politische Entwicklungen direkt auf die Industrie und damit auf die Arbeiterschaft aus. Jedoch stehen die wirtschaftlichen Fragen für den IGB im Vordergrund. In den Jahren zwischen den Weltkriegen nahm der IGB zu den wichtigsten Fragen der Wirtschaftspolitik (Wiederaufbau, Rationalisierung, Kartellwesen, Planung, Arbeitsbeschaffung u. a.) von Zeit zu Zeit in programmatischer Form Stellung. Ein umfassendes Programm für eine internationale soziale Gesetzgebung wurde 1924 und erneut 1933 ausgearbeitet. Mit dem Internationalen Arbeitsamt stand der IGB in enger Fühlung; führende Köpfe des IGB wie *Jouhaux* und *Mertens* nahmen an der Arbeit des Internationalen Arbeitsamtes als gewerkschaftliche Vertreter ihres Landes maßgeblichen Anteil.

In den letzten Vorkriegsjahren wurde die allgemeine Politik des IGB grundsätzlich überprüft. Ein dem Londoner Internationalen Gewerkschaftskongreß 1936 vorgelegtes Memorandum der Exekutive setzte sich mit der anarcho-syndikalistischen, der korporativen und der kommunistischen Lösung der sozialen Frage auseinander und verwarf sie zu Gunsten des demokratischen Prinzips. Zum Thema der Sozialisierung wurde ausgeführt, daß darunter nicht direkte Leitung der Industrie durch die Regierung, sondern industrielle Selbstverwaltung, gegründet auf die Interessen der Arbeitgeber, Arbeiter und Konsumenten, zu verstehen sei und daß die freien Gewerkschaften dabei als die Vertreter der Arbeiterschaft zu beteiligen seien. Auf dem Züricher Kongreß 1939 führte der Berichterstatter der Exekutive aus, die Gewerkschaften hätten in ihrer Jugend zwei Feinde gehabt: die Arbeitgeber und den Staat. Die Zeiten hätten sich gewandelt, die Gewerkschaften seien anerkannt, und weitgehende Zusammenarbeit sei an die Stelle der Gegnerschaft getreten. In diesem Zusammenhang wurde auch die gewandelte Haltung der Gewerkschaften in der Frage der nationalen Verteidigung betont. Die bereits beschlossene Ausarbeitung neuer Richtlinien zu diesen Fragen wurde durch den Kriegsausbruch vereitelt.

In organisatorischer Hinsicht wurde die Stellung des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Rahmen der internationalen Arbeiterbewegung genauer umschrieben. Auf dem Wiener Kongreß 1924 wurde er als die einzige internationale Gewerkschaftsorganisation anerkannt und die Bestimmung getroffen, daß die Internationalen Gewerkschaftssekretariate über allgemeine Fragen außerhalb ihres engeren Bereichs oder über Sonderfragen, die auch andere Gewerk-

schaftsorganisationen berühren, keine endgültigen Entscheidungen ohne vorherige Beratung mit dem IGB treffen sollten. Hinsichtlich der angeschlossenen nationalen Gewerkschaftsorganisationen ergaben sich zuweilen Schwierigkeiten, die Ausführung internationaler Beschlüsse mit der verbrieften Autonomie dieser Organisationen in Einklang zu bringen; die AFL zögerte ihren Beitritt zum IGB aus diesem Grunde lang hinaus. Anders als die LSI verhielt sich der IGB in der Frage unterdrückter Organisationen; zwar wurden die Beziehungen zu illegalen Gewerkschaftlern aufrecht erhalten, und emigrierte Mitglieder wurden unterstützt, aber solche Organisationen wurden — mit Ausnahme des ersten Falles, Italiens — nicht weiter als Mitglieder geführt. Für den Anschluß der Sowjetgewerkschaften bestanden bei manchen Mitgliedsorganisationen des IGB starke Sympathien, aber wiederholte Versuche einer Einigung oder Zusammenarbeit, zuletzt noch 1937, scheiterten, und 1939 war man davon weiter als je entfernt.

Die Hilfstätigkeit des IGB war sehr ausgedehnt. So wurden 1919 — 1923 namhafte Beträge und Sachunterstützungen für die Angehörigen der deutschen und österreichischen Gewerkschaften und für die russischen Arbeiter aufgebracht, und 1925/26 wurden die streikenden dänischen, indischen und britischen Arbeiter mit Millionenbeträgen unterstützt. In der Regel gehörten allerdings Unterstützungen der letzteren Art zu den Obliegenheiten der Internationalen Gewerkschaftssekretariate.

### Arbeit der Internationalen Gewerkschaftssekretariate

Die Tätigkeit der Internationalen Gewerkschaftssekretariate vollzieht sich im wesentlichen auf ihrem speziellen Wirtschaftssektor, innerhalb dessen sie auch für die Durchführung und praktische Anwendung der vom IGB aufgestellten allgemeinen Grundsätze und Richtlinien Sorge tragen. Eine Hauptaufgabe bildet der Austausch von Informationen zwischen den angeschlossenen Gewerkschaften der verschiedenen Länder, die Durchführung von Erhebungen über die Arbeitsbedingungen und dergleichen und die Publikation von Schriften, Zeitschriften usw. über Fragen der einschlägigen Industrien. Alle 2—3 Jahre finden Tagungen der einzelnen Sekretariate zur Rechenschaftslegung und Festsetzung der Richtlinien für die Arbeit statt. Mit dem IAA arbeiten die Sekretariate zwecks Besserung der Arbeitsbedingungen eng zusammen. Ein weiterer Arbeitsbereich ist die finanzielle Unterstützung der Mitglieder bei größeren Arbeitskonflikten, die grundsätzlich aus freiwilligen Spenden der angeschlossenen Verbände bestritten wird. Organisatorische Schwierigkeiten ergaben sich weniger hinsichtlich der Beziehungen der Sekretariate untereinander — ihre Kompetenzbereiche sind ziemlich gut abgegrenzt —, als hinsichtlich ihrer gemeinsamen Abgrenzung gegenüber dem IGB. Überschneidungen sind schwer zu vermeiden, da einerseits Maßnahmen auf einem einzelnen industriellen Sektor oft allgemein-gewerkschaftliche Fragen berühren, andererseits Entscheidungen des IGB in solchen Fragen nicht nur die diesem unterstehenden einzelstaatlichen Organisationen, sondern auch den Wirkungsbereich der Sekretariate betreffen. Durch möglichst häufige gemeinsame Absprachen und Teilnahme von Vertretern der Sekretariate am Internationalen Gewerkschaftskongreß und an den Sitzungen des Generalrats des IGB wurde zunächst für eine möglichst reibungslose Zusammenarbeit gesorgt. Organisatorische Änderungen — so die Hereinnahme der Sekretariate in den IGB oder ihre Verlegung an den Sitz seiner Geschäftsstelle — wurden verschiedentlich erörtert, jedoch ohne konkretes Ergebnis. Schließlich einigte man sich auf regelmäßigen engeren Kontakt und häufigere gemeinsame Sitzungen, beließ es also im wesentlichen bei der ursprünglichen Praxis.



# Das russische Transportwesen

(Schluß)

## Die in den Sowjethäfen umgeschlagene Tonnagefracht (1935)

Prozentsatz des Gesamtumschlags nach der Nationalität der Schiffe berechnet

	Import	Export
U. d. S. S. R. . . . .	24.2	67.4
Großbritannien . . . . .	14.0	3.6
Japan . . . . .	1.3	14.8
Griechenland . . . . .	15.7	1.6
Norwegen . . . . .	8.8	3.1
Deutschland . . . . .	8.7	0.1
Italien . . . . .	7.2	0.2
Dänemark . . . . .	4.5	1.1
Schweden . . . . .	3.5	—
Frankreich . . . . .	1.7	0.6

## Landstraßen und Automobilverkehr

Im letzten Jahrzehnt wurden viele neue Autostraßen angelegt. Die wichtigsten Fern-Landstraßen sind: Moskau — Minsk, Amur — Yatutsk, Osh — Khoro (quer durch Pamir), Taschkent — Stalinabad und von Biisk über das Altaigebirge in die mongolische Volksrepublik. Ausgedehnte, nördliche Gebiete sind ohne Straßen und Eisenbahnen und je nach der Jahreszeit vollkommen abhängig von den binnenländischen Wasserwegen, Schlitten und Flugzeugen.

Der für den Bau von Landstraßen im neuen Plan vorgesehene Etat ist verhältnismäßig klein, trotzdem sollen mehr als 170 000 Kilometer Landstraße gepflastert und einige 100 000 Kilometer für Automobile befahrbar gemacht werden. In erster Linie erfahren die Straßen, welche die wichtigsten Städte des europäischen Rußlands verbinden, eine Ausbesserung. Bis zum Beginn des Krieges waren die Autostraßen Moskau—Leningrad und Moskau—Minsk die vorbildlichsten Straßen der Sowjet-Union. Der Ausbau der Autostraßen von Moskau nach Charkow und Kiew sowie nach Stalingrad ist bis zum Jahre 1950 geplant. Außerdem ist der Bau von Autostraßen vorgesehen, welche in die neuen Westgebiete des Landes führen; sie werden sich die Straßen zunutze machen, welche im Verlaufe der Kriegereignisse von Galizien und Rumänien nach Kiew, Dnjepropetrowsk und der Krim gebaut worden sind, und sollen Moskau mit Bukarest, Warschau, Kaunas, Königsberg, Riga und Talinn verbinden.

Außerdem ist in dem Plan der Bau eines ausgedehnten Straßennetzes im Ural — besonders in der Provinz Molotow — vorgesehen. Straßenbaupläne im asiatischen Grenzgebiet, in der Umgebung der Bergstadt Osh (wo eine Karawanenstraße nach Chinesisch-Turkestan führt), an der Ostküste des Kaspischen Meeres und rund um Stalinabad (im Norden des afghanischen Grenzgebietes) lassen vermuten, daß eine Belebung der Handelsbeziehungen in das Innere Asiens, besonders nach

West-China, nach dem Iran und nach Afghanistan angestrebt wird.

Nach dem neuen Transportplan soll die sowjetische Automobilindustrie im Jahre 1950 mehr als viermal so viele Fahrzeuge herstellen als 1940, das heißt rund 1 200 000 Kraftfahrzeuge, Traktoren und Anhänger für die Landwirtschaft. Das für die Automobilindustrie für die kommenden fünf Jahre investierte Kapital beträgt nahezu 4 Milliarden Rubel. Die Erzeugung von Personenwagen betrug früher nur etwa ein Siebentel der gesamten Automobilproduktion. Die Herstellung von Personenwagen wird jedoch im Rahmen des neuen Plans wesentlich vergrößert werden. Genaue Angaben sind darüber noch nicht gemacht worden, jedoch besagt eine britische Pressemeldung, die sich auf die russische Zeitschrift Automobil-Transport beruft, daß die Herstellung von Personenwagen in Zukunft ein Drittel der Automobilproduktion betragen wird.

Die Automobilindustrie ist eine der jüngsten in der Sowjet-Union. Im Jahre 1930 stellten die russischen Fabriken nur 4 200 Kraftfahrzeuge her. Im Jahre 1937 war die Erzeugung von Lastkraftwagen und Omnibussen auf 183 000 angestiegen. Am 1. Januar 1941 besaß Rußland 890 000 Lastwagen und Omnibusse, aber nur 170 000 Personenwagen. (Die Vereinigten Staaten zählen dagegen etwa sechsmal soviel Personenwagen als Lastwagen). Hinzu kommen etwa 103 000 Fahrzeuge für landwirtschaftliche Zwecke.

Eine Massenproduktion wurde erst in den frühen dreißiger Jahren unter der Leitung amerikanischer Techniker errichtet. Sogar heute noch ähneln die russischen Lastkraftwagen und Personenautos amerikanischen Modellen sehr. In diesem Jahr soll die Automobilherzeugung noch einmal so groß sein wie im Jahre 1945.



## Der Luftverkehr

Die Transportmöglichkeiten auf dem Luftwege haben sich in der Sowjet-Union, wie auch in anderen Ländern, erst in jüngster Zeit entwickelt. 1937 bestand jedoch schon ein Luftverkehrsnetz, welches alle Teile des Landes mit Moskau verband und als Verbindung zu den entfernten Gebieten der Union, vor allem Sibirien und der arktischen Küste, eine wichtige Aufgabe erfüllte. Die Gesamtlänge der Luftlinien betrug damals etwa 100 000 Kilometer. Für 1940 werden die im regelmäßigen Dienst stehenden Luftlinien auf etwa 145 000 Kilometer beziffert. Über die Fahrpreise des Luftverkehrs vor 1939 geben folgende Zahlen Aufschluß: Moskau — Lenin-grad 100 Rubel, Moskau — Baku 200 Rubel, Jakutsk — Irkutsk 1190 Rubel.

Die Angaben des neuen Fünfjahresplanes bezüglich des geplanten Ausbaues des Luftverkehrs sind spärlich. Es ist anzunehmen, daß das gesamte Programm auf diesem Gebiete, wie dies auch bei den früheren Fünfjahresplänen der Fall

war, der Öffentlichkeit nicht bekanntgegeben wird. Es liegt von Marshall *Stalin* eine Äußerung vor, nach welcher die russische Flugzeugindustrie in den letzten drei Jahren des Krieges jährlich 40 000 Flugzeuge hergestellt hat. Die amerikanische Zeitschrift *Foreign Affairs* weist in dem bereits erwähnten Artikel darauf hin, daß die Gesamtlänge der regelmäßig beflogenen Luftlinien in den Jahren vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges der Summe der in den Vereinigten Staaten beflogenen Linien nur wenig nachstand. Die genannte Zeitschrift nimmt an, daß die Hauptziele bei der geplanten Entwicklung des Luftverkehrs in der Sowjet-Union auf die Erschließung Sibiriens und Zentral-Asiens gerichtet sein werden. Gold, Pelze und wertvolle Metalle werden dort wahrscheinlich im Luftverkehr verladen werden. Es ist nicht anzunehmen, daß ein Personenverkehr in größerem Umfange eingerichtet wird. Er wird wahrscheinlich auf die Bedürfnisse der Verwaltung, auf wissenschaftliche Zwecke und Sonderlinien für den Fremdenverkehr beschränkt bleiben.

### Die Entwicklung der Verkehrsmittel 1913—1940

Transportart	1913	1938—1940
<i>Eisenbahnen</i>		
Eisenbahnen in Betrieb (1000 km) . . . . .	57.9	100.5 (1940)
Elektrifizierte Linien (1000 km) . . . . .	— —	1.8 (1940)
Beförderte Gesamtfracht (Millionen Tonnen) . . . . .	132.4	553.6 (1940)
Personenverkehr (Millionen) . . . . .	184.8	1.177.8 (1938)
<i>Binnenländische Wasserwege</i>		
Gesamtlänge des in Anwendung gekommenen Trans- portes (1000 km) . . . . .	44.6	105.9 (1939)
Beförderte Gesamtfracht (Millionen Tonnen) . . . . .	18.4	66.6 (1938)
Personenverkehr (Millionen) . . . . .	17.8	68.1 (1938)
<i>See-Transport (in Millionen Tonnen)</i>		
Durch sämtliche Schiffe beförderte Fracht . . . . .	33.1	40.6 (1935)
Durch Sowjet-Handelsflotte beförderte Fracht . . . . .	— —	30.4 (1938)
<i>Straßentransport</i>		
Im Verkehr befindliche motorisierte Lastkraftwagen und Omnibusse . . . . .	— —	806.100 (1940)
Hauptlandstraßen (1000 km) . . . . .	24.1	88.0 (1937)
<i>Luftverkehr</i>		
Gesamtlänge der im Verkehr befindlichen Linien (km) . . . . .	— —	141.793 (1940)
Gewicht der beförderten Post (in Tonnen) . . . . .	— —	11.517 (1939)
Beförderte Gesamtfracht (Tonnen) . . . . .	— —	39.654 (1939)
Personenverkehr . . . . .	— —	307.000 (1939)

### LITERATURHINWEISE

Gregory, I. S. and Shave, D. W.: The U. S. S. R., A Geographical Survey (George G. Harrap & Co. Ltd., London 1944)

— Foreign Affairs, April 1946.

Aus dem Literaturverzeichnis dieser amerikanischen Zeitschrift erwähnen wir die folgenden Quellenwerke:

Hermann, L. M.: „Next Phase in the Urals: New Plans and Potentials“, Foreign Commerce Weekly, Febr. 9, 1946, p. 5.

Kowalow, I., People's Commissar of Transport and Communications: Perspectives of Railroad Transportation, Planovoye Choiziaistvo (Planwirtschaft) 1945 (Moskau, Nr. 3).

Lessner, Erwin: Blitzkrieg und Bluff (New York, Putnam, 1943, p. 198).

von Niedermayer, Oskar: 1. Wehrgeographische Betrachtung der Sowjet-Union (Berlin 1933).

— 2. Sowjet-Rußland (Berlin 1934).

Osipow, G.: Postwar Development of the Soviet Automobile Industry, Information Bulletin of the Embassy of the U. S. S. R., Washington D. C., Februar 14, 1946, p. 140.

Schaschkow, Z., People's Commissar of the River Fleet: Basic Problems of the Development of River Transportation, Planovoye Choiziaistvo (Planwirtschaft) 1945 (Moskau, Nr. 4).

Semenoff, Wehrgeographische Studien (Berlin 1934).

— Planovoye Choiziaistvo (Planwirtschaft), Nr. 6, Moskau, 1938.

— Railway Gazette, London, Nov. 10, 1944, p. 464, Oct. 19, 1945, p. 385.

— Meschdunary Transport (Internationales Transportwesen), Nov. 1, 1945, Moskau.



## Le Havre — Prag — Odessa

In einem Aufsatz der französischen Zeitschrift „Cahiers du Monde Nouveau“ (Nr. 3, März 1946) wird von André Corbeau unter dem Titel „Die Wirtschaftsachse Le Havre-Prag-Odessa“ ein wirtschaftspolitisch beachtenswerter Hinweis gegeben:

Der Verfasser geht von der Tatsache aus, daß die Bahnstrecke Paris—Prag im Gegensatz zur allgemeinen Annahme wesentlich kürzer ist als die Bahnstrecken Paris—Berlin (1969 km) und Paris—Wien (1399 km), nämlich 1263 km.

Der Weg vom Rhein bis zum Böhmerwald beträgt in der Luftlinie nicht mehr als 300 km. Diese Strecke Kehl—Eger ist wegen ihrer Kürze die günstigste Eisenbahnverbindung durch Deutschland. Sie schneidet alle Nordsüdverbindungen Deutschlands von Bremen, Hamburg und Berlin nach der Donau, nach München und Wien. Mit Prag als Endpunkt gewinnt diese Linie eine durchaus internationale Bedeutung. Während der Zug jedoch bisher für die 500 km lange Strecke Paris—Kehl 5½ Stunden benötigte, hielt sich der Zug auf der Strecke Kehl—Eger (518 km) 14 Stunden auf, da er an allen Bahnknotenpunkten seine Fahrt unterbrach und stets lange Station machte (45 Minuten hielt der Zug in Karlsruhe und in Stuttgart, in Nürnberg sogar 100 Minuten). Infolge dieser Verhältnisse, auf deren politische Bedeutung der Verfasser besonders hinweist, entschloß sich der Pariser Reisende gewöhnlich, die schnellere Verbindung über Berlin zu wählen.

Man darf jedoch diese Linie Paris—Prag nicht nur für sich betrachten. Ihre Bedeutung beruht nicht nur auf der Verbindung der Hauptstädte Frankreichs und der Tschechoslowakei. Diese Eisenbahnverbindung hat darüber hinaus eine internationale Bedeutung als Verbindung Paris—Moskau über Prag und Warschau, vor allem aber als die kürzeste Verbindung zwischen Le Havre und Odessa.

Rußlands Ausdehnung von Wladiwostok bis Triest darf nicht zu der täuschenden Annahme verleiten, daß Rußlands Drang zum Meer befriedigt sei. Die arktische Nordmeerküste ist vereist. Leningrad und Odessa liegen an geschlossenen Meeren. Eine freie Zufahrt zum Mittelmeer würde nichts an dieser Tatsache ändern. Wladiwostok kann von Korea aus kontrolliert werden und der Hafen in der Bucht von Petsamo genügt bei weitem nicht den russischen Ansprüchen.

Eine Verbindung, welche es Rußland erlaubt, zu einem freien Meer zu gelangen, würde für alle jene Staaten einen Gewinn bedeuten, welche an der Aufrechterhaltung dieser Verbindung betei-

ligt sind. „Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam haben es noch nie bereut, daß sie ein Durchgangsland zum Rhein und zur Ruhr waren“.

Diese Verkehrsverbindung ist für Rußland sowohl von politischer als auch von wirtschaftlicher Bedeutung: sie führt vom geschlossenen zum offenen Meer, vom Schwarzen Meer zum Ärmelkanal, welcher das Tor zum Ozean ist. Das hieße für Rußland, Europa näherrücken. Damit würde Frankreich und der Tschechoslowakei eine wechselseitige Vermittlerrolle zwischen der im wesentlichen kontinentalen russischen und der Seefahrt treibenden angelsächsischen Welt zufallen.

Wirtschaftlich könnte diese „Achse Le Havre-Odessa“ eine einzigartige Rolle spielen, denn sie berührt eine große Anzahl industriell und wirtschaftlich wichtiger Gebiete:

1. Das Gebiet um Paris, welches allen Reichtum aus dem Norden Frankreichs erhält.
2. Das Gebiet um Nancy und Briey und ostwärts davon das Saargebiet.
3. Die Strecke Kehl—Eger, welche alle Verbindungen von Nord nach Süddeutschland schneidet.
4. Das gesamte nordböhmische Industriegebiet in der Tschechoslowakei.
5. Das deutsch-tschechisch-polnische Oberschlesien, das Revier um Krakau—Dombrova mit den wichtigen Hütten von Sosnowice und Huta-Bankowa.
6. In Galizien berührt die Linie das Petroleumrevier und schließlich die reichen Ebenen Rußlands, die Ukraine, Kiew, das Donezbecken und endlich Odessa.

Es gibt in Europa oder vielleicht sogar in der Welt keine ähnliche Verkehrsverbindung zwischen derartig verschiedenen wirtschaftlichen Distrikten. Im Hinblick auf die zahlreichen Verbindungen mit dem weitreichenden Wasserstraßennetz Europas steigert sich die Bedeutung dieser Eisenbahnlinie noch um ein Vielfaches.

Es wäre überaus bedauerlich, so schließt der Artikel, wenn man sich in einer Zeit, da die Gegnerschaft zwischen den großen politischen und wirtschaftlichen Blocks auflebt, nicht dem Studium einer Verkehrslinie widmete, die vor allem dazu dienen könnte, die politischen und wirtschaftlichen Hindernisse zu beseitigen, welche die Welt zersplittern.

## UNRRA

### Das Amt für Hilfsmaßnahmen und Wiederaufbau

#### Vorbemerkung

Durch den Beschluß der fünften UNRRA-Konferenz, die vom 5. bis zum 16. August 1946 in Genf tagte, übernimmt im kommenden Jahr die Ernährungs- und Landwirtschafts-Organisation der Vereinten Nationen die weitere Durchführung der internationalen Hilfsmaßnahmen der Vereinten Nationen. Damit hat die erste Phase der internationalen Maß-

nahmen zur Linderung der Kriegsnot ihren Abschluß gefunden. Zugleich ist damit auch das erste Beispiel einer weltumfassenden Hilfsaktion, die nicht der Initiative einzelner Persönlichkeiten, sondern den vereinten Anstrengungen nahezu aller Völker der Erde entsprang, zu einem erfolgreichen Ende geführt worden.

#### Vorgeschichte

Im August 1940 hatte der britische Ministerpräsident Winston Churchill vor dem Unterhaus erklärt, daß die Zerschlagung der Nazimacht den Völkern Europas Freiheit, Friede und — Nahrung bringen werde.

Zur Erreichung dieser gesteckten Ziele wurde im Spätsommer 1940 unter dem Vorsitz von Sir Frederick Leith-Ross ein Ausschuß gebildet, der sich mit dem Erwerb überschüssiger

Waren und dem Aufbau einer Reserve von Hilfsgütern befaßte.

Am 24. September 1941 trafen auf Einladung Großbritanniens Vertreter der alliierten Regierungen in London zusammen. Das Ergebnis der Konferenz war die Schaffung eines interalliierten Ausschusses für Nachkriegsbedürfnisse.

Ende 1941 wurde im Mittelmeerraum eine Hilfsorganisa-



tion für Flüchtlinge im Mittleren Osten mit dem Sitz in Kairo, die MERRA (*Middle East Relief and Refugee Administration*) ins Leben gerufen.

Bis zur Schaffung eines Amtes für Hilfe und Wiederaufbau in Übersee, der OFRRO (*Office of Foreign Relief and Rehabilitation Operation*) im Juli 1942 durch den damaligen Präsidenten Roosevelt hatten sich in den Vereinigten Staaten eine Reihe von Regierungsausschüssen mit den Fragen der Nachkriegsbedürfnisse beschäftigt. Zum Direktor der OFRRO wurde der frühere Gouverneur des Staates New York, Herbert H. Lehman, ernannt.

Nach einer eingehenden Besprechung zwischen dem amerikanischen und britischen Außenamt legten die Vereinigten Staaten am 9. Juni 1943 der Welt einen Vertragsentwurf für die Einrichtung einer internationalen Hilfsorganisation vor. Am 8. November 1943 traten die Vertreter von 44 Nationen in Washington zusammen, um das Übereinkommen über die Errichtung der UNRRA (*United Nations Relief and Rehabilitation Administration*) zu unterzeichnen. Dieses geschah zu einer Zeit, da sämtliche Versorgungsgüter unter der Verwaltung des Internationalen Versorgungsfonds ohne Ausnahme dem Kriegsbedarf zugeleitet wurden.

Aufgaben und Bedeutung der UNRRA wurden in dem in Washington unterzeichneten Entwurf für die Statuten der UNRRA festgelegt.

#### Die Statuten der UNRRA

**Vollmachten:** Dem Abkommen zufolge ist die UNRRA in Übereinstimmung mit den zuständigen Militärbehörden ermächtigt, Maßnahmen für Hilfeleistungen in den befreiten Gebieten zu planen, zu koordinieren und durchzuführen. Die UNRRA ist ermächtigt, Eigentum zu erwerben, zu besitzen und zu übertragen, Verträge abzuschließen und Verpflichtungen einzugehen, die im Rahmen ihrer Aufgaben erforderlich sind.

Jede der Signatarmächte übernimmt die Verpflichtung, die UNRRA zu unterstützen und der UNRRA Güter und Hilfsquellen zur Verfügung zu stellen. Die Art der Tätigkeit der UNRRA auf dem Boden eines Mitgliedstaates und die Verantwortung eines solchen Mitgliedstaates werden nach Beratung mit Zustimmung dieses Mitgliedstaates bestimmt werden.

**Aufgaben:** Das Tätigkeitsfeld der UNRRA umfaßt: Beschaffung von Nahrungsmitteln, Heizmaterialien, Kleidung und Unterkunft, Verhütung von Epidemien und Seuchen, Förderung des Gesundheitszustandes in den befreiten Ländern; Koordinierung der Erzeugung und des Transports von Hilfsgütern in den befreiten Gebieten; Maßnahmen für die Repatriierung von Kriegsgefangenen und in den befreiten Ländern lebenden Ausländern; Hilfsmaßnahmen zur Wiederaufnahme der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion und Wiederherstellung der lebensnotwendigen Dienste des öffentlichen Lebens in den befreiten Gebieten.

**Mitgliedschaft.** Mitglieder der UNRRA sind die Signatarmächte und die Regierungen und Stellen, welche auf eine Bewerbung um die Mitgliedschaft vom Rat oder vom Zentralschuss zugelassen werden. Die Signatarmächte sind:

Ägypten	Brasilien
Äthiopien	Chile
Australien	China
Belgien	Costa Rica
Bolivien	Dominikanische Republik

Ecuador  
Frankreich  
Griechenland  
Großbritannien  
Guatemala  
Haiti  
Honduras  
Indien  
Irak  
Iran  
Island  
Jugoslawien  
Kanada  
Kolumbien  
Kuba  
Liberien  
Luxemburg

Mexiko  
Nicaragua  
Niederlande  
Neuseeland  
Norwegen  
Panama  
Paraguay  
Peru  
Philippinen  
Polen  
San Salvador  
Sowjet-Union  
Südafrikanische Union  
Tschechoslowakei  
Uruguay  
Venezuela  
Vereinigte Staaten von Amerika

#### Organisation:

Der Rat  
Zentralschuss  
Generaldirektor  
Nachschubschuss  
Ausschuss des Rates für Europa  
Ausschuss des Rates für den Fernen Osten  
Diverse technische und beratende Ausschüsse

Der Rat ist die Körperschaft, welche die Richtlinien für die Tätigkeit der UNRRA festlegt. Er setzt sich zusammen aus einem Vertreter jedes Mitgliedstaates und den nötigen Stellvertretern. Nicht weniger als zweimal im Jahre tritt der Rat zu Sitzungen zusammen.

Der Zentralschuss übt zwischen den Sitzungen des Rates dessen Funktionen aus. Er besteht aus den Vertretern der vier Großmächte: den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, der Sowjet-Union und China. Sobald der Zentralschuss unter dem Vorsitz des Generaldirektors über die Fragen eines Mitgliedstaates verhandelt, welcher nicht im Zentralschuss vertreten ist, lädt er die Vertreter des betreffenden Mitgliedstaates ein.

Die Exekutive der UNRRA liegt beim Generaldirektor, der vom Rat durch den einstimmigen Beschluß des Zentralschusses ernannt wird. Der Generaldirektor erhält die allgemeinen Richtlinien vom Rat oder vom Zentralschuss. In regelmäßigen Abständen liefert der Generaldirektor dem Rat und dem Zentralschuss Berichte über die Fortschritte der Tätigkeit der UNRRA.

Dem Rat stehen unter anderem folgende Ausschüsse zur Seite:

der Nachschubschuss,  
der europäische Ausschuss und  
der Ausschuss für den Fernen Osten.

Der Nachschubschuss soll dem Rat und dem Zentralschuss die Richtlinien vorschlagen und formulieren, welche notwendig sind, damit die Lieferung der Versorgungsgüter erfolgen kann. Er setzt sich zusammen aus den Mitgliedern des Rates, welche diejenigen Mitgliedstaaten vertreten, die als die Hauptlieferanten von Versorgungsgütern in Frage kommen.

Der Ausschuss des Rates für Europa berät den Rat und den Zentralschuss in allen Fragen der Hilfeleistung für Europa. Er setzt sich aus allen Mitgliedern des Rates zusammen, welche europäische Mitgliedstaaten vertreten und den Vertretern der Regierungen, die sich mit den Problemen der Hilfe für Europa befassen.

Der Ausschuss des Rates für den Fernen Osten übt die gleiche Tätigkeit wie der Ausschuss für Europa für die Belange der Länder des Fernen Ostens aus.

### Die erste UNRRA-Konferenz in Atlantic City

vom 10. November bis zum 1. Dezember 1943

Am 10. November 1943, einen Tag nach der Unterzeichnung des UNRRA-Abkommens, trat der aus den Delegierten der 44 Signatarmächte bestehende Rat der UNRRA in Atlantic City zu seiner ersten Sitzung zusammen. Zum Generaldirektor wurde Herbert H. Lehman gewählt.

Zur Durchführung der Aufgaben der UNRRA wurde durch den Rat die Einsetzung von vier Hauptausschüssen beschlossen:

**Organisations- und Verwaltungsausschuss** mit vier Unterausschüssen.

**Aufgaben:** Zusammensetzung und Funktionen der verschiedenen Ausschüsse.

**Ausschuss für allgemeine Angelegenheiten** mit drei Unterausschüssen.

**Aufgaben:** Verwaltungspolitik und Verkehr mit Regierungsstellen.



**Finanz- und Nachschubausschuß** mit zwei Unterausschüssen.

**Aufgaben:** Finanzierung der Verwaltung, Nachschubausgleich sowie Einrichtung der ständigen Ausschüsse für Nachschub und Finanzen und Festlegung der Funktionen dieser ständigen Ausschüsse.

**Ausschuß für Hilfs- und Wiederaufbaufragen** mit sechs Unterausschüssen.

**Aufgaben:** Planung der technischen Durchführung der Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen.

Von der ersten Ratssitzung der UNRRA wurden unter anderem folgende Resolutionen angenommen:

die Hilfsmaßnahmen erfolgen ohne Rücksicht auf Rasse, Glaube oder politisches Bekenntnis;

die Verteilung von Hilfsgütern untersteht der Verantwortung der nationalen Regierung des entsprechenden Gebietes; alle Schichten der Bevölkerung ohne Unterschied ihres

Kaufvermögens erhalten Hilfsgüter. Die Regierung des betreffenden Landes wird die erforderliche Rationierung und Preisfestsetzung durchführen;

die Verteilung soll weitestgehend durch den privaten Handel erfolgen;

der Generaldirektor der UNRRA ist von den entsprechenden Regierungen laufend über die Verteilung der Hilfsgüter zu informieren;

Planung einer Koordinierung der kurzfristigen UNRRA-Hilfe mit den auf lange Sicht geplanten Maßnahmen der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen;

der Rat billigte ein Budget in Höhe von 10 Millionen Dollar zur Deckung der administrativen Kosten für das Kalenderjahr 1944 und setzte den prozentualen Anteil für jeden Mitgliedstaat fest.

## Die zweite UNRRA-Konferenz in Montreal

vom 16. bis zum 26. September 1944

Das zweite Treffen des Rates der UNRRA wurde vom 16. bis zum 26. September 1944 in *Montreal* abgehalten. Außer den Vertretern der 44 Mitgliedstaaten nahmen Delegierte verschiedener internationaler Organisationen als Beobachter teil. Der dänische Gesandte in den Vereinigten Staaten wohnte der Konferenz persönlich bei.

Der Rat faßte im Verlauf der Konferenz folgende Beschlüsse:

Das Budget zur Deckung der Verwaltungsausgaben für das Kalenderjahr 1945 wurde mit elfeinhalb Millionen Dollar festgesetzt. Ferner wurden die einzelnen Beiträge für den Siebeneinhalb-Millionen-Dollar-Fonds festgelegt, der zusätzlich zu dem Fonds von 1944 zur Deckung administrativer Unkosten eingerichtet werden mußte.

Der Zentralausschuß wurde ermächtigt, Dänemark unter gewissen Voraussetzungen als Mitglied aufzunehmen, sofern dies vor dem nächsten Zusammentritt des UNRRA-Rates erforderlich werden sollte.

Es wurden besondere Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung von Seuchen in Europa festgelegt.

Der Rat beschloß die Betreuung und Repatriierung aller verschleppten Personen in Deutschland.

Der ständige technische Ausschuß für verschleppte Personen empfahl die Vorbereitung einer Klassifizierung der verschleppten Personen durch die UNRRA.

Der Rat beschloß die Gewährung von 50 Millionen Dollar für die Betreuung von Müttern und Kindern, für medizinische Hilfsmaßnahmen und für die Betreuung verschleppter Personen in Italien; die Gewährung von Hilfe für die Bewohner der Dodekanes-Inseln, da diese griechischen Ursprungs sind; die Gewährung von Hilfe für diejenigen Bevölkerungsteile, die in Gegenden leben, die für das militärische Programm der Vereinten Nationen von besonderer Bedeutung sind, und in diesen Gebieten von Hungersnot und Seuchen bedroht sind.

Der Rat betonte in einer Entschließung, daß die UNRRA nicht in der Lage sein werde, das gesamte Wiederaufbauproblem von Handel und Industrie in den befreiten Ländern auf lange Sicht zu behandeln.

### Der Finanzplan der UNRRA

Jede der nicht vom Feinde besetzten Vereinten Nationen mußte ein Prozent ihres Nationaleinkommens für das Rechnungsjahr 1943, welches am 30. Juni ablief, dem Fonds zu den Verwaltungskosten der UNRRA beisteuern. Im August 1945 wurde dieser Beitrag auf zwei Prozent erhöht.

Obwohl die UNRRA von vielen Geldgebern abhängig war, arbeitete ihr Finanzplan gut. Von den ursprünglich 44 Beitrag zahlenden Nationen fielen 13 Staaten aus, weil sie unter deutscher Besetzung waren. Im September 1945 waren die Fonds von 26 Nationen bereitgestellt, und die restlichen fünf Staaten standen kurz vor der Zahlung dieser Beträge. Für viele Länder bedeutete diese Zahlung ein fühlbares Opfer. Brasiliens Fonds stellte zehn Prozent der gesamten Budgetausgaben des Staates dar. Paraguay bezahlte seinen Beitrag mit dem Erlös einer zu diesem Zweck besonders herausgegebenen Briefmarke. Indien, ein Land, das unter schweren Hungersnöten leidet, zahlte eine Summe von 24 000 000 Dollar.

Die Vereinten Nationen erwarten für die Hilfeleistungen der UNRRA keine Bezahlung. Sie wollen jedoch die Überzeugung besitzen, daß die Arbeiten der UNRRA Anerkennung finden und daß die Völker der befreiten Gebiete ihrerseits alles tun werden, was in ihrer Macht steht, damit sie ihre Wirtschaft sobald wie möglich auf eine selbständige Grundlage stellen können.

Im folgenden bringen wir die Beträge, die von den Mitgliedstaaten der UNRRA dem Hilfswerk bisher entweder bereits zur Verfügung gestellt wurden oder auf Abruf zur Verfügung stehen: der Totalbeitrag für die Vereinigten Staaten beträgt eine Milliarde 350 Millionen Dollar, für Großbritannien 322 Millionen 400 000 Dollar, für Frankreich 700 000 Dollar, für Rußland eine Million 175 000 Dollar, für die Südafrikanische Union 18 Millionen 135 000 Dollar, für Kanada über 69 Millionen Dollar und für Australien 38 Millionen Dollar.

Die Verwaltung der UNRRA wurde auf der Konferenz ermächtigt, die Fürsorge für verschleppte und versprengte Ausländer auch auf dem Gebiet feindlicher oder ehemals feindlicher Staaten zu übernehmen. Ferner wurde die Verwaltung ermächtigt, die Übertragung ansteckender Krankheiten unter den Verschleppten und Versprengten zu bekämpfen.



## Die dritte UNRRA-Konferenz in London

im August 1945

Mit dem Fortschreiten der Ereignisse wuchsen die an die UNRRA gestellten Anforderungen ins Unermeßliche. Auf der dritten UNRRA-Konferenz in London im August 1945, an der die Abgeordneten der 44 Nationen teilnahmen, erklärte der Generaldirektor der Organisation, Herbert H. Lehman: „Fast überall im befreiten Europa muß man mit Hungersnot, wirtschaftlichem Verfall und vielleicht sogar mit völligem Chaos rechnen. Wir stehen vor einer Krise. Wenn wir die befreiten Länder nur ein Jahr lang über Wasser halten, werden sie in der Lage sein, von der Zukunft ein bescheidenes Maß an Gesundheit und Sicherheit zu erwarten. Es ist unvorstellbar, daß die Vereinten Nationen die Völker der befreiten Gebiete Europas einer Hungersnot preisgeben sollten. Wenn wir nicht unverzüglich handeln, wird der Name der Vereinten Nationen in diesem Winter zum Gespött werden.“

Eines der Hauptthemen dieser Konferenz war das finanzielle Problem. Herbert H. Lehman äußerte hierzu: „Die auf der Zusammenkunft von *Atlantic City* für die UNRRA vorgesehenen Mittel genügen bei weitem nicht. Zur Ernährung der ehemals von Deutschland besetzten Länder sind allein zusätzliche Lieferungen im Werte von ein und einer halben Milliarde Dollar dringend erforderlich. Die Sowjet-Union ist mit einem Ersuchen um Lieferungen im Werte von 700 Millionen Dollar im Laufe eines Jahres an die UNRRA herangetreten. Durch die Beendigung des Krieges im Fernen Osten steht die UNRRA vor der notwendigen Durchführung eines Sofortprogramms, welches die Lieferung von 800 000 Tonnen Hilfsgütern an China vorsieht. Zur Finanzierung dieses Sofortprogramms werden mehr als zwei Milliarden Dollar benötigt werden.“

## Die vierte Tagung des UNRRA-Rates in Atlantic City

im März 1946

Am 16. März 1946, zu einer Zeit, da die ganze Welt von einer schweren Lebensmittelkrise heimgesucht wurde, hielten die Vertreter von 47 Nationen in Atlantic City die vierte UNRRA-Sitzung ab. Auf ihrer Tagesordnung standen Besprechungen über die zur Beseitigung der Nahrungsmittelnot zuergreifenden Maßnahmen. Der Generaldirektor der UNRRA, Herbert H. Lehman, beantragte eine Entschließung, welche die Mitgliedstaaten dazu aufforderte, auf der ganzen Welt die Rationierung der Nahrungsmittel durchzuführen. Er formulierte diese Forderung in vier Punkten:

1. jede Verschwendung von Nahrungsmitteln muß ausgeschaltet werden;
2. Mais, Gerste und Haferflocken müssen der Viehfütterung entzogen werden und dürfen nur noch dem menschlichen Verbrauch zugeleitet werden;
3. es müssen weniger Getreideprodukte zur Spirituosenherstellung verwendet werden;
4. Weizen und Roggen müssen zu 85 Prozent ausgemahlen werden.

Herbert H. Lehman stellte außerdem die Forderung auf, die Lebensmittelausfuhr so zu dirigieren, daß jedes Mitglied der Vereinten Nationen, welches Nahrungsmittel einführt, denselben Prozentsatz seines Verbrauchs nach dem Durchschnittsstandard der Jahre 1935 bis 1939 erhalten soll wie jedes andere einführende Land der Vereinten Nationen.

Die Leistungen der UNRRA in der zweiten Hälfte des Jahres 1945 wurden von dem Generaldirektor des Hilfswerks wie folgt beziffert: bei einem Bedarf von etwa 2 900 000 Tonnen Lebensmittel betrug die Verschiffungen der UNRRA etwa 1 800 000 Tonnen.

Zu der Frage, ob die UNRRA Ende 1946 ihre Arbeit einstellen werde, äußerte sich Herbert H. Lehman dahingehend, daß dies nicht möglich sein werde.

Mitte März 1946 trat Herbert H. Lehman, nachdem er zweieinhalb Jahre der Generaldirektor der UNRRA war, von seinem Posten zurück. An seine Stelle wurde am 29. März 1946 Fiorello H. La Guardia gewählt.

## Die fünfte Tagung des UNRRA-Rates in Genf

vom 5. bis zum 16. August 1946

Am 5. August 1946 begann die fünfte Tagung des UNRRA-Rates im Völkerbundspalast in Genf. An der Konferenz nahmen etwa 1000 Personen, darunter etwa 400 Beamte der UNRRA und 450 Vertreter der Mitgliedsämter in den einzelnen Ländern, teil. Auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Trygve Lie, war zugegen.

Auf dieser Tagung standen folgende zwei Probleme zur Debatte:

1. Wer wird Nachfolger der UNRRA?
2. Wer übernimmt die Versorgung der restlichen in Deutschland und Österreich verbliebenen 830 000 Verschleppten?

Bei seiner Ankunft in Paris hatte der Generaldirektor der UNRRA, La Guardia, erklärt, daß die UNRRA am 31. Dezember 1946 ihre Tätigkeit einstellen müsse, weil sie für 1947 über keinerlei Mittel zur Fortsetzung ihres Dienstes verfügt. Während die Empfängerstaaten für UNRRA-Hilfe — Polen, Tschechoslowakei, die Balkanländer, die Ukraine und China — eine Fortsetzung der UNRRA-Tätigkeit im Jahre 1947

wünschen, suchten die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Kanada — die Staaten, die 93 von Hundert der Lasten des Hilfswerks getragen haben —, die Organisation der Vereinten Nationen nunmehr zur maßgebenden Instanz für internationale Hilfsmaßnahmen zu machen.

Der amerikanische Unterstaatssekretär Clayton setzte den Rat der UNRRA offiziell davon in Kenntnis, daß die Vereinigten Staaten der UNRRA nach dem Ende dieses Jahres keine weiteren Mittel zur Verfügung stellen würden. Er erinnerte daran, daß die Vereinigten Staaten von Amerika 20 Milliarden Dollar an Unterstützungsgeldern, Krediten und Anleihen zur Verfügung gestellt hätten, um anderen Ländern bei der Wiederherstellung und Stabilisierung ihrer Wirtschaft zu helfen.

Der sowjetische Hauptdelegierte erklärte, die Sowjet-Union werde jeden Vorschlag auf Fortsetzung der UNRRA-Tätigkeit in Europa über den 31. Dezember 1946 hinaus unterstützen.



Die langen Diskussionen führten schließlich zu folgender Lösung:

Der Planungsausschuß der UNRRA hat sich mit dem Vorschlag des kanadischen Delegierten Leicester Pearson einverstanden erklärt, die UNRRA aufzulösen und ihre Geschäfte den Vereinten Nationen zu übertragen. Dieser Vorschlag wurde auch von den Vereinigten Staaten und von Großbritannien gebilligt. Der Leiter der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation, Sir John Boyd Orr, ein Farmer aus Schottland und Ernährungssachverständiger, hat einen Plan aus-

gearbeitet, in welchem er die Gründung eines ständigen Welt-ernährungsamtes vorschlägt. Diese Organisation soll die UNRRA in ihren Funktionen ablösen und darüber hinaus eine Art Weltplanwirtschaft durchführen, indem sie eine Weltreserve an Lebensmitteln anlegt und geeignete Maßnahmen zur Regulierung und Stabilisierung der Weltpreise trifft.

Die Frage der Versorgung der Verschleppten ist noch nicht geklärt worden. *La Guardia* wandte sich gegen jede einzelstaatliche Lösung des Problems und betonte, daß die Fürsorge immer auf internationaler Basis erfolgen müsse.

## Die Leistungen der UNRRA

### *Die ersten Hilfsmaßnahmen der UNRRA nach Einstellung der Feindseligkeiten*

Die Leistungen des Hilfswerks der Vereinten Nationen werden erst offenbar, wenn man sich die Schwierigkeiten vergegenwärtigt, mit denen die UNRRA im Sommer des Jahres 1945 zu kämpfen hatte. Zunächst konnte die UNRRA ihre Hilfskräfte in kein Land senden, ohne vorher die Erlaubnis der Militärbehörden und anschließend die der Landesregierung eingeholt zu haben. Es war ihr schwer möglich, sich Versorgungsgüter und Personal zu beschaffen, da die Armeen überall den Vorzug hatten. Obwohl die Hilfeleistungen, welche die UNRRA zu erfüllen hatte, überaus groß waren, fehlte es niemals an Kritik.

Wie vielfältig die von der UNRRA zu lösenden Aufgaben waren, zeigte sich erst im Verlauf der Befreiung der besetzten Gebiete: denn obwohl der Hauptanteil der Versorgungsgüter, die die UNRRA nach Europa sandte, in Lebensmitteln bestand, galt es im Jahre 1945 fortwährend, besonderen Notständen Rechnung zu tragen. Das Vermögen der UNRRA betrug Ende 1945 etwa 450 Millionen Pfund Sterling, von denen bis zum Frühjahr 1946 bereits 400 Millionen Pfund Sterling ihrem Zwecke zugeführt worden sind.

In Frankreich, das die Absicht hatte, sich im wesentlichen selbst zu helfen, gab es doch viele Tausende von Verschleppten, die der UNRRA-Hilfe bedurften.

Während man in Holland daran ging, das zerstörte Land wieder aufzubauen, organisierte die UNRRA die zeitweilige Evakuierung holländischer Kinder nach England, weil für sie nicht mehr genug Nahrung vorhanden war.

Noch während in der Tschechoslowakei Kämpfe stattfanden, rollten die ersten Lastwagen der UNRRA in die Ost-Slowakei und nach Brünn, der Hauptstadt Mährens, wo eine Hungersnot herrschte. Diese Fahrzeuge waren die einzigen Transportmittel, die im Lande verkehren konnten. Sie brachten Fleisch, Fett und gedörrte Pflaumen. Zu den ersten Lieferungen an die Tschechoslowakei zählten auch Penicillin und andere Heilmittel. Nach einem Bericht des tschechoslowakischen Außenministers Jan Masaryk wurde durch diese schnelle Hilfe eine Typhus- und Fleckfieberepidemie verhütet. Ende 1945 legte die Tschechoslowakei dem Rat der UNRRA eine Liste ihrer überschüssigen Verbrauchsgüter vor, und damit wurde sie das erste Land, dem die UNRRA geholfen hatte und welches nun selbst bereit war, anderen zu helfen.

Die ersten Hilfeleistungen für Polen, welche über Konstanza am Schwarzen Meer und Rußland ihr Bestimmungsland erreichten, bestanden aus Nahrungsmitteln, Fetten, Öl, Seife und Heilmitteln.

Eine Vielzahl von Problemen bot sich in Griechenland. Das Land benötigte umgehend Lebensmittel, aber ehe die Nahrungsmittel eingeführt werden konnten, mußten die

griechischen Häfen instandgesetzt werden. Bevor die Nahrungsmittel in das Innere des Landes transportiert werden konnten, mußten die Straßen befahrbar gemacht und die Brücken gebaut werden. In Griechenland wurden zehn Flugzeuge eingesetzt, welche die malariagefährdeten Gebiete mit DDT bestäubten und ein Lazarettsschiff, welches die Inseln der Ägäis bereiste, um jenen Gemeinden, die vom Verkehr abgeschnitten waren, medizinische Hilfe zu bringen. Griechenland erhielt Penicillin zur kostenlosen Verteilung in Athen. Um den Fischbestand der griechischen Seen wieder aufzufrischen, sandte die UNRRA Fischfutter mit dem Flugzeug aus Ägypten.

In Jugoslawien wurden die Hilfsmaßnahmen durch die Lahmlegung des Verkehrs im Lande wesentlich erschwert. Die Straßen und Brücken waren zerstört und Lastwagen konnten kaum hundert Kilometer fahren, ohne ab- und wieder aufzuladen zu müssen. Die UNRRA half zunächst, indem sie technische Hilfsmittel und Material zur Ausbesserung von Straßen und Eisenbahnverbindungen sowie Lokomotiven, Lastwagen und Maultiere lieferte. Jugoslawien erhielt den größten Prozentsatz an Kleidungsstücken und Lebensmittel-mengen, welche, nach Aussagen von Mitgliedern der Regierung, Hunderttausende vom Hungertod erretteten. Jugoslawien erhielt 50 Traktoren, damit sie helfen, der landwirtschaftlichen Krise zu begegnen, außerdem lieferte die UNRRA Taucherausrüstungen, um gesunkene Ladungen des Hilfswerks in der Adria zu heben.

Obwohl Italien einstmals zu den Feindstaaten zählte, erhielt es seit Ende 1945 Hilfslieferungen, nachdem im August 1945 der amerikanische Delegierte auf der Londoner Konferenz erklärte, daß sich Italien durch sein Verhalten während der letzten zwei Kriegsjahre eine gleiche Behandlung verdient habe, wie sie die Vereinten Nationen erfahren. Diese ersten Hilfslieferungen enthielten zusätzliche Lebensmittelrationen für Mütter und Kleinkinder, außerdem Ambulanzen und Heilmittel sowie 24 transportable Getreidemöhlen.

Auch Deutschland und Japan werden UNRRA-Hilfeleistungen erhalten, wenn in einem dieser Länder gefährliche Epidemien ausbrechen sollten. Die entsprechenden Maßnahmen wurden sofort getroffen. In großem Umfange betreut die UNRRA die Verschleppten, welche sich in Deutschland und Österreich befinden sowie Deutsche, die von den Nazis verfolgt worden sind.

Es ist das Verdienst der 250 im Dienste der UNRRA stehenden Ärzte und 363 Krankenschwestern, daß der Gesundheitszustand der von der UNRRA betreuten Personen im vergangenen Winter erstaunlich gut war. Sämtliche Verschleppten wurden mit DDT behandelt. Im Frühjahr 1946 wurde ein Impfprogramm gegen Fleckfieber, Typhus, Schwarze Pocken und Diphtherie durchgeführt. Viele Lager in Deutsch-



land haben eigene Krankenhäuser. Fahrbare Röntgenstationen nehmen in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Roten Kreuz eine Lungenuntersuchung sämtlicher verschleppter Personen in der amerikanischen Zone vor.

Eine besondere Aufgabe stellt die Betreuung von 5000 alleinstehenden Kindern dar, die ihre Eltern entweder in den Konzentrationslagern verloren haben oder von ihnen durch Kriegseignisse getrennt worden sind. Ihre Versorgung geschieht in sieben Kinderlagern der UNRRA. Ein weiteres Problem bedeutet das Auffinden der Kinder von Angehörigen der Vereinten Nationen, die als Zwangsarbeiter nach Deutschland verschleppt wurden oder die in Deutschland von solchen Eltern geboren und in deutschen Heimen aufgezogen wurden.

Sobald die Herkunft eines Kindes ermittelt worden ist, wird von der UNRRA das *Zentralfahndungsbüro in Frankfurt am Main* verständigt. Dieses setzt sich darauf mit der entsprechenden Stelle in dem Heimatlande des Kindes in Verbindung. In sechzehn europäischen Ländern gibt es solche Fahndungsbüros. Im Frankfurter Zentralbüro laufen täglich 5000 Briefe ein; es bedient sich zwanzig verschiedener Sprachen.

#### Die UNRRA-Hilfe für Österreich

Damit Österreich seine Wirtschaft wieder aufbauen kann und seinen gebührenden Platz unter den friedliebenden Völkern der Welt findet, stellte Ende August 1945 der amerikanische Unterstaatssekretär *Clayton* den Antrag, auch Österreich die UNRRA-Hilfe zu gewähren. Damit die UNRRA ihr Werk in Österreich beginnen kann, müssen jedoch zwei Bedingungen erfüllt werden:

1. Der Alliierte Rat für Österreich muß eine offizielle Einladung an die UNRRA mit der Bitte um ihre Hilfeleistung richten.

2. Die für die Durchführung ihrer Aufgabe erforderlichen Geldmittel müssen sichergestellt werden.

Der Alliierte Rat für Österreich war bis zum November 1945 nicht in der Lage, ein formelles Ansuchen um UNRRA-Hilfeleistungen zu stellen, da der Vertreter der Sowjet-Union beim Alliierten Rat noch nicht den Umfang des Bedarfes in der russischen Zone bekanntzugeben vermochte.

Die Tätigkeit der UNRRA in Österreich beschränkte sich Ende des Jahres 1945 darauf, den alliierten Armeen bei ihren Fürsorgemaßnahmen für die verschleppten Personen beizustehen.

Anfang Dezember wurde vom Alliierten Rat für Österreich ein kleines Komitee der UNRRA eingesetzt, welches die Frage der Hilfsmaßnahmen für die österreichische Zivilbevölkerung prüfen sollte. Die Mitglieder des UNRRA-Ausschusses erklärten, daß trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage des Landes Grund zur Hoffnung besteht, daß sich Österreich mit Hilfe der UNRRA in vier bis fünf Jahren erholen werde. Die im Frühjahr 1946 einsetzende UNRRA-Hilfe für Österreich erreichte während der folgenden Wochen noch nicht den Stand, der notwendig gewesen wäre, um der notleidenden Bevölkerung entscheidend zu helfen.

Bis zum 1. Juli 1946 betrug das Gesamtgewicht der nach Österreich gelieferten Lebensmittel jedoch 224 273 Tonnen. Die im Laufe des Monats Juni 1946 zur Verfügung gestellten

85 943 Tonnen Lebensmittel erhielt die österreichische Regierung kostenfrei. Die durch den Verkauf der Lebensmittel erzielten Gewinne werden einem besonderen Fonds zugewiesen, der Wiederaufbauzwecken in Österreich dient.

Außer den Lebensmitteln lieferte die UNRRA bis zum 30. Juni 1946: 24 979 Tonnen Kohle, 1000 Fahrzeuge, 263 Anhänger, 388 Traktoren und 5151 Tonnen Quebracho (ein Mittel zum Gerben von Häuten).

Österreich erhielt ferner 1156 Tonnen ärztliche Bedarfsartikel, darunter 744 Tonnen Medikamente, 392 Tonnen Material für die Einrichtung von Spitälern und eine Tonne Geräte für Röntgenstationen.

#### Die Hilfsmaßnahmen der UNRRA bis zum Sommer 1946

Bis Mitte Mai 1946 wurden etwa 10 Millionen Tonnen Versorgungsgüter im Werte von einer Milliarde Dollar nach den europäischen Ländern verschifft. Die folgenden Zahlen geben die Menge der bis April 1946 nach Europa versandten Güter an:

	Tonnen		Tonnen
Italien	2 558 556	Österreich	132 574
Griechenland	2 560 808	Albanien	107 683
Jugoslawien	1 670 756	Bjelorußland	73 396
Polen	924 502	Dodekanes-Inseln	7 410
Tschechoslowakei	761 145	Ungarn	1 197
Ukraine	178 881	Finnland	805

Gesamt 8 977 713

Von diesen Gütern waren 4 713 799 Tonnen Lebensmittel, 280 734 Tonnen Kleidung, Textilwaren und Schuhe, 711 492 Tonnen Material für den Wiederaufbau der Landwirtschaft und 3 250 616 Tonnen Güter für den Wiederaufbau der Industrie (2 440 732 Tonnen hiervon waren Kohlen und Brennstoffe).

Die folgenden Zahlen geben die Gesamtausgaben der UNRRA für Versorgungsgüter bis zum 30. Juni 1946 an (in Millionen Dollar):

Albanien	25,6	Ungarn	3,3
Österreich	53,9	Italien	359,4
Bjelo-Rußland	53,4	Polen	375,0
Tschechoslowakei	241,6	Ukraine	161,9
Dodekanes-Inseln	3,0	Jugoslawien	369,3
Griechenland	316,8		

Bis zum 31. Dezember 1946, dem Datum, an dem die UNRRA ihre Tätigkeit einstellen soll, wird die Gesamtsumme der von der UNRRA ausgegebenen Beträge 2337 Millionen Dollar erreicht haben.

Im ersten Halbjahr 1946 hat die UNRRA 4,15 Millionen Tonnen Lebensmittel zur Verteilung in den europäischen und ostasiatischen Ländern erhalten. Die UNRRA-Lieferungen nach Europa und dem Fernen Osten für die Zeit von April bis zum Juli 1946 in Höhe von 1 923 224 Tonnen stellen einen Rekord dieses Hilfswerks dar. Dem Umfang der Verschiffungen im zweiten Viertel des Jahres 1946 entspricht die vorhandene Dringlichkeit und Not. Es ist in diesem Zeitraum nicht möglich gewesen, die Lücke zwischen Bedarf und Hilfeleistung zu schließen.



# Welt-Ölförderung und Reserven

Die seit Jahrzehnten stattfindende Steigerung der Erdölförderung nahm auch während des zweiten Weltkrieges, trotz der großen Zerstörungen, ihren Fortgang. Gegenüber 1938 nahm die Weltförderung bis zum Jahre 1945 um 32 Prozent zu. Hauptsächlich in den Vereinigten Staaten, Venezuela und dem Mittleren Osten erfolgte eine Steigerung, während die europäischen Länder einschließlich der Sowjet-Union und auch der Ferne Osten einen beträchtlichen Rückgang aufweisen.

## WELTERDÖLFÖRDERUNG (in Millionen Tonnen)

(Bericht der „Shell“ Transport and Trading Co. Ltd. 1945)

	1913	1938	1945
Vereinigte Staaten von Amerika	34.030	170.69	244.58
Venezuela . . . . .		28.11	47.16
Sowjet-Union . . . . .	9.193	30.11	25.50
Iran . . . . .	0.248	10.36	17.11
Mexiko . . . . .	3.838	5.52	6.13
Rumänien . . . . .	1.848	6.87	4.78
Irak . . . . .		4.37	4.35
Argentinien . . . . .		2.41	3.26
Kolumbien . . . . .		3.12	3.23
Trinidad . . . . .		2.58	3.08
Saudi-Arabien . . . . .		0.07	2.85
Peru . . . . .		2.22	1.93
Niederländisch-Indien . . . . .		7.39	1.36
Ägypten . . . . .		0.23	1.34
Bahrein . . . . .		1.13	1.00
Kanada . . . . .		0.90	0.89
Britisch-Borneo . . . . .		0.91	0.30
Britisch-Indien und Burma . . . . .		1.46	0.36
Andere Länder . . . . .		2.08	2.79
Insgesamt . . . . .	49 157	280.53	372.00

Nach vorsichtigen Schätzungen wird bis 1965 gegenüber 1938 eine Steigerung des Weltbedarfs um 8,8 Prozent auf 527,3 Millionen Tonnen erwartet. Heute beträgt der Anteil des Erdöls an der gesamten Energieerzeugung der Welt rund 20 Prozent. In den Vereinigten Staaten hat dieser Anteil bereits 35 Prozent überschritten. Bei steigender Verwendung im Flug- und Schiffsverkehr und einem allgemeinen Übergang zur Vorratswirtschaft muß sich der Bedarf weiter erhöhen.

Die Vereinigten Staaten stehen in der Weltölförderung heute an erster Stelle. Während des Krieges betrug der amerikanische Anteil an der Weltförderung etwa 65 Prozent gegenüber 60 Prozent im Jahre 1938. Das Bild verändert sich jedoch, wenn man neben die tatsächliche Förderung die Schätzungen über die noch vorhandenen Weltreserven stellt.

## ERDÖLRESERVEN DER WELT

Vereinigte Staaten von Amerika	3	Milliarden Tonnen
Südamerika . . . . .	1.5	„
Asien . . . . .	10-12	„
Europa . . . . .	2- 3	„
Weltreserven . . . . .	ca. 18	Milliarden Tonnen

Diesen Schätzungen zufolge gehen die Weltbestände in etwa 30 bis 40 Jahren zur Neige. Die Vereinigten Staaten werden ihre Reserven infolge der stärksten Ausbeutung zuerst aufgebraucht haben. Aus diesem Grunde versuchen die großen amerikanischen Ölfirmen, aber auch die Sowjet-Union, Konzessionen, Schürfungs- und Produktionsrechte im Ausland zu gewinnen. Heute werden überall in der Welt, in Kansu

(China), im südlichen Himalaja, in den Gebirgen Hinterindiens, an der kalifornischen Küste und am Kaspischen Meer neue Quellen gesucht. An den beiden letztgenannten Stellen ist man zu Unterwasserbohrungen übergegangen.

## DIE VEREINIGTEN STAATEN VON NORDAMERIKA

Von den 48 nordamerikanischen Staaten sind 25 an der Erdölförderung beteiligt, wobei der Anteil der Staaten Texas, Kalifornien und Oklahoma allein 63 Prozent der gesamten Inlandförderung beträgt. Nimmt man die Staaten Kansas und Louisiana noch hinzu, so fördern diese fünf Staaten zusammen 80 Prozent der amerikanischen Produktion.

Im Jahre 1939 betrug die Gesamtförderung der Vereinigten Staaten 170,5 Millionen Tonnen Erdöl, von denen 137,9 Millionen Tonnen in den bereits genannten fünf Spitzenstaaten gefördert wurden.

Nach einer jahrzehntelangen Periode rücksichtsloser Ausbeutung ist das heutige Ziel der amerikanischen Ölpolitik eine rationelle Auswertung der 400 000 derzeit ergiebigen Quellen und eine Unterschreitung der durchschnittlichen Förderkapazität. Während vor dem Kriege die Förderung täglich mit 1,2 Millionen Faß hinter der möglichen Kapazität zurückblieb, wurde im Jahre 1945 das rentable Kapazitätsmaximum mit 300 000 Faß täglich und selbst in der ersten Hälfte des Jahres 1946 noch mit 200 000 Faß täglich überschritten. Trotz des Rückgangs im Bedarf der amerikanischen Luftwaffe und der amerikanischen Armee ist kein erheblicher Förderungsrückgang eingetreten. Ein starkes Absinken wird auch in nächster Zukunft nicht erwartet.

Die Vereinigten Staaten stehen aber nicht nur in der Erdölförderung, sondern auch im Ölverbrauch an der Spitze. Der Ölverbrauch der Vereinigten Staaten, umgerechnet auf den Kopf der Bevölkerung, beträgt jährlich 288,2 kg; an zweiter Stelle steht England mit nur 57,8 kg.

96 Prozent der Rohölförderung der Vereinigten Staaten werden destilliert, wobei allein 45 Prozent der Fabrikationsmenge zu Benzin verarbeitet werden. Im Jahre 1940 betrug die Erzeugung der Vereinigten Staaten 1294,3 Millionen Faß Rohöl sowie 39,3 Millionen Faß Rohbenzin, das aus Erdgas gewonnen wurde. Hieraus wurden 582,6 Millionen Faß Benzin, 316,2 Millionen Faß Heizöl und sonstige Produkte wie destilliertes Heizöl, Leuchtöl und Schmieröl gewonnen. In diesen Zahlen sind die importierten Rohölmengen einbegriffen. Im Jahre 1943 betrug der Import an Rohöl beispielsweise 52,5 Millionen Faß.

Im Jahre 1938 betrug der Gesamtexport in Form von Rohöl, Benzin und Heizöl 194,3 Millionen Faß. Davon erhielten

Japan	31,4	Millionen Faß
Kanada	30,7	„
Frankreich	21,2	„
Großbritannien	18,2	„
Niederl. Westindien	11,2	„

Die Vereinigten Staaten verfügen über einen beträchtlichen Anteil an Erdölreserven außerhalb ihres eigenen Landes und außerhalb des amerikanischen Kontinents. 56 1/2 Prozent der bekannten Erdölreserven stehen unter amerikanischer Kontrolle. Die Erdölvorkommen in Peru und Kolumbien sind im Alleinbesitz der Vereinigten Staaten. In Venezuela, Bahrein, Niederländisch-Indien, Irak und in den europäischen Ländern verfügen die Vereinigten Staaten über beträchtliche Besitzanteile. Diese Vormachtstellung auf dem Ölmarkt ist, ka-



pitalmäßig gesehen, aus der Privatinitiative hervorgegangen, wenn auch der Staat mehrfach nachgeholfen hat. Die heutige beherrschende Stellung der Vereinigten Staaten verteilt sich auf die *Standard Oil-Company of New-Jersey*, die *Standard Oil-Company of Indiana*, *Standard Oil-Company of California*, *Socony Vacuum Oil-Company* und die *Texas Oil-Company*, von denen die *Standard Oil (Cal)* und die *Socony Vacuum* selbständig gewordene Glieder der von *Rockefeller* beherrschten *Standard Oil (NJ)* darstellen.

Die Beteiligung der Vereinigten Staaten an außeramerikanischen Erdölvorkommen erfolgt gewöhnlich durch Tochtergesellschaften der bereits genannten großen amerikanischen Ölkonzerne, während andere Staaten in mehr oder weniger ähnlicher Form mit privatem oder staatlichem Kapital beteiligt sind. An der *Irak-Petroleum-Company* z. B. ist die *Standard Oil (NJ)* mit 23,75 Prozent beteiligt. Eine rein amerikanische Gesellschaft ist die Gemeinschaftsgründung der *Standard Oil (Cal)* und *Texas Oil* in Bahrain: die *Caltex Bahrain*.

1938 betrug die Tagesproduktion der amerikanischen Gesellschaft am Persischen Golf 350 000 Faß. In Niederländisch-Indien haben sich die Vereinigten Staaten durch die unablässigen Bemühungen *Rockefellers* gegen die scharfe Konkurrenz der holländisch-britischen *Royal Dutch Shell Company* einen Anteil an dem Besitz der dortigen Erdölquellen gesichert. Der Erwerb dieser Konzessionen wurde jedoch erst 1920 nach einem amerikanischen Einspruch bei der holländischen Regierung ermöglicht.

Auch in Europa haben die Vereinigten Staaten durch Kapital-Investierungen der *Standard-Oil* und der anderen amerikanischen Gesellschaften Konzessionen erworben, vor allem in Rumänien, Ungarn und Österreich, aber auch in rein verarbeitenden Ländern, wie zum Beispiel in Italien.

## MEXIKO

Mexiko war einst das größte ölfördernde Land der Welt. 1921 betrug die Förderung in Mexiko 29 Millionen Tonnen, also etwa 35 Prozent der gesamten Weltförderung. Die Ölgebiete in Mexiko verteilen sich auf das Südrevier mit dem Hinterland von Tuxpan und das Nordrevier mit Tampico sowie das Tehuantepec-Revier südwestlich von Vera Cruz. Die Erschließung der Ölfelder erfolgte unter Beteiligung von britischem und amerikanischem Kapital. 1938 betrugen die britischen und amerikanischen Investitionen insgesamt 450 Millionen Dollar. Die britischen Interessen werden seit 1908 durch die *Mexican Eagle*, eine Tochtergesellschaft der *Royal Dutch Shell*, vertreten. Anfang der zwanziger Jahre entstanden durch Initiative des mexikanischen Staates Raffinerien, Pipelines und Lagerräume. 1936 verfügte die *Mexican Eagle* allein über drei Großanlagen mit einer Kapazität von täglich 75 000 Faß. Bis zu diesem Zeitpunkt waren in Mexiko insgesamt 4974 km Pipelines gebaut worden, und die errichteten Lagerräume konnten 73 Millionen Faß aufnehmen.

Die schlechten Löhne in der mexikanischen Erdölindustrie, die hohen Benzinpreise in Mexiko selbst (34 Prozent höher als in den Vereinigten Staaten) und die Armut des Landes überhaupt bildeten den Hintergrund für die seit langer Zeit geplante und im Jahre 1938 durchgeführte Verstaatlichung aller Erdölgesellschaften. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien konnten in diesen politisch unruhigen Zeiten den Verstaatlichungsmaßnahmen Mexikos nur auf wirtschaftlichem Gebiete begegnen. Der Boykott der britisch-amerikanischen Tankerflotte (83 Prozent der Welt-Tankerflotte) zeitigte jedoch keinen Erfolg. Es gelang Mexiko in verhältnismäßig kurzer Zeit, genügend Abnehmer für sein Erdöl zu

finden, wenn auch das Niveau von vor 1937 nicht wieder erreicht wurde.

## PERU

Die Förderung in den Gebieten von Labrea und Negritos wird in Talara raffiniert. Die Industrie wird von *Shell* beherrscht. Die Förderung geht zum Teil nach Argentinien, Frankreich und Kanada. Wenn auch die gegenwärtige Förderung nicht überragend ist, so gelten die verkehrswirtschaftlich noch nicht erschlossenen Vorkommen auf der Abdachung der Kordillieren zum Amazonas-Gebiet hin als erfolversprechende Zukunftsreviere.

## VENEZUELA

Den zweiten Platz in der Welt-Erdölförderung nimmt Venezuela ein; als Ausfuhrland steht es sogar an erster Stelle. Die ergiebigsten Quellen des Landes liegen westlich und östlich vom Maracaibo-See, aber auch in den östlichen Provinzen St. Monagas und Anzoategui sind ölhaltige Gebiete in den zwanziger Jahren entdeckt worden. 1923 betrug die Förderung nur 639 000 Tonnen, die Zahl verzweihunddreißigfache sich aber dann bis 1929 auf 20,4 Millionen Tonnen und erreichte 1946 mit 47,16 Millionen den Höchststand. Bis 1939 betrug die Gesamtförderung Venezuelas 250 Millionen Tonnen. Über 90 Prozent des exportierten Rohöls gehen nach Curacao und Aruba, wo vor allem Flugbenzin hergestellt wird. Die auf der holländischen Insel Curacao befindlichen Raffinerien sind in englischem Besitz. Die Ölgewinnung in Venezuela wird zu 80 Prozent von amerikanischem Kapital beherrscht. Die anderen 20 Prozent stehen unter britischer Kontrolle.

## ARGENTINIEN

Die Bedeutung Argentinien für die Ölförderung der Ibero-Amerikanischen Staaten hat sich besonders seit 1939 gezeigt. Argentinien verfügt über das besonders günstige Revier von Comodoro Rivadavia an der patagonischen Küste, wo das Rohöl unmittelbar auf die Tankschiffe gepumpt werden kann. Der Anteil dieses Reviers an der Gesamtförderung Argentinien beträgt 83 Prozent.

## KOLUMBIEN

Die Rohölförderung Kolumbiens beträgt, ähnlich wie in Argentinien, jährlich etwas über drei Millionen Tonnen. Infolge des geringeren Eigenverbrauches des Landes spielt Kolumbien eine wichtige Rolle auf dem Weltmarkt und steht in seinen Reserven Venezuela nicht nach. Die ölhaltigen Felder befinden sich hauptsächlich an der Nordwestküste und am Magdalena-Strom sowie als Fortsetzung der Vorkommen am Maracaibo-See an der Grenze von Venezuela.

Im Hauptölvorrevier Barras la Bermeja am mittleren Magdalena-Strom werden etwa 10 Prozent der Förderung in eigener Raffinerie für den landeseigenen Verbrauch verarbeitet, während die übrigen 90 Prozent durch Pipelines nach den Häfen Cartagena und Carvena gepumpt werden, um von dort nach Aruba, Kanada und Frankreich exportiert zu werden. Bisher sind an der Erdölförderung Kolumbiens nur amerikanische Gesellschaften beteiligt (*Standard Oil in Tropical-Oil-Company* und *Socony Vacuum* und *Texas Oil* im *Barcos-Revier*).

## DIE SOWJET-UNION

Ähnlich wie die Vereinigten Staaten wurde die Sowjet-Union im Laufe der dreißiger Jahre zum Selbstverbraucher ihrer gesamten Erdölproduktion. Nach Beendigung des zweiten Weltkrieges ist die Sowjet-Union sogar zu einem bedeutenden Einfuhrland geworden.

Die ältesten und wichtigsten Quellen liegen (vorläufig noch) im Kaukasus. Um Baku, Grozny und Maikop werden allein



99 Prozent des Erdöls der Sowjet-Union gefördert, wobei Baku mit 50 Prozent der sowjetischen Gesamtförderung den ersten Platz einnimmt. Transporttechnische Gründe — die russischen Industriezentren liegen in der Ukraine und im Ural-Kusnezker-Gebiet — und auch wehrwirtschaftliche Gründe veranlaßten die Sowjet-Union, nach neuen, zentraler gelegenen Erdölfeldern zu forschen. Zwischen Südural und der mittleren Wolga ist auf Grund der Forschungen von J. Gubkin, dem sogenannten Vater der *Devon Naphta*, ein zweites Baku erstanden. An erster Stelle steht der Kreis Stawrapol im Gebiet Kuibischew, wo schon jetzt sechs Bohrlöcher täglich je 100 Tonnen fördern. Als ergiebiges Gebiet ist ebenfalls die Solnyschlucht bei Ischimbajewo neben den Quellen von Tujemasy (ca. 200 Kilometer von Ufa entfernt) und Sewerokamsk zu erwähnen. Neuerdings werden auch in der Kirgisen-Republik, auf Sachalin und am Nordostufer des Baikal-Sees Versuchsbohrungen durchgeführt. Um eine gewisse Selbstversorgung der verschiedenen Gebiete der Sowjet-Union zu erreichen, wird sogar in der Arktis geschürft. In Sibirien ist man mit der Entwicklung des Kohleverflüssigungsverfahrens beschäftigt, und im Leningrader Gebiet wird das estnische Schieferöl, das einen Bitumengehalt von 20 Prozent hat, verwertet.

Im Jahre 1917 verfügte die Sowjet-Union über 1000 Kilometer Pipelines. Die Entwicklung der Erdölförderung parallel mit der Transportmittelentwicklung brachte einen Ausbau der Pipelines mit sich. Im Jahre 1938 verfügte die Sowjet-Union bereits über 8000 Kilometer Pipelines.

Die Erdölförderung wurde von 1922 bis 1938 verfünffacht. Gegenwärtig unternimmt die Sowjet-Union alle Bemühungen, um den während des Krieges erlittenen Rückschlag wieder aufzuholen. 1945 betrug die Förderung 25 Millionen Tonnen, sie soll bis 1950 auf 35,5 und später im Rahmen weiterer Fünfjahrespläne auf 60 Millionen Tonnen gesteigert werden.

Das Raffinieren des Rohöls wird in der Sowjet-Union meist am Ort der Förderungsstätte oder in der Nähe vorgenommen. Die großen Raffinerien befinden sich in Batum, Baku, Grozny, Abavir, Orzk, im Donbecken, in der Ukraine, in Moskau, in Ivanowo, Gorki, Saratow und Leningrad.

Durch Abtretung der Ostgebiete Polens hat die Sowjet-Union östlich Halic (Galizien) ein Ölfeld hinzubekommen, das einen jährlichen Ertrag von 650 000 Tonnen liefert.

In diesem Jahr hat die Sowjet-Union auch eine *Sowjetisch-Iranische* Ölgesellschaft gegründet, die einen breiten Landstreifen an der iranischen Nordgrenze konzessioniert bekommen hat.

ÖSTERREICH

Trotz amerikanischen und britischen Einspruchs betrachtet Sowjet-Rußland unter Anführung der Potsdamer Beschlüsse die Zistersdorfer Ölfelder in der russischen Besatzungszone Österreichs als reichsdeutsches Eigentum und somit als Reparationsgut. Die derzeitige Produktion von Zistersdorf beträgt etwa 74 000 Tonnen im Monat (= 70 Prozent der übersteigerten Kriegsausbeutung). Die Vorschläge über die Einsetzung einer *Sowjetisch-Österreichischen Ölgesellschaft* konnten noch nicht realisiert werden.

UNGARN

Die Lage in Ungarn ist im Vergleich zu Österreich günstiger. Zwischen der Sowjet-Union und Ungarn wurde ein Vertrag geschlossen, demzufolge eine *sowjetisch-ungarische* Gesellschaft gegründet wurde. Ungarn kann aber überschüssiges Erdöl nach anderen Ländern exportieren und hat erst im Juli dieses Jahres mit der Schweiz einen Vertrag über Lieferung von 60 000 Tonnen Öl geschlossen.

RUMÄNIEN

Rumänien ist auch heute noch das größte Erdöl produzierende Land Europas (nach der Sowjet-Union). Die höffigen Felder liegen zwischen Tergoviscea und Bacau am östlichen Karpathenrand und um Ploesti, Dambowitza und Prahowa. Das geförderte Rohöl ist von ausgezeichneter Beschaffenheit. 1936 erreichte Rumänien einen Erdölertrag, der 3,5 Prozent der Weltförderung betrug. Seither sinkt die geförderte Menge unaufhaltsam, da die Erschließung infolge des ungünstigen Bergrechtes nur geringe Fortschritte macht. Etwa 90 Prozent der rumänischen Förderung werden in modernen Raffinerien (Crack-Anlagen) verarbeitet, während der Rest über Konstanza und Giurgu auf See- und Flußdampfern nach Mittel-Europa ausgeführt wird. Vor dem zweiten Weltkrieg waren Frankreich, England und Italien die Hauptabnehmer. Die Erschließung wurde in ihren Anfängen von Deutschland gefördert (60 Prozent deutsches Kapital). Nach dem ersten Weltkrieg faßten amerikanische, englische und französische Erdölgesellschaften Fuß in Rumänien (*Astra Romana, Shell Romana Americana, Standard Oil, Steaua Romana*). Während des zweiten Weltkrieges wurde Deutschland Nutznießer der rumänischen Ölquellen. Heute muß Rumänien 65 Prozent (das sind fast drei Millionen Tonnen) seiner Gesamtproduktion als Reparationsleistung an die Sowjet-Union liefern und weitere 182 000 Tonnen im Austausch gegen Stahl und Kohle, so daß Rumänien nur noch etwa 3,5 Prozent seiner Vorkriegsexportquote zur Verfügung stehen.

DEUTSCHLAND

Die im Gebiet von Celle erschlossenen Erdölquellen machten mit einer Jahresförderung von etwa 600 000 Tonnen nur einen kleinen Teil des deutschen Bedarfes aus. In Deutschland gibt es jedoch reichlich verbreitet Ölschiefer. Raffinerien befanden sich am Mittellandkanal und in Harburg-Hamburg.

An der Weltförderung ist Deutschland seit 1918 kaum beteiligt.

Die deutsche Erdölgewinnung betrug etwa 0,15 Prozent der Gesamtförderung der Welt. Ihre Entwicklung ergibt sich aus nachstehenden Zahlen:

1920	34 800	Tonnen Erdöl
1938	553 000	„ „

BRITISCHES WELTREICH

Wenngleich Großbritannien im eigenen Lande so gut wie über keine Ölvorkommen verfügt, so beherrscht es doch durch sein Kapital 20 Prozent der Weltförderung. Acht Prozent seines Bedarfes deckt Großbritannien durch Import aus den Dominien. Vier Prozent des Gesamtbedarfes von 11,6 Millionen Tonnen wurden 1938 durch Verarbeitung von Steinkohle und Ölschiefer in Großbritannien selbst gewonnen. Die große Hydrieranlage in *Billingham* produzierte 1935 bereits 100 000 Tonnen Benzin

In *Britisch-Indien* und in *Burma* werden nur etwa 1,46 Millionen Tonnen Öl gefördert. Etwa zwei Drittel hiervon kommen aus Burma, das heute jedoch nicht mehr zum britischen Weltreich gehört (vgl. Europa-Archiv I/122), während das andere Drittel in Assam und Pundjab gefördert wird. Die burmesischen Ölfelder liegen im Irawadital, im Tal des Chindwin und die ertragreichsten Felder befinden sich bei Yenanyoung, Sinpu und Yenangyat. Die Ausfuhr ging vor allem nach Indien, Indochina und Siam. 1927 brachte die Sowjet-Union ihr Öl auf den indischen Markt und verursachte den Zusammenbruch der gesamten burmesischen Ölindustrie, von dem diese sich, gehemmt durch den zweiten Weltkrieg, auch heute noch nicht erholt hat.

*Britisch-Borneo* verzeichnet auch, durch die Kriegs- und Nachkriegerscheinungen bedingt, ein Sinken der Förderung.



Das Revier von Seria lieferte 1936 450 000 Tonnen. Die Felder gehören zum Interessengebiet der Royal Dutch Shell. Unter dem Einschluß von Borneo kontrolliert Shell seit 1938 die Gewinnung von jährlich über sieben Millionen Tonnen in *Niederländisch-Indien*. Das bisher führende Revier von Tarakan ist im Nachlassen begriffen. Der größte Teil der Förderung wird in sieben an der Küste gelegenen Raffinerien verarbeitet und gelangte vor dem zweiten Weltkrieg nach Singapur, Australien, Japan und Ägypten.

In *Ägypten* trugen die jüngst entdeckten Felder in Ras Gharib zu einer beträchtlichen Steigerung der Förderung bei, die im Krieg die 1-Million-Tonnen-Grenze überschritten hat.

*Kanada* vermag mit seiner Förderung von acht Millionen Faß gerade sieben Prozent des Eigenverbrauchs zu decken und kommt daher als Lieferant für Großbritannien nicht in Frage.

Das einzige größere Erdölgebiet des britischen Weltreiches ist *Trinidad*. 1938 betrug die Förderung 2,58 Millionen Tonnen, die am gleichen Orte raffiniert wurden. Das Öl eignet sich besonders für Heizzwecke und ist daher für die britische Flotte von großem Wert.

Hauptlieferländer für Großbritannien waren 1938 Venezuela, Iran, die Vereinigten Staaten, Irak, Rumänien, die Sowjet-Union, Mexiko und Peru. England steigerte seine Ölimporte von 1937 auf 1938 um 700 000 Tonnen auf insgesamt 13,45 Millionen Tonnen. Diese Importe waren nur auf Grund der riesigen Tankanlagen, über die Großbritannien verfügt, möglich. Während des Krieges wurde die Ölverteilung von dem *Petroleum Board* geleitet. Die durch Zusammenlegung entstandenen *Pools* werden jetzt zwar aufgelöst, aber durch die Devisen-Restriktionen ist ein freier Weltmarkt auch heute noch nicht gegeben. Für Großbritannien ist die Ölversorgung besonders wichtig, da die Schifffahrt größtenteils vom Öl abhängig ist. 1913 betrug der Prozentsatz der mit Ölfeuerung versehenen Schiffe der Wertschifffahrt nur drei Prozent, 1939 dagegen bereits 54 Prozent.

Die Tankerflotte der Welt erhöhte sich von 700 Tonnen im Jahre 1870 auf 9672340 Tonnen, das bedeutet ein Siebentel der gesamten Welthandelsflotte. Großbritannien und Irland verfügten über 2,9 Millionen Bruttoregistertonnen, die Vereinigten Staaten über 2,8 und Norwegen über 2,1 Millionen Bruttoregistertonnen. Die durch den Krieg entstandenen Verluste waren ziemlich beträchtlich, jedoch soll noch bereits im Verlaufe dieses Jahres die Vorkriegsleistungsfähigkeit der Tankerflotte erreicht und übertroffen werden.

## IRAN

Das *iranische* Erdöl dürfte mit zu den Anlässen zählen, die Iran in letzter Zeit in den Mittelpunkt des Weltinteresses gestellt haben. Die größten Vorkommen Irans befinden sich in der Schuchter Gegend. Das geförderte Rohöl wird in erster Linie zu Heizöl verarbeitet.

Im Jahre 1909 wurde die *Anglo Persian Oil Company* unter 56prozentiger Beteiligung britischen Kapitals gegründet. Neben verschiedenen britischen staatlichen Institutionen war der Hauptinteressenvertreter die britische Admiralität. Der Förderungsertrag dieser Gesellschaft betrug 1938 10,2 Millionen Tonnen, nachdem 1913 die Ausbeute nur 80 000 Tonnen betragen hatte. Die *Anglo Iranian Oil* (wie sie jetzt heißt) besitzt mehrere Tochtergesellschaften, die in verschiedenen erdölfördernden Ländern maßgebend beteiligt sind, ferner eine Tankerflotte von fast 100 Schiffen mit einem Fassungsvermögen von einer Million Tonnen und eine der größten Raffinerien der Welt in Abadan.

Im Jahre 1910 erfolgte eine Aufteilung der Interessenzonen in Iran zwischen Großbritannien und dem damaligen Ruß-

land, die jedoch nach dem ersten Weltkrieg zugunsten Großbritanniens aufgehoben wurde. Dies ist eine Tatsache, die man auch heute bei der Betrachtung des iranischen Problems nicht außer acht lassen darf. Einen entscheidenden Eingriff in die Entwicklung der Ölindustrie war die im Jahre 1932 erfolgte Aufhebung der ausländischen Vorrechte in Iran und die Kündigung der Konzessionen. Hiernach erstand ein Abkommen zwischen der Anglo Iranian Oil Company und der iranischen Regierung, das dem iranischen Staat eine maßgebende Beteiligung und eine Erhöhung der Steuereinkommen sicherte.

## IRAK

Nach Iran steht Irak an zweiter Stelle in der Erdölförderung des Mittleren Ostens. Nach der Gründung eines irakischen Königreiches im Jahre 1918 konnte durch britischen Einfluß 1923 das Gebiet von Mossul der Türkei entrissen und Irak zugeschlagen werden. Die *Türkische Petroleum Union* (deutsche, englische und türkische Beteiligung), die 1902 gegründet wurde, war der Vorläufer der 1928 in die *Irak Petroleum Company* verwandelten Erdölgesellschaft. Die *Anglo Persian Standard Oil* und die *Compagnie Française des Pétrols* sind mit je 23,75 Prozent beteiligt. Westlich des Tigris unterstützte der Staat ein Unternehmen, an dem außer Amerikanern, Engländern und Franzosen auch Deutsche und Italiener beteiligt waren. Die ersten größeren Förderungen brachte das Jahr 1927, aber erst als 1935 die 1800 Kilometer lange Pipeline nach Haifa und Tripolis fertiggestellt war, kam die Produktion richtig in Gang. Die Leitung hat ein Fassungsvermögen von viereinhalb Millionen Tonnen und eine Pumpleistung von drei Kilometer in der Stunde. In Irak selbst befindet sich nur eine kleine Raffinerie, die im Jahre 1940 über eine Kapazität von 100 000 Tonnen verfügte. Das Fehlen größerer Raffinerien erklärt sich daraus, daß Frankreich als Hauptabnehmerland (1940 erhielt Frankreich etwa 75 Prozent der Ausfuhr) eigene Raffinerien besitzt. Von den Engländern wurde jedoch 1939 eine eigene Raffinerie erbaut, die 1945 über vier Millionen Tonnen, hauptsächlich zu Schwerölen verarbeitete. Die ebenfalls während des Krieges in Haifa angelegten Öltanks haben ein Fassungsvermögen von 180 000 Tonnen.

## SAUDI-ARABIEN

Die in Hasa befindlichen Quellen sollen zu den ergiebigsten Feldern im Persischen Golf zählen. Bisher ist das Gebiet aber noch sehr wenig erschlossen. Die Quellen in Damman wurden 1936 von der Standard Oil (Cal) unter dem Namen *Californian Arabian Oil Company* gewonnen. Saudi-Arabien ist jedoch mit höheren Abgaben auf die Gewinnung beteiligt als Iran. Während des Krieges wurde die Förderung in Hasa vervielfacht.

## BAHREIN

Wirtschaftlich beherrscht werden die Erdölgebiete Bahreins von den Amerikanern, wenn auch das Personal zu 70 Prozent aus Engländern besteht. Die mit amerikanischem Kapital errichtete moderne Raffinerie verarbeitet etwa 3—5000 Tonnen monatlich. Über eine sechseinhalb Kilometer lange Ölleitung gelangt das Öl zu den Tankschiffen. Der Export geht hauptsächlich nach Afrika, Australien und Neuseeland, während ein anderer beträchtlicher Teil des Öls an die großen britischen Luftfahrtgesellschaften geht.

Die Erdölförderung, die 1931 mit 73 000 Tonnen anfang und 1939 1,1 Millionen Tonnen erreichte, hatte in den letzten Jahren einen Rückgang zu verzeichnen. Die Entdeckung der auf der gegenüberliegenden Küstenseite Saudi-Arabiens befindlichen fründigen Bohrungen dürfte den Grund hierfür bilden.



## Gespräche junger Europäer

*Der Nationalsozialismus steht in keiner historischen Kontinuität darin. Und darum wird er auch eher vergessen werden, als man jetzt meint. Das Gefährliche ist: wenn der Nationalsozialismus als politisches Phänomen verschwunden ist, wird man leicht verführt zu glauben, daß er überhaupt verschwunden sei. — aber der Nationalsozialismus benützte nur darum das Politische, um die Zusammenhanglosigkeit und Maßlosigkeit darin auszudrücken, er zeigte sich nur darum als politisches Phänomen, weil das Wesen des Nationalsozialismus, die Zusammenhanglosigkeit, am leichtesten im Politischen manövriert werden konnte; verjagt aus dem Politischen, ist dieses Wesen immer noch vorhanden, es sucht jetzt mit anderen Mitteln wieder zu erscheinen.*

Max Picard „Hitler in uns selbst“.

*Nur der Geist, wenn er den Lehm behaucht, kann den Menschen erschaffen.*

Antoine de Saint-Exupéry.

### DIE INTERNATIONALEN HOCHSCHULWOCHEN IN MARBURG

Vom 2. bis zum 14. September 1946 wurden in der alten Universitätsstadt Marburg internationale Hochschulwochen abgehalten. Es handelte sich um einen Ferienkurs, den die Universität Marburg mit Unterstützung der amerikanischen Militärregierung veranstaltet hatte. Die ersten Anregungen zu diesem Ferienkurs waren bereits vor Jahresfrist von einem Schweizer Gast bei der Wiedereröffnung der Universität Marburg gegeben worden. Einen wesentlichen Anteil an der Vorbereitung der Veranstaltung hatte der amerikanische Universitäts-Offizier für Groß-Hessen, Dr. E. Y. Hartshone, der unmittelbar vor Eröffnung der Tagung auf tragische Weise ums Leben kam. Die Eröffnungsrede hielt der Rektor der Marburger Universität, Prof. Julius Ebbinghaus. Rund 400 Studenten, von denen etwa die Hälfte aus Vertretern der Universitäten der amerikanischen und britischen Zone sowie der Universitäten Berlin und Mainz, die andere Hälfte aus Marburger Studenten bestand, nahmen an der Tagung teil. Durch die Hilfe von Prof. Rheinstein (Vereinigte Staaten), welcher der Justizabteilung der Militär-Regierung in Berlin angehört, und von Dr. Rüegg, Zürich, gelang es, Professoren und Dozenten aus den Vereinigten Staaten, England, Frankreich, der Schweiz und den Niederlanden für die Tagung zu verpflichten. Auch russische Professoren waren eingeladen worden. Die Aufforderung blieb jedoch unbeantwortet.

Hauptzweck der Veranstaltung war es, den deutschen Studenten einen Überblick über die Entwicklung der internationalen Wissenschaft während der letzten Jahrzehnte zu geben und den durch Geistesterror des Nationalsozialismus unterbrochenen Anschluß an die geistige Entwicklung der übrigen Welt wieder herzustellen. In Verbindung mit den Vorlesungen fanden jeweils Diskussionen statt, während derer die Studenten Gelegenheit hatten, mit den ausländischen Professoren in Frage und Antwort Verbindungen aufzunehmen. Dieser erste Gedankenaustausch war überschattet von den brennenden Problemen der gegenwärtigen deutschen Lage: Flüchtlings- und Grenzprobleme, Entnazifizierung, Wirtschafts- und Ernährungsfragen. Die Aussprache zeigte die Lernbereitschaft, aber auch die große Skepsis der deutschen Hörer und ließ die tiefen Spuren erkennen, welche der Mangel an offener Aussprache und die jahrelange Bearbeitung durch Schlagworte, Halbwahrheiten und offensichtliche Unwahrheiten in der heranwachsenden Akademikergeneration hinterlassen hat.

Als eine erste Fühlungnahme mit der Geisteswelt des Auslandes bildete diese Marburger Zusammenkunft einen wesent-

lichen Fortschritt im Neuaufbau des deutschen Universitätslebens und einen ersten sichtbaren internationalen Erfolg der geistigen Neuorientierung in Deutschland.

### DIE INTERNATIONALEN HOCHSCHULWOCHEN IN ALPBACH

Etwa zur gleichen Zeit wie die Marburger Hochschulwochen fanden in Alpbach, einem aus wenigen alten Holzhäusern bestehenden Bergdorf in der Nähe von Brixlegg (Tirol), die zweiten internationalen Hochschulwochen des österreichischen Colleges statt. Die ersten Anregungen zu diesem Unternehmen gehen auf die Zeit unmittelbar vor dem zweiten Weltkrieg zurück. Sie verdichteten sich zu konkreten Plänen während des Wintersemesters 1942/43 im Verlaufe von Besprechungen und Zusammenkünften, die damals im Hause der Brüder Molden in Wien stattfanden. Dort trafen sich, ähnlich wie in dem Kreis, der sich in München um die Geschwister Scholl und Prof. Huber gebildet hatte, hauptsächlich junge Studenten, die von dem in bürgerlichen und intellektuellen Kreisen üblichen tatenlosen Polemisieren gegen den Nationalsozialismus abrücken wollten und nach tiefergreifenden und fruchtbareren Formen des Widerstandes suchten. Ähnlich wie in München entstanden dort Verbindungen zu einsichtigen Dozenten der Universität und zu einem weiteren Kreis von Persönlichkeiten, die nicht nur Gegner der Partei und des Krieges waren, sondern hinter dem buntgewürfelten Haufen der Parteiprominenz, die Verflechtung der Mitverantwortung bis tief ins eigene bürgerliche Lager hinein erkannten. In diesen Kreisen stand es fest, daß die militärische Niederlage erst die Voraussetzung einer geistigen Neuorientierung schaffen würde, die sich dann aber nicht in einer plötzlichen Sinneswandlung von einem Tag zum andern durchsetzen könne, sondern durch unablässige persönliche Beeinflussung von Mensch zu Mensch vielleicht im Laufe von Jahrzehnten Gestalt gewinnen würde. Aus der Perspektive jener Jahre gesehen mochte dieses Festhalten am Grundsätzlichen und dieses Bemühen um begriffliche Klärung akademisch und weltfern erscheinen. Es bedeutete aber kein Aufgeben der tatkräftigen Aktionen, wo dies zweckmäßig und durchführbar erschien. (So bildeten die Brüder Molden, deren einer in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde, in den letzten Kriegsjahren die treibende Kraft der österreichischen Widerstandsgruppe O<sub>5</sub>.)\*)

Unmittelbar nach dem Einmarsch der Alliierten begann Otto Molden seine lange gehegten Pläne zur Hochschulreform

\*) Die Anfangsbuchstaben des Wortes Österreich ergeben O<sub>5</sub> (e = 5. Buchstabe des Alphabets).



mit den Vorarbeiten zur Gründung des österreichischen Colleges zu verwirklichen. Es gelang, bis zum Ende August 1945 alle Vorbereitungen für ein Zusammentreffen von etwa 150 Studenten und Dozenten, Österreichern, Schweizern, Franzosen und Amerikanern, darunter zum Teil Angehörigen der Besatzungsmacht, zu treffen. Die Tagung fand vom 26. August bis zum 10. September 1945 in Alpbach statt und stand unter dem Motto „Wissenschaft und Gegenwart“. Die Ziele des Colleges wurden von Otto Molden als „Weg zur neuen Universität“) gekennzeichnet. Er führte dazu aus:

„Die österreichischen Universitäten, ebenso wie die meisten anderen europäischen Universitäten, sind seit Jahrzehnten einer immer stärkeren Verflachung entgegengesritten. Die Jahre des nationalsozialistischen Regimes mit seiner Unterdrückung alles Geistigen und jeder freien Meinungsäußerung und seiner tendenziösen Verzerrung fast aller Zweige der Wissenschaft haben diesen schrittweisen Zerfall in den vollkommenen Zusammenbruch der Universität im deutschen Sprachraum einmünden lassen. Es kann sich heute nicht darum handeln, einzelne schadhaft gewordene Stellen auszubessern, sondern es kann nur darum gehen, einen vollkommen neuen Weg zu finden. Dieser neue Weg erfordert eine Strukturwandlung der Universität... Diese Veränderung kann nicht von heute auf morgen vor sich gehen, sondern sie muß organisch Schritt für Schritt erfolgen. Um diesen Tatsachen Rechnung zu tragen und zu versuchen, hier als Pionier des Gedankens der Neuformung der Universität in Europa voranzugehen, soll die Bildung eines österreichischen Colleges die Einleitung der schrittweisen Durchführung dieser Aufgabe darstellen. Aus den Erfahrungen dieser beiden Sommerwochen in Alpbach ergeben sich wertvolle Neuanregungen, welche jene ursprünglichen Gedanken abrunden, die Richtigkeit ihrer Grundkonzeption bestätigen und neue Aspekte aufscheinen lassen. Das College soll die hütende, schützende Schale für die Entwicklung zweier primärer Reformen sein: der Reform der Arbeitsmethode und damit im engsten Zusammenhang der Reform des gemeinsamen studentischen Lebens.

Ein Grundgedanke ist die Aktivierung des kleinen, von lebendigen Einzelpersonen getragenen Arbeitskreises, dem ein aufgeschlossener, den Gedankengängen junger Menschen zugänglicher, womöglich selbst jüngerer Dozent vorsteht. In jedem Wissensgebiet der Universität sollen sich solche Facharbeitskreise bilden, die aber ihrerseits wieder in engem Kontakt untereinander zu stehen haben, um als Ausdruck eines ganzheitlichen Wollens auch über ihr spezielles Arbeitsgebiet hinaus mit universalen Persönlichkeiten anderer Wissensgebiete und Fakultäten in Fühlung und Verbindung zu treten. Alle Arbeitskreise jeder Universität sollen sich periodisch zu gemeinsamen Diskussionen und Abenden treffen und darüber hinaus in der College-Burse, die an jeder Universität zu errichten ist und ganzjährig allen Collegeteilnehmern offenstehen soll, weitere Möglichkeiten gemeinsamer Gespräche, Lesungen und auch gesellschaftlicher Veranstaltungen haben.“

Unmittelbar nach dem Abschluß der ersten Alpbacher Tagung begannen die Vorarbeiten zur Verwirklichung der dort skizzierten Pläne. Im November 1945 fand in Innsbruck eine Arbeitstagung der Leiter der verschiedenen Arbeitskreise statt, im Februar 1946 eine zweite Arbeitstagung in Wien, an welcher neben Wiener Dozenten auch schweizerische und französische Professoren teilnahmen. Auf dieser Wiener Tagung verstärkte sich vor allem die Tendenz zur Lösung von der rein geisteswissenschaftlichen Einstellung. Es wurde angeregt, die Arbeitskreise des Colleges auch für die Arbeiterjugend zugänglich zu machen und ihre Tätigkeit auch auf Städte ohne Universitäten auszudehnen.

Vom 25. August bis zum 8. September 1946 fanden dann in Alpbach die zweiten internationalen Hochschulwochen unter dem Motto „Erkenntnis und Wert“ statt. Das Arbeitsprogramm teilte sich in vier Gruppen:

Die Arbeit der zehn wissenschaftlichen Arbeitskreise (philosophischer, theologischer, juridischer, altertumswissenschaftlicher, historischer, kunsthistorischer, wirtschaftswissenschaft-

licher, naturwissenschaftlicher, medizinischer Arbeitskreis und Literatur-Kreis).

Die allgemeinen Vorträge.

Die Abendveranstaltungen (Dichterlesungen und Konzerte),

Die Alpbacher Gespräche junger Europäer.

Diese Gespräche junger Europäer, die von ausgewählten Repräsentanten der verschiedenen dort vertretenen Nationen getragen wurden, bildeten jeweils die Zusammenfassung dessen, was als noch ungeformtes Ziel der Tagung voranstand, sie kreisten um die beiden Themen:

„Die Gestalt des jungen Europäers“

„Die europäische Idee“.

## DIE BEDEUTUNG DER BEIDEN TAGUNGEN

Es ist noch zu früh, um über das Gleichartige wie auch über die Gegensätze der Ziele und der Durchführung der beiden Tagungen Marburg und Alpbach Abschließendes zu sagen. Wesentlich ist es, festzuhalten, daß beide, ohne voneinander zu wissen, viele offensichtliche Ähnlichkeiten aufweisen, obwohl die Ausgangspunkte sehr verschieden waren. Während in Marburg die Tradition einer alten Universität den Hintergrund der Tagung bildete und auch die Formen des traditionellen Universitätslebens im wesentlichen festgehalten wurden, handelt es sich bei dem Alpbacher Versuch darum, eine neue Universitätsform, völlig losgelöst vom traditionellen Rahmen, gleichsam wie auf der Shakespeareschen Bühne, frei darzustellen. Das Ziel der Alpbacher Tagung war es, aus der Erfahrung des geistigen Widerstandes der letzten Jahre den Inhalt des studentischen Lebens neu zu formen, das Marburger Ziel, an den alten Traditionen anzuknüpfen und eine Verbindung mit der derzeit gültigen Form des Universitätslebens des europäischen Westens und der Vereinigten Staaten herzustellen, wobei allerdings wohl ebenfalls das Suchen nach einem neuen Inhalt, wenn auch nicht klar formuliert, als Unterströmung den Ablauf der Tagung begleitete. Beiden Tagungen gemeinsam ist das Bestreben nach einer Auflockerung der Beziehungen zwischen Dozenten und Hörern zu einer lebendigen Arbeitsgemeinschaft und der Versuch, wieder ein europäisches Gespräch in Gang zu bringen. Zur guten Stunde wurde in den Wochen dieser beiden Veranstaltungen ein Wort der Vergessenheit entrissen, welches die Linie andeutet, auf der diese Gespräche sich zu einem gemeinsamen Ziel bewegen könnten:

In den „Erinnerungen an Hugo von Hofmannsthal“ von Erika Brecht, die im Sommer 1946 veröffentlicht wurden (Österreichische Verlagsanstalt Innsbruck), befindet sich das Konzept eines Vortrages über „die europäische Idee“, den Hofmannsthal im März 1917 in Bern gehalten hat. „Neue europäische Idee“, so heißt es dort, „neue Wirklichkeit nicht eine Utopie — sondern ein neues europäisches Ich, ein geändertes Verhältnis des Ich zum Dasein, zum Geld, Sozialisierung des Staates. Neue Wirklichkeit. Die Wirklichkeit besteht nicht nur aus konkreten Dingen, aus exakt Greifbarem: Genau ebenso leben wir in einer Welt von Mysterien und ganz ungreifbaren, allerwirksamsten Lebendigkeiten... Hier kann nun der ermüdete und überanstrengte Begriff Europa wieder einsetzen. Es werden vereinzelte Individuen sein, eine stille Gemeinde, die schon da war, in der die letzte Phase des Begriffes Europa sich verteidigt und vertieft. Von hier allein Europa als die geistige Grundfarbe des Planeten empfunden, das Europäische als der absolute Maßstab aufgestellt, das jeweilige Nationale immer wieder an ihm gemessen und korrigiert. Gewalt der Individuen, in denen Geist sich offenbart —: ein anderes Gewaltiges nicht erkennbar. Der einzige tröstliche Ausblick bleibt die Idee, das erneute Erlebtwerden der Idee in ihrer alten Heiligkeit.“ —

Co.

\*) Wiedergegeben in dem Sammelband „Wissenschaft und Gegenwart“, der von dem wissenschaftlichen Leiter der College-Wochen, Dozent Dr. Simon Moser im Anschluß an die erste Alpbacher Tagung herausgegeben wurde (Tirolia, Innsbruck).



## Der amerikanische Roman seit 1933

Über keine amerikanische Frage weiß man in Deutschland so viel wie über den amerikanischen Roman. Die Kenntnis der amerikanischen Politik, der amerikanischen Geschichte, der amerikanischen Geographie, ganz zu schweigen von amerikanischer Malerei, Plastik, Musik — dies alles ist vage. Aber wenn ein Gespräch auf die Literatur kommt, fallen mühelos eine ganze Reihe von Namen: Upton Sinclair, Dreiser, Faulkner, Hemingway, Sherwood Anderson, Sinclair Lewis, Thomas Wolfe, John Dos Passos, Margaret Mitchell, Thornton Wilder, John Steinbeck, Louis Bromfield, Pearl S. Buck, vielleicht auch Hergesheimer, Willa Cather und Santayana.

Die Kenntnis dieser Namen hat nichts mit der gängigen Schulbildung zu tun. Auf allen Gebieten, auf denen die Schule die Grundlage zu geben pflegt, ist das Wissen über Amerika, wie gesagt, erstaunlich gering. Ein drastisches Beispiel liefert, wo immer man das demonstrieren will, die Geographie. Vermutlich liegt die Ursache darin, daß etwa zum gleichen Zeitpunkt, als die Vereinigten Staaten eine allgemein anerkannte Weltmacht wurden, in Deutschland der Zerfall des alten Schultyps, der vor allem strenges Wissen vermittelte, einsetzte. Was bis dahin nicht im Schulplan schon eingebaut war, kam selten mehr hinzu, und nur die Biologie bildet eine innenpolitisch begründete Ausnahme.

Die amerikanische Literatur hat sich ihr Publikum in Deutschland ohne alle hilfreichen Umstände und nur durch ihre Stärke und Eigenart erworben. Dabei sind die Kenner des amerikanischen Romans in Deutschland in eine eigenartige Lage geraten (in Frankreich ist die Situation des amerikanischen Romans auch durchaus merkwürdig, aber ganz anders). Eben entstandene Vertrautheit und gleich darauf Abgeschnittenheit gingen in Deutschland Hand in Hand. Zwei Aussagen in dem 1943 in Amerika erschienenen Buch von Alfred Kazin über den amerikanischen Roman „On Native Grounds“ beschreiben das zwiespältige Verhältnis: „Wer (im Ausland) konnte es sich, nach 1933, überhaupt noch leisten, kein amerikanisches Buch zu lesen?“ und „Nachdem die Verbindung mit Europa seit 1933 so gut wie abgerissen war . . .“

Die Umstände erklären, warum die Kenntnis der amerikanischen Literatur in Deutschland unsystematisch, fast zufällig und sozusagen wildgewachsen war, und daß diese Kenntnis große Namen ausließ, ohne daß ein Amerikaner die Auswahl hätte recht verstehen können; umgekehrt ist es für viele Deutsche ganz überraschend, bei Gesprächen mit belesenen Amerikanern zu finden, daß manche amerikanischen Dichter in Deutschland fast bekannter sind als in den Vereinigten Staaten.

\*

Es gibt keine deutsche Darstellung der amerikanischen Literatur, die über 1912 hinausführt. In deutscher Übersetzung erschien 1931 das Buch des Franzosen Régis Michaud über die amerikanische Literatur der Gegenwart. In der großen Informationslücke der dreißiger Jahre steht allein ein 1937 im Insel-Verlag erschienener Band neuer amerikanischer Kurzgeschichten mit zwanzig knappen Autoren-Biographien, von dem Herausgeber Kurt Ullrich verfaßt, der eine Reihe bis dahin unbekannter Namen nennt und in eine kurze Einführung zu dem Thema, das damals fast Niemand land war, eine Fülle von Stichworten packt.

Jetzt, 1946, bietet sich zum erstenmal ein breiter Zugang. In den amerikanischen Bibliotheken der amerikanischen Zone finden sich die Romane, die Literaturzeitschriften, das umfangreiche, 1942 erschienene amerikanische Literatur-Lexikon; den bisher fehlenden, zusammenhängenden Überblick liefert wenigstens bis 1942 die deutsche Übersetzung des ausgezeichneten Buches von Alfred Kazin, das unter dem Titel „Der amerikanische Roman“ in den „Overseas Editions“ erschienen ist.

Die folgenden Abschnitte tragen nach, welche Vorgänge die Entwicklung der amerikanischen Literatur seit 1933 bezeichnet haben.

\*

Etwas zum gleichen Zeitpunkt, als in Deutschland der Marxismus in die Konzentrationslager gesperrt wurde, wandte sich das literarische Leben in den Vereinigten Staaten dem Marxismus, dem Kommunismus und Rußland zu. Natürlich war diese Hinwendung schon einige Zeit lang vorbereitet worden. Doch mit dem dramatischen Einschnitt des Börsen zusammenbruchs am 29. Oktober 1929, der darauffolgenden Depression und abermals angefacht durch die Ereignisse von 1933 in Deutschland, brach sie plötzlich überall hervor, in Diskussionen, Zeitschriften und Büchern. Ohne Zweifel bestand ein Zusammenhang zwischen den geistigen Vorgängen in Deutschland und Amerika. Das bewies später der überraschend schwere Schock, den der Abschluß des deutsch-russischen Paktes 1939 der linken, literarischen Bewegung in den Vereinigten Staaten versetzte.

Wenngleich einzelne Autoren auch über die Krise hinweg ihre eigene Linie fest verfolgten, so war der Gegensatz zwischen der literarischen Strömung der zwanziger und der dreißiger Jahre doch denkbar groß. Die Zauberworte der zwanziger Jahre lauteten Psychoanalyse und Freud, und der Wallfahrtsort war Paris. Die Losung der dreißiger Jahre hieß Marx und Moskau, und sie war so frisch und unverbraucht, so geeignet, eine Flutwelle von Begeisterung und Diskussion hervorzurufen, wie man sich das von Deutschland aus für den Anfang der dreißiger Jahre kaum vorstellen kann. Aber Amerika kam von weit her, um bis zu diesem Punkt zu gelangen. Immerhin lag es noch keine zehn Jahre zurück, daß sich die Vereinigten Staaten nach dem ersten Weltkrieg als siegreiche und bestätigte Macht zufrieden und entschlossen dem politischen Konservatismus zuwandten und alles, was wie Sozialismus oder Kommunismus aussah, mit panischem Schrecken verfolgten. „The Big Red Scare“, wie das Schlagwort hieß, der große, rote Schrecken war noch kaum verblaßt. Der Börsenkrach und die Depression, der innere wirtschaftliche Zusammenbruch waren für Amerika und seine linke Fraktion das, was für Deutschland die Niederlage von 1918 gewesen war. Oder zumindest sah es eine Zeitlang so aus; die Wirkungen waren im Augenblick ähnlich. Der Verlust so vieler Sparguthaben, die Arbeitslosigkeit und Unsicherheit, die Desillusionierung nach dem Überschwang der zwanziger Jahre, die Erfahrung wirtschaftlicher Not schienen eine Umwälzung, den Anfang eines neuen, härteren Lebens mit realistisch und reifer gewordenen Menschen zu bedeuten. Fast ungläubig stellte man später fest, daß die Depressionszeit in der sozialen Struktur des Landes keinerlei Veränderungen hervorgerufen hatte.

Indessen entstand die „Proletarian Literature“ mit der Depression keineswegs aus einem Nichts. Teils unein-



gestanden — weil man in eifersüchtiger Verteidigung des revolutionären Gefühls niemand, der vorher geschrieben hatte, anerkennen wollte — teils aber auch mit offenem Anspruch knüpfte sie an eine Reihe von Außenseitern, von Rebellen an (und es kam ihr dabei zugute, daß die Rebellen bei dem besonderen, gespannten Verhältnis zwischen Literatur und Nation in Amerika, einem Verhältnis gegenseitiger Befremdung, immer besonders begabt und kraftvoll gewesen waren). Zu dieser Ahnenreihe der proletarischen Literatur gehören *Emerson*, *Thoreau* und *Whitman*, die zu ihrer Zeit individuelle Rebellen gegen die Unterdrückung waren; *William Dean Howells*, *H. B. Fuller*, *Hamlin Garland*, *Frank Norris*, *Robert Herrick*, *D. G. Philips*, die zu Beginn des Jahrhunderts einen Schritt vorwärts taten, mit Schrecken das Los der Armen empfanden und anfangen, sich mit sozialen Fragen zu beschäftigen und die Dinge nach dem Interesse der Allgemeinheit zu beurteilen. *Lincolns Steffens* und die Gruppe der „muckracker“, die den Schmutz aufharkten und Elend und Ausbeutung mit Scheinwerfern beleuchteten; *Jack London*, *Upton Sinclair*, *John Reed*, die als erste offen sozialistische Thesen vertraten; *Floyd Dell*, ein junger sozialistischer Schriftsteller der zwanziger Jahre, der sich allerdings später wie *John Steinbeck* und *Dos Passos* mit der proletarischen Bewegung nicht identifizieren wollte; *Theodore Dreiser*, *Sinclair Lewis*, *Sherwood Anderson*, die jenes Tabu durchbrachen, das bis zum Beginn der zwanziger Jahre die Literatur verhindert hatte, die soziale Wirklichkeit unverhüllt darzustellen.

Das Neue und Besondere an der proletarischen Literatur der dreißiger Jahre war nicht, daß sie sich mit sozialen Fragen, mit den ärmsten Schichten und ihrem Elend beschäftigte. Es war die Unterordnung der Literatur unter ein politisches Bekenntnis, ihre Auffassung als ein Werkzeug im sozialen Kampf. Die Literatur, schreibt *Kazin*, wurde, im Jargon der Kommunisten, eine „Front“ und jeder militante Schriftsteller ein Guerilla-Krieger, der auf seine Weise für die gemeinsame Sache kämpfte. Die Themenwahl schien keiner Debatte mehr zu bedürfen. Im Zeitalter des Klassenkampfes, in das die Welt nunmehr eingetreten sei — so argumentierten die Autoren der proletarischen Bewegung — seien Streiks, Ausbeutung, Verbrechen und Trunksucht, wie überhaupt eine realistische Darstellung der industriellen und landwirtschaftlichen Verhältnisse als der Umwelt, von der die Menschen geformt würden, der natürliche, einzig mögliche Stoff für einen „echten“, berufenen Schriftsteller. Aber es beleuchtet die vielleicht von Anfang an verhängnisvolle Lage der „proletarischen Bewegung“, daß Schriftsteller wie *John Steinbeck* mit seinem Roman „*Grapes of Wrath*“ (von dem *Kazin* sagt, das Buch sei als sozialer Roman so einflußreich geworden wie einst „*Onkel Toms Hütte*“) und seinem Streikroman „*In Dubious Battle*“, und *John Dos Passos* mit seiner Trilogie „*U. S. A.*“ nicht eigentlich zu ihr gehörten. Die Zugehörigkeit war eine Frage des Bekenntnisses, fast die Frage einer Parteilinie — „Proletarische Literatur ist eine als Klassenliteratur verkleidete Parteiliteratur“ sagte der Schriftsteller *Philip Rahv* — und *Steinbeck* und *Dos Passos* haben ein solches Bekenntnis nie abgelegt.

Die bekanntesten Namen der proletarischen Literatur sind *Waldo Frank*, *James T. Farrell*, *Erskine Caldwell*, *Josephine Herbst*, *Richard Wright*, *Edward Dahlberg*, *Meyer-Levin*, *Albert Halper*, *Albert Maltz*, *Robert Cantwell*, *Jack Conroy*, *Grace Lumpkin*, *Maritta Woolf*; unter den Kritikern *Granville Hicks*, *Michael Gold*, *V. F. Calverton*, *Joseph Freeman*; unter den Dramatikern *Odets*, *Irwin Shaw*, *Elmer Rice* und *John Howard Lawson*; „*New Masses*“ war die Zeitschrift der Bewegung.

Viele Autoren dieser Gruppe, wie zum Beispiel *James T. Farrell*, *Jack Conroy*, *Robert Cantwell*, *Erskine Caldwell*, *Edward Dahlberg* stammten aus Arbeiterfamilien, und *Kazin* bemerkt, daß ihr Sieg über die Mittelklassen, der allein schon in der Tatsache lag, trotz aller Schwierigkeiten des proletarischen Milieus Schriftsteller geworden zu sein, sie mit einem Stolz erfüllte, der in ihren Büchern durchleuchtete, und sie fähig machte, kraftvolle und tiefergreifende Autobiographien zu schreiben (am hervorragendsten die beiden Chicagoer Trilogien von *James T. Farrell* über Studs Lonigan und *Danny O'Neill*). Alle hatten das Leben von seiner bösesten und häßlichsten Seite kennengelernt und beschrieben es wie in einem Abstoßen der Eindrücke, die sie seit ihrer Jugend verfolgten, mit Leidenschaft und besessen von schreckenerregenden Einzelheiten, in einem impressionistischen Stil, wie *Edward Dahlberg*, mit gewalttätiger Dynamik, in einer fast mechanischen Anhäufung von Gefühlsensationen wie *James T. Farrell*, in trügerisch-komischer Groteske wie *Erskine Caldwell*, melodramatisch wie der Negerautor *Richard Wright*. Unter dem Druck der Krise griffen sie zu allen Mitteln des Schocks, um die Wahrheit bekannt zu machen, sie beschrieben Exzesse und Grauen und Schmerz — „es war eine Beschäftigung mit dem Schmerz“, schreibt *Kazin*, „die in ihrer Intensität etwas Bedrohliches hatte.“ Sie ging über das Maß, das durch die soziale Absicht zu erklären war, hinaus. Ob jene Schriftsteller es wußten oder nicht, so muß ihnen doch der Antrieb zur Schilderung von Grauen und Terror aus anderen Quellen zugeflossen sein, Quellen eigentümlich amerikanischer Art, die seit *Edgar Allan Poe* die Literatur dieses Landes gespeist und eine wahre Tradition der Darstellung des Schreckens hervorgebracht haben, so daß auch im letzten Jahrzehnt amerikanische Autoren, die frei davon sind, auffällige Ausnahmen bilden.

Es war die Schwäche der proletarischen Literatur wie jeder Literatur, die die Ideologie — und womöglich sogar eine Parteilinie — über die Kunst stellt, daß viele ihrer leidenschaftlichen Autoren mehr fühlten als sie beschreiben konnten, und daß etwas unvermutet am Ende der turbulenten Szenen das Aufziehen der roten Fahne oder die Bekehrung des Helden zum Kommunismus kam. Neben ihnen aber gab es eine Kategorie von abgebrühten Romanschriftstellern, die mit hervorragender Technik alles in der Welt beschreiben konnten, selbst ohne es zu fühlen: „Mord, Selbstmord, Vergewaltigung, Abtreibung und Hungertod.“ Autoren dieser Art wie *James M. Cain* („*The Postman Always Rings Twice*“) und *John O'Hara* („*Appointment in Samarra*“ — „*Butterfield 8*“ — „*Hope of Heaven*“) überspielten die proletarische Literatur mit ihren eigenen Mitteln, ihre Bücher waren den Werken der proletarischen Literatur ähnlicher als die linken Kritiker sahen oder zugaben, nur waren sie in den Augen des Publikums fesselnder und mit Sozialismus hatten sie und die Autoren, die *Kazin* „Opportunisten“ nennt, weil sie sich die Strömung im Interesse ihrer sensationellen Schreibfertigkeit zu nutze machten, nichts mehr zu tun.

Das Gesetz der Mode regiert in Amerika weitere Bereiche als in anderen Ländern, und in der Literatur ist dort schon mancher lebendig begraben worden. Auch scheint die Gegenwart in kürzere Takte als sonst eingeteilt zu sein, so daß das Neue rascher als anderswo zur Vergangenheit wird, und mit stärkerem Widerwillen kehrt man sich von dem Ebenvergangenen ab, — je mehr es hervorragte, desto heftiger. Im europäischen Sinn durch Jahrzehnte hindurch ein literarisches Lebenswerk aufzubauen, ist einem amerikanischen Schriftsteller, der erst einmal im Scheinwerferlicht gestanden hat, schwer gemacht. Es ist eine Leistung, sich durchzusetzen gegen den deprimierenden Eindruck, zum alten Eisen geworfen



oder überlegen belächelt zu werden. Sinclair *Lewis*, John *Dos Passos*, James Branch *Cabell*, William *Saroyan*, James T. *Farrell* sind dafür Beispiele. Die Umstände sind glücklicher, wenn ein Autor eine so große Wandlungs- und Entwicklungsfähigkeit besitzt, wie sie Ernest *Hemingway* mit „For Whom the Bell Tolls“ bewiesen hat. Oder es drängt sich der Ausweg auf, innerhalb des Lebenswerkes einen völligen Bruch zu vollziehen, aus der alten Haut zu schlüpfen wie etwa Upton *Sinclair*, der erst in den letzten sechs Jahren mit einer Serie von politischen Abenteuerromanen im Stil der beiden Dumas mit dem Helden Lanny Budd, der zwischen Roosevelt, Hitler, Stalin und Laval herumreist, seinen eigentlichen amerikanischen Triumph errungen hat (seine Darstellungen sozialer Probleme waren mehr ein europäischer Erfolg).

Aber abgesehen von dem scharf wechselnden Geschmack des amerikanischen Lesepublikums — der den Weg eines amerikanischen Autors in Europa ja nicht zu beeinträchtigen braucht, es sei denn, daß der Autor durch die heimische Gegenströmung wirklich gelähmt werde —: Schock und Ende der proletarischen Bewegung in Amerika nach dem deutsch-russischen Vertrag von 1939 waren in wirklichen Schwächen dieser Literatur begründet. „Die Reaktion auf den Stalinismus nach dem Nazi-Sowjet-Pakt“, schreibt Kazin „war der bezeichnendste Faktor für den Niedergang der Links-Literatur, aber eine literarische Überzeugung, die plötzlich unmodern werden konnte, weil zwei fremde Diktatoren einen Vertrag abgeschlossen hatten, enthüllte ihre eigene Geistesarmut.“

Eine Reihe junger Autoren, die in der proletarischen Literatur Bedeutung gewonnen hatten, hörten auf zu schreiben. Mit Mißmut zogen die Kritiker Bilanz und erklärten, die proletarische Literatur habe nur einen einzigen bedeutenden Schriftsteller hervorgebracht, James T. *Farrell*, und auch dieser erleide nun das Schicksal, noch immer das gleiche zu sagen, während die Zuhörer längst nicht mehr beteiligt seien. In „*Harper's Magazine*“ (Mai 1944) beklagte die Buchkritikerin Diana *Trilling*, welche Entwicklungsmöglichkeiten den wahrhaft großen Romanautoren dieser Zeit wie Willa *Cather*, John *Marquard*, Thomas *Wolfe* und William *Faulkner* durch die widrige Zeitströmung der dreißiger Jahre abgeschnitten worden seien, durch den Zwang, gegen die Gruppe der jungen Marxisten anzuschreiben, durch das hemmende Bewußtsein ihres Konservatismus.

\*

Es wäre eine falsche Fährte, in Willa *Cather*, John *Marquard*, Thomas *Wolfe* und William *Faulkner* eine konservative Gruppe zu vermuten, die der proletarischen Bewegung in irgendeiner Weise geschlossen gegenübergestanden hätte. Konservativ waren diese so sehr verschiedenen Autoren nur in der Hinsicht, daß sie ihren Stoff keineswegs automatisch durch das „Zeitalter des Klassenkampfes“ bestimmen ließen, daß sie in einer tiefen, oft heimwehkranken Beziehung zur Tradition lebten; aber auf keinen Fall waren sie konservativ in einer positiven, politischen Bedeutung. Es gäbe ein gänzlich falsches Bild von der amerikanischen Literatur — die gerade durch eine erstaunliche Vielfältigkeit ausgezeichnet ist — wenn man sie in so einfache Schulen und Gruppen zwängen wollte, wie es die proletarische Bewegung für sich genommen erlaubt. Jede politisch bestimmte Gruppe ist naiver und einfacher zu umschreiben, als Gestalten, die im privaten, menschlich individuellen Bereich verharren, und allein hier liegt der Gegensatz, nach dem man um einer geistigen Ordnung willen suchen mag.

In der Leidenschaft, Heftigkeit und Maßlosigkeit, in der Wortkraft und übersteigerten Intensität, mit der Thomas *Wolfe* und William *Faulkner* schrieben, haben viele Deutsche in einer unerwarteten persönlichen Beteiligung und Beziehung

das Wunder und die Genialität des amerikanischen Romans gefunden, das in ihrer eigenen Literatur Unbekannte und doch Begehrte, den Ausdruck dessen, was in Deutschland nur von den großen Musikern ausgedrückt worden war.

Als hervorragender Darsteller des nach innen gekehrten Menschen wird in Amerika mit *Wolfe* und *Faulkner* zusammen Henry *Miller* genannt, und vielleicht ist die Tatsache, daß sein Name in Deutschland unbekannt ist, das deutlichste Zeichen unserer Abgeschnittenheit im letzten Jahrzehnt. Kazin spricht mit Bezug auf *Wolfe*, *Faulkner* und *Miller* von einer neuen Schule der Innerlichkeit und Empfindsamkeit innerhalb des zeitgenössischen Romans, scharf abgehoben von dem leidenschaftlichen sozialen Bewußtsein und dem Materialismus der Linksschriftsteller. „Sie bezeugen das Emporkommen einer Schule der Pein, der romantischen Sensibilität. . . . Diese „Schule“ ist in keiner Hinsicht eine Schule, sie stützt sich nicht einmal auf eine gemeinsame Tradition — abgesehen davon, daß Henry *Miller* seine Beeinflussung durch Whitman zugab und *Wolfe* sie fortwährend verriet.“ (Hier, wie bei zahlreichen anderen amerikanischen Autoren der zwanziger und dreißiger Jahre, sind außerdem der Ire James *Joyce* und Marcel *Proust* als starke Einflüsse zu erwähnen). „Wenige Schriftsteller unterscheiden sich geistig so sehr voneinander; aber obwohl sie so wenig Gemeinsames und sogar so wenig gemeinsame Sympathie aufweisen, repräsentieren vor allem *Faulkner* und *Wolfe* einen gemarterten Individualismus . . . der gemeinsame Ton, den man aus beiden heraushört, ist der puren Schreckens.“

Aber Thomas *Wolfe* schrieb nicht nur aus einer Abwehr heraus, und Amerika flößte ihm nicht nur Schrecken ein — den Schrecken der Einsamkeit und der Isoliertheit — sondern auch Begeisterung. (Und die Begeisterung allein mag genügt haben, den Eindruck hervorzurufen, er sei immer ein Junge geblieben.) Wenn er versuchte, das Unaussprechliche auszusprechen, wenn alle Dinge und Menschen, die er schilderte, immer überlebensgroß zu werden schienen, so kam der Antrieb dazu genau so sehr aus seiner Verzweiflung, seinem tragischen Gefühl der Verlorenheit, wie aus seinem riesenhaften Vorhaben, alles, was Amerika war, in Worten auszusagen. „Sein Ziel war“ schrieb ein Freund von ihm nach seinem Tod, 1938, „soviel von Amerika zu Papier zu bringen, wie ein einzelner Mensch davon erfahren kann.“ Von Deutschland, von deutschen Lesern aus gesehen hat Thomas *Wolfe* mehr von Amerika ausgesagt und über tausende von Meilen übermittlelt als irgend jemand vor oder neben ihm und dies vielleicht insbesondere darum, weil er mit der glühenden Kraft großer Poesie nicht nur von den Menschen und Städten sprach, sondern auch von dem Land, von den breiten Flüssen und Ebenen, vom amerikanischen Himmel, von den Tages- und Jahreszeiten über der Landschaft, die sonst im amerikanischen Roman so ganz zurücktreten hinter den Dialogen und Handlungen der Menschen und dem zivilisatorischen Getriebe der Städte. (Eine andere Ausnahme, aber im Gegensatz zu der schweifenden, weiträumigen Art Thomas *Wolfe's* subtil und detailliert: John *Steinbeck* in seinen Schilderungen von Kalifornien).

„*Wolfe* repräsentiert den Konflikt zwischen dem modernen Individuum und der Gesellschaft in einem fast schon unwirklichen Ausmaß“, schreibt Kazin. Aber trotz seinem Gefühl einer quälenden, böartigen Isolation gelang ihm die Vereinigung seines Individualismus — alle seine Bilder sind Teile einer Autobiographie — mit der berauschten Schilderung des Landes, weil er sich von der Gesellschaft absetzen konnte und zugleich sein Ich und die anderen „verlorenen“ einzelnen Menschen mit dem eigentlichen, gewaltigen Amerika identifizierte. „Ich glaube“, schrieb er, „daß wir hier in Amerika verloren sind, aber ich glaube, daß wir uns wiederfinden werden . . .



Ich denke, daß die wirkliche Entdeckung Amerikas noch vor uns liegt. Ich denke, daß die wahre Bestimmung unseres Geistes, unseres Volkes, unseres mächtigen und unsterblichen Landes sich noch erfüllen wird.“

Wie ein Leitfaden zieht sich der Konflikt zwischen dem amerikanischen Schriftsteller und Dichter und der amerikanischen Gesellschaft durch die amerikanische Literaturgeschichte. Von dem heute in einer wahren Renaissance wiedererweckten Henry James (1843—1916) angefangen über die junge, aufrührerische Schriftstellergeneration der zwanziger Jahre bis zu Henry Miller pflanzt sich der Protest fort gegen den „ausschweifenden Materialismus“ und die „Degradierung des Lebens in einer ausschließlich auf Erwerb und Gewinn gestellten Gesellschaft“ (Kazin). So überaus gegensätzliche Bücher wie der Roman von Willa Cather „Death Comes to the Archbishop“ und das nach einer großen Autoreise durch die Vereinigten Staaten geschriebene und Anfang 1946 erschienene Buch von Henry Miller „The Airconditioned Nightmare“ haben darin ihre gemeinsame Wurzel; sie sind zugleich so verschieden, weil Willa Cather nach einer Reihe erfolgreicher, gesellschaftskritischer Romane auf dem Schauplatz des westlichen Mittelwestens (Nebraska) als Ausweg aus dem Konflikt die innere Emigration, die Emigration in die Vergangenheit wählte — in das koloniale, katholische Neu-Mexiko und Kalifornien des achtzehnten Jahrhunderts in „Death Comes to the Archbishop“ — während Henry Miller ins Ausland ging und Paris zu seiner eigentlichen Heimat machte. „The Airconditioned Nightmare“ ist überdies nach Sinclair Lewis und der Trilogie von Don Passos „U. S. A.“ das jüngste und wohl böseste Beispiel dafür, daß kein Land so herbe von seinen Schriftstellern kritisiert worden ist wie Amerika. Die Emigration in die Zukunft, wie man es nennen könnte, der Glaube an den Weg nach vorwärts war das Besondere, was die Stärke von Thomas Wolfe ausmachte.

Die große und fortgesetzte Emigration amerikanischer Schriftsteller ins Ausland und insbesondere nach Paris hat gewiß nicht nur die negative Ursache der Flucht aus Amerika, sondern ist auch positiv in der Faszination durch den europäischen Geist begründet. Henry Miller allerdings gehört durchaus zu der negativ motivierten Emigration. „Gibt es etwas Amerikanischeres“, schreibt Kazin, „als das Bild dieses letzten und wildesten unter den Ausgebürgerten, der, Amerika hassend und alles, was damit zu tun hat, in den Elendsvierteln von Paris Whitman verehrt?“ *Whitman* — das heißt, das vergangene, das verlorene Amerika. In einem explosiven Stil, in einer Sprache, die sich vor keinem vulgären oder obszönen Wort scheut (Millers Bücher sind den öffentlichen Bibliotheken von Kanada verboten, und selbst im weitherzigen Frankreich findet man die Art, wie er alle Grenzen außer Acht läßt, erstaunlich) schreibt er von der Degradation, die das Individuum mit seinen „göttlichen Mysterien“ im modernen Alltagsleben erleidet. Es ist der bezeichnende Zug, daß er nicht die „göttlichen Mysterien“ beschreibt, sondern wie gebannt allein die Entwürdigung und den nahenden Untergang.

Zu der Gruppe von Schriftstellern, die — ohne zornige Abneigung gegen Amerika, sondern ihrem Herkunftsland durchaus verbunden — die europäische Welt und die entwurzelte amerikanische Emigration in ihr gefesselt beobachteten und erlebten, gehört Ernest Hemingway. Was die dreißiger Jahre betrifft, von denen hier die Rede ist, so hatte Hemingway in ihrem Verlauf eine Art von nachklappenden Wirkung, einen Einfluß auf viele jüngere Autoren, teils durch seinen besonderen, gleichmütigen, jedem Pathos und jedem gefühlvollen Wort feindlichen, absichtsvoll-monotonen Stil, teils durch seinen Nihilismus, der das Zeichen einer Härte und Ausgebranntheit schien, wie sie nur ein Mann gewinnt, der durch

die äußersten Gefahren dieses Lebens hindurchgegangen ist. In den zwanziger Jahren war Hemingway neben F. Scott Fitzgerald — der unbegreiflicherweise von Deutschland aus übersehen worden ist, aber es Wert ist, noch entdeckt zu werden, — die vollkommene Gestalt der „Verlorenen Generation“, der „Schönen und Verdammten“, der „hervorragenden, jungen und traurigen Männer“, die desillusioniert und für ein normales Leben unwiederbringlich verloren aus der Hölle des ersten Weltkrieges heimgekehrt waren. Das heißt, Hemingway war wie viele von ihnen gar nicht heimgekehrt, sondern zunächst für eine Reihe von Jahren in Europa hängengeblieben. Er war in Paris der vielversprechendste Schüler der amerikanischen Schriftstellerin Gertrude Stein geworden, die in ihrem literarischen Salon in den zwanziger Jahren die jungen amerikanischen Talente sammelte und im Umgang mit ihnen als erste den Ausdruck „Verlorene Generation“ gebrauchte. Von Gertrude Stein, die seit 1904 in Paris lebte, aber bis zu ihrem Tod im Juli 1946 mit Stolz an ihrer amerikanischen Nationalität festhielt und durch Jahrzehnte der Sammelpunkt der „positiven“ amerikanischen Emigrantenkolonie war, empfing Hemingway die entscheidenden Anregungen zu seinem später so berühmten, realistischen, in der Art einzelner Bilder eines Filmstreifens sekundenweis fortbewegten Stil.

In seinem Stil und seiner Neigung abgewandt von der Normalität des Alltags, nur in der Abenteuerlichkeit von Gefahren (Stierkampf, Bürgerkrieg, Expeditionen) oder im elementaren Bereich primitiver Menschen (Jäger und Fischer) das wahre, einzig erträgliche Leben zu finden, übertrug Hemingway als einziger die Erbschaft der „Verlorenen Generation“ in die dreißiger Jahre. Es gelang ihm, jene magische Verbindung zu der tief verwurzelten, amerikanischen Sehnsucht nach dem vergangenen rauhen und gefährvollen Pionierzeitalter zu finden und solcherart fortzusetzen, was sonst mit dem Ende der zwanziger Jahre in der amerikanischen Literatur abstarb. Aber auch Hemingway wandelte sich, während seine Schüler noch von der Erbschaft zehrten. Er ging zurück nach Spanien, das ihn immer mehr als irgendein anderes Land Europas angezogen hatte und veröffentlichte 1939 seinen großen Roman aus dem spanischen Bürgerkrieg „For Whom the Bell Tolls“, der seine Abkehr vom Nihilismus und eine nicht mehr länger unterdrückte Kraft des Gefühls bezeugte.

\*

Die Vielfalt der amerikanischen Literatur, die sich so erstaunlich abhebt gegen die oft beschriebene Einförmigkeit der amerikanischen Zivilisation, wird durch eine landschaftliche Gebundenheit genährt, die man in Amerika als „Regionalismus“ bezeichnet. Es erklärt sich schon einfach räumlich, daß eine genauere Übertragung dieses Begriffes ins Deutsche, also etwa in „Heimatliteratur“ eine falsche Vorstellung weckt, eine umzäunte, provinzielle Vorstellung; denn jede dieser amerikanischen „Regionen“, die in besonderer Art die Literatur gefärbt haben, ist so groß wie halb Europa.

Der Regionalismus stellt die Verbindung her zwischen kalifornischen Schriftstellern wie Frank Norris (1870—1902) und John Steinbeck; er begründet zu einem guten Teil die Kontraste zwischen Autoren des Mittelwestens wie Sinclair Lewis oder Glenway Wescott und dem Gesellschaftssatiriker Neu-Englands John P. Marquand — dem heute erfolgreichsten amerikanischen Romanschriftsteller — zu dem wiederum Ellen Glasgow mit ihren hervorragenden satirischen Schilderungen der Gesellschaft des alten Südens in einem schon rein regional erklärbaren Gegensatz steht. (Auf die wichtige Rolle der Gesellschaftssatire überhaupt in der amerikanischen zeitgenössischen Literatur, die die friedlichste Lösung des Konflikts zwischen Autor und Gesellschaft darstellt, soll hier nur am Rande verwiesen sein.)



Aber die Literatur des alten Südens ist auch innerhalb des Regionalismus ein Sonderfall. Im weiten Bereich der Vereinigten Staaten flammt einmal hier und einmal dort die Begeisterung der Schriftsteller für das landschaftliche Eigenleben auf; doch von all diesen Schilderungen und steten Neu-Entdeckungen sind die Romane, die aus dem tiefen Süden kommen, wie durch einen Graben geschieden. Es ist so, als hege die „Schule des Südens“, in gewissem Sinne unzugänglich und abgeschlossen gegenüber allen anderen Teilen des Landes, ein besonderes Geheimnis, und man kann in der Tat den wahren Sachverhalt kaum besser beschreiben.

Vielleicht läßt sich dieser Sachverhalt von Deutschland aus mit besonderem Verständnis begreifen. Im Gegensatz zu den übrigen Vereinigten Staaten kennen die Menschen der amerikanischen Südstaaten die Erfahrung einer Niederlage im Krieg: die Not, die einem verlorenen Krieg nachfolgt, das bittere und unendliche Grübeln über vergebliche Tapferkeit und die Frage, ob die eigene Sache recht oder unrecht war; den Sturz einer reichen Herrenklasse in die Armut, den Gegensatz zu den wohlhabenden Neuankömmlingen von der Siegerseite, das umso zähere Festhalten an der alten Tradition, die Mühe und die Entbehrungen, mit denen der Schein aufrechterhalten wird, die stolze Abgeschlossenheit und eine wehmütige Erinnerung an ein zerbrochenes, schöneres Leben. Es ist notwendig zu begreifen, daß die Niederlage der Südstaaten im Sezessionskrieg, die Niederlage von 1865, nicht vergessen ist, sondern trotz der drei Generationen, die seither darüber gewachsen sind, nicht etwa nur bei versponnenen Dichtern, sondern in den lebendigen Verhältnissen und im Bewußtsein der Menschen weiterwirkt. „Da, wo ich herkomme“, sagt 1943 ein Junge aus dem Süden zu dem französischen Schriftsteller Julien Green, als sie zusammen in einem Lager als amerikanische Soldaten ausgebildet wurden, — „Da, wo ich herkomme, vergißt man diesen Krieg nie.“

Diese Vorgeschichte ist wie ein Schlüssel zu der geheimnisvollen Verwandtschaft der untereinander so verschiedenen Autoren des Südens: James Branch Cabell, Erskine Caldwell, Thomas Wolfe, Ellen Glasgow, Ben Lucien Burman, Margaret Mitchell, Eudory Welty, Jesse Stuart, Lilian Smith, bis zu der jungen, 1917 geborenen Carson McCullers, deren erster, 1940 erschienener Roman und in sichtbarer Verwandtschaft zu Faulkner stehender Roman „The Heart Is a Lonely Hunter“ die literarische Welt der Vereinigten Staaten zu ungewohnter Bewunderung hinriß (denn Skepsis und Pessimismus über den angeblichen Niedergang des amerikanischen Romans sind sonst der Ton, auf den seit einigen Jahren die anspruchsvollen Literaturkritiken abgestellt sind).

William Faulkner, um nach Thomas Wolfe und Henry Miller auf den Dritten der „starken, mächtigen Männer“, wie Kazin sie nennt, zurückzukommen, ist eine Gestalt, in der alle tragischen Erfahrungen des Südens mit furchtbarer Gewalt wiederauferstanden sind. Seine Romane scheinen kaum in der wirklichen Welt zu spielen, sondern im Unterbewußtsein, im Bereich von Visionen und Wahrbildern, in einem Fiebertraum, der die Dimensionen ins Ungeheuer vergrößert und die einzelnen Figuren durch eine schwarze Dunkelheit voneinander getrennt einzeln hervortreten läßt. „Immer lesen wir dieselbe Geschichte“, schreibt Kazin, „eine Geschichte der Verdammnis, der Unterwerfungen und Unterwürfigkeiten“. Das Unterbewußte strömt hervor in jener „kochenden Rhetorik“, über die auch Wolfe und Miller verfügten, aber die bei Faulkner in einer grotesken, der Vorstellung nicht mehr zugänglichen Übertreibung gipfelt.

\*

Es hat den Anschein, als ob seit dem Beginn der dreißiger Jahre ein stärkeres politisches Bewußtsein in die amerikanische

Literatur einflösse. So ist mit dem Niedergang der „proletarischen Literatur“ um 1939 herum das politische Element im amerikanischen Roman nicht wieder verschwunden sondern ist fortgesetzt worden durch die literarische Suömung des „Neuen Nationalismus“, die auch nach dem Ende des zweiten Weltkrieges in den letzten anderthalb Jahren weiter ihre Wirkung zeigt.

Die Amerikaner sind in breiten Schichten von Politik und politischen Gesprächen ungewöhnlich absorbiert; man könnte darum sagen, daß ein politisches Bewußtsein in der amerikanischen Literatur nichts Erstaunliches sei. Aber gerade die Verbindung zwischen einer sichtbaren Strömung in der Literatur und einer besonderen Eigenart und Neigung des amerikanischen Volkes, der Kontakt, der hier entstanden ist, ist bemerkenswert und neu. Es liegt darin etwas von einer Versöhnung nach der vielbesprochenen, jahrzehntelangen Entfremdung zwischen den großen Schriftstellern und den „Durchschnittsmenschen“ (einem in Amerika wichtigen, oftgebrauchten Begriff) dieser Nation — einer Entfremdung, die von der Seite der Leser ihren Ausdruck etwa darin findet, daß sich von den siebzehn Büchern William Faulkners im Jahre 1945 in Amerika keines mehr im Druck befand, und daß sich selbst in Buchhandlungen und Antiquariaten kaum ein Exemplar mehr auftreiben ließ. — Ob diese Versöhnung von glücklicher, belebender Wirkung ist oder nur, wie manche düster gestimmten Beobachter sagen, als eine Folge der Tatsache, daß die Probleme des Individuums und die der Gesellschaft so sehr ineinander wuchsen, den Niedergang des Individualismus bedeutet und damit das Ende des großen Romans — dieses alles kann sich erst im Abstand erweisen.

Zunächst erscheint die Bewegung des neuen Nationalismus als eine Reaktion auf die zerfleischende Kritik der amerikanischen Lebensart, die vorangegangen war, und zu der Henry Miller den jüngsten, rücksichtslosesten und in Anbetracht der umgeschlagenen Stimmung von der Kritik entsprechend böse aufgenommenen Beitrag geliefert hat. „Natürlich hatte Hitler“ schreibt Kazin, „viele amerikanische Schriftsteller ebenso leicht zu Nationalisten gemacht, wie Mencken sie einst gegen jede noch so herkömmliche Formel nationaler Zusammengehörigkeit aufgebracht hatte“. . . . Plötzlich, angesichts einer Hitlerwelt, bekamen alle die geschmähten Schlagworte demokratischer Rhetorik einen neuen, strahlenden Glanz; durch die emotionale Entdeckung Amerikas wurde das Land, wie Jefferson es vor langer Zeit vorausgesehen hatte, „die größte Hoffnung der Welt“.

Die erstaunlichste Wirkung des „Neuen Nationalismus“ lag in dem Ausmaß, mit dem bekannte, und wenn man so will, durch ihre Werke festgelegte große Schriftsteller von ihrer Freiheit zur Gesinnungswandlung Gebrauch machten und sich bekehrten. Dieser Bruch in der persönlichen Entwicklung einzelner Männer offenbarte sich besonders deutlich bei den Kulturkritikern und Essayisten wie Harold E. Stearns oder Van Wyck Brooks, einem vormaligen Rebellen gegen den amerikanischen Kommerzialisismus, der jetzt Neu-England und seine Traditionen verherrlicht, oder sogar bei H. L. Mencken, dem bissigsten, aggressivsten Kritiker des amerikanischen Lebens in den zwanziger Jahren, der jetzt seine verklärten Memoiren schrieb. Aber auch Dos Passos wandte sich nun um zu einer Huldigung an die demokratische Tradition in „The Ground We Stand On“, und Sinclair Lewis eilte, wie Kazin sagt, herbei, um die Babbitts, nun da sie in Gefahr schienen, in beinahe sentimentalen Büchern wie „The Prodigal Parents“ oder „It Can't Happen Here“ zu verteidigen. (Dies aber anscheinend nur, um 1945 in „Cass Timberlane“, einer Darstellung amerikanischer Eheprobleme, zu einer so scharfen Satire zurückzukehren, daß die amerikanischen Buchbesprechungen



behaupten, nach „Cass Timberlane“ gebe es in Amerika überhaupt nur zerrüttete Ehen. Oder sind bloß die Buchkritiker empfindlicher geworden?)

Der neue Nationalismus führte zu einem „beispiellosen Bejahen“, aber er war frei von Schwulst, und seine Schwäche kann man allenfalls in einer gewissen Sentimentalität und einer gelegentlichen bequemen Selbstzufriedenheit sehen, die unvermeidlich auftauchte in dem breiten Strom historischer Romanzen, Biographien, idyllischer Jugenderinnerungen und Familiengeschichten, die nun geschrieben wurden. Andererseits gab der neue Nationalismus den Anstoß zu einer großen Wiederentdeckung des ganzen Landes und ihrer Darstellung in einer Fülle von exakten und reportageähnlichen Büchern.

Es ist oft zwischen 1942 und 1945 beklagt worden, daß die neuen amerikanischen Romane so glatt und konfliktlos seien, jeder Erwähnung einer Gewalttätigkeit ausweichend (es sei denn, als Tugend getarnt im Kampf gegen den Nazismus oder in die Vergangenheit verlegt); der Großkapitalismus habe, nach den Romanen zu urteilen, aufgehört zu existieren: selbst die freie Liebe sei aus ihnen verschwunden und Elend und Armut würden mit einem goldenen Schimmer umkleidet — wie in dem großen Best-Seller der Kriegsjahre von Betty Smith „A Tree Grows in Brooklyn“. — Aber ohne Zweifel ist diese „Literatur des Status Quo“ eine Begleiterscheinung des Krieges gewesen, ebenso wie die Zahl und der einzigartige Erfolg religiöser Romane in denselben Jahren.

Ein Kriegsbuch mit positiver Tendenz ist nach dem ersten Weltkrieg in Amerika nicht erschienen. Der Krieg wurde nicht in der Art, wie sie aus deutschen Kriegsschilderungen bekannt ist, als ein mystisches Erlebnis gefeiert. Es gab vielmehr eine Sturmflut leidenschaftlicher oder auch gefährlich kalter Antikriegsromane (*Dos Passos, Hemingway, Faulkner, E. E. Cummings*), bevor noch in Deutschland „Im Westen nichts Neues“ veröffentlicht wurde.

Mit der gleichen Erbitterung gegen den Krieg und die Einrichtung des Militärs überhaupt ist das 1946 erschienene Buch von William Saroyan „The Adventures of Wesley Jackson“ geschrieben, aber es scheint diesmal Saroyan, der seit 1934 einen glänzenden Aufstieg erlebte und das amerikanische Publikum mit seinen grotesken Einfällen, seiner lebenswürdigen Komik und seiner sprunghaften Art zu erzählen, entzückte, wenigstens bei den Kritikern fast den Kopf zu kosten. Noch vor Amerikas Eintritt in den zweiten Weltkrieg hatte der prominente amerikanische Dichter Archibald McLeish einen empörten Angriff gegen die Antikriegsromane der zwanziger Jahre geführt, und es wird bei allem, was jetzt über Saroyans Roman geschrieben wird, deutlich, daß man in Amerika zwar auch heute keine Fanfare für das große Erlebnis des Krieges erwartet, aber so etwas wie Loyalität gegenüber dem Sieg und der Leistung der Millionen von Soldaten.

Diese einfachen amerikanischen Soldaten haben einen Chronisten gefunden, dessen Wirkung auf Amerika, auf eine ganze ihm wie einem persönlichen Freund anhängliche Nation alles übersteigt, was man in Deutschland von der Wirkung eines Kriegsberichters kennt. Dieser Chronist ist der Journalist Ernie Pyle, der in Zeitungsberichten, die später in drei Büchern gesammelt erschienen, in einem einfachen, bescheidenen, nach keinem literarischen Effekt oder Pathos suchen-

den Briefstil die Erlebnisse der Soldaten im Lager, auf Transporten und in der Drecklinie beschrieb, bevor er am Ostermontag 1945 bei einer Angriffsaktion auf dem pazifischen Kriegsschauplatz fiel. Ebenso wie Ernie Pyle steht John Hersey auf der Grenze zwischen Journalismus und Kriegsliteratur — ein junger, jetzt zweiunddreißigjähriger Autor, der mit einem Kriegstagebuch aus Italien „A Bell for Adano“ und seiner Reportage über Hiroshima mit einem Schlage berühmt geworden ist. Ein anderer, mit großem Erfolg aufgenommener Autor von zwei Kriegsbüchern ist der junge Harry Brown, der in gelassener, fast beschaulicher Weise das Soldatenleben und eng umgrenzte Kampfhandlungen aus dem Gesichtskreis einer Gruppe oder Kompanie in Italien schilderte.

Eine neue „Verlorene Generation“, meinen die amerikanischen Beobachter, wird es diesmal nicht geben. Die jetzt heimgekehrten jungen Soldaten sind die Kinder jener Zeit, die in den „Proletarischen Romanen“ beschrieben wurde, sie sind abgehärtet und realistisch erzogen worden durch Krise und Depression und sind in den Krieg mit zu wenig Illusionen gegangen, um desillusioniert, als „müde, schöne und traurige Männer“ zurückzukehren.

\*

So vielfältig und verschlungen sich auch ausnimmt, was hier als Entwicklung des amerikanischen Romans seit 1933 aufgezeichnet worden ist, so ist es doch bei weitem kein vollständiges Bild. Die amerikanische Literatur ist nach allen Richtungen der Welt aufgeschlossener als irgendeine andere, und der Einfluß der Emigration nach Europa wird durch die Romane amerikanischer Schriftsteller, die in Indien (*Louis Bromfield*) oder China (*Pearl S. Buck*) lebten, ergänzt. Offenbar einzig in Amerika sind die Frauen mit allen ihren möglichen und sonst meist ungenutzten Fähigkeiten in die Literatur eingetreten und haben sie thematisch durch ihren Traditionalismus und eine besondere Sensibilität, stilistisch durch ein formbedachtes, handwerklich-sauberes, effektvollen Experimenten abgeneigtes Können bereichert. (*Edith Wharton, Ellen Glasgow, Willa Cather, Edna Ferber, Pearl S. Buck, Dorothy Canfield-Fisher, Katherine Ann Porter, Dorothy Parker, Josephine Johnson, Kay Boyle, Elisabeth Madox-Roberts, Eudory Welty, Maritta Woolf, Zona Gale, Leane Rugsmith, Margaret Mitchell, Betty Smith, Marjorie Kinnan Rawlings, Janet Lewis, Lilian Smith, Carson McCullers*.) Die besondere Rolle, die in der zeitgenössischen amerikanischen Literatur Bestseller und Buchklubs spielen, ist in der „Neuen Zeitung“ (26. August 1946) in einer Bilanz für 1946 geschildert.

Und wie ein steter, frischer Zustrom, um es am Ende zu sagen, ist der unbekümmerte Kontakt, das Hin- und Herwandern von Talenten zwischen Literatur und Journalismus, eine lebhafteste Verbindung, die über die Kurzgeschichte führt und vielleicht das Geheimnis der erregenden Wirklichkeitsnähe der amerikanischen Literatur, der lässig und selbstverständlich gebrauchten Alltagssprache und jenes raschen, unverzüglichen Zupackens ist, für das William Saroyan den Ausdruck der „Spring-in-das-Wasser-und-schwimm“-Methode geprägt hat.

Dr. Elisabeth Noelle

Als Ergänzung zu dem vorstehenden Aufsatz werden in einer späteren Folge des Europa-Archivs biographische Notizen über einige der hier erwähnten Autoren veröffentlicht werden.



# Musik in Rußland

## I. DIE ELEMENTE

Die russische weltliche Kunstmusik ist noch sehr jung. Ihre Anfänge liegen im neunzehnten Jahrhundert. Bis zu dieser Zeit waren Volksmusik und Kirchenmusik die einzigen Äußerungen der elementaren Musikalität, die der russischen Nation eigen ist. Die frühe Kunstmusik blieb einzig der Kirche vorbehalten. Einstimmige Kirchenlieder, die von Byzanz übernommen waren, nahmen bald einen spezifisch russischen Charakter an. Seit dem 11. Jahrhundert hatte man für sie eine eigene Notenschrift entwickelt (die sogenannten Krjuki), die für den oberflächlichen Beobachter eine gewisse Ähnlichkeit mit arabischen Schriftzeichen aufweist. Diese Zeichen, die den westeuropäischen Neumen verglichen werden können, sind außerordentlich wandlungsfähig und vielseitig: ein Zeichen gibt zugleich die Lage, die Dauer, die Klangfarbe und die Stärke des Tones an. Nachdem das europäische Liniensystem allgemein übernommen worden war (im achtzehnten Jahrhundert), blieb die alte Notation nur bei den Altgläubigen auf dem Lande noch bis zum Weltkrieg in Gebrauch. Die Krjuki der Frühzeit (aus dem elften bis fünfzehnten Jahrhundert) sind auch heute noch unentziffert. Nicht nur in den Kirchenliedern, sondern wenig später auch in den Volksliedern machte sich der Einfluß der byzantinischen Kirchentonarten geltend. Umgekehrt hat die Kirchenmusik gelegentlich eine Mehrstimmigkeit aus der Volksmusik übernommen.

Im sechsten Jahrhundert, also lange vor dem Entstehen des russischen Reiches, wird schon von Volksmusikanten berichtet, die auf der Gusli, einem harfenartigen Zupfinstrument, spielten und ihre Rezitationen begleiteten. Die Gusli, das populärste Instrument im alten Rußland, ist über ein Jahrtausend lang im Gebrauch geblieben.

Das Grundelement der russischen Volkslieder ist die Melodie, die meist einen eigenen Modus bildet. Der schwermütige Zug in den Liedern der Schiffstreidler und in den Kosaken- und Räuberliedern rührt von einer im Westen ungewohnten Verwendung von übermäßigen und Halbton-Schritten her. Die Blütezeit dieser Lieder war nach dem sechzehnten Jahrhundert. Als Begleitinstrumente findet man Lauten, Drehleiern, ein zweisaitiges Instrument, das mit dem Bogen gespielt wurde, die sogenannte Pisna, Pfeifen, flötenartige Instrumente und Schalmeyen. Mit diesen Instrumenten wurde auch zum Tanz aufgespielt. Die Balalaika taucht erst verhältnismäßig spät auf.

Die frühen Volkslieder zeigen komplizierte Rhythmen und eine Neigung zu ständig wechselnden, meist ungeraden Taktarten. Spuren der Obredni Pesni, der alten heidnischen Kultgesänge und später die Einflüsse des einstimmigen Kirchenliedes machen sich allenthalben bemerkbar. Bei der Feldarbeit, vor allem aber in der Freizeit sangen die großrussischen Bauern häufig auch mehrstimmige Lieder und entwickelten dabei eine überraschende Fähigkeit, mehrere voneinander unabhängige Melodien zu erfinden und mit einander zu verbinden; das Zusammen- und Gegeneinanderwirken von verschiedenen Rhythmen ist dagegen selten.

Das Auftauchen der westlichen Musik an den Zarenhöfen schuf erst die Voraussetzung für das Entstehen einer nationalen Kunstmusik. Noch am Hofe Katharinas II. allerdings mußten sich auch die russischen Komponisten, die dort neben den sehr bevorzugten Italienern wirkten, bequemen, im italienischen Stil zu schreiben.

## II. DIE TRADITION

Nicht einer fortschrittlich gesinnten Gruppe, sondern einem einzelnen Komponisten, Michael Glinka (1804—1857), dem Freunde Puschkins und Gogols, blieb es vorbehalten, die ersten Werke einer spezifisch russischen Kunstmusik zu schaffen. Nach intensivem Studium in Petersburg und in Italien hatte Glinka den Lehrer gefunden, den er brauchte: Siegfried Dehn in Berlin, bei dem auch Cornelius und Rubinstein viel gelernt haben. Mit seiner Hilfe entdeckte Glinka sein eigenes Gebiet: 1836 wurde seine erste Oper „Das Leben für den Zaren“ in Petersburg aufgeführt und begeistert begrüßt. Sie war zugleich die erste russische Oper. Glinkas spätere, musikalisch wertvollere Oper „Ruslan und Ludmilla“ und zahlreiche Klavier- und Kammermusikstücke bestätigten die Lebensfähigkeit einer Kompositionskunst, die die Elemente der Volkskunst aufgriff, verarbeitete und glättete, dieser aber gleichwohl die Natürlichkeit des Ausdrucks beließ. Besonders bemühte sich Glinka um eine der russischen Eigenart angemessene Harmonisierung nationaler Melodien. Seine bedeutende Erfindungskraft fand sich mit großem technischem Können zusammen; die Instrumentation war meisterhaft, seine Harmonik kühn. Trotz dem steten Aufgreifen von Volksmotiven wird allerdings der Hörer heute den westlichen Einfluß in dieser Musik stark empfinden, da er inzwischen gewohnt ist, die folkloristischen Grundmotive ohne Glättung und Einschmelzung zu hören. Gleichwohl ist der Einfluß Glinkas auf die spezifisch russische Musik bis in die heute lebende Komponistengeneration hinein spürbar und lebendig geblieben. Als Epigonen Glinkas sind Serow (1820—1871) mit seinen Opern „Judith“ und „Rogneda“ und Dargomyschskij (1812 bis 1869) zu betrachten. Dargomyschskij verwirklichte Serows Forderung nach phantastisch-märchenhaften Opernstoffen mit seinen beiden Opern „Rusalka“ und „Der Steinernen Gast“. Puschkina wollte den Text für die zweite Oper selbst ausarbeiten, starb aber dann, ohne das Libretto über das Anfangsstadium hinausgebracht zu haben.

Nach Glinka machte sich in der russischen Kunstmusik eine Spaltung bemerkbar, die bis zum heutigen Tage im wesentlichen unvermindert besteht. Die Moskauer-Gruppe öffnete sich den Einflüssen des Westens, verarbeitete die deutsche und französische Romantik, später den französischen Impressionismus und die internationalen Errungenschaften der Instrumentationskunst mit den nationalen russischen Elementen und brachte sie zu einer stilistisch durchaus international wirkenden Synthese. Die andere, die „jungrussische“ oder Petersburger Gruppe verfolgte die Tendenz, die Elemente der Volksmusik in neuer und prägnanterer Form zu benutzen und daraus einen national-russischen Eigenstil zu entwickeln. Die bedeutendsten Vertreter der internationalen Richtung sind Peter Iljitsch Tschaikowskij (1840—1893) und Anton Rubinstein (1829—1894). Während Tschaikowskij's umfangreiches und glänzendes Werk bis heute Allgemeingut der Musikwelt geblieben ist, zeigten sich bei Rubinstein's Kompositionen bald die Gefahren der Verflachung und des Abgleitens ins Salonmäßige und Formalistische. Rubinstein hat das Konservatorium in Petersburg gegründet und jahrelang die russische Musikgesellschaft geleitet. Mit ihm beginnt die Reihe der russischen Pianisten-Komponisten, die heute noch von Prokofjew und Schostakowitsch fortgeführt wird. Als Lehrer einer Reihe von großen Begabungen sind Tanejew (1856—1915), der unter dem Einfluß von Brahms stand, und Arenskij (1861



bis 1906) fast bemerkenswerter, als in ihrer Eigenschaft als Komponisten der internationalen Gruppe. Die Urkräfte Tschaikowskij hatten die Möglichkeiten der Synthese in einem Maße ausgeschöpft, das es seinen Nachfolgern schwierig machte, auf diesem Wege noch wirklich Neues zu bieten. Tschaikowskij geistig verpflichtet ist der wesentlich jüngere, auch als Pianist bedeutende Sergej Rachmaninow (1873), ein Schüler Tanejews und Arénskij. Seine Klavierwerke (Vier Konzerte, Präludien, Etüden) sind als wirksam bekannt. Seine Oper „Aleko“ setzte sich weniger durch. Er lebt seit 1918 in den Vereinigten Staaten.

\*

Große Bedeutung gewannen als Antipoden Tschaikowskij bald die Meister der jung russischen Schule: Balakirew (1837—1910), der Lehrer der Gruppe, Borodin (1834—1887), Professor an der Militärärztlichen Akademie, Cui (1835 bis 1918), im Hauptberuf Festungskonstrukteur der Armee, und als der bedeutendste der Gardeoffizier und spätere kleine Beamte Modest Mussorgskij (1839—1881) und Nikolaj Rimskij-Korsakow (1844—1908). Zu den Forderungen dieser Petersburger Schule, die ein starkes Interesse am Musikdrama hatte, gehörte die durchkomponierte Oper. Poesie und Musik sollen sich vereinigen, die Musik genau der Bedeutung des Textes entsprechen; die Formen sollen völlig frei und nur aus der dramatischen Situation des Textes erwachsen sein.

Borodin schuf neben seiner bekannten Oper „Fürst Igor“ (von Rimskij vollendet) die ersten russischen Symphonien, eine symphonische Dichtung „In den Steppen Mittelasiens“ und Kammermusik.

Mussorgskij war ein Feind aller Glätte: eigenwillig, eruptiv entstehen seine Formen, harte Gegensätze stehen unmittelbar nebeneinander, Motive des Volkslebens und der Volksmusik tauchen ungeschönt in ihrer ganzen Ursprünglichkeit auf, Tanzrhythmen, byzantinische Hymnen, alte Kirchentonarten und modernste Klangeffekte stehen machtvoll und ungebändigt nebeneinander. In der Auflösung des Formalen, in dem elementaren aber noch nicht subtilen Hineinwirken des Mystischen und Metaphysischen kündigt sich der russische Impressionismus an, dessen Vollender Skrjabin wurde. Mussorgskij's Frühoper „Salambo“ (1863) nach Flaubert folgte 1874 sein Hauptwerk „Boris Godunow“ nach Puschkin als ein großer und nachhaltiger Erfolg. Unvollendet blieb das musikalische Volksdrama „Chowanschtschina“ (später von Rimskij instrumentiert) und die komische Oper nach Gogol „Der Markt von Sorotschinzij“, die 1917 von Cui, 1923 von Tscherepnin und 1930 nochmals von Schebalin ergänzt wurde. Die meisterhafte Klaviersuite „Bilder einer Ausstellung“, die zusammen mit dem „Boris“ seinen Ruhm begründet hat, wurde von Ravel instrumentiert.

Rimskij-Korsakow, ein eigenwilliger Bearbeiter der vielen unvollendeten Stücke, die als Hinterlassenschaft Borodins und Mussorgskij's zurückblieben, vermochte es, den Dilettantismus endgültig abzustreifen. Seine Kompositionen zeigen schon früh bedeutende Satzkunst, obwohl er selbst angibt, er habe, als man ihm eine Kompositionsklasse anbot, noch nicht einmal gewußt, was ein Quartsextakkord sei. Seine Begabung ließ ihn instinktiv das Richtige finden, aber er blieb dabei nicht stehen, sondern erarbeitete rasch, was ihm fehlte. Das Technische war bald für ihn kein Problem mehr, das Rauhe schliff sich zu glänzender Oberfläche ab, die doch die Abgründe durchschimmern ließ, welche sich bei Mussorgskij aufgetan hatten. Von seinen Werken sind zu nennen: mehr als fünfzehn Opern, darunter „Der goldene Hahn“, eine bittere Satire auf den Absolutismus, die Zeit seines Lebens verboten war, „Sadko“ und „Die Braut des Zaren“, eine Kantate „Von Homer“, Symphonien, Symphonische Suite, „Scheherezade“, „Capriccio

espagnol“; er schrieb auch eine Autobiographie. Seine Liedbearbeitungen zeigen ihn auf den Spuren Glinkas.

Als Epigonen beider Gruppen, in denen die Spaltung weniger deutlich in Erscheinung tritt, können die sehr kenntnisreichen und fähigen Meister Ljadow (1865—1914), der auch als Lehrer eine wichtige Position innehatte, Ljapunow (1859 bis 1924), Kalinnikow (1866—1901), der in Moskau geborene, durchaus westliche Deutschschweizer Juon (1872—1940), ein Schüler Arenskij's und Tanejew's, der jedoch bald nach Berlin abwanderte, dann Medtner (1879) und Glière (1875) gelten. Der Schule Rimskij-Korsakow's entstammen erstaunlicherweise die mehr international orientierten Meister Strawinskij und Prokofjew, zugleich aber der konservative, die Tradition Rimskij's übernehmende Alexander Glasunow (1865), dessen Bedeutung hauptsächlich auf symphonischem Gebiete liegt, Alexej Gretschaninow (1864) und endlich Nikolaj Mjaskowskij (1881), der Lehrer einer Generation von Sowjetkomponisten (Schostakowitsch, Chatschaturjan, Schebalin). Mjaskowskij wird neben Glasunow als der wichtigste russische Symphoniker der älteren Schule angesehen. Sein Werk umfaßt allein vierundzwanzig Symphonien.

\*

Eine Erscheinung, die innerhalb der russischen Musiktradition besonders bemerkt werden muß, ist Alexander Skrjabin (1872—1915). Wie Rubinstein und Rachmaninow kommt er von der pianistischen Laufbahn in die kompositorische. Sieben Jahre im Auslande haben ihm den französischen Impressionismus nahegebracht. von Debussy geht er aus, bildet weiter, verwebt russische Elemente hinein, führt die Entwicklung bis zur letzten Konsequenz (Poème de l'Exstase). Er verneint das Objekt; das Fluidum, das Atmosphärische ist ihm wesentlich, das aus einer mystischen Quelle dringt („Pathologischer Mystizismus“ meinen die ablehnenden Kritiker). „Form und Gestalt werden unwichtig, feste Gedanklichkeit gilt ihm als überwunden“, er kennt nur noch die Substanz, das Metaphysische, den „tönend bewegten Stoff“ (Mersmann). Sein „Poème du Feu“ (Prometheus) arbeitet mit einem Farbklavier (clavier à lumières), das aber weniger der Koloristik als der Beschwörung des Übersinnlichen gilt. Eine echte Atonalität scheint der Weg zu sein, den er auf seiner Suche nach neuer Gesetzmäßigkeit beschreitet. In Skrjabin hat der russische Impressionismus seine reinste Verkörperung und zugleich sein Ende gefunden. Epigonen wie Rebikow (1866—1922) fallen nicht mehr ins Gewicht. Samuel Feinberg, Skrjabins Schüler, findet seine Anerkennung weniger als Komponist denn als Pianist.

Der Impressionismus in seiner Überfeinerung zerbrach an dem Ansturm lebendiger Gewalt. Mechanisch-motorische Elemente, rhythmische und klangliche Urkräfte der Volksmusik, primitiver Naturalismus, kultische Andacht, die ästhetisch unbeschwerten Äußerungen des menschlichen Kollektivs, der Dunst von Arbeit, Schweiß, Liebe und viel Menschlichkeit stürzen die zarten Gebäude der tönenden Substanz. Die Meister der neuen Ära sind die Meister der Gegenwart.

### III. DIE GEGENWART

Die bedeutenden russischen Komponisten der Gegenwart traten erst allmählich in Erscheinung, während das Bild des russischen Musiklebens nach 1917 zunächst noch stark von einer Reihe von Komponisten mittlerer Bedeutung bestimmt wurde, bei denen sich mit wechselnder Betonung die Elemente des Modernismus mit der nun schon wieder klar herausgebildeten russischen Tradition vermischen. Eine Reihe von Komponisten, die im zweiten Abschnitt mit angeführt wurden, reichen bis in die Gegenwart hinein, ohne daß ihr Einfluß



eine wesentliche Änderung des Bildes herbeigeführt hätte. Zu ihnen gehören *Glasunow*, *Mjaskowskij*, *Glière*, dessen Konzert für Koloratursopran und Orchester erst kürzlich in Wien wieder aufgeführt wurde und der in dem Ballett „Der rote Mohn“ den Versuch unternommen hatte, den Anschluß an die proletarische Kunst zu finden, und *Alexander Gretschaninow*, dessen Opern („*Suor Beatrice*“ nach einem Text von Maeterlinck) im wesentlichen vergessen, dessen Lieder und Kirchenkompositionen („*Liturgica Domestica*“) aber noch gelegentlich in Europa zu hören sind. Gretschaninow ist Emigrant (Paris, New York). Die Bedeutung *Wassilenkos* liegt mehr bei seiner Lehrtätigkeit, während *Anatol Alexandrow* (1888—1946) als Verfasser der jetzigen russischen Hymne, zahlreicher Ballette und einer Oper konservativer Richtung große Anerkennung genoß. *Nikolaj Roslawetz*, vor zwanzig Jahren als tonangebender Neuerer angesehen, gilt heute bereits als überwunden. Eine Gruppe jüngerer Komponisten der Sowjet-Elite, zu denen *Leonid Polowirkin* (1900), die Brüder *Krein*, *Leo Knipper* (1900) und *Wassili Schirinskij* (1904) zählen, ist ebenfalls wieder mehr in den Hintergrund getreten. Schirinskis Kammermusik wird allerdings auch in letzter Zeit noch öfter von russischer Seite erwähnt. Drei Namen stehen heute für die Weltgeltung russischer Musik: *Igor Strawinskij*, *Sergej Prokofjew* und *Dmitri Schostakowitsch*.

\*

*Strawinskij* hat sich durch seine jahrzehntelange Emigration zwar außerhalb der eigentlich russischen Entwicklung gestellt und wird auch von russischer Seite nicht als Exponent der Kunst des Sowjetstaates anerkannt; gleichwohl sind seine Stellung und sein Einfluß dem aller anderen russischen Komponisten so weit überlegen, daß er in diesem Zusammenhang mitbetrachtet werden muß.

*Igor Strawinskij* ist 1822 in Oranienbaum bei Leningrad geboren. Mit zwanzig Jahren gab er sein Jurastudium auf, um bei *Rimskij-Korsakow* zu arbeiten. Seine Orchesterphantasie „*Feuerwerk*“, das Scherzo phantastique „*Der Bienenflug*“ und seine Erste Symphonie machten ihn 1908 bekannt. Auf Anregung von *Diaghilew*, der damals sein eigenes „*Ballett Russe*“ ins Leben rief, schrieb er das Ballett „*Feuervogel*“, das 1910 in Paris mit *Nijinskij* zum ersten Mal aufgeführt wurde (im gleichen Jahr zu einer Orchestersuite verarbeitet). Hatte die schillernde Klangwelt dieses Werkes bereits die Aufmerksamkeit auf *Strawinskij* gezogen, so verstärkte sich diese noch durch das Ballett „*Petruschka*“ (1911), das neben polytonalen Experimenten eine noch unbändigere Fülle primitiven und zugleich raffinierten expressiven Klangreichtums erschloß. Die Folklore spielt hier und in der weniger erfolgreichen Oper „*Die Nachtigall*“ (1914; zweiter und dritter Akt, später zu der symphonischen Dichtung „*Le Chant du Rossignol*“ umgearbeitet), noch eine wesentliche Rolle: sie bleibt jedoch bei *Strawinskij* stets nur ein Mittel zum Zweck — eines unter vielen. Mit dem „*Frühlingsopfer*“ (*Le Sacre du Printemps*, 1913) gewann *Strawinskij* Weltruhm. „*Kultische Musik eines primitiven Volkes, dargeboten mit der scharfblickenden Bewußtheit des zivilisierten Westeuropäers: das bedeutet einfachste Formulierung, unmittelbarste Wirkung, aber doch ohne die verzückte Inbrunst des Schöpferischen und ohne den kühlen Hauch der Gottesnähe, den diese Dinge bei Mussorgskij an sich tragen*“ (*Mersmann*).

Die inneren Zusammenhänge von „schöpferischer Individualität und der dumpfen, dunklen Masse des Volkes“ werden bei *Strawinskij* besonders deutlich. „*Die Quellen, die ihn trugen, brachen aus der Tiefe des Volkstums auf, aber schon hier erscheint ein Widerspruch: der kultivierte Westeuropäer ist der echten Primitivität nicht mehr fähig. Die in seinem Werke*

lebendigen Kräfte der Volksmusik greifen nicht mehr in jene reine Zone zurück, in welcher Musik und Religion identisch sind.“ Eine solche Beziehung lehnt *Strawinskij* selbst in seinem neuesten Werke, der „*Musikalischen Poetik*“ (1946) entschieden ab. — Das „*Frühlingsopfer*“ fand kürzlich eine neue Darstellung in einem Film von *Walt Disney*, „*Fantasia*“, worin sich ungeheuerliche Figuren bewegen, die aus einem Nachtmahr zu stammen scheinen. *Strawinskij* erkannte diese Interpretation voll an und beabsichtigt, für *Walt Disney* weitere Stücke zu komponieren.

Im Jahr 1911 folgten die Scherzlieder „*Pribaoutki*“, 1916 die „*Berceuse du Chat*“ für tiefe Frauenstimme und drei Klarinetten, 1917 „*Renard*“, eine Burleske in einem Akt, „*Les Noces Villageoises*“, Tanzszenen mit Gesang und Begleitung von vier Klavieren und Schlagzeug und die Suite I für kleines Orchester.

Eine neue Einheit findet *Strawinskij* in der „*Geschichte vom Soldaten*“ (für einen Sprecher und sieben Instrumente; 1918 unter *Ansermet* in Lausanne aufgeführt; Text von *Ramuz* und *Strawinskij*). Die sieben Instrumente sind: Klarinette, Fagott, Cornet à pistons, Posaune, Violine, Kontrabaß und Schlagzeug. Das diabolische Stück zeigt äußerste Konzentration, Härte und Rhythmik, seine Melodik ist auf ein Minimum reduziert. *Strawinskij* versucht hier oft über den Text hinaus eine musikalische Wahrheit zu finden. Die Form der Aussage, nun bereits abseits vom glänzenden Aufwand, kann allerdings auch heute noch nicht als gemeinverständlich bezeichnet werden.

*Strawinskis* Schaffensperiode nach dem ersten Weltkrieg wird von einem amerikanischen Berichterstatter oberflächlich als „no longer vitriolic but cool“ bezeichnet. Sie ist durch eine immer sparsamere Verwendung der dem Komponisten in reichem Maße zur Verfügung stehenden Mittel gekennzeichnet. Nur die Konturen zeichnen sich scharf ab, die Figuren und Erscheinungen sind von gläserner Helle und Durchsichtigkeit. Es folgen 1919 *Wolgalied* für Blasorchester, 1920 ein *Pulcinella*-Ballett nach *Pergolesi*, 1921 die Suite II für Kleines Orchester, 1922 der Einakter „*Mavra*“, in dem die national-russischen Elemente noch einmal durchbrechen, ein Concerto für Klavier und Orchester (1924), das Opern-Oratorium in lateinischer Sprache „*Oedipus Rex*“ (1927), „*Ragtime für elf Instrumente*“, die Ballette „*Apollon Musagète*“ und „*Baiser de la Fée*“ (1928). Die nun folgenden Werke können bereits der klassizistischen Periode zugerechnet werden: die *Psalmensymphonie* (1930), das *Violinkonzert in d* (1931), ein Ballett „*Persephone*“ (1934), ein Konzert für zwei Klaviere (1936), ein weiteres Ballett „*Jeu de Cartes*“ (1937), dazwischen kleinere Werke, *Pastorale* für Gesang mit Bläserbegleitung (1934), *Concerto für Kammerorchester in Es* mit dem Titel „*Dumbarton Oaks*“ (1938), die zweite *Symphonie en Ut* (1940) und das „*Ebenholzkonzert*“, für Jazzorchester\*).

1936 gab *Strawinskij* seine Autobiographie heraus, aus der man Aufschlußreiches über seine Jugend erfährt. Sein letztes viel diskutiertes Buch ist die bereits erwähnte „*Musikalische Poetik*“ (*Poétique musicale*, Edition J. B. Janin, 1946; eine deutsche Übersetzung ist in Arbeit).

*Strawinskis* Werk umspannt eine Entwicklung vom Impressionismus über zahlreiche Experimente mit Polytonalität, Polymetrik, Motiven und Methoden der Volksmusik bis zu einer langsam sich anbahnenden Neo-Klassizität und strengen Gesetzmäßigkeit. Stets war seine Instrumentation von großer Delikatesse; sie verfeinerte sich aber gleichwohl mit dem immer geringeren Aufwand. Stets trug seine Aussage den Cha-

\* Die meisten Kompositionen *Strawinskis* sind im Verlag B. Schott's Söhne, Mainz, erschienen, ein Teil original bei Chester, London



rakter „leidenschaftlicher Kühle“. In seinen letzten Werken findet er in der Selbstbeschränkung das gültige Mittel gegen übergroße Freiheit. In der Poetik heißt es: „Je stärker die Kunst erarbeitet, an Regeln gebunden ist, je mehr ihr Grenzen gesetzt sind, desto freier ist sie.“ — „Eine echte Tradition ist nicht Zeuge einer abgeschlossenen Vergangenheit, sie ist eine lebendige Kraft, die die Gegenwart belebt und belehrt.“ Strawinskij fordert und verteidigt eine Kunst, die durch ein „dogmatisches, kategorisches und wesentliches Element“ geordnet werde, an deren innerer Festigkeit vergängliche Begriffe wie Modernismus und Akademismus keinen Anteil hätten; er fordert weiter eine Methode, die ihre Freiheit in der völligen Unterwerfung unter das Objekt sehe. Die ständig wiederholte Forderung nach einer neuen Ordo gehört zur Rechtfertigung einer Kunst, die sich selbst nur ungern als „Klassizismus“ bezeichnet, lieber aber als eine Manifestierung der Idee des Universalismus, dessen Adelsbriefe älter seien.\*

Die Ablehnung der Romantik, insbesondere Wagners, wird gelegentlich damit begründet, daß bei Wagner das „Sublime im Kult der Unordnung verherrlicht“ werde. Während die Überwindung der Romantik in Strawinskij's musikalischen Werken eklatanten Ausdruck findet, liest man in der Poetik überrascht romantisch-idealistische Definitionen wie die folgende: „Der tiefste Sinn der Musik und ihr wesentlichstes Ziel ist es, eine Gemeinsamkeit hervorzurufen, eine Vereinigung des Menschen mit seinem Nächsten und dem Sein.“ Die Musikalische Poetik wird von einer Seite als Hindemiths Tonsatzlehre ebenbürtig, von der anderen als geistreich, aber doch nicht allgemein verbindlich bezeichnet. Strawinskij habe (nach Frédéric Goldbeck) die Schwierigkeiten seines Systems einfach hinweg erklärt (explained away).

Gewichtiger fast noch als Strawinskij's Werk ist seine Wirkung. Kaum jemand hat wie er den Geist des zwanzigsten Jahrhunderts wachgerüttelt. Schönberg darf als überwunden gelten; mit Strawinskij hatte und hat sich eine ganze Generation von Komponisten in aller Welt auseinanderzusetzen.

\*

Sergej Prokofjew gilt als Repräsentant des sowjetischen Kunstwillens erst wieder, seit er aus der Emigration in seine Heimat zurückgekehrt ist. Er ist 1891 in Sontowka geboren und komponierte bereits mit fünf Jahren („Le Galope Hindou“ ohne schwarze Tasten). Mit sieben Jahren schrieb er, nachdem er zum ersten Mal eine Oper gesehen hatte, gleichfalls eine Oper „Der Riese“. Seine zweite Oper „Wüsteninseln“ blieb unvollendet. Während seines Studiums bei Glière (als Zehnjähriger) komponierte er unter anderem zwei Kurzopern; dann kam er für zehn Jahre an das Petersburger Konservatorium, arbeitete dort bei Tscherepnin in der Dirigentenklasse, studierte Komposition bei Rimskij-Korsakow und Ljadow und gewann den Rubinstein-Preis als Pianist. Aus dieser Zeit stammen seine e-moll-Symphonie, zwei Opern, sechs Sonaten und über hundert Klavierstücke. Sein erstes Klavierkonzert verwendet Bitalität, was von der Kritik als „völlig natürlich“ anerkannt wird. Man vergleicht ihn mit Scarlatti. Die Meinungen über seine „skythische Suite“ waren geteilt. 1918 ging er nach Amerika. Dort wurde seine „Klassische Symphonie“ im gleichen Jahre aufgeführt. Als Pianist, Dirigent und Komponist unternahm Prokofjew mehrere Weltreisen. Das Ballett „The Chout“ (Der Bajazz, Clown) wurde von Diaghilew 1921 in Paris aufgeführt, ebenso „L'Enfant Prodigue“ (1929) und „Surle Borsythène“ (1930). Aus dieser Zeit stammt auch eine Oper nach Dostojewskij's Roman „Der Spieler“.

Erhebliches Aufsehen hatte im Jahre 1921 die Uraufführung seiner Oper „Die Liebe zu den drei Orangen“ in Chicago erregt. (Kritik: „Ein Farbwunder, aber ein seltsames Ge-

räusch“). Seine Vierte Symphonie wurde 1930 am fünfzigsten Jahrestag des Bostoner Symphonieorchesters aufgeführt, sein lyrisches Ballett „Romeo und Julia“ nach seiner Rückkehr in die Sowjet-Union am Bolschoj-Theater in Leningrad. Die erste Komposition, die ihn wieder in Kontakt mit dem Sowjetstaat zeigte, war das Ballett „Le Pas d'Acier“ (Paris, 1927), das die ständig wachsende Kraft der Sowjetindustrie verherrlichte. Es gab zu allerlei Mißverständnissen Anlaß, war in Frankreich sehr umstritten und wurde in den Vereinigten Staaten gar als eine Satire auf das Maschinenzeitalter ausgelegt.

Sein zweites Violinkonzert und „Peter und der Wolf“ (komponiert für ein russisches Kinderkonzert 1936) folgen. Prokofjew's Stil wird weniger phantastisch, klarer und zeigt seine Neigung zur Polyphonie. Der Komponist versucht, dem breiten Publikum die musikalischen Probleme der Gegenwart verständlich zu machen. Wie Strawinskij ist er lebhaft an dem Phänomen des Jazz interessiert. Mit Strawinskij verbindet ihn auch seine Neigung zu Ironie und kleinen Bosheiten. Weniger ausgeprägt ist bei ihm das Rational-Karikaturistische. Eine einheitliche stilistische Linie hält auch er nicht ein, bewegt sich jedoch in einem engeren Kreise als Strawinskij. Klassizismus, Impressionismus, lyrisch-melodische Empfindsamkeit, liebevolle Schilderung seelischer Affekte und rücksichtslose Linearität sind bei ihm in stetem Wechsel anzutreffen. Nach Experimenten jeglicher Art, die jedoch kaum in die gleiche Tiefe vordringen, wie die Versuche Strawinskij's, meinte er, „die Menschheit habe nun genug von dem Dissonanzenpfeffer“ gehabt. Er arbeitete dann an Filmen (Eisensteins „Alexander Newskij“ und „Iwan der Schreckliche“), komponierte Bühnenmusiken zu Puschkins „Eugen Onegin“, „Boris Godunow“ und Sheridans „The Duenna“, zudem die Opern „Semjon Kotko“ und „Krieg und Frieden“ (siehe Europa-Archiv I/95) und eine Kantate nach Texten von Marx, Lenin und Stalin für vier Orchester und zwei Chöre. \*) Prokofjew ist Träger des Stalinpreises.

Zur Gruppe der emigrierten Komponisten gehört der Sohn des Rimskij-Schülers Nikolaj Tscherepnin. Alexander Tscherepnin (1899). Unter seinen Werken befindet sich ein Ballett „Fresken von Ajanta“, das Anna Pawlowa 1923 aufführte, Instrumentalkonzerte, Kammermusik, darunter ein Streichquartett „Liebesopfer der heiligen Therese vom Kinde Jesu“ und eine Kantate „Jeu de la Nativité“.

Eine der ersten, für die frühe Sowjetperiode typischen Maschinenmusiken schrieb Alexander Mossolow („Eisengießerei“). Die Verfeinerung solcher Themen und die Entwicklung des eigentlichen zeitgenössisch-russischen Nationalstiles im Anschluß an die jungrossische Schule blieb jedoch Dmitri Schostakowitsch vorbehalten.

\*

Schostakowitsch ist 1906 in Leningrad geboren und besuchte dort das Konservatorium, an dem er heute eine Stellung als Professor für Komposition innehat. Den größten Teil seines Lebens brachte er in seiner Vaterstadt zu. Seit seinem dreizehnten Lebensjahr studierte er Klavier bei Nikolajew und erhielt 1927 beim internationalen Wettbewerb in Warschau ein Ehrendiplom als Pianist. Seine Kompositionslehrer waren Sokolow, Steinberg, Glasunow und Mjaskowskij. \*\*)

Mit achtzehn Jahren hatte er drei „Phantastische Tänze“ für Klavier, zwei Oktette und eine Reihe kleinerer Stücke geschrieben. Seine Erste Symphonie, opus 10, schloß er 1925 ab.

\*) Prokofjew's Werke sind zum großen Teil bei der Universal Edition, Wien, erschienen.

\*\*) Mjaskowskij wird als Lehrer Schostakowitschs nur von Wiener Berichten bezeichnet, nicht von den russischen und amerikanischen. Zeitlich gesehen kann es sich nur um einen Unterricht während einer kurzen Zeit gehandelt haben.



Im gleichen Jahr verließ er das Konservatorium und trat der „Union der Sowjet-Komponisten“ bei. Schon damals stand er auf dem Standpunkt, Musik müsse eine politische Basis haben und habe sie auch bei den meisten Komponisten, sei es ihnen auch unbewußt. Richtsatz ist ihm Lenins Wort von der Musik als einem Mittel, die Massen zu vereinigen. So wird für Schostakowitsch die Musik „nicht mehr ein Ziel für sich, sondern eine lebensnotwendige Waffe im Kampf.“ Die Eigenständigkeit seiner Musik fällt schon damals auf; noch stammt sie allerdings weniger aus folkloristischen Bindungen, als aus einer immanenten Motorik. Eine gewisse Langatmigkeit und Gleichförmigkeit verrät noch nicht völlig gemeisterte Einflüsse Mahlers und Bruckners. Seine zweite Symphonie (1927) und die Dritte (1929) verwenden große Chöre, jedoch konnten sie sich weniger auf den Programmen halten als die Erste, die bald auch ins Ausland gedrungen war.

Schostakowitsch liebt effektvolle Dissonanzenhäufungen, grelle Akzente, eine durchdringende Rhythmik und beträchtliche Lautstärke. Mit seinen Filmmusiken („Goldene Berge“, „Allein“, „Maxims Jugend“), Bühnenmusiken (Hamlet, King Lear) verflachen seine Kompositionen etwas. Eine Zeit lang scheute er die weitere Auseinandersetzung mit überkommenen Formen und die Suche nach eigenem Neuen. Seine erste Oper „Die Nase“ (1919), nach einem phantastischen Stoff von Gogol, fand keinen starken Nachhall. 1932 komponierte er nach einem Stoff von Ljeskow die Oper „Lady Macbeth von Mzensk“. Schostakowitsch hatte den Stoff so verändert, daß er sich deutlich gegen die Kaufmannsklasse im zaristischen Rußland richtete. Diese Oper sollte die erste eines Zyklus von vier Opern werden, die ein Bild von der Stellung der Frau in Rußland seit 1840 geben wollten. Die Uraufführung 1934 wurde zu einem sensationellen Erfolg, der sich bald auch in Amerika wiederholte. Hier betrachtete man diese Oper als repräsentativ für die Kunst Sowjet-Rußlands. Die Kritiken bezeichnen sie als die beste Oper der letzten fünfundsiebzig Jahre, allerdings auch als billig, zynisch und melodramatisch. Inzwischen hatten sich die Verhältnisse in Rußland selbst verändert. Die „Prawda“ warf Schostakowitsch vor, er habe die klassische Linie, an die sich die sowjetische Musik halten solle, verlassen. Die Oper sei ein Durcheinander von Lärm, Kakophonie und laszivem Naturalismus, zudem zeige sie Kleinbürgeransichten. Daraufhin ließ ihn auch die Union der Sowjetkomponisten fallen und hielt ihm Pseudo-Modernismus, Dekadenz, Formalismus und Effekthascherei vor. Die Oper wurde von den meisten Spielplänen abgesetzt. Als auch sein Ballett „Leuchtender Strom“ an den Nachwirkungen des Skandals scheiterte, zog sich Schostakowitsch zurück und verbrachte nochmals drei Jahre mit intensivem Studium. Seine Vierte Symphonie zog er nach den Proben wieder zurück, da er seine „Lektion noch nicht genügend gelernt“ habe und kam endlich 1937 mit seiner Fünften Symphonie, einer Verherrlichung der Oktoberrevolution, heraus. „Indem Schostakowitsch auf viele originelle Einfälle verzichtet und die Liebe zur Prägnanz eindämmt, opfert er das Persönliche dem Allgemeinen, um den Ausdruck für die zeitgenössischen Ideen zu finden“ (Osip Tschornij). Die Fünfte Symphonie war ein nachhaltiger Erfolg und gilt im In- und Ausland als sein bedeutendstes symphonisches Werk. Die Sechste, mehr kammermusikalisch gehaltene Symphonie hält nicht ganz diese Höhe. Eine Siebte komponierte er während der Belagerung Leninsgrads, die Achte und Neunte sind der Befreiung der Stadt und dem endgültigen Sieg gewidmet, eine Zehnte Symphonie erschien unlängst.

Alexander Tairows Forderung nach einer „optimistischen Tragödie“ findet sich in ähnlicher Form bei Schostakowitsch wieder: „Bei uns taucht manchmal die Frage auf, ob das tragische Genre Berechtigung hat. Ich denke, daß die Sowjet-

tragödie voll existenzberechtigt ist. Ihr Inhalt muß durchdrungen sein von positiven Ideen, ähnlich dem lebensbejahenden Pathos Shakespeares“.

1940 spielten das Beethoven-Quartett (siehe auch Europa-Archiv I/42, Beethoven-Feiern) und der Komponist zum erstenmal Schostakowitschs Klavier-Quintett (in einem Programm mit Werken repräsentativer Sowjetkomponisten wie Schirinskij, Mjaskowkij und Schebalin). „Es ist eine der stärksten und vollständigsten Verkörperungen der sowjetischen Ästhetik“ (Osip Tschornij). Auch dieses Werk hat europäischen Widerhall gefunden. Eine amerikanische Besprechung hebt hervor, daß Schostakowitsch in seinen Werken selten ein Thema oder auch nur ein Motiv wiederhole und stellt des weiteren bei ihm Einflüsse von Prokofjew, Hindemith, Strawinskij, Strauss, Mahler, Borodin, Mussorgskij, Beethoven und Mozart fest (!).

Unter seinen Kompositionen finden sich vier Ballette („Das goldene Zeitalter“, 1929, „Das Sieb“, ein industrielles Ballett, 1930, „Leuchtender Strom“ und „Don Quixote“), zahlreiche Präludien, ein Violinkonzert, ein Klavierkonzert (opus 35), ein Konzert für Klavier und Trompete, zwei Streichquartette von bedeutender Erfindung und überraschender Zartheit, eine Reihe sonstiger Kammermusik, vierundzwanzig Klavierpräludien, Lieder und eine neue Instrumentierung von Mussorgskijs „Boris Godunow“. Andere Werke aus den letzten Jahren führt die russische Besprechung nicht auf, spricht aber von einigen Mißerfolgen.

Schostakowitsch bevorzugt eine lineare, der Koloristik abgeneigte Kompositionsweise, seine Instrumentierung ist durchaus eigenwillig. Bei aller Freizügigkeit in Fragen der Tonalität und bei aller Vielfalt der Einflüsse bleibt doch das nationale Moment stets stark betont. Es fehlt ihm an der Glätte und Weltläufigkeit eines Strawinskij und an der stilistisch sprunghaften Vorurteilslosigkeit eines Prokofjew. Auch er beherrscht eine makellose Technik und alle Spielarten des Stiles aus den letzten Jahrzehnten. Sie stehen jedoch nicht nebeneinander, sondern fließen zusammen. Das Erlebnis des Kollektivs und die stete Konzentration auf die sowjetische Ideologie, ein verbissener Ernst (und die immerwährende Auseinandersetzung mit Schwierigkeiten) geben seinen Werken eine einheitliche Prägung, die vielleicht weniger richtungweisend und schulbildend als typisch ist. Der große Aufwand als Bestandteil monumentaler Darstellungen ist bei ihm noch nicht, wie bei Strawinskij, endgültig überwunden. Er gilt in Rußland als der „russische Beethoven“ und wurde wie Prokofjew mit dem Stalinpreis ausgezeichnet. \*)

Ein neuerer Name im russischen Musikleben ist Aram Chatschaturjan (1904). Dieser Komponist schreibt einen stark von der Folklore beeinflussten Stil und verfügt über ein bedeutendes Raffinement in Instrumentation und Rhythmik. Er wird als der „nationalste“ der zeitgenössischen Komponisten bezeichnet. Unter seinen Werken sind zwei Symphonien, ein Klavierkonzert, ein Geigenkonzert, ein Poem für Stalin (für Chor und großes Orchester) und einige Film- und Theatermusiken zu nennen.

Schebalin, Tscherschew und Kabalewskij sind in Rußland sehr angesehen, der Erste vornehmlich als Instrumentalkomponist. Außer einer Wiener Kritik, die ein Streichquartett op. 33 nach slawischen Themen von Schebalin als „geschmackvoll und gefällig“ bezeichnet, und einer amerikanischen Besprechung, in der Kabalewskijs Symphonien eine Neigung zum allzu Naheliegenden nachgesagt wird, liegt über diese drei Komponisten zur Zeit noch kein zuverlässiges Material vor. Durch eine Oper „Der stille Don“ nach Scholochow ist

\*) Das Leben Schostakowitschs und Prokofjews wurde zum Teil in Anlehnung an das amerikanische Sammelwerk „Current Biography“ dargestellt, dem auch die Zitate aus amerikanischen Kritiken entnommen sind.



Iwan Derschinskij bekannt geworden. Ein angesehener Symphoniker ist Chrennikow.

Für diese ganze jüngere Komponistengeneration hat als Lehrer und verständnisvoller Förderer *Mjaskowskij* eine bedeutende Rolle gespielt. Wie weit diese jüngere Generation für das internationale Musikleben Bedeutung gewinnen kann, muß sich erst noch erweisen. Die sowjetische Kunsterziehung bildet ein hochqualifiziertes Spezialistentum heran und hat damit die im russischen Künstler so ausgeprägte Neigung zu glänzendem Dilettantismus in eine ernsthafte Bahn geleitet. Die Beschränkung, die sie gleichzeitig mit der Festlegung auf eine Tradition, und sei sie auch so fruchtbar wie das Erbe Glinkas, vornimmt, ist eine Fessel, die das Genie zweifellos abstreifen wird, die jedoch heute bereits eine Reihe von vorzüglichen Könnern und eine moderne nationale Ausdrucksweise hervorgebracht hat.

Gertrud Becker

#### LITERATURHINWEISE für den interessierten Laien:

In den amerikanischen Bibliotheken in Deutschland finden sich eine Reihe von Sammelbänden wie das Harvard-Musiklexikon, „Biographical Encyclopedia“ oder „Who's who“, die neuere Angaben zum Thema enthalten. „Current Biography“ gibt auch bibliographische Angaben über die allerdings nicht sehr umfangreiche amerikanische Literatur. In England erschien „A Survey of Russian Music“ von M. D. Calvocoressi. Die in Berlin herauskommende Zeitschrift „Die Neue Welt“ vom Juni 1946 enthält einen Aufsatz über Schostakowitsch von Osip Tschornij, der im vorstehenden Aufsatz zweimal zitiert wurde. Osip Tschornij hat auch Prokofjews Oper „Krieg und Frieden“ in der „Österreichischen Musikzeitschrift“ in nicht sehr aufschlußreicher Form besprochen. Die „Österreichische Musikzeitschrift“ vom April 1946 enthält einen Aufsatz von Professor Wildgans über „Musik in der Sowjet-Union“, der einige gute Angaben über Zeitgenossen enthält, im wesentlichen aber mit Lexikon-Angaben (Moser) arbeitet. Die „Furche“, Wien, vom 11. Mai 1946, bringt einen Aufsatz von Professor Fiedtner über „Neue russische Kammermusik“. Neuere zusammenfassende Publikationen werden nirgends erwähnt. Über Fragen der altslawischen Volks- und Kirchenmusik gibt Panoff in dem „Handbuch der Musikwissenschaft“ (Herausgeber: Bücken) einigen Aufschluß. Der Band „Moderne Musik“ der gleichen Reihe gibt die ältere Literatur bis etwa 1929 an. Bibliographische Angaben enthält weiter H. J. Mosers oder Riemann-Einsteins Musiklexikon. Die Angaben aus der Presse sind zum Teil sehr widersprechend. Details in unwissenschaftlicher Form gibt der „Music Lovers Almanach“ der amerikanischen Bibliotheken.

## Atomenergie

### Zur Geschichte ihrer Erforschung

Die Existenz dessen, was wir heute inneratomare oder kurz Atomenergie nennen, ist theoretisch vor zweiundvierzig Jahren von Albert Einstein erkannt worden. Aus den Grundlagen seiner Relativitätstheorie leitete er im Jahre 1904 die sehr einfache Gleichung  $E = mc^2$  ab, in der  $E$  Energie,  $m$  Masse bedeutet, und  $c$  die Lichtgeschwindigkeit ist. Allerdings war diese Gleichung in der Form  $m = E/c^2$  schon in der Doktordissertation eines ungewöhnlich begabten Schülers von Max Planck, von Mosengail, enthalten, der noch vor seiner Doktorprüfung den Bergtod fand, und etwa um die gleiche Zeit kam Hasenöhl zum gleichen Ergebnis. Mosengail wies theoretisch nach, daß Strahlungsenergie eine Trägheit, also eine Masse hat, obgleich sie etwas ganz unkörperliches ist, und jene Gleichung stellt die zahlenmäßige Beziehung zwischen der Energie und ihrer Masse her. Einsteins Erkenntnis ging hierüber aber weit hinaus. Nicht nur Strahlungsenergie, sondern überhaupt jede Art von Energie besitzt eine Masse; aber umgekehrt besitzt auch jeder Körper — allein auf Grund dessen, daß er eine Masse hat — einen bestimmten Betrag an Energie, den man aus seiner Masse nach jener Gleichung berechnen kann. Sie ist ungeheuer groß und beträgt für ein Gramm jedes beliebigen Stoffes rund dreißig Millionen Kilowattstunden. Die Masse der Körper ist also nur eine besondere, ungeheuer konzentrierte Form der Energie. Nun kann sich jede Energie aus einer Form in eine andere verwandeln. Es sollte also auch möglich sein, daß sich die Masse eines Körpers in körperlose Energie und umgekehrt Energie in die Masse eines Körpers verwandelt. Solche Vorgänge lagen aber im Jahre 1904 und noch lange danach außerhalb des Bereiches jeglicher Erfahrung.

Das änderte sich erst, als etwa vor fünfzehn Jahren die Zeit reif war, um energisch mit der Erforschung der Atomkerne zu beginnen. Heisenberg erkannte, daß die Atomkerne nur aus zwei Arten von Bausteinen bestehen, den positiv elektrischen Protonen und den unelektrischen Neutronen. Die einzelnen Atomarten unterscheiden sich durch die Anzahl ihrer Protonen und Neutronen, die einzelnen Elemente nur durch die Anzahl ihrer Protonen, während die Anzahl der Neutronen in gewissen Grenzen verschieden sein kann. Man kann die Massen der Protonen und Neutronen und auch die Massen von Atomkernen sehr genau messen. Dabei hat sich ergeben, daß die Massen der Atomkerne immer etwas kleiner sind als die Massensumme ihrer Bausteine. Sie zei-

gen, wie man sagt, einen Massendefekt. Da aber die Protonen und Neutronen die kleinsten unteilbaren Bausteine der Kerne sind, so kann das nicht an einem eigentlich körperlichen Massenverlust liegen. Die richtige Erklärung für den Massenschwund, den die Protonen und Neutronen bei ihrer Bindung zu einem Atomkern erleiden, liefert Einsteins Gleichung. Solange sie noch nicht zu einem Kern verbunden sind, sondern sich in großen Abständen voneinander befinden, besitzen sie einen bestimmten Betrag an sogenannter potentieller Energie, der um so kleiner wird, je mehr sie sich einander nähern. (Genau so besitzt auch jeder irdische Körper eine potentielle Energie — eine Fähigkeit, beim Herabfallen Arbeit zu leisten —, die mit seinem Abstände von der ihn anziehenden Erde abnimmt). Infolge der Bindung der Kernbausteine in einen Atomkern nimmt also ihre potentielle Energie ab; sie sind im Kernverband energieärmer, aber auch etwas leichter als im freien Zustande. Denn diesem Energieverlust entspricht nach Einsteins Gleichung ein Verlust an Masse, eben jener Massendefekt.

Nach dem Satz von der Erhaltung der Energie geht aber die Energie, um welche die zu einem Kern verbundenen Teilchen ärmer geworden sind, nicht wirklich verloren. Sie verwandelt sich schließlich in Wärme. Es verhält sich also bei der Bildung eines Kernes aus Protonen und Neutronen ganz ähnlich wie bei der Bildung eines Moleküls aus Atomen. Bei der Verbrennung von Kohlenstoff vereinigen sich je ein Kohlenstoffatom mit zwei Sauerstoffatomen zu einem Kohlendioxid-Molekül (Kohlensäure). Dabei wird bekanntlich Wärme frei, wie auch bei anderen chemischen Umsetzungen, und zwar auch deshalb, weil die drei Atome im freien Zustande eine größere potentielle Energie besitzen als im Verbands des Moleküls. Nur ist der Energieverlust der Atome bei der Bildung chemischer Verbindungen so klein — die frei werdende Wärme so geringfügig —, daß kein meßbarer Massenschwund eintritt. Bei der Kernbildung dagegen macht der Massenschwund einen durchaus meßbaren Bruchteil der Gesamtmasse aus. Die diesem Massendefekt entsprechende Energie bezeichnet man als Atomenergie.

Die in einem Körper steckende Atomenergie wird aber erst dann vollständig frei, wenn sich seine ganze Masse in körperlose Energie verwandelt und der Körper als solcher ganz verschwindet. Auch solche Vorgänge kennt man seit einigen Jahren. Es kommt vor, daß ein positives und ein



negatives Elektron — Teilchen, deren Masse nur rund  $\frac{1}{2000}$  der Masse eines Protons oder Neutrons beträgt — völlig miteinander verschmelzen und dabei als körperliche Teilchen verschwinden. Dafür tritt eine sehr durchdringende Strahlung auf, deren Energie genau so groß ist, wie man sie nach Einsteins Gleichung aus den verschwundenen körperlichen Massen berechnet. Man nennt das Zerstrahlung. Man beobachtet aber auch, daß sich Strahlung von genügender Energie in ein Elektronenpaar verwandelt und nennt das Paarbildung.

Der größte Massendefekt je Kernbaustein tritt bei der Bildung eines Kernes des Edelgases Helium auf, der aus zwei Protonen und zwei Neutronen besteht. Die Massensumme dieser Bausteine — ausgedrückt in der für Atome üblichen Masseneinheit (Atomgewichtseinheit) — beträgt 4,034 Einheiten, die Masse eines Heliumkernes aber nur 4,003 Einheiten, der Massendefekt also rund 0,03 Einheiten oder 0,75 vom Hundert der Gesamtmasse. Bei der Bildung eines Heliumkernes wird also die diesem Massendefekt nach Einsteins Gleichung entsprechende Energie frei. Die bei der Bildung von einem Gramm Helium aus Protonen frei werdende Energie beträgt in ganz runder Zahl 200 000 Kilowattstunden und würde ausreichen, um eine Million gewöhnlicher 40-Watt-Lampen etwa ein halbes Jahr lang zu betreiben.

Die Bildung von Heliumkernen aus ihren Bausteinen können wir aber im Laboratorium nicht verwirklichen. Die Natur dagegen tut es in gigantischem Ausmaße. Auf der Bildung von Heliumkernen beruht die gesamte Wärmewirtschaft des Weltalls. Denn wir wissen heute, daß die Fixsterne — auch die Sonne — ihre Strahlungsenergie fast ausschließlich aus dieser Quelle beziehen. Die Frage nach dieser Energiequelle hat die Physiker schon lange beschäftigt. Man weiß, daß das Alter der meisten Fixsterne einige Milliarden Jahre beträgt. Von den früher bekannten Energiequellen ist aber keine auch nur entfernt imstande, die für eine so lange Zeit nötige Energie zu liefern. Chemische Prozesse kommen nicht in Frage. Bei den hohen Temperaturen im Innern der Fixsterne kann kein Molekül bestehen, also auch gar nicht erst entstehen; es gibt dort nur freie Atome und keine chemischen Umsetzungen.

Man kann aus sicheren Anzeichen schließen, daß ein Fixstern um so reicher an Wasserstoff ist, je jünger er ist. Wahrscheinlich besteht er in seinem Anfangsstadium nur aus Wasserstoff. Das deutet auf einen allmählichen Verbrauch, eine Umwandlung des Wasserstoffes in etwas anderes hin. Der Kern des Wasserstoffatoms ist nichts als ein einziges Proton. Protonen und Neutronen sind aber nur zwei verschiedene Erscheinungsformen des gleichen Dinges. Ein Proton kann sich unter Verlust seiner positiven Ladung in ein Neutron, ein Neutron unter Gewinn einer positiven Ladung in ein Proton verwandeln. So stehen die für die Bildung von Heliumkernen nötigen Bausteine in den Fixsternen in genügender Menge zur Verfügung. Aber so ohne weiteres können sich zwei Protone und zwei Neutrone nicht zu einem Heliumkern vereinigen. Es verhält sich hier ähnlich wie bei vielen chemischen Verbindungen, bei denen die beteiligten Atome ohne die Anwesenheit eines weiteren Stoffes, eines Katalysators, entweder gar nicht oder äußerst langsam miteinander reagieren. Dabei wird der Katalysator nicht verbraucht; er muß nur anwesend sein. Solche Katalysatoren sind für die heutige chemische Technik zum Beispiel bei der Ammoniak-Synthese nach Haber und Bosch von entscheidender Bedeutung.

Wie *Bethe* erkannt hat, sind es Kohlenstoffatome, die bei der Synthese von Heliumkernen aus Protonen und Neutronen in den Fixsternen die Rolle des Katalysators spielen. Es

genügt, daß ihrer nur verhältnismäßig wenige vorhanden sind, da sie ja nicht verbraucht werden und ihre Rolle immer weiter spielen können. Die Bildung eines Heliumkernes geht in mehreren Schritten vor sich. Ein Kohlenstoffatom fängt nacheinander vier Protonen ein und verwandelt sich dabei jedesmal in eine andere Atomart. Außerdem wird zweimal ein positives Elektron ausgeschleudert. Der letzte Schritt besteht darin, daß ein durch die vorhergehenden Schritte entstandenes Stickstoffatom ein viertes Proton einfängt und alsbald in den ursprünglichen Kohlenstoffkern und einen Heliumkern zerfällt. Der Kohlenstoff ist zur erneuten Verwendung als Katalysator frei. Aus den vier freien Protonen sind die beiden Protonen und die beiden Neutronen des Heliumkernes geworden. Die bei der Umwandlung zweier Protonen in zwei Neutronen frei gewordenen Ladungen sind durch die beiden positiven Elektronen abgeführt worden. Die frei gewordene Atomenergie verwandelt sich in Wärme und steht dem Fixstern für den Energiebedarf seiner Strahlung zur Verfügung. Die Fixsterne werden mit Atomenergie geheizt.

Die Natur hat also das große Zukunftsproblem der menschlichen Technik in gewaltigem Umfange gelöst. Sie kann es aber auf diese Weise nur, weil im Inneren der Fixsterne Temperaturen von vielen Millionen Grad herrschen. Die Protonen müssen sehr große Geschwindigkeiten haben, wenn sie in Atomkerne eindringen sollen, und diese haben sie nur bei so hohen Temperaturen, die weit außerhalb unserer irdischen Möglichkeiten liegen. Darum können wir diesen „Bethe-Prozeß“ nicht verwirklichen.

Die Energie, die in der Atombombe ihre furchtbare Wirksamkeit entfaltet, ist zwar ebenfalls Atomenergie, wird aber auf eine ganz andere Weise frei. Im Jahre 1938 entdeckte Professor *Otto Hahn* in Berlin zusammen mit seinem Mitarbeiter *Dr. Strassmann* eine Erscheinung von außerordentlicher — zunächst rein wissenschaftlicher — Bedeutung.\*) Man wußte schon seit einer Reihe von Jahren, daß man die Atome jeden Elementes in diejenigen eines anderen Elementes umwandeln kann, wenn man sie mit gewissen kleinsten Teilchen, unter anderem mit Protonen — wie beim Bethe-Prozeß — oder mit Neutronen beschießt. Dabei wird das Geschoß in den getroffenen Kern eingebaut, dafür wird irgendein anderes Teilchen ausgeschleudert, und das Atom verwandelt sich in ein anderes Atom, das einem Element angehört, welches von dem ersten im Periodischen System der Elemente nur um eine oder zwei Stellen entfernt ist, und dessen Masse von derjenigen des Ausgangsatoms nur sehr wenig oder gar nicht verschieden ist. Bei dem Beschuss von Uranatomen — den schwersten in der Natur vorkommenden Atomen — mit Neutronen entdeckte *Hahn* aber eine völlig neue Art von Atomumwandlungen. Es kann in zwei nicht sehr verschieden schwere Atome von mittlerem Atomgewicht aufgespalten werden, etwa in ein Bromatom und ein Lanthanatom, aber auch in je zwei andere Atomarten. Für diese Entdeckung wurde *Hahn* in jenem Jahre der Nobelpreis verliehen. Bei der „Kernspaltung“ wird ein sehr großer Betrag an Energie frei. Bei der Bildung der schwersten Atome wird nämlich weniger Energie je Kernbaustein frei als bei der Bildung der leichten und mittelschweren Atome. Wenn nun aus einem schweren Atom zwei mittelschwere entstehen, so wird die noch fehlende Energieabgabe nachgeholt, also ein entsprechender Betrag an Energie freigesetzt. Er verwandelt sich in Bewegungsenergie der Spaltstücke und dann alsbald in Wärme. Die Kernspaltung, die dann bald

\*) Professor *Otto Hahn* ist einer der führenden Forscher auf dem höchst schwierigen Gebiete der Chemie der radioaktiven Stoffe. Er ist ein Schüler des großen englischen Physikers *Rutherford* und war bis Anfang 1945 Direktor des Kaiser Wilhelm-Institutes für Chemie in Berlin-Dahlem. Er wirkt jetzt in Göttingen.



auch bei weiteren schweren Atomen nachgewiesen wurde, ist also eine — sogar außerordentlich ergiebige — Energiequelle.

Bei den schwersten Atomen ist das Verhältnis der Zahl der Neutronen im Kern zur Zahl der Protonen größer als bei den leichten und mittelschweren Atomen. Deshalb werden bei der Kernspaltung auch einige Neutronen überschüssig und frei. Ihre Geschwindigkeit ist gering. Wir wollen einmal annehmen, daß jeweils nur zwei solche Neutronen frei werden. Sie wären imstande, zwei weitere Urankerne zu spalten, wobei nunmehr vier Neutronen frei würden, die vier Urankerne spalten könnten und so weiter. So sollte sich der durch einen einzigen Spaltungsakt ausgelöste Vorgang lawinenartig durch das ganze Uran fortsetzen und es mit ungeheurer Gewalt detonieren lassen. Die Existenz großer Uranmengen auf der Erde beweist, daß das in Wirklichkeit — wenigstens in der Natur — nicht geschieht, und dies war eines der wichtigsten Probleme bei den Vorarbeiten für die Atombombe, die nur gelingen konnte, wenn man solche Kettenreaktionen auszulösen vermochte. Es galt zu erkennen, weshalb sie in der Natur — glücklicherweise! — nicht vorkommen, und auf welche Weise man das offenbar vorhandene Hindernis beseitigen könne.

Ähnliche — chemische — Kettenreaktionen spielen sich auch in jedem gewöhnlichen Sprengstoff ab. Dynamit detoniert aber nicht, wenn man ihn etwa mit einer genügenden Menge Sand mischt. Ganz ähnlich verhält es sich beim Uran. Dieses besteht aus zwei verschiedenen schweren Atomarten (Isotopen), dem Uran 238 mit der Masse 238 (in Atomgewichtseinheiten) und dem Uran 235 mit der Masse 235. Die bei der Uranspaltung freiwerdenden Neutronen sind langsame Neutronen, und diese spalten nur das Uran 235. Von diesen entfällt aber auf je 140 Atome des Uran 238 nur ein einziges Atom. Die schwere Atomart wirkt wie der Sand im Dynamit. Er fängt die Neutronen ab und unterbindet damit die Kettenreaktion. Eine solche ist also nur im reinen Uran 235 möglich.

Die Trennung von Isotopen in größeren Mengen ist eine sehr schwierige Aufgabe, und es bedeutet eine außerordentliche Leistung, daß es gelungen ist, reines Uran 235 in den für eine Atombombe nötigen Mengen von einigen Kilogramm abzuscheiden. Man hat sich aber damit noch nicht begnügt, sondern hat noch einen zweiten, ebenso wirksamen Stoff künstlich hergestellt. Durch Beschuß des schweren Uranisotops Uran 238 mit schnellen Neutronen entstehen Atome eines in der Natur nicht vorkommenden Elementes, das den Namen Neptunium erhalten hat. (Das Uran, das letzte Element im Periodischen System der Elemente, hat die Ordnungszahl 92, das Neptunium die Ordnungszahl 93). Dieses ist instabil und wandelt sich sehr schnell in das ebenfalls neue Element Plutonium (Ordnungszahl 94) um, das zwar auch instabil, aber genügend langlebig ist, um in der Atombombe verwendet zu werden. In ihm sind Kettenreaktionen ebenso möglich wie im Uran 235.

Damit eine Atombombe erst im gegebenen Augenblick detoniert, muß man das Eintreten einer Kettenreaktion zunächst unterbinden. Dazu verhilft der Umstand, daß die frei werdenden Neutronen aus kleinen Stücken des Materials zu einem so großen Teil entweichen, daß keine Kettenreaktion zustande kommen kann. Das Material detoniert nur in Stücken oberhalb einer bestimmten Mindestgröße. Man unterteilt es deshalb zunächst durch Scheidewände, etwa aus Cadmium, welche die aus dem Uran austretenden Neutronen verschlucken und unwirksam machen, und die man im ge-

gebenen Augenblick entfernt. In veröffentlichten Entwürfen künftiger Atommaschinen ist auch vorgesehen, daß die Geschwindigkeit des Ablaufes der Kettenreaktionen durch verschiebbare Zwischenwände geregelt wird. Bei der technischen Verwendung der Atomenergie wird es sich ja darum handeln, die in dem wirksamen Stoff schlummernden Energien nicht schlagartig zu entladen, sondern zu bändigen. Wir heizen ja auch unsere Öfen und Kessel nicht mit Dynamit. Der Stoff soll nicht als Sprengstoff wirken, sondern über eine lange Zeit gleichmäßig Energie liefern, wie die Kohle bei ihrer Verbrennung.

Die Menschheit verfügt nunmehr in der Atomenergie über eine Energiequelle von fast unvorstellbarer Mächtigkeit. Die Atomenergie wird ein ganz neues Zeitalter der Technik und damit der Zivilisation überhaupt herbeiführen und darüber hinaus ganz sicher einen tiefgehenden Wandel in den Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens bewirken.

Doch macht man sich von den Auswirkungen der Atomenergie in der Technik vielfach ein ganz falsches Bild. Es wird gewiß nicht so kommen, daß künftig jede Fabrik oder gar jeder Haushalt ihre mehr oder minder große Atommaschine haben werden. Das erste allgemein sichtbare Merkmal des neuen technischen Zeitalters wird sicher der Sieg der Elektrizität auf der ganzen Linie sein. Die Dampfmaschinen und Explosionsmotore werden aus den Fabriken verschwinden. Die Fabriken, die Eisenbahnen werden sich ganz auf elektrischen Betrieb umstellen, die Haushaltungen auf elektrische Heizung. Sie werden ihre elektrische Energie aus wenigen großen Kraftwerken beziehen, in denen Atommaschinen überhitzten Dampf von Wasser oder Quecksilber erzeugen, der mittels Turbinen Dynamomaschinen treibt und die Atomenergie in hochgespannte elektrische Energie verwandelt, die dann durch Fernleitungen über große Landstriche verteilt wird. Im übrigen wird man wohl hauptsächlich Schiffe mit eigenen kleinen Atommaschinen treiben. Ob man so kleine Atommaschinen wird bauen können, wie sie ein Kraftwagen oder ein Flugzeug braucht, scheint zum mindesten fraglich.

Ehe aber diese Entwicklung, die überdies lange Zeit beanspruchen wird, beginnen kann, ist noch unendlich viel schwierige und gefährvolle Arbeit zu leisten. Es handelt sich nicht nur darum, Energien von bisher ungekannter Gewalt zu zähmen. Die bei der Kernspaltung entstehenden Spaltprodukte sind radioaktiv und eine Quelle tödlicher Gefahren für jeden, der damit in Berührung kommt. Aus dem veröffentlichten Bericht ist einiges darüber bekannt geworden, was für außerordentliche Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden mußten, um bei der Arbeit für die Atombombe diese Gefahren zu meistern. Hier erhebt sich also ein großes und schwieriges Problem. Will man nun aber die Gewinnung der Atomenergie möglichst wirtschaftlich gestalten, so muß man noch viel weiter gehen. In der Technik versucht man ja ganz allgemein, möglichst ohne „Abfall“ zu arbeiten, also alles, was an Stoffen und an Energie — zum Beispiel als Abwärme — zunächst abfällt, doch noch irgendwie zu verwerten. Für radioaktive Stoffe gibt es nun schon verschiedene, sehr wichtige Anwendungen, unter anderem in der Medizin, und weitere Möglichkeiten werden sich sicher ergeben. Man wird also versuchen müssen, sich nicht mit der Unschädlichmachung der Spaltprodukte zu begnügen, sondern sie zu gewinnen und nutzbar zu machen. Das erfordert noch ganz außerordentliche Anstrengungen. Physik und Technik stehen hier vor den größten und folgenschwersten Aufgaben, die ihnen je gestellt wurden.

Prof. Dr. Wilhelm Westphal, Berlin.